

Stenographisches Protokoll

2. Sitzung des Kärntner Landtages – 32. Gesetzgebungsperiode
Mittwoch, 09. Mai 2018

Inhalt

Fragestunde (S. 39)

Aktuelle Stunde (S. 51)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Gedenkkultur in Kärnten“

Redner: Seiser (S. 51), Darmann (S. 52), Malle (S. 53), Prasch (S. 54), Blatnik (S. 55), Leyrouz (S. 56), Gaggl (S. 58), Patterer (S. 59), Lobnig (S. 60), Hueter (S. 61), Kaiser (S. 62), Dieringer-Granza (S. 63)

Zur Geschäftsordnung: Köfer (S. 64)

Ldtgs.Zl. 88-1/32:

Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Zukunft des Pflegesystems in Kärnten“

Einstimmige Annahme (S. 65)

Tagesordnung (S. 65)

1. Ldtgs.Zl. 14-1/32:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Sandrieser (S. 65)

Redner: Köfer (S. 65, 74), Darmann (S. 67), Scherwitzl (S. 70), Leyrouz (S. 72), Pirolt (S. 75)

Antrag von Abgeordneten des TKK gemäß § 60 Abs. 5 K-LTGO auf Rückverweisung an den Ausschuss (S. 75) – keine Mehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 76)

Zur Geschäftsordnung: Darmann, Antrag gemäß § 68 K-LTGO auf geheime Abstimmung (S. 76) – keine Mehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 76)

Mehrheitliche Annahme der 2. und 3. Lesung (SPÖ: ja, FPÖ: nein, ÖVP: ja, TKK: nein) (S. 77)

Zusatzantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs (S. 74) – keine Mehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 77)

2. Ldtgs.Zl. 10-2/32:

Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 12. April 2018

Redner: Seiser (S. 79), Darmann (S. 83), Malle (S. 93), Köfer (S. 95), Scherwitzl (S. 99), Leyrouz (S. 103), Häusl-Benz (S. 107), Prasch (S. 108), Novak (S. 110), Feistritzer (S. 113), Redecsy (S. 114), Rohrer (S. 115), Klocker (S. 116), Blatnik (S. 117), Trettenbrein (S. 118), Arpa (S. 121), Leitner (S. 122), Lipitsch (S. 125), Weber (S. 126), Burgstaller (S. 127), Köchl (S. 129), Dörflinger (S. 131), Jantschgi (S. 133), Seymann (S. 134), Rauter (S. 136), Tiefnig (S. 138), Appè (S. 139), Patterer (S. 139), Sandrieser (S. 140), Staudacher (S. 142), Dieringer-Granza (S. 145), Leikam (S. 147), Lobnig (S. 148), Hueter (S. 150)

Zur Geschäftsordnung: Scherwitzl (S. 107),

3. Ldtgs.Zl. 4-2/32:

Wahl eines Ersatzmitgliedes eines Mitgliedes der Landesregierung gemäß Art. 52 Abs. 4 K-LVG (S. 153)

Mitteilung des Einlaufes (S. 78, 154)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 155)

1. Ldtgs.Zl. 124-4/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Umsetzung eines Wirtschafts- und Tourismusprojektes in der Region Mölltaler Gletscher

Zur Begründung der Dringlichkeit: Staudacher (S. 155), Seiser (S. 156), Hueter (S. 156)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: ja, TKK: ja) (S. 157)

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Mobilität (S. 157)

2. Ldtgs.Zl. 14-4/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Verringerung der Anzahl der Mitglieder in der Kärntner Landesregierung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Darmann (S. 157)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 158)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung (S. 158)

B) Dringlichkeitsanfrage (S. 78, 158)

Ldtgs.Zl. 74-1/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landeshauptmann Kaiser betreffend rechtliche Probleme beim Ankauf des Vorlasses des Schriftstellers Josef Winkler durch das Land Kärnten

(Behandlung gemäß § 24 Abs. 4 K-LTGO)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Darmann (S. 78)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 79)

Zur Geschäftsordnung: Darmann (S. 79)

Mündliche Beantwortung durch Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner (S. 158)

C) Anträge von Abgeordneten (S. 159)

D) Schriftliche Anfragen (S. 162)

E) Resolution (S. 164)

Beginn: Mittwoch, 9.5.2018, 09.05 Uhr

Ende: Mittwoch, 9.5.2018, 20.50 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.05 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**,
Zweiter Präsident **Strauß**, Dritter Präsident
Lobnig

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

M i t g l i e d e r d e r L a n d e s r e g i e r u n g :
Landeshauptmann **Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettnner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Schaunig-Kandut**, Landesrat **Fellner**, Landesrat **Gruber**, Landesrat **Zafoschnig**

E n t s c h u l d i g t : Landesrätin **Schaar**

B u n d e s r ä t e : **Appé**, **Novak**, **Leitner**, **Ofner**

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 2. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese hiermit! Ich begrüße die anwesenden Regierungsmitglieder, den Herrn Landeshauptmann, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig, den Herrn Landesrat Fellner, den Herrn Landesrat Gruber, den Herrn Landesrat Zafoschnig! Ebenso begrüße ich alle anwesenden Bundesräte! Ich darf auf der Beamtenbank den Landesamtsdirektor, Dr. Dieter Platzer sowie den Direktor des Landesrechnungshofes, MMag. Bauer begrüßen! Entschuldigt haben sich seitens der Beamtenschaft der Verfassungsabteilungs-Chef, Dr. Edmund Primosch und der Stellvertretende Landesamtsdirektor, DDr. Markus Matschek. Der Landtag ist damit beschlussfähig. Ich darf auf unserer Zuhörergalerie sehr, sehr herzlich alle anwesenden Medienvertreterinnen und Medienvertreter be-

Ing. Rohr

grüßen, die persönlich anwesend sind oder die die Möglichkeit des Livestreams nützen, um die Sitzung mitzuverfolgen! Wir haben auch eine große Anzahl an Schülerinnen und Schülern, und zwar aus dem Bildungszentrum Ehrental zwei Klassen, die 1A und die 1B der 9. Schulstufe. Sie sind in Begleitung von Frau Mag. Gabriele Quendler, von Frau Dipl.-Ing. Doris Lassnig und von Frau Ing. Karoline Pilgram. Es sind insgesamt 52 Damen und Herren anwesend. Ebenso darf ich begrüßen, weil ich ihn gesehen habe, den ehemaligen Militärkapellmeister der Militärmusik Kärnten, Oberst Sigismund Seidl! Ich denke, ich habe heute durchaus eine spannende Landtagssitzung vor mir, nachdem es auch um die Debatte zur Regierungserklärung von der konstituierenden Sitzung geht. Ich wünsche Ihnen eine informative Landtagssitzung! Seien Sie alle sehr herzlich begrüßt! Ich denke, das sollten wir auch mit einem gebührenden Applaus tun. *(Beifall im Hause.)*

Die Geburtstage vom April und Mai möchte ich kurz aufrufen: Am 09. April hat Bundesrat Josef Ofner seinen Geburtstag gefeiert, am 16. April die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettnner, am 18. April unsere Abgeordnete Christina Patterer, am 26. April unser Zweiter Präsident Jakob Strauß, am 29. April Herr Landesrat Martin Gruber, am 03. Mai Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Gabriele Schaunig-Kandut und am 09. Mai Abgeordneter Johann Weber. Ich gratuliere Ihnen allen sehr, sehr herzlich! Ich wünsche Ihnen für die verantwortungsvolle Aufgabe in Ihren politischen Funktionen viel Erfolg und alles Glück! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! *(Beifall im Hause.)*

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn der Sitzung zur

Fragestunde

Es liegt eine Reihe von Anfragen vor, die jetzt der Reihe nach aufgerufen werden. Die Antworten der jeweiligen Regierungsmitglieder sind auf fünf Minuten beschränkt. Die Fragesteller haben nach einer kurzen Einleitung gleich direkt die Frage zu stellen. Nur so viel zum Prozedere. Wir kommen zur ersten Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 1/M/32:**Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landeshauptmann Kaiser**

Ich erteile ihm das Wort vom Rednerpult aus!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Besucherinnen und Besucher! Es wird mir die Ehre zuteil, als erster Redner in der neuen Legislaturperiode, in der 32. Gesetzgebungsperiode hier eine Anfrage stellen zu dürfen. Es ist eine Anfrage, die im Laufe der letzten Wochen viele bewegt hat. Es geht hier darum, dass Herr Josef Winkler, seines Zeichens Schriftsteller, im Rahmen einer 500-Jahr-Feier der Landeshauptstadt

Klagenfurt die Grenzen des guten Geschmacks bei weitem überspannt hat, übertreten hat. Über einen Toten zu reden, der sich nicht mehr wehren kann, das disqualifiziert jemanden und das erachte ich auch als pietätlos! Natürlich wurde er dann auch sofort als „Weltkulturerbe“ beschrieben. Das ist dann das, was schwer verständlich ist, weil ein Weltkulturerbe wäre zum Beispiel die Stadt Hallstatt oder die Akropolis. Das wäre ein Weltkulturerbe, aber bei weitem nicht der Herr Winkler aus Klagenfurt! Aber sei es, wie es sei, ich habe da gar kein Problem damit. Es geht nur darum, man könnte jetzt dazu mehrere Fragen stellen, ich darf aber nur eine Frage öffentlich dazu stellen. Man könnte fragen, was ich natürlich nicht tue, warum das Gutachten, das € 460.000,- belegt, nicht öffentlich auf der Homepage des Landes Kärnten wiederzufinden ist? Diese Frage stelle ich natürlich nicht. Ich stelle natürlich auch nicht die Frage, ob der Gutachter vielleicht ein persönliches Naheverhältnis zum Herrn Winkler hat? Diese Fragen stellt man einfach nicht, daher stelle ich folgende Frage an den Herrn Landeshauptmann:

Hat es in der Kärntner Landesgeschichte früher jemals den Fall gegeben, dass von Seiten der

Köfer

Landesregierung mehrere Hunderttausend Euro für den Ankauf eines Vorlasses eines Kärntner Schriftstellers beziehungsweise Autors aufgewendet wurden, wie es am 13. Dezember 2016 unter dem Betreff „06-SLI-14/33-2016; Dr. h.c. Josef Winkler; Ankauf Vorlass“ durch einen Mehrheitsbeschluss der damaligen Landesregierung passiert ist?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungskolleginnen, -kollegen! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses und daheim an den Computer-Geräten! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Abgeordneter Köfer! Nachdem Sie manche Fragen nicht gestellt haben, werde ich versuchen, doch viele Antworten zu geben, weil diese Frage eine ist, die über den bezogenen Anlass, der offensichtlich Auslöser Ihrer Anfrage war, hinausgeht, nämlich prinzipiell: Wie geht ein Land mit Künstlerinnen und Künstlern um? Wie geht man damit um, dass auch zu Lebzeiten bereits großartige Leistungen – im gegenständlichen Fall unter anderem Verleihung des Georg-Büchner-Preises – gewürdigt werden? Wie haben wir in der Vergangenheit diesbezüglich gehandelt? In der Vergangenheit haben wir manche Vorlässe leider sehr leichtfertig vergeben. Ich zitiere, dass beispielsweise Peter Handke – Kärntner Künstler – bereits einen Vorlass von 500.000,-- Euro bekommen hat, leider nicht von Kärnten, sondern von der Österreichischen Nationalbibliothek, die diesen Vorlass angekauft hat. Bei Peter Turrini wurde der Vorlass vom Land Niederösterreich – seinem jetzigen Wohnort, gebürtiger Kärntner – ebenfalls um beträchtliche 750.000,-- Euro bereits erworben. In Kärnten hat es einige Jahre keinerlei diesbezügliche Aktivitäten gegeben, aber es hat dann durch den ehemaligen ÖVP-Kunstreferenten Waldner bereits ein erstes Budget gegeben, Nachlässe wieder anzukaufen. Ich zitiere, dass in den Zeiten 2014 bis 2016 eine Gesamtsumme in der Höhe von 160.000,-- Euro für den Ankauf von Vorlässen bereitgestellt

wurde, die in einzelne Jahresraten aufgeteilt wurde. Unter denen wurden unter anderem Vorlässe beziehungsweise Teilvorlässe der Kärntner Autorinnen Lilian Faschinger, des Kärntner Autors Ingram Hartinger, ein Teilvorlass von Antonio Fian und ein Teilvorlass des Musil-Forschers Karl Corino erworben. Ebenfalls ist im Jahr 2017 eine Restsumme für den Ankauf des Teilvorlasses von Florjan Lipuš verwendet worden. Soweit einmal die tatsächliche Darstellung, was an Vorlässen bisher der Fall war.

Was Sie zitiert haben, ist richtig. Es hat im Jahr 2016 den Ankauf des Vorlasses von Josef Winkler vom Land Kärnten gemeinsam mit der Stadt Klagenfurt – jeweils 230.000,-- Euro, basierend auf einem Schätzgutachten – gegeben. Dieser Vorlass wird einer Kärntner Institution, nämlich dem Robert-Musil-Institut zur Verfügung gestellt und wird dort in einer würdigen Reihenfolge mit eben Robert Musil, Christine Lavant und vielen berühmten Kärntner Dichterinnen und Dichtern auch für die Nachwelt, für die interessierte Literaturwelt zur Verfügung gestellt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es von Seiten der Landtagsklubs den Wunsch nach einer Zusatzfrage? Ich sehe das beim SPÖ-Klubomann Herwig Seiser. Dann bitte ich ihn, diese vom Rednerpult aus zu stellen!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Der Ausflug des Herrn Kollegen Köfer in die Geschichte gibt mir die Gelegenheit, eine Zusatzfrage zu stellen, die folgendermaßen lautet:

Herr Landeshauptmann, ist Ihnen bekannt, wer die erste Initiative gesetzt hat, den Vorlass des Schriftstellers Winkler anzukaufen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Geschätzter Herr Klubomann! Ja, ich habe eine Ahnung und nicht nur eine Ahnung, sondern auch Fakten, die vielleicht manche Dame und manchen Herrn des Hohen Hauses überraschen wird. Ich möchte in historischer Korrektheit zitieren, welche Bemühung es um den Vorlass von Josef Winkler bereits gab. Jene, die bereits länger dem Hohen Haus angehören, darf ich erinnern, dass dies bereits einmal Gegenstand einer Debatte war, aber offensichtlich hat der Fragesteller an dieser Sitzung damals möglicherweise nicht teilgenommen.

Ich darf ganz kurz den Damen und Herren des Hohen Landtages sagen, dass es bereits am 08. Juli 1999, also vor mittlerweile knapp 20 Jahren, einen Antrag der FPÖ, des Freiheitlichen Stadtrates Walter Gassner an den Klagenfurter Stadtsenat gegeben hat, den Winkler-Vorlass um damals 1,5 Millionen Schilling zu erwerben. Am 14. April 2004, geschätzte Kolleginnen und Kollegen – insbesondere der Freiheitlichen Partei – hat ein Landeshauptmann Dr. Jörg Haider angeordnet, einen möglichen Ankauf des Vorlasses des Kärntner Schriftstellers Josef Winkler in die Wege zu leiten, inklusive der Genehmigung der Erstellung eines Gutachtens betreffend des Wertes des Winkler'schen Vorlasses. Also: Haider – Winkler-Vorlass - Schätzgutachten. Dieses Schätzgutachten ergab eine Summe von damals im Jahr 2005 in der Größenordnung von 262.500,-- Euro. Am 03. August 2005, also relativ knapp danach, gab es einen Auftrag des damaligen Kulturreferenten, FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Martin Strutz, den Vorlass-Ankauf mittels zehn Ratenzahlungen – also aufgeteilt auf zehn Jahre – zu prüfen. Als zweite Variante stand damals – weil der Vorlass auch die praktische Auswirkung haben soll, dass lebenden Autorinnen/Autoren in ihrer Existenz und in ihrer schriftstellerischen Leistung geholfen werden soll – zur Diskussion, vielleicht als Teilersatz des monetären Betrages eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, was aus meiner Sicht sehr weitsichtig und vielleicht auch den realen Gegebenheiten, insbesondere der Künstlerschaft auch entsprochen hätte. Zum Jahresende 2011 wurde Josef Winkler seitens des FPÖ-Vizebürgermeisters Albert Gunzer – ich weiß, dass er dann

später die Partei gewechselt hat, aber damals war er Freiheitlicher Vizebürgermeister – eine Summe von 300.000,-- Euro für den Vorlass angeboten. Und am 11. Juni 2013 gab es den Auftrag für ein neues Gutachten mit dem aktualisierten Betrag von 460.000,-- Euro.

Geschätzte Damen und Herren, ich weiß, dass Kunst unterschiedlich beurteilt wird. Persönlich und ganz besonders als Kulturreferent trete ich für die Freiheit der Kultur und der Kunst ein. Ich bin nicht mit allem, was irgendwo, irgendwann und irgendwie gesagt wird, einverstanden, aber die Freiheit der Kunst ist etwas Wichtiges und Unverzichtbares, insbesondere dann, wenn es auch um die Bewältigung der eigenen Vergangenheit geht. Was ich bedauere, ist, dass weitsichtige FPÖ-Politiker, die damals Kulturverantwortung getragen haben, ihre Vorhaben letztlich nicht umsetzen konnten, durften oder taten – wie immer die Geschichte dahinter zu vermuten sein wird. Aber Faktum ist, dass das Land Kärnten mehrheitsbeschlussmäßig und die Stadt Klagenfurt beschlossen haben, nämlich einem Georg-Büchner-Preisträger, aus dem Lande Kärnten stammend, den Vorlass abzukaufen und damit, ohne zu werten, wichtige Literatur, (*Vorsitzender: Eine Minute!*) Weltliteratur zu sichern, dass es dem nachgekommen ist. Und im Wesentlichen sollten alle froh sein, insbesondere die Mitglieder jener Partei, deren Kulturreferenten hier die ersten Akzente in diesem Land diesbezüglich gesetzt haben, ganz besonders! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung der Zusatzfrage! Gibt es den Wunsch nach weiteren Zusatzfragen? – Das sehe ich bei den Klubs nicht. Der Anfrager hat den Wunsch geäußert, ich erteile ihm das Wort vom Rednerpult aus!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Danke für die Antwort! Das hat mich jetzt nicht wirklich überrascht. Überrascht hätte mich eher, wenn Sie gesagt hätten, Herr Landeshauptmann, dass der Köfer das irgendwann einmal gefordert hätte. Ich hätte wirklich weit zurückgreifen müssen, aber der Kollege Seiser hat sich natürlich

Köfer

bestens vorbereitet. Das war es nicht, aber meine Zusatzfrage wäre:

Nachdem wir einen sehr harten Winter hinter uns haben und in etwa 79.000 Kärntnerinnen und Kärntner von Armut gefährdet sind, die nicht wissen, wie sie heizen sollen, wo der Kühlschrank zum Teil leer ist – und ich erspare Ihnen die anderen Peinlichkeiten, die leider in diesem Land passieren – wie erklären Sie in den nächsten Wochen und Monaten, wie man einem einzelnen Schriftsteller 460.000,-- Euro in Form einer lebenslangen Pension überweisen wird, während diese Leute zum Teil bitten und betteln müssen, dass sie 60,-- oder 70,-- Euro wollen oder einmal 120,-- Euro von irgendjemandem bekommen? Ich glaube, das ist ein Ungleichgewicht, und das wird dann auch für Sie in den nächsten Wochen und Monaten sehr, sehr schwer zu erklären sein. Nur, wie wird in etwa Ihr Beitrag dazu ausschauen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Ich versuche jetzt, aus dem Gesagten eine Frage für mich selbst zu formulieren, damit Sie die berechtigte Antwort bekommen. Herr Kollege Köfer, ich kenne die Situation der Armut in Kärnten. Wir haben in Kärnten, auch als Reaktion, um das konkret zu beantworten, was den Heizkostenzuschuss betrifft, dafür Sorge getragen, dass wir die höchsten Heizkostenzuschüsse innerhalb Österreichs haben. Wir haben auch in einer Notsituation vor zwei Jahren – Sie können sich vielleicht daran erinnern – noch einmal eine zusätzliche Aufstockung – ob des harten Winters – von 50,-- Euro gemacht. Zweitens: Ich halte es nicht für sehr - oder ich halte es für sehr polemisch und nicht für sehr zielführend, so muss ich es formulieren, dass man versucht, hier Dinge gegeneinander auszuspielen, um Neid zu schüren, was da ist. Es wäre Ihnen als ehemaligem Fußballer besser angestanden, auf so manche Gehälter und Gagen von Fußballern hinzuweisen, die auch einiges mehr kassieren als so manche Künstler und das dann in Relation mit anderen sozialen Einrichtungen zu stellen, dann würden wir vielleicht eine sehr wertvolle, wichtige

und so manche Leistungen wieder in Relation bringende Debatte hier im Hohen Haus führen. Schade, dass Sie das nicht getan haben! Vielleicht habe ich Ihnen damit eine Anregung mitgegeben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die erste Anfrage erledigt. Wir kommen zur zweiten:

2. Ldtgs.Zl. 2/M/32:**Anfrage des Abgeordneten Klocker an Landesrat Gruber**

Ich erteile ihm vom Rednerpult aus das Wort!

Abgeordneter **Klocker** (TKK):

Danke, Herr Präsident! Werte Zuhörer, Pressevertreter, Bedienstete des Amtes der Kärntner Landesregierung und sehr geehrte Regierungsmitglieder und Abgeordnete! Ein breit aufgestelltes Radwegenetz ist ein Muss für einen funktionierenden Fahrrad-Tourismus. Dieser Fahrrad-Tourismus ist seit Jahren ein wichtiger Frequenzbringer für unsere Beherbergungsbetriebe und auch für die allgemeine Gastronomie. Aber auch unsere Kärntner Bevölkerung braucht geeignete Fahrradwege wegen des Freizeit-Angebotes im Sinne der sanften Mobilität und des großen Gesundheitsaspektes des Radfahrens. Jahrzehntelang wurde es aber leider verabsäumt, diesem wichtigen Angebot eine höhere Priorität zu geben, als es eigentlich braucht. Warum wurden kaum Möglichkeiten geschaffen, Forstwege für die Biker zugänglich zu machen und warum wurden Verbindungen zwischen bestehenden Radwegen wie zum Beispiel dem Drauf-Radweg und dem Millstätter See-Radweg zu schließen, nicht umgesetzt? Als Erwachsener durch die Lieserschluft zwischen Spittal und Seeboden zu fahren, fällt fast unter die Kategorie „Mut kann man nicht kaufen“ und für unsere Kinder und Senioren ist es beinahe unzumutbar. Dem in der letzten Regierungsperiode für Radwege zuständigen Landesrat Köfer ist es eigentlich zu verdanken, dass endlich Schwung in dieses jahrzehntelange Thema gekommen ist. Er hat diesen Bau eines Radweges – Betonung auf das Wort

Klocker

„Bau“! – eigentlich fertig vorbereitet. Damit hat Gerhard Köfer auch dem Herrn Landesrat Gruber ein Einstandsgeschenk gemacht oder einen „aufgelegten Elfmeter“. Landesrat Gruber und die Landesregierung brauchen eigentlich nur mehr zu bauen beginnen. Und jetzt stelle ich definitiv die Frage an Landesrat Gruber:

Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand beziehungsweise wann ist der Baustart beim Projekt „Lieserschlucht-Radweg“ zwischen Spittal an der Drau und Seeboden, das von Ihrem Vorgänger als Straßenbaureferent projektiert sowie vorbereitet und in der Vorperiode, nach jahrzehntelangen Diskussionen, beschlossen wurde?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Gruber, ich darf Sie nach Möglichkeit um Beantwortung ersuchen!

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Liebe Regierungskolleginnen und -kollegen! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Dieses Radwege-Projekt und -Konzept ist etwas ganz Wichtiges und Grundlegendes für das Tourismusland Kärnten, aber auch für unsere Kärntner Bevölkerung. Und auch in meiner Aufgabe und Leidenschaft als Referent, der dafür zuständig ist, war eine meiner ersten Aufgaben für jene Dinge, die umgesetzt werden sollen, die In-Auftrag-Gebung und Ausarbeitung eines Radwege-Masterplans für dieses unser schönes Bundesland Kärnten. In diesem Radwege-Konzept spielt die Lieserschlucht, vor allem der Lückenschluss zwischen Spittal und Seeboden eine ganz zentrale und wichtige Rolle. Es geht darum, den Rad-Tourismus in Kärnten stärker zu „attraktivieren“ und darum, die Erreichbarkeit für Beherbergungsbetriebe und Gastronomiebetriebe für Rad-Touristen zu verbessern. Davon profitiert natürlich auch die regionale Wirtschaft. Und es geht auch darum, die Situation für die Pendler, Alltags- und Freizeitradler zu verbessern. Das habe ich mir auch zum Ziel gesetzt. Und zum „aufgelegten Elfmeter“ darf ich Ihnen eines sagen: Ich bin kein Fußballer! Beim Radweg „Lieserschlucht“ geht es um ein ganz komplexes Thema. Es ist ein Bauprojekt in der Höhe von 3,6 Millionen Euro und nach einer zehnjährigen

Diskussion biegen wir jetzt wirklich in die Zielgerade ein. Dazu ist vielleicht noch zu sagen, dass die Vereinbarungen mit den betreffenden Gemeinden nach vielen, vielen und langen Verhandlungen getroffen worden sind. Die Aufbringung der Mittel erfolgt zu zwei Dritteln vom Land Kärnten und ein Drittel kommt aus den betroffenen Gemeinden.

Und weil gesagt worden ist, das Projekt ist fertig und eigentlich nur mehr umzusetzen und die Hausaufgaben wurden erfüllt: Es sind im Vorfeld des Baubeginns noch ein paar Hausaufgaben zu erledigen und da geht es um zwei konkrete Dinge. Das ist nämlich erstens die Radwegführung im Bereich der Lieserbrücke, wo von mir jetzt auch noch eine Studie in Auftrag gegeben worden ist, wie man das dort am besten löst. Und die zweite, technische Frage ist die Kragplatten-Lösung bei der Mauerkrone über die Lieser, wo auch eine Studie im Laufen ist, um eben in Richtung Umsetzung zu kommen. Der weitere und nächste Schritt ist dann die Gesamtausschreibung der Planung, die auch noch im laufenden Jahr erfolgen soll. Das ist aber ein zweistufiges Verfahren, weil die Auftragssumme 100.000,- Euro überschreitet. Somit sollte dann die Planung im Jahr 2018 auch abgeschlossen sein. Aber dann, noch einmal zu den Hausaufgaben kommend, die zu erledigen sind, sind auch noch Materien-Verfahren durchzuführen, in naturschutzfachlicher, wasserrechtlicher und forstrechtlicher Hinsicht. Auch die müssen noch durchgeführt werden, und ich stehe wirklich dafür ein, auch um dieses Projekt umzusetzen, weil es ganz wichtig und eine zentrale Herausforderung ist für diese Region. Aber wenn diese Schritte, wie von mir jetzt gerade erklärt und beschrieben, durchgeführt werden, steht einem Baubeginn im Jahr 2019 nichts mehr im Wege! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es von den Klubs entsprechende Wünsche nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht. Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Ich sehe, das ist gewünscht. Dann bitte ich ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Klocker** (TKK):

Danke! In der Antwort des Landesrates Gruber höre ich die Worte „Konzept-Studien“, „Verfahren“ und so weiter und das klingt für mich irgendwie nach einer Verzögerungs- oder Schubladisierungsabsicht, denn vom Baubeginn 2018 war nichts zu hören.

Herr Landesrat Gruber, ist das dem dürftigen Wissensstand zuzuordnen oder sind Sie erstes Opfer des SPÖ-Diktates in dieser neuen Koalition? (*Es herrschen Lärm und Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion. – Vors. I. Präs. Ing. Rohr: Herr Kollege, was war jetzt die konkrete Frage? Ich habe sie zumindest nicht vernehmen können. Bitte, doch eine konkrete Frage zu stellen!*) Ist in der Antwort der dürftige Wissensstand Ihrerseits, Herr Landesrat Gruber – (*Vors. I. Präs. Ing. Rohr: Bitte, eine Frage zu stellen! Was wollen Sie wissen? Wahrscheinlich, wann es zur Umsetzung kommt, nehme ich an!*) Ist Ihre Antwort dem dürftigen Wissensstand in Ihrer Frische als Landesrat zuzuordnen oder dem Diktat der SPÖ in dieser Koalition? (*Abg. Scherwitzl: So eine Frage ist gar nicht zulässig! – Abg. Seiser: Nein, das ist keine Frage!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, ich weiß nicht, ob es möglich ist, diese Mutmaßung entsprechend zu beantworten! Ich erteile Ihnen jedenfalls das Wort dazu! (*KO Darmann: Dazu wird er wohl etwas sagen können!*)

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Jetzt kurz zu dieser sehr außergewöhnlichen Frage: Ich glaube, ich habe die weitere Vorgehensweise ganz korrekt und präzise formuliert und durchgeführt. Es sind diese Studien rechtlicher Natur durchzuführen. Es sind die Materien-Verfahren durchzuführen aus naturschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und forstrechtlicher Sicht. Der Baubeginn ist 2019. Ich weiß nicht, was da an Antworten und Informationen noch gefehlt hat bei der ersten Frage, die Sie gestellt haben. Die zweite war in Wirklichkeit keine Frage, aber das nur am Rande. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dem Anfrager steht es nicht mehr zu, die Antwort zu kommentieren. Bitte, Platz zu nehmen! (*Abg. Klocker: Ich bedanke mich trotzdem!*) Damit ist diese Anfrage entsprechend erledigt. Wir kommen zur dritten Anfrage:

3. Ldtgs.Zl. 3/M/32:

Anfrage des Abgeordneten Prasch an Landeshauptmann Kaiser

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten vom Rednerpult aus das Wort!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich zitiere: „Der Ausschuss für Nachhaltigkeit, Naturschutz, Energie, Umwelt, Klimaschutz und öffentlicher Verkehr hat in seiner 37. Sitzung am 19. Mai 2016 beschlossen, an den Landtag folgenden Antrag zu stellen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, im Falle des geplanten ASFiNAG LKW-Parkplatzes Seeboden die Interessen der betroffenen AnrainerInnen und Bürgerinitiativen zu wahren und in Verhandlungen mit der ASFiNAG und der Bundesregierung sicherzustellen, dass die Gemeinde Seeboden nicht durch das gegenständliche Projekt hinsichtlich Lärm, Luftqualität und Landschaftsbild beeinträchtigt wird.“

Inzwischen ist einige Zeit vergangen und deshalb meine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann:

Inwiefern ist der Beschluss des Kärntner Landtages (Ldtgs.Zl. 38-6/31) betreffend „Projekt ASFiNAG LKW-Parkplatz Seeboden“ (48. Sitzung des Landtages der 31. GP vom 02. Juni 2016) durch die Kärntner Landesregierung bereits in Umsetzung begriffen beziehungsweise wurde dieser bereits vollständig umgesetzt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich beantworte, nachdem ich sach- und materiellmäßig zwar nicht zuständig bin, aber hier doch auch die Verantwortung dafür trage, dass ordnungsgemäße Beschlüsse des Kärntner Landtages weitergeleitet werden wie auch in diesem Fall, und ich werde Ihnen daher die Antwort wie folgt geben: Dieser genannte Beschluss wurde wie alle anderen Beschlüsse, die der Hohe Landtag über die Regierung dann an die Bundesregierung sendet, auch an die Bundesregierung weitergeleitet. Wir wissen, dass gemäß Artikel 10 Absatz 1 des Bundesverfassungsgesetzes die Angelegenheiten der wegen ihrer Bedeutung für den Durchzugsverkehr durch Bundesgesetz als Bundesstraßen erklärten Straßenzüge ausschließlich in die Vollzugskompetenz des Bundes fallen, weshalb hinsichtlich der Umsetzung dieses Projektes eine Mitwirkung der Landesregierung auch nicht durch den zuständigen Straßenbauferenten vorgesehen war und jetzt auch nicht ist. Der Beschluss wurde daher den Regierungsmitgliedern sowie den Dienststellen des Amtes der Kärntner Landesregierung zur Kenntnis gebracht und auch die Bundesregierung im Wege des Bundeskanzleramtes um Stellungnahme ersucht. Eine Antwort ist bisher nicht eingelangt, daher kann ich, was die Bundesregierung und ihre Stellung dazu direkt schriftlich betrifft, nichts äußern. Ich kann Sie aber darüber informieren, dass wir unabhängig von diesem Beschluss den Intentionen der Bürgerinitiative folgen. Von meiner Fraktion her weiß ich, wer dabei war, nämlich der damalige Landtagsabgeordnete und Straßenbau-Sprecher Ebner. Er hat bereits am 19.10. in einem dreistündigen Gespräch in Seeboden zwischen Vertretern der ASFiNAG und der Bürgerinitiative Seeboden versucht, eine gemeinsame Vorgehensweise zu erreichen. Damals ist es darum gegangen, dass seitens der ASFiNAG das Projekt „Erweiterung Parkplatz Seeboden“ angeboten wurde. Sie haben es zuerst noch einmal erläutert und darauf hingewiesen, dass alle gesetzlichen Bestimmungen, vor allem auch in Bezug auf Emissionen, die Sie ange-

sprochen haben, die von diesem Parkplatz ausgehen könnten, eingehalten werden, was ja insofern irgendwie logisch ist, als dass die ASFiNAG als eine staatliche Gesellschaft nicht gesetzesbrechend und Richtwerte überschreitend vorgehen kann. Die ASFiNAG – und das entnehme ich der Schilderung, die wir durch die Recherche aufgrund Ihrer Anfrage getätigt haben – hat der Bürgerinitiative angeboten, dass diese Aussagen von einem unabhängigen Sachverständigen nochmals überprüft werden können. Die Auswahl des Sachverständigen obliege der Bürgerinitiative, die Kosten würde die ASFiNAG tragen. Ich verwende bewusst den Konjunktiv, also die Möglichkeitsform, weil dieses Angebot seitens der Bürgerinitiative in Seeboden bis dato nicht in Anspruch genommen wurde. Also hier wäre, wenn man es im positiven Sinn formuliert, eine Möglichkeit, diese Überprüfung noch einzuleiten, wenn die ASFiNAG nach zweieinhalb Jahren noch zu ihrem Wort steht.

Des Weiteren möchte ich Ihnen aber mitteilen, dass drei Grundeigentümer in der gegenständlichen Causa Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht eingebracht haben, aber bereits vor dem Antrag, den wir hier gestellt haben, nämlich rund ein halbes Jahr vorher. Diese wurde im Juli 2015 abgewiesen und es wurde im November 2015 Revision beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht. Mit Jänner 2016 wurde auch diese zurückgewiesen. Und Ende 2016 hat wiederum ein anderer Grundeigentümer den Antrag auf Wiederaufnahme des Enteignungsverfahrens beim Land Kärnten gestellt. Dieses Wiederaufnahmeverfahren ist derzeit anhängig. Damit sind Sie auf dem neuesten Stand des derzeitigen Status quo. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Bei der SPÖ, bei den Freiheitlichen, bei der ÖVP sehe ich das nicht! Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen! Bitte, das zu tun!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Vorweg, Herr Landeshauptmann: Wir sind im ständigen Kontakt mit der Bürgerinitiative in

Prasch

Seeboden. Die Sachen, die Sie hier aufgezählt haben, sind offensichtlich der Bürgerinitiative informativ nicht zugekommen, sonst bräuchte man die Frage auch nicht zu stellen. Unsere Anfrage zu diesem Thema stammt immerhin vom 29.06.2017. Seit dieser Zeit hat die Bevölkerung in Seeboden davon nichts mehr mitbekommen. Wir finden das schon ein bisschen fahrlässig, die Bevölkerung bei solchen Themen im Unklaren zu lassen! Oder wollten Sie einfach die Anfrage, die ja jetzt schon das fünfte Mal auf der Tagesordnung steht, nicht beantworten? Elf Monate sind inzwischen vergangen – das ist jetzt meine Frage – das spricht nicht für Bürgernähe:

Was wird aus Ihrer Sicht als nächstes weiter passieren? Wird die Bürgerinitiative auch laufend weiter informiert werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf darauf hinweisen, dass in der Begründung der ursprünglichen Anfrage natürlich eine Einbegleitung möglich ist, aber in der Zusatzfrage möglichst konkret und direkt diese Zusatzfrage auf die Anfragebeantwortung hin bezogen gestellt werden sollte. Bitte, das auch in Zukunft in der Praxis so zu leben! Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schön langsam tue ich mir relativ schwer, obwohl ich bereits – mit Unterbrechungen – seit 1989 diesem Hohen Hause angehöre, denn was ich am 29. Juni des Vorjahres an Anfrage bekommen habe zu einer Materie, in der ich keine Zuständigkeit habe, entzieht sich meiner Kenntnis. Meines Wissensstandes wurden alle Anfragen der letzten Legislaturperiode beantwortet, daher, Herr Kollege Prasch, ist es mir schwerfallend zu glauben, dass eine an mich gerichtete Frage, wo ich nicht einmal eine Zuständigkeit habe, nicht beantwortet sei. Aber das auch nur zur Einleitung Ihrer Frage, die ich jetzt versuche, so zu beantworten, dass ich davon ausgehe, dass die Kärntner Landesregierung und auch der zuständige Referent, sowie vielleicht der vorherige Straßenbaureferent, es hätte machen können, aber der jetzige es wahrscheinlich sicher machen wird, sich um die berechtigten

Anliegen kümmern wird. Ich kann Ihnen keinen Ausgang sagen, außer so viel, dass die Zuständigkeit ausschließlich beim Bund liegt und die zuständigen Minister diesbezüglich nach Rücksprache mit der ASFiNAG, hoffe ich, auf diese Anliegen eingehen werden. Der derzeitige Stand ist, dass es ein offenes Verfahren gibt, ein Wiederaufnahme-Verfahren, das noch nicht entschieden ist, aber die Voraussetzungen rechtlicher Natur meines Wissensstandes, den ich abstrahiert habe aus den Papieren, die ich mir kommen habe lassen, um Ihre Anfrage zu beantworten, jene sind, dass alle rechtlichen Möglichkeiten eingehalten werden, dass aber noch immer offen ist, dass dieses Gutachten, das Sachverständigen-Gutachten auf Kosten der ASFiNAG durch die Namhaftmachung eines von der Bürgerinitiative genannten Fachexperten/Fachexpertin noch nicht eingelöst wurde. Vielleicht könnte man gemeinsam, nachdem es ja doch eine sehr konzentrierte Tätigkeit Ihrer Fraktion in diesem Oberkärntner Bereich gibt, hier vorgehen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, danke für die Beantwortung! Wir kommen zur nächsten Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 4/M/32:**Anfrage des Abgeordneten Rauter an Landesrat Gruber**

Ich darf ihn ersuchen, vom Rednerpult aus diese Anfrage an den Herrn Landesrat zu stellen!

Abgeordneter **Rauter** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die „Kärnten Werbung“ steht mit 60 Prozent der Anteile im mehrheitlichen Eigentum der Kärntner Beteiligungsverwaltung. Die Kärntner Tourismuswirtschaft verlangt schon seit Jahren vehement, die Landesanteile der „Kärnten Werbung“ an die regionalen, unternehmensgeführten Tourismusorganisationen zu übertragen. Diese Forderung der Kärntner Wirtschaft wurde auch von Ihrem Vorgänger, Herrn Abgeordneten Benger, unter-

Rauter

stützt und eine Umsetzung bereits im Jahre 2014 versprochen, aber eben bis dato nicht umgesetzt. Die Forderung der Kärntner Wirtschaft, insbesondere, dass die Kärntner Unternehmer über die von ihnen aufgebrauchten Budgetmittel der „Kärnten Werbung“ selbst entscheiden sollen, unterstützt auch die Kärntner FPÖ, deshalb stelle ich hiermit meine Frage:

Wann werden Sie die – der Kärntner Tourismuswirtschaft bereits seit dem Geschäftsjahr 2014, vor dem Hintergrund des MitspracherRechtes, versprochene – Übertragung der Anteile der „Kärnten Werbung“ an die Kärntner Unternehmer sowie die Tourismus-Organisationen umsetzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, ich darf Sie um Beantwortung bitten! *(KO Darmann: Das war einmal eine professionelle Frage!)*

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Abgeordneter! Es besteht kein Zweifel daran, dass diejenigen, die die „Kärnten Werbung“ mit ihren Beiträgen finanzieren, auch mitbestimmen sollen. Ich glaube, da sind wir uns wirklich einig und gehen da auch d'accord. Das haben wir auch in vielen Gesprächen, die wir früher schon miteinander geführt haben, glaube ich, wirklich ausgeräumt. Aber es braucht die beste Lösung und die effektivste Lösung und vor allem eine tragfähige und langfristige für den Kärntner Tourismus und die Tourismus-UnternehmerInnen geführte Lösung in diesem Bereich. Deshalb ist jetzt noch einmal die Zeit zu investieren, um die rechtlichen, fachlichen Neben-, Rück- und Fernwirkungen auf Herz und Nieren zu überprüfen und dann die noch offenen Fragen, die ja auch bestehen, zügig zur Umsetzung zu bringen und zu besprechen, deshalb haben wir dieses Thema auch mit unserem neuen Tourismusreferenten, Landesrat Zafoschnig, in Angriff genommen. Er kennt diese Materie wirklich ausgezeichnet. Er war ja auch als Aufsichtsratsvorsitzender der „Kärnten Werbung“ ein Kenner der Materie als Jurist, er kennt sich auch in der Fachmaterie aus. Wir haben bereits gemeinsam die Tourismusabteilung beauftragt, diesen Status

nochmals zu erheben, die nächsten Schritte einzuleiten und in rechtlicher Hinsicht aufzubereiten, um dann im konkreten Umsetzungsschritt diese Anteilsübertragung zukünftig durchzuführen. Wenn du mich auf einen bestimmten Termin festnageln willst, einen bestimmten Termin werde ich dir an dieser Stelle nicht mitteilen können. Ich sage nur, es wird in naher und absehbarer Zukunft stattfinden, im Sinne unserer Kärntner Unternehmerinnen und Unternehmer, im Sinne unserer Kärntner Tourismus-Wirtschaft und auch für die weitere Entwicklung dieses Landes. Wir dürfen vor allem eines nicht zulassen, dass die „Kärnten Werbung“ ein politischer Spielball der Kärntner Landespolitik wird. Ein herzliches Danke! *(KO Darmann: Ich halte das nicht aus! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe bei der SPÖ nicht, bei der ÖVP nicht. Dann hat der Fragesteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen? Ist das gewünscht, Herr Abgeordneter? *(Abg. Rauter bejaht.)* Bitte!

Abgeordneter **Rauter** (FPÖ):

Meine Frage wäre eigentlich gewesen, wann diese zeitliche Umsetzung möglich ist. Du hast das, glaube ich, beantwortet. Trotzdem meine Frage:

Kann man das zeitlich eingrenzen? Also, wann kann man damit rechnen, kann man das sagen - 2018, 2019, so schnell wie möglich? *(KO Darmann: 2030 bis 2045 anscheinend!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Kollege Darmann, Sie können sich dann in der Debatte entsprechend zu Wort melden! Herr Landesrat Gruber, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, danke noch einmal für diese Rückfrage! Ich habe das, glaube ich, in meiner Anfragebeantwortung schon gesagt, dass ich keinen konkreten Zeitpunkt nennen werde. Aber

Gruber

du hast auch eine Antwort gesagt, mit der ich gut leben kann – nämlich so schnell wie möglich!
(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die vierte Anfrage erledigt. Wir kommen zur fünften Anfrage:

**5. Ldtgs.Zl. 5/M/32:
Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Landeshauptmann Kaiser**

Ich erteile ihm das Wort!

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Mit den Worten „skandalös“, „beschämend“, „pietätlos“ bezeichne ich die Festrede des Literaten/Autors Josef Winkler, die er anlässlich der 500-Jahr-Feier der Schenkung der Stadt Klagenfurt im Großen Wappensaal von sich gegeben hat. Viele Kärntnerinnen und Kärntner teilen diese Meinung, schließen sich dieser Kritik an und sind auch bestürzt über diesen Vorgang und über diese Festrede und diesen Auftritt eines wie bezeichnet „Skandal-Autors“. Skandalöser würde ich es aber noch finden, wenn auch noch Steuergeld finanziert wird für diesen Auftritt, daher ergeht an den Herrn Kulturreferenten und Landeshauptmann Dr. Kaiser meine Frage:

Hat das Land Kärnten für die Festrede „500 Jahre Klagenfurt“ beziehungsweise deren Verbreitung in Buchform eine Förderung gewährt?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung dieser Frage!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Präsident! Kollege Lobnig! Ich habe versucht,

nachdem, wenn es Förderungsansuchen gegeben hat, die vor meiner Zeit passiert hätten sein müssen, bei der zuständigen Abteilung 6 - Unterabteilung Kunst und Kultur nachzufragen und laut Auskunft selbiger wurde die Festrede in Buchform von Seiten des Landes Kärnten nicht gefördert.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage beantwortet. Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich weder bei der SPÖ noch bei der ÖVP. Dann hat der Anfragersteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Ist das gewünscht so? (3. Präs. Lobnig bejaht.)

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Können Sie ausschließen, dass auch Ihr Amtsvorgänger, Kulturreferent Landesrat Benger beziehungsweise auch Sie in der Zukunft für solche Festreden irgendeine Form der Förderung gewähren werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte diese Frage zu beantworten!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Ich kann in der derzeit laufende Legislaturperiode dezidiert feststellen, dass mein Vorgänger, Kollege Benger, eine solche Förderung nicht gewährleistet hat. Ich weiß nicht, welche Anträge an mich als derzeitigen Kulturreferenten herangetragen werden. Ich werde so wie bei jedem Antrag sorgfältig prüfen, ob eine Förderung korrekt, angemessen und auch dem Sinne und der Intention der Kulturpolitik des Landes Kärnten, seiner dahinterstehenden Strategie entspricht. (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur sechsten Anfrage:

Ing. Rohr

6. Ldtgs.Zl. 6/M/32:

Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Landeshauptmann Kaiser

Ich darf ihn bitten, diese vom Rednerpult aus zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Als Kulturreferent sind Sie für die Organisation und die Mitwirkenden der 100-Jahr-Feier der Kärntner Volksabstimmung zuständig. Daher meine Frage:

Ist es geplant, den Autor Josef Winkler in die 100-Jahr-Feier Kärntner Volksabstimmung einzubinden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung dieser Frage!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Zum jetzigen Zeitpunkt wird an der Entwicklung eines inhaltlichen und organisatorischen Konzeptes, das ich von meinem Vorgänger übernommen habe, einmal weitergearbeitet, überprüft, wie der Status quo ist und geschaut, wie wir die verschiedenen, auch dezentralen Veranstaltungen machen können. Wir haben uns noch in keinster Art und Weise auf irgendeine Person festgelegt, aber ich schließe niemanden und nichts aus, denn ich denke, dass wir wirklich gut überlegen sollten, wie wir würdig eine 100-Jahre-Volksabstimmung-Feier unter dem Motto „Rückblick, Gegenwart und Vorausschau“ zustande bringen werden. Ich nehme aber Ihre Frage in dieser Hinsicht auch zur Kenntnis, nachdem ich bereits hier im Hohen Haus geschildert habe, wie die Beziehung unterschiedlicher FPÖ-Verantwortlicher im jeweiligen Zeitraum zum Autor Winkler war.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das sehe ich bei der SPÖ nicht, bei der ÖVP nicht. Dann hat der Fragesteller die Möglichkeit. Bitte!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Als Kulturreferent und Landeshauptmann waren Sie beim Festakt „500 Jahre Klagenfurt“ im Großen Wappensaal dabei. Sie haben nach der Rede des Literaten Winkler applaudiert. Meine Frage daher an Sie:

Werden Sie sich als oberster Repräsentant des Landes für die pietätlosen und beleidigenden Aussagen des Literaten Winkler bei der Familie Haider entschuldigen bzw. sich von diesen Inhalten distanzieren?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, die Frage an den Landeshauptmann wird dieser beantworten. Bitte!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Um der Würde des Hohen Hauses und auch meiner Funktion als Kulturreferent zu entsprechen, zitiere ich gerne „Don Carlos“/Schiller: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Das sollten wir alle Zusammenhang mit Kultur respektieren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die sechste Anfrage erledigt. Wir kommen zur siebenten Anfrage:

7. Ldtgs.Zl. 7/M/32:

Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser

Ich bitte ihn, diese vom Rednerpult aus zu stellen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Meine nächste Anfrage wäre: Nachdem sich der Rechnungshof wirklich bemüht hat, im Laufe der letzten Periode auch Unzulänglichkeiten aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge auf den Tisch zu legen und das auch in einem sehr umfangreichen Elaborat kundgetan hat, ist meine Frage an Sie:

Welche der insgesamt 309 offenen Empfehlungen des Kärntner Landesrechnungshofs (Stand: März 2018) gedenken Sie in den nächsten Tagen und Wochen konkret umzusetzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Ich möchte vorweg einmal die konstruktive, kritische, harte Arbeit des Kärntner Landesrechnungshofes auch als einer, der permanent in dessen Fokus steht, würdigen! Ich bin nicht immer derselben Meinung, aber in einem sehr, sehr hohen Ausmaß, Prozentsatz über 90 Prozent liegend, derselben Meinung, wie sie der Rechnungshof nach akribischer Untersuchung feststellt. Aus dem leitet sich logischerweise ab, dass ich sowohl in meiner Funktion als Referent der Landesregierung in meinen Referatszuständigkeiten tunlichst darauf achten werde, das was umsetzbar ist und in meinen Wirkungsbereich fällt, auch umzusetzen. Ich habe auch bereits Dinge zur Kenntnis genommen, die beispielsweise meiner politischen Einstellung krass widersprechen. Dabei handelt es sich um das landwirtschaftliche Schulwesen, aber der Rechnungshof hat mit einer – auch nachvollziehbaren – Begründung darauf hingewiesen, dass in der jetzigen Situation Landwirtschaftsressort und landwirtschaftliches Schulwesen zusammenzugehören haben. Sie sehen, auch wenn ich nicht derselben Meinung bin, weiß ich, dass es in gewissen Dingen sinnvoll ist, den Anordnungen zu folgen.

Zu der konkreten Frage: Wir haben derzeit – und ich habe das zusammenfassen lassen, Herr Ab-

geordneter, nachdem ich auch weiß, dass Sie mit Ihrer Interessengemeinschaft ganz besonders diese Aufgabenstellung, genauso wie Kollege Darmann, übernehmen werden – 309 offene Empfehlungen, die jetzt natürlich nicht nur allein meine Wenigkeit betreffen, sondern auf alle sieben Regierungsmitglieder verteilt sind. In meinem Zuständigkeitsbereich kann ich Ihnen das genau beantworten: Ich habe insgesamt bisher von den im Bereich Bildung – und ich nehme diesen Punkt heraus, der am meisten im Fokus steht – 24 Prozent der Anregungen umgesetzt, rund 62 Prozent befinden sich derzeit in Umsetzung, weil manches nicht auf Knopfdruck geht, sondern vieles erst nach Erörterungen, Fachgesprächen, Umsetzungen und danach wieder notwendigen Evaluierungen in die Praxis gesetzt werden, und 16 Prozent werden wir in der nächsten Zeit angehen. Das heißt, wir haben hier, glaube ich, doch auch einen relativ hohen Umsetzungsgrad bereits angestrebt. Im Bereich der allgemeinen Verwaltung wurden bereits 39 Prozent der Empfehlungen umgesetzt, 57 Prozent befinden sich im Umsetzung, 4 Prozent wurden noch nicht in Angriff genommen. Bei manchen der Anregungen bedarf es aber auch längerfristiger Zeiträume, manche sind auch nur so zu lösen, dass sie prozesshaft gesehen, sprich eingeleitet und dann in weiteren Entwicklungsschritten fortgesetzt werden. In Summe möchte ich aber festhalten, dass auch bei der Erstellung des Regierungsprogrammes durch SPÖ und ÖVP die Anregungen des Landesrechnungshofes ein wesentlicher Bestandteil waren. *(Der Redner mit Blick auf LRH-Direktor MMag. Bauer:)* Herr Direktor, Ihnen und Ihren Mitarbeitern diesbezüglich ein Dankeschön! Und alle Abgeordneten des Kärntner Landtages bitte ich, auch weiterhin kritisch die Arbeit der Regierung zu begleiten, denn eine Oppositionsaufgabe, eine Landtagsaufgabe ist es, neben der gesetzlichen Vorgabe auch den Vollzug zu überprüfen! Wir stehen gerne dieser Überprüfung jederzeit zur Verfügung! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht. Der Anfragersteller hat diesen signalisiert und ich bitte ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Ich werde in einem Jahr wieder hier stehen und werde die komplett gleiche Anfrage stellen, und ich würde mich freuen, wenn sich dann – das ist dann auch meine oder unsere Hoffnung – an den Prozentpunkten der Umsetzung etwas Deutliches getan hat. In diesem Sinne verzichte ich auf eine weitere Anfrage und wünsche alles Gute!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Köfer! Vielleicht sollten Sie sich doch einmal mit der neuen Geschäftsordnung entsprechend befassen. Ich empfehle Ihnen das, nachdem Sie ja immerhin auch als Regierungsmitglied der letzten Legislaturperiode diesem Haus angehört haben! Eine Antwort ist vom

Fragesteller nicht zu kommentieren, es gibt keine Zusatzfrage oder sonst gibt es eine Zusatzfrage – jedenfalls war Ihre Vorgehensweise nicht geschäftsordnungskonform! Wir kommen daher zur nächsten Anfrage:

8. Ldtgs.Zl. 8/M/32:

Anfrage des Abgeordneten Klocker an Landesrätin Mag. Schaar

Nachdem die Frau Landesrätin nicht anwesend ist, haben Sie die Möglichkeit, diese Anfrage schriftlich beantwortet zu bekommen oder in der nächsten Sitzung mündlich. (*Abg. Klocker: Bitte, in der nächsten Sitzung mündlich!*) Mündlich in der nächsten Sitzung!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die stärkste Landtagsfraktion an der Reihe. Ich möchte an dieser Stelle auch festhalten, dass nach der neuen Landesverfassung auch der Interessengemeinschaft ein Antragsrecht für die Abhaltung der Aktuellen Stunde eingeräumt wurde und das natürlich entsprechend dem Rotationsprinzip SPÖ, Freiheitliche, ÖVP, Team Kärnten. Das Thema der Aktuellen Stunde heute, das von der SPÖ bestimmt wurde, lautet: „Gedenkkultur in Kärnten“. Ich mache darauf aufmerksam – und das gilt auch für diese Legislaturperiode – wir haben in der Präsidielle zur Vorbereitung dieser Landtagssitzung vereinbart, dass wir das Rotationsprinzip pflegen, dass sich in der Redner-Reihenfolge auch das Team Kärnten in der Aktuellen Stunde jeweils in der ersten Runde mit einem Redner zu Wort meldet, und in der zweiten und dritten Runde geht dann das Rotationsprinzip ausschließlich auf die im Haus befindlichen Klubs über. Soviel zur Erklärung der Aktuellen Stunde. Wir haben jetzt genau 10.00 Uhr und starten mit der Aktuellen Stunde. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubomann der Sozialdemokraten, Abgeordneter Herwig Seiser. Ich erteile ihm das Wort vom Rednerpult aus und weise noch auf die fünf Mi-

nuten Redezeit hin und bitte, diese auch entsprechend einzuhalten!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Geschichte ist ein guter Lehrmeister, nur, die Menschen sind schlechte Schüler. Um diesem Spruch zu widerstreben, werden in diesem Jahr in Österreich, im Gedenkjahr 2018, bis dato 90 Gedenkveranstaltungen abgehalten, die sich durchwegs mit dem nationalsozialistischen Terror-Regime auseinandersetzen im Sinne von „Zukunft braucht Erinnerung, um Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen“. Wir wissen, dass die Lehren, die bis dato aus der Vergangenheit gezogen wurden, unter anderem dazu geführt haben, dass das riesengroße Friedensprojekt der Europäischen Union ins Werk gesetzt wurde, dass es eine Genfer Menschenrechtskonvention gibt und so weiter. Dennoch findet in diesen Tagen in Kärnten einer der größten Aufmärsche rechtsextremer Kräfte statt, eine Veranstaltung, die dazu dient, Geschichte zu klittern, eine Ver-

Seiser

anstellung, die dazu dient, die Verbrechen des Ustascha-Regimes zu relativieren, eine Veranstaltung, die in ihrer Ausformung dazu dient, allen anderen Gedenkveranstaltungen in unserem Land ins Gesicht zu schlagen, den Opfern dieses nationalsozialistischen Mörder-Regimes ins Gesicht zu schlagen und die Parolen, die längst vergessen sind, die Insignien, die längst vergessen und auch verboten sind, wieder darzustellen.

Ich habe gesagt, Zukunft braucht wahrhaftige Erinnerung. Und wenn wir uns die anderen Gedenkveranstaltungen anschauen, ausgehend von Mauthausen, über den Loiblpass, über viele Gedenkstätten in Kärnten, Gedenktafeln am Techelsberg, am Landesgericht, Gedenktafeln hier im Landhaus, Gedenktafeln am Bahnhof, dann ist das eine Gedenkkultur, die tatsächlich dazu führt, dass Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden, die aber nicht dazu führt, dass Geschichte verfälscht wird und dadurch falsche Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden. Ich hatte die Gelegenheit, bei der diesjährigen Befreiungsfeier in Mauthausen hinter einem der letzten direkten Opfer dieses mörderischen Regimes zu sitzen. Sein Name war Max Garcia, ein amerikanischer Jude aus Kalifornien, der nach Mauthausen kam, um dort den Verlust seiner Eltern und seiner Geschwister zu betrauern, die in diesem Todeslager umgekommen sind. Er hat leider, weil diese industrielle Massenvernichtung so angelegt war und dieses Mörder-Regime ja so agiert hat, keinen anderen Platz zum Trauern! Er muss nach Mauthausen fahren (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) und er muss in Mauthausen trauern! Jetzt gibt es auf der anderen Seite eine Gedenkveranstaltung am Loibacher Feld, die alles verfälscht und die dieses Regime wieder verherrlicht und die in Wahrheit die Geschichte bis zur Unendlichkeit verfälscht. Das, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist ein Zustand, der nicht länger tragbar ist! Wenn Erinnern und Gedenken zu Wiederbetätigung führt, dann können wir das Erinnern vergessen! Ich denke, es ist unserer aller Aufgabe, sowohl auf Behörden-Ebene als auch auf Ebene der Bundesregierung, hinkünftig dafür zu sorgen, dass diese Veranstaltung am Loibacher Feld nicht mehr stattfindet! Es ist der Innenminister und die Außenministerin zu ersuchen, alle rechtlichen und diplomatischen Möglichkeiten zu identifizieren und auch durchzusetzen, um diese

Veranstaltung (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte, zum Schluss zu kommen!*) endgültig von der Bildfläche verschwinden zu lassen! Ich sage es noch einmal: (*Vorsitzender: Herr Klubobmann!*) Wenn Gedenken zu Wiederbetätigung führt, dann können wir das Erinnern vergessen! Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Freiheitliche Klubobmann, Abgeordneter Gernot Darmann. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie und zu Hause, wenn Sie uns über die Medien verfolgen! Ja, Herr Kollege Seiser, es ist in der Tat so, es ist allen Opfern mörderischer Verbrechen – nicht nur in diesen Tagen – zu gedenken und diese Andacht zu halten, egal, ob sie Opfer von linken oder rechten Extremisten sind. Aber man kann sich dem Thema der Gedenkkultur in Kärnten auch von einer anderen Seite nähern, deswegen ist es für mich schon ein starkes Stück dieser durch die Selbstaufgabe der ÖVP im Machttausch befindlichen SPÖ, einerseits eine Aktuelle Stunde zur Gedenkkultur in Kärnten zu beantragen, andererseits jedoch unseren Ahnen, unseren Vorfahren, die ihr Leben, ihr Blut für die Kärntner Einheit gelassen haben, dieses ehrende Gedenken zu verwehren. Geschätzte Damen und Herren, denn nichts anderes ist es, wenn Sie in einem beliebigen Sammelsurium von Events nach 100 Jahren Volksabstimmung versuchen, diese würdige Andacht, dieses würdige Gedenken unmöglich zu machen. Und dieses beliebige Sammelsurium wird der gelebten Verantwortung unserer Vorfahren niemals gerecht werden können! Dazu braucht es eine herzhafte Auseinandersetzung mit der Kärntner Landesgeschichte, die wir hier und heute in der Gegenwart unseren Vorfahren schuldig sind, die Sie Ihren Vorfahren schuldig sind! Denn ohne diese Vorfahren und ohne ihre Leidenschaft für diese Kärntner Einheit einzutreten, obwohl Wien auf Kärnten „ge-

Darmann

pfiffen“ hat, ohne diese Leidenschaft in der damaligen Zeit wären wir hier und heute nicht vorhanden, gäbe es kein ungeteiltes Kärntnerland in einer hoffentlich auch in Zukunft wachsenden und gedeihenden Republik Österreich! Das ist es, was wahre Gedenkkultur sein sollte und wofür wir auch höchste Verantwortung tragen und worüber auch wir heute in dieser Aktuellen Stunde reden sollten!

Es ist leider nur in dieser sehr erschreckenden Weise zusammenzufassen, dass die Kärntner Landesregierung der letzten Gesetzgebungsperiode mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen ein Konzept für eine Landesfeierlichkeit „100 Jahre Volksabstimmung“ beschlossen hat, welches ein Konzept der Beliebigkeit ist, genau dieses Andenken an unsere Ahnen und Vorfahren ausgeklammert hat, das Wort „Geschichte“ nirgends in diesem Konzept vorkommt, die Landeshauptstadt Klagenfurt nirgend in diesem Konzept erwähnt wird, aber eine Vielzahl von Vereinen hier alles Mögliche machen kann, bis hin zum Partisanenverband in Kärnten! Da frage ich mich als stolzer Kärntner, der ebenso hier Vorfahren gehabt hat, die für dieses Heimatland eingetreten sind: Wo sind wir hingekommen? Wo ist hier noch die inhaltliche Verantwortung jener Landesregierungsmitglieder gegeben, für jene Landesfeierlichkeit einzutreten und hinzustehen und zu sagen, ja, wir nehmen die Verantwortung wahr, wir stehen hinter dieser Feierlichkeit und wir sorgen dafür, dass es hier auch keine irgendwelchen Auswüchse der Geschichtsverdrehung gibt? Wo ist diese Verantwortung, in einem Land eine Feier zu propagieren, die nichts mehr mit der Geschichte zu tun hat und die diese stolze Landesgeschichte auf den Müllhaufen der Geschichte werfen will, geschätzte Damen und Herren? *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Für mich zeigt sich – und das wird die FPÖ auch in Zukunft klar machen – dass die Heimat- und Traditionsverbände Kärntens durch diese Regierungskoalition nur eine missliebige Notwendigkeit und Randerscheinung bei diesen Jubiläumsfeiern sein sollen. Die Freiheitliche Partei wird darauf pochen, dass die Kärntner Heimat- und Traditionsverbände *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* an federführender Stelle der Organisation und der Repräsentation unseres Kärntnerlandes mit einzubinden sein werden. Es wird auch sehr spannend sein zu verfolgen durch alle Kultur- und Volks-

kulturträger im Kärntnerland, welches Abstimmungsverhalten die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP an den Tag legen werden, wenn wir Freiheitliche einen Antrag einbringen für einen würdigen Festumzug im Zusammenhang mit „100 Jahre Kärntner Volksabstimmung“ und der vorausgehenden Abwehrkampfhandlungen, die diese Volksabstimmung erst möglich gemacht haben.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte aber an dieser Stelle, wenn wir schon von Gedenkkultur sprechen, die Gelegenheit nützen, an dieser ja eigentlich nicht unwichtigen Stelle eines Rednerpultes des Kärntner Landtages gegenüber dem amtierenden Landeshauptmann Peter Kaiser festzuhalten, dass es weder mit Gedenken noch mit einer Gedenkkultur zu tun hat, wenn sich ein hasszerfressener Josef Winkler in niveaulosester Art über das Andenken eines verstorbenen Vorgängers des Landeshauptmannes Peter Kaiser hermacht! *(Vorsitzender: Die Redezeit ist ausgenützt! Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Dankeschön, ich komme zum Schlusssatz! Ich hätte mir von einem Landeshauptmann erwartet, sich zu distanzieren, statt auch noch für diese rüpelhaften Ergüsse dieses modernen Hasspredigers zu applaudieren! Ich danke abschließend den Heimat- und Traditionsverbänden, werte Damen und Herren, die nicht Partisanen und Aggressoren, sondern unsere Ahnen in die Zukunft tragen, denn ohne diese Ahnen, unsere Vorfahren würde diese unsere Kärntner Heimat hier und heute nicht existieren! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich möchte wirklich darauf hinweisen, dass wir mehr Disziplin bei der Einhaltung der Redezeit walten lassen sollten! Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der ÖVP, Mag. Markus Malle. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Werte Kollegen in der Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Abgeordnetenbänken! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wir gedenken im Moment vieler Daten: 1918, 1938, 1948 oder auch mit dem gestrigen Tag, dass der Krieg vor 73 Jahren beendet war. Gedenken sind aber nur sinnvoll, wenn wir aus der Geschichte

Malle

auch etwas lernen, wenn es einen Brückenschlag gibt und wir alle gemeinsam über diese Brücke in die Zukunft gehen. Dafür ist es aber notwendig, Schlüsse im Positiven wie auch im Negativen aus den Erlebnissen der Gedenkjahre zu ziehen. Es ist aus meiner Sicht aber abzulehnen, wenn einzelne Gruppierungen versuchen, diese geschichtsträchtigen Jahre und auch Gedenkveranstaltungen politisch zu missbrauchen oder tendenziös zu vereinnahmen! Weil gestern vor 73 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, eine Zeit, wo Millionen Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden, verstümmelt, getötet, aus ihrer Heimat vertrieben wurden und wo mit einem Verbrechensregime und unter Polizeigewalt die Rechte des Stärkeren, den anderen zu beherrschen und über ihn zu entscheiden, genutzt wurden. Behinderte, Homosexuelle, Juden, Roma, Sinti wurden als minderwertig diffamiert, als Abfall deklariert und die Regeln der Humanität und des Völkerrechtes nicht beachtet. Ich glaube, dass es notwendig ist, gerade für Kärnten, das besondere Jubiläum, das wir vor uns haben, die „100 Jahre Volksabstimmung“ in den Mittelpunkt zu stellen und nicht zu versuchen, im Vorfeld Zwietracht zu säen und zu sagen, was alles nicht passt, weil diese Feierlichkeiten gehören allen Kärntnerinnen und Kärntnern – allen! Deswegen müssen bei diesen Gedenkveranstaltungen auch alle Gruppierungen dieses Landes und alle politischen Gruppierungen einbezogen werden – alle! Ich finde es schon erschreckend, wenn zum wiederholten Male der Festumzug und die Feierlichkeiten mit der Landesausstellung gemeinsam in einen Topf geworfen werden und erklärt wird wider besseres Wissen, dass es keinen Festumzug geben soll, dass es kein würdevolles Gedenken geben soll, sondern dass das ein Sammelsurium ist. Alle gehören eingebunden! Die Regierung hat beschlossen, dass es eine Landesausstellung geben soll. *(KO Darmann: Das ist im Regierungsbeschluss nicht vorgesehen!)* Es hat die Regierung noch keinen Beschluss zu den Gedenkfeierlichkeiten der Volksabstimmung gefasst.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, *(KO Darmann: Zwei Regierungsbeschlüsse sind vorhanden!)* es geht darum, dass Kärnten hier im Rampenlicht stehen wird, national und international. Und ich glaube, dass es notwendig ist - ohne Schnappatmung und ohne verbale Entgleisungen - dass wir Kärnten nach außen darstellen.

Geben wir allen einen Platz bei den Feierlichkeiten – der Volkskultur bis hin zur Avantgarde, den Heimatverbänden wie auch allen anderen! Präsentieren wir Kärnten als zentrale Region im Alpen-Adria-Raum, achten und ehren wir die Geschichte, denn wer die Geschichte nicht ehrt, ist die Zukunft nicht wert! Aus meiner Sicht sollte unser gemeinsames Ziel sein, das „Schatzkästchen“ der Geschichte Kärntens bis 2020 fertigzustellen. Das Landesmuseum beherbergt unsere Geschichte, zurzeit leider in Umzugskartons. Hier sollten wir einen gemeinsamen Schulterchluss machen und ein zeitgemäßes Landesmuseum für die Feierlichkeiten zur Verfügung stellen, damit wir alle stolz auch unsere Geschichte präsentieren und repräsentieren können. Wir von Seiten der ÖVP stehen für gemeinsame Feierlichkeiten unter Einbindung von allen, niemand sollte zu kurz kommen, denn wir lehnen Extremismus und Extremismen auf allen Ebenen, auch links, auch rechts, auch religiös, ab. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Prof. Dr. Hartmut Prasch vom Team Kärnten. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Herr Präsident! Werte Vertreter auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Liebe Medienvertreter! Als Kulturhistoriker möchte ich meine Wortmeldung gleich auf dem Loibacher Feld beginnen und für unsere Fraktion ganz klar zum Ausdruck bringen, dass gerade im Gedenkjahr 2018 solch eine Veranstaltung – und ich nenne sie bewusst „Faschisten-Party“ – auf das Schärfste zu verurteilen ist! *(Beifall von Abg. Köfer und der SPÖ-Fraktion.)* Entsprechend gilt es, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um dieses Treffen zu verhindern, wobei ich auch festhalten möchte, dass es sich bei den Teilnehmern nicht nur um Neonazis und Rechtsextreme handelt, doch leider sorgen viele der Teilnehmer für den rechtsextremen Charakter dieser Veranstaltung. Rechtsextreme werden aus ganz Europa mobilisiert und pilgern aus Spanien, Frankreich und

Prasch

auch aus Deutschland nach Unterkärnten und das mit eindeutigen politischen Absichten. Wie ein Verbot ausgestaltet werden könnte, hat kürzlich der Verfassungsexperte Bernd Christian Funk offengelegt. Die konsequente Arbeitsverweigerung der Bundesregierung in dieser Causa ist unerträglich, zudem zahlreiche Auftritte bei dieser Veranstaltung in der Vergangenheit gerichtsanhängig sind. Eine kirchliche Veranstaltung eines Vereins auf Privatgrund – Fragezeichen? Diese Beschreibung greift wohl eindeutig daneben. Maßgeblich für die Veranstaltung dürfte der Verein „Bleiburger Ehrenzug“ sein, der seinen Sitz laut Vereinsregister in Klagenfurt hat. Hier drängt sich auch für uns die Frage auf, wie sehr hier die Vereinsbehörde auf diesen Verein achtet. Welche Maßnahmen werden gesetzt?

Ich möchte jetzt den Bogen noch etwas weiter spannen – Gedenkkultur ist Erinnerungskultur und das Erinnern ist heute wichtiger denn je. Antisemitismus, rassistisches Gedankengut werden zunehmend öffentlich zur Schau gestellt, über soziale Medien, auf dem Fußballplatz oder im öffentlichen Raum und das leider auch in Kärnten. 1.063 Straftaten mit rechtsextremem und menschenfeindlichem Hintergrund gab es im Vorjahr in Österreich. Dass die Zahl gegenüber 2016 im Sinken ist, beruhigt keinesfalls. 1.063 Straftaten sind 1.063 Straftaten zuviel! Jeder Bürger hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, doch wir haben eine gemeinsame Werte-Basis, nämlich die Verfassung. Das ist der Boden, auf dem diskutiert werden kann! Ich sage es klar und deutlich: NS- und rechtsextremes Gedankengut oder gar Wiederbetätigung haben rein gar nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun! Leider gibt es zu viele Politiker in Europa, die die Erinnerungskultur in öffentlichen Äußerungen als dämliche Bewältigungskultur abqualifizieren. Es gilt, politisch und zivilgesellschaftlich wachsam zu sein. Wer bei öffentlichen NS-Äußerungen und rechtsextremen Bekundungen wegschaut, macht sich mitschuldig. Seien wir wachsam und in Sorge, was rund um eine rechtsextreme Partei im deutschen Bundestag oder teilweise in Ungarn passiert! Totalitäres Gedankengut und Versuche, Staaten in totalitäre Regime umzubauen, sind genau das krasse Gegenteil von dem, wofür unsere Vorfahren gekämpft haben. Seien wir auch wachsam, *(Vorsitzender: Eine Minute!)* was radikale Lie-

derbücher, NS-Codes im öffentlichen Raum und sonstige tägliche Einzelfälle betrifft! Seien wir aber ganz speziell auch in Kärnten wachsam, was die Kärntner Volksabstimmung betrifft und sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Erinnerung daran lebendig bleibt und hochgehalten wird, insbesondere auch in Anbetracht der Jubiläumsfeier und der Landesausstellung 2020! Die Garanten dafür sind unsere Traditionsverbände. Danke dafür! *(Beifall von Abg. Köfer, der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, darf ich eine Begrüßung nachholen. Um circa 10.00 Uhr hat eine Abordnung der HTL Lastenstraße, 19 Schülerinnen und Schüler der 2AHET im Alter zwischen 16 und 18 Jahren, in Begleitung von Frau Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Ursula Graber auf unserer Zuhörergalerie Platz genommen. Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen und wünsche Ihnen eine spannende und informative Landtagssitzung! Ebenso wie ich natürlich weitere Damen und Herren, die auf der Zuhörertribüne dazugekommen sind, sehr, sehr herzlich begrüße! Ebenso jene interessierten Menschen in unserem Bundesland und darüber hinaus jene, die via Livestream diese Sitzung verfolgen! Herzlich begrüßt jedenfalls die Schülerinnen und Schüler der HTL1 Lastenstraße! *(Beifall im Hause.)*

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ana Blatnik. Ich erteile ihr das Wort vom Rednerpult aus!

Abgeordnete **Blatnik** (SPÖ):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne und zu Hause! 1920 – das Jahr der Kärntner Volksabstimmung. Daran möchte ich am Anfang gedenken. Es gab ein Bekenntnis zu Kärnten, zu Österreich, zur Demokratie und Einheit des Landes in kultureller und sprachlicher Vielfalt und gegen eine SHS-Monarchie. Unser Dank gilt allen Opfern – ihrer zu gedenken, ist unsere Verpflichtung! Als Kärntner Slovenin bekenne ich mich zu den gemeinsamen Veranstaltungen zum 10. Oktober, ob das hier

Blatnik

im Land ist, in den Gemeinden, in den Bezirken. Ich bekenne mich auch zu der gemeinsamen Veranstaltung in Völkermarkt, wo die Konsensgruppe – der Kärntner Heimatdienst und unser Zentralverband – eine gemeinsame Veranstaltung organisiert und auch durchführt. Denn das ist ein Weg zur Anerkennung von Diversität, historischer Versöhnung und gemeinsamer Zukunftsgestaltung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ich lehne auch jede Veranstaltung ab, ganz egal, von wem sie kommt, die polarisiert und die das Gedenken missbraucht!

Woran wir 2018 gedenken, hat mein Kollege, Abgeordneter Malle, schon gesagt. Ich möchte betonen und erklären, was für mich gedenken heißt. Gedenken heißt für mich und hat zu tun mit Würde, mit Würdigung und Haltung. Ich weiß, dass Gedenken ein subjektives Phänomen ist, dass es zu tun hat mit Emotion, mit subjektiver Wahrnehmung, aber wenn man Gedenken mit Glaubwürdigkeit erfüllen will, dann kann man sich nicht nur zur Demokratie, zum Frieden, zur Rechtsstaatlichkeit bekennen, sondern dann muss man aktiv etwas dafür tun. Dort, wo Menschenwürde angetastet wird, dürfen wir nicht schweigen, sondern wir müssen das aufzeigen, wir müssen uns da einmischen! Das Motto während meiner Bundesratspräsidentschaft 2014 lautete „Gedenken, erinnern, versöhnen und Zukunft gestalten“. *(2. Präs. Strauß übernimmt den Vorsitz.)* Gemeinsam mit dem Land Kärnten und unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser haben wir versucht, mit vielen Veranstaltungen ein friedliches Miteinander zu unterstützen.

Und eine dieser Veranstaltungen möchte ich hier erwähnen. Es war die Wanderausstellung unter dem Titel „Zwangsaussiedelung Kärntner Slowenen und Sloweninnen“, eine Fotoausstellung, die wir im Parlament präsentiert haben. Auf einem Foto habe ich meine Familie erkannt – Kärntner Slowenen, die ausgesiedelt wurden. Und ich kann mich noch heute daran erinnern, wie mein Vater und mein Großvater – beide sind leider schon gestorben – uns mit zitternder Stimme erzählt haben, was sie miterlebt haben, was sie ertragen mussten. Aber immer ein Appell am Schluss: Macht alles, dass das nie wieder passiert! Im Zuge der Wanderausstellung, liebe Kolleginnen und Kollegen, gab es eine Diskussion. Drei Jugendliche, ein Vertreter der Kärntner Slowenen und ein Vertreter des Kärntner

Heimatdienstes haben diskutiert über das Buch „Kärnten neu denken“. Es war eine spannende Diskussion mit unterschiedlichen Persönlichkeiten. Und ich möchte aus meinem Tätigkeitsbericht das Resümee dieser Diskussion zitieren. Ich zitiere: „Eine transnationale, multikulturelle, mehrsprachige und wirtschaftlich prosperierende Friedensregion Alpen-Adria, ein gemeinsames, friedliches Europa zu unterstützen, ein Kärnten, ein Land am Schnittpunkt dreier Kulturen, dreier Sprachen im Herzen Europas, ist die Chance, die wir nützen sollen bzw. müssen.“ Für mich ist das politischer Auftrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gedenken kann auch eines sein, nämlich ein Zeichen des Aufbruchs, alles zu tun, um Demokratie, um Frieden, um Menschlichkeit, um Rechtsstaatlichkeit zu stärken und alles zu tun für eine offene, friedliche Gesellschaft, wo Wertschätzung, Respekt und Anerkennung im Vordergrund stehen. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)*

Niemals wieder Krieg! Nikoli več vojne! Mai più guerra! Never again war! – Danke! Hvala! Grazie! Thank you! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Als nächster Redner ist der Abgeordnete Christian Leyroutz am Wort. Ich darf ihn bitten, zu sprechen!

Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Meine sehr geehrten Zuhörer auf der Tribüne! Gerade gestern hat in Wien die Gedenkfeier zum Kriegsende vor 73 Jahren stattgefunden und Arik Brauer als Künstler und Holocaust-Überlebender hat in seiner Festrede Folgendes ausgeführt: „Die Demokratie ist eine zarte Pflanze, das wissen wir. Man muss sie ununterbrochen pflegen und gießen. Und glücklich kann sich die Bevölkerung schätzen, die eine Regierung habe, die imstande sei, mit Geduld und Freude die Kritik und Kontrolle der Öffentlichkeit zu ertragen.“ Ernste Worte, mahnende Worte, aber vor allem auch zutreffende Worte für das Gedenkjahr 2018, in welchem nicht nur des an-

Leyroutz

gesprochenen Kriegsendes vor 73 Jahren und damit der Befreiung Österreichs und der vielen Opfer des Nationalsozialismus gedacht wird, sondern auch ein wichtiges Zeichen der demokratischen Entwicklung Österreichs und Kärntens mit dem Beginn des Kärntner Freiheitskampfes. Dies, nur zwei Beispiele für ein Gedenkjahr. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich mir die Diskussion in den letzten Wochen und Monaten und auch den Debattenbeitrag des Kollegen Prasch anhöre und ansehe, dann habe ich das Gefühl, dass man mit unterschiedlichem Maß misst, wenn es darum geht, der Toten und der Opfer zu gedenken. Das unterschiedliche Maß finde ich im höchsten Grad bedenklich! Jeder Mensch und jedes Opfer, von welcher Seite auch immer – und ich betone hier, jedes Opfer! – hatte Familie und Angehörige. Gedenkkultur für jedes Opfer bedeutet, nicht zu vergessen und das Gedenken an jeden einzelnen Menschen und an jedes einzelne Opfer hochzuhalten! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom TKK.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist Gedenkkultur, das ist Erinnerungskultur, denn Liebe über den Tag des Abschieds hinaus lebt von Erinnerung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sollte jedem unvoreingenommen möglich sein, für die Opfer in seiner Familie zu trauern und ihrer zu gedenken, dies aber selbstverständlich unter Einhaltung unserer Gesetze. Ich verurteile jeglichen Versuch, vor allem jeden politisch gesinnten Versuch, politisch Andersgesinnten ihre Gedenkkultur zu verbieten! Ich halte an dieser Stelle unmissverständlich fest, wenn wir schon über die Veranstaltung am Loibacher Feld sprechen müssen, dass faschistische Symbole und Abzeichen bei dieser Veranstaltung nichts verloren haben und die Einhaltung des Verbotsgesetzes mit aller Härte durchzusetzen ist! Aber ein Verbot dieser Veranstaltung wäre das falsche Zeichen, um der verschleppten und getöteten zigtausend Menschen zu gedenken. Wenn Arik Brauer gestern gemeint hat, dass die Demokratie eine zarte Pflanze ist, die ununterbrochen gepflegt und gegossen werden muss, dann stimmt das. Insbesondere im Jahr 1918 haben sich die Kärntnerinnen und Kärntner gerade für diese Demokratie entschieden und haben im Rahmen des Freiheitskampfes am 10. Oktober 1920 eine Volksabstimmung erzwungen, eine Volksabstimmung, welche eines

der wenigen Beispiele ist, wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erkämpft und dauerhaft bewahrt werden konnte. Kärnten und der Kärntner Abwehrkampf sind ein Symbol der Durchsetzung berechtigter Bevölkerungsanliegen auch gegen die Übermächtigen und ein demokratischer Akt zur Staatswerdung, dessen würdig gedacht werden muss! Wir Freiheitliche sagen daher klar Nein zu der von Ihnen angedachten Verstümmelung der Kärntner Gedenkkultur, Nein zu der von Ihnen angedachten Geschichtsverfälschung, Nein zur Geschichtsverdrehung und Nein zum Vorstoß Ihres Parade-Linken, des Rektors der Universität Klagenfurt, im Hinblick auf die Streichung und Änderung der vierten Strophe der Landeshymne! *(Beifall von der FPÖ und vom TKK.)*

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich vermisse jegliches Bekenntnis in Ihrem Regierungsprogramm zur vollständigen Aufarbeitung der Kärntner Geschichte, insbesondere im Hinblick auf die Terror-Attentate der 70er-Jahre, auf die Angriffe auf das Land Kärnten, wie sie im Buch „Tito-Stern über Kärnten“ eindrucksvoll dargestellt werden, denn genau in diesen Jahren haben Nationalslowenen den Versuch unternommen, die demokratischen Grundregeln in Kärnten außer Kraft zu setzen und die Republik Österreich zu destabilisieren. Auch das ist ein Teil der Erinnerungskultur, wenn wir davon sprechen, dass die Demokratie eine zarte Pflanze ist. Es zeugt nicht von demokratischem Weitblick, *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* wenn genau das, was Arik Brauer forderte, nämlich Kontrolle und auch Mut der Regierung zur Kontrolle, wenn genau die Kärntner Landesverfassung in der jetzt vorliegenden Form, wie sie auch von Ihnen beschlossen wurde, die Kontroll-Möglichkeiten der Opposition erschwert und einschränkt. Einschränkungen im Gedenkjahr 2018 sind ein trauriges Zeichen, ein trauriges Zeichen für Sie, Herr Landeshauptmann, für Sie als Vertreter der Kärntner Landesregierung! *(Beifall von der FPÖ und vom TKK.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Herbert Gaggl und in Vorbereitung die Abgeordnete Patterer!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

„Nur wer die Vergangenheit kennt, versteht die Gegenwart.“ Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohe Regierungsbank! Liebe Mitglieder des Parlaments! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Hause und an den Internetgeräten, wo immer Sie uns zuhören! „Nur wer die Vergangenheit kennt, versteht die Gegenwart.“ Ich denke, das ist wichtiger denn je, wichtiger denn je in unserer Demokratie, denn ohne Herkunft gibt es keine Zukunft! Im Wort „Gedenken“ findet sich auch das Wort „denken“, nachdenken, vorausdenken, darüber nachdenken, wie Gedenkveranstaltungen stattfinden können, über den Inhalt, über die Gestaltung, über das Ziel, über die Würde. Was soll herauskommen bei einer Gedenkveranstaltung? Eine Gedenkveranstaltung ist gut und professionell zu planen. Erinnern heißt auch, meine Damen und Herren, sich auch dazu zu äußern. Erinnern heißt, gegen das Vergessen vorzugehen. Erinnern heißt aber auch, sich zu erinnern, welche Leistungen, welchen Einsatz unsere Vorfahren für unser Land gemacht haben. Denn wir würden heute nicht hier stehen, wäre es nicht unseren Vorfahren gelungen, mit ihrem Einsatz, mit ihren Leistungen dieses Land für uns so herzurichten, wie wir es jetzt haben, meine Damen und Herren! Wir denken heuer an 80 Jahre Anschluss, am 12. November, an die Republik-Gründung. Wir denken an das Frauen-Wahlrecht – 100 Jahre Frauen-Wahlrecht. Denken wir daran, vor über 100 Jahren haben Frauen kein Wahlrecht gehabt. Wir denken an 100 Jahre Abwehrkampf, meine Damen und Herren, und vieles mehr. 100 Jahre Abwehrkampf – wäre der nicht gewesen, würden wir heute wahrscheinlich nicht in dieser Form hier sitzen. Wie gehen wir damit um, meine Damen und Herren? Die Landeshymne, die vierte Strophe, die bearbeitet diesen Abwehrkampf. Meine Damen und Herren, dazu stehen wir ganz klar! (*Abg. Staudacher: Schauen wir einmal!*) Sie ist ein Teil der Geschichte, ein Teil der Identität, ein Kärntner Kulturgut und gibt die Geschichte wider! Diese Identität und dieses Selbstverständnis lassen wir uns nicht nehmen. Die Kärntner Hymne ist weder selektiv noch hochneurotisch, meine Damen und Herren! Wer das sagt, dem fehlt das Feingefühl, die Wertschätzung gegenüber der Geschichte der Menschen und des Einsatzes für unser Land, meine Damen und Herren! „Wo Mannesmut und Frau-

entreu‘ die Heimat sich erstritt aufs neu‘“, das war Geschichte, meine Damen und Herren und die können wir nicht wegstreichen! (*Abg. Staudacher: Ich werde dich daran erinnern, Herbert! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Schauen wir uns das Bild (*Abstimmungsfresko von Switvert Lobisser*) da hinten an! Ich glaube, das sagt mehr als Tausend Worte, meine Damen und Herren! Gedenken ist im Grundsatz eine Einstellungssache, eine Haltungssache, wie stehe ich zu den Gedenken und zur Haltung gegenüber Gedenkfeiern. Das ist ein wesentlicher Teil unserer Haltung, der ÖVP. Wir wollen, dass das Gedenken würdig gefeiert wird, dass wir vorher wissen, was herauskommt, meine Damen und Herren! Und dass bei Gedenkfeiern nicht Diskussionen stattfinden, die unnötig sind, wie bei „500 Jahre Klagenfurt“, (*Den Vorsitz übernimmt 1. Präs. Ing. Rohr.*) wo man nicht an das gedacht hat, was wirklich war, sondern über einen Redner gesprochen hat, dessen Aussagen unserer Meinung nach überflüssig waren, meine Damen und Herren! (*Abg. Staudacher: Die Schwarzen haben auch geklatscht, Herbert! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Wir müssen darüber nachdenken, wie können wir die von dir erwähnte Pflanze, (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) die Demokratie, die eine zarte Pflanze ist, täglich stärken? Denn die ist durchaus in Gefahr, meine Damen und Herren, wenn wir nicht achtsam und wachsam sind! Mehr denn je müssen wir darauf achten, dass wir die Vergangenheit verstehen, damit wir in der Gegenwart das tun, was wir in Zukunft brauchen! Wir brauchen eine starke Demokratie, wir brauchen eine starke Gedenkkultur! Eines muss sicher sein, meine Damen und Herren, es wird auch am 10. Oktober 2020 eine Feier werden, die unseres Kärntner Heimatlandes würdig ist und die vor allem an jene denkt, die uns das alles ermöglicht haben, meine Damen und Herren! Gedenken und Gedenkkultur ist keine Parteikultur, sondern eine Kultur für alle Kärntnerinnen und Kärntner, auf die wir stolz sind, meine Damen und Herren! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Deswegen gedenken wir und brauchen wir mehr Verständnis für die Vergangenheit, damit wir die Gegenwart verstehen und das Richtige für die Zukunft tun! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Christina Patterer von der SPÖ. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Patterer** (SPÖ):

Hoher Landtag! Lieber Präsident! Werte Regierungsmitglieder und Bundesräte! Liebe Zuschauer! Das Thema der Aktuellen Stunde bezieht sich auf das heurige Gedenkjahr und vor allem auf den 80-jährigen Untergang Österreichs durch den Nationalsozialismus. Einleitend möchte ich deswegen Michael Köhlmeier, den Schriftsteller, zu seiner Rede zum Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus zitieren, der meinte, dass zum großen Bösen die Menschen nie mit einem Schritt kamen, sondern mit vielen kleinen Schritten, der jeder zu klein war für eine große Empörung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Warum hat Köhlmeier das gesagt? Weil vor 80 Jahren eines der schrecklichsten und schockierendsten Kapitel in der Geschichte unseres Landes begonnen hat. Das Kapitel hat nicht durch einen Menschen, durch einen großen Schritt begonnen, es hat durch viele kleine Schritte und durch viele Menschen begonnen. Meine Generation kennt diese Zeit eigentlich hauptsächlich aus den Geschichtsbüchern, aus dem Geschichtsunterricht, aus Erzählungen, aber auch noch von Zeitzeugen. Ich zum Beispiel bin in einer Bauernfamilie aufgewachsen. Mir wurden immer traditionelle und religiöse Werte vermittelt. In meiner Familie waren alle Menschen gleich. Es gab keine Diskriminierung, und Toleranz wurde großgeschrieben. Ich habe außerdem noch das Glück gehabt, einen Großvater als Zeitzeugen aus der Zeit zu haben, der mir immer wieder berichtet hat, wie es damals war. Leider haben viele junge Menschen und viele Jugendliche nicht mehr diese stabile Familie, diese Werte-Vermittlung, diese Bildung. Da ist dann die Gefahr, dass die Tür für Faschismus und Hetze geöffnet wird, weil ihnen einfach die Orientierung fehlt, deswegen liegt es an uns allen hier, diesen Menschen einen Werte-Rahmen vorzugeben, sie außerdem zu erinnern an das Geschehene, an die Geschichte des Landes. Es ist ganz wichtig, dass wir den Opfern auch weiterhin eine Stimme geben, und wenn schon 100 Jahre vorbei sind! Das muss in Erinnerung bleiben, was passiert ist!

Einen ganz wichtigen Beitrag werden in Zukunft sicher die Biographien der vielen Verstorbenen und der Opfer leisten, aber auch der Kameradschaftsbund, das Schwarze Kreuz, die Museen, diese Gedenkfeier in Mauthausen und auch die Schule mit dem Geschichtsunterricht.

Da komme ich jetzt zum Bildungsbereich. Der Bildungsbereich ist sehr wichtig und wird es auch in Zukunft sein! Es ist wichtig, dass wir die Geschichte aufarbeiten, dass wir den jungen Menschen vermitteln, was passiert ist, dass wir sie sensibilisieren, auch wenn sie 100 Jahre danach geboren werden, weil aus der Geschichte müssen wir lernen! Wir leben seit über 70 Jahren in einem großteils friedlichen Land. Dieser Friede wurde durch die demokratischen Werte unterstützt. Diese Demokratie wurde von Menschen entwickelt, die wussten, das, was passiert ist, das darf nicht mehr passieren! Man sieht aber in der letzten Zeit, in den letzten Jahren, dass diese Grundwerte leider nicht mehr von allen getragen werden. Es kommt zu Diskriminierung, es kommt zu Ausländer-Angst. Es kommt zu Aussagen, dass gewisse Menschengruppen – da meine ich Ausländer – an Orten „konzentriert“ werden müssen! Das darf es in Österreich nicht geben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Es ist unsere Pflicht, die Erinnerung aufrechtzuerhalten, den Opfern eine Stimme zu geben! Nur so stärken wir auch weiterhin die Demokratie. Eines muss uns herinnen allen klar sein, Kärnten hat großes kulturelles und sprachliches Potential als Schnittstelle dreier Kulturen. Ich denke, dass wir auch eine Vorbildwirkung inmitten von Europa einnehmen können, deswegen müssen wir dieses Potential nutzen! Wir müssen es befürworten, wir müssen es unterstützen *(Vorsitzender: Noch eine Minute!)* und wir müssen dafür einstehen!

Abschließend möchte ich nur sagen: Das, was vor 80 Jahren passiert ist, darauf konnte ich keinen Einfluss nehmen, das lag nicht in meinem Wirkungsbereich, jedoch habe ich die Möglichkeit, in der Zukunft den Verlauf Kärntens positiv mitzugestalten. Wir alle hier haben die Möglichkeit, deswegen fordere ich Sie alle auf, die Verantwortung anzunehmen und positiv mitzugestalten! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Lobnig. Ich darf den Klubobmann Darmann bitten, dass er einmal kurz zu mir kommt, um etwas abzusprechen, bitte! Herr Präsident, du bist am Wort!

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Es wurde heute schon in den einzelnen Debattenbeiträgen auf die Art der Gedenkkultur und vor allem auf die verschiedenen Feierlichkeiten Bezug genommen. Ich möchte im Besonderen natürlich auf einen Teil unserer gemeinsamen Kärntner Geschichte eingehen, die zweifellos eine der bedeutendsten Abschnitte der mehr als 100-jährigen Geschichte ist, auf den Kärntner Freiheitskampf 1918 bis 1920 und die darauf folgende Volksabstimmung.

Geschätzte Damen und Herren, es ist natürlich immer erfreulich, wenn jedes Jahr rund um den und am 10. Oktober in Kärnten an Orten unserer gemeinsamen Geschichte Feierlichkeiten abgehalten werden, wo viele Kärntnerinnen und Kärntner, Jugend teilnimmt, um gemeinsam dieser Ereignisse zu gedenken. Immer wieder gibt es aber auch Stimmen, die sich die Frage stellen und die Frage aufwerfen, ist es noch zeitgemäß, solche Feiern in Kärnten abzuhalten? Ich sage, für mich und für unsere Freiheitliche Fraktion klar und deutlich und unmissverständlich: Ja! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Geschätzte Damen und Herren, zur Gedenkkultur gehört aber meines Erachtens auch – und das wird immer vergessen – die schonungslose Aufarbeitung unserer Geschichte. Im Buch „Titos langer Schatten“ wurde ja ein wesentlicher Beitrag zur Aufarbeitung geleistet, von unserem Landesarchivdirektor Dr. Wadl und von Prof. Elste. Mir geht es aber im Besonderen auch um die Bomben-Attentate der 70er-Jahre, die gerade unseren Raum Südkärnten betroffen haben. Und hier stellt sich für mich die Frage, warum gerade das Österreichische Staatsarchiv den damit befassten Historikern den Zugang zu den Akten verwehrt, denn Laibach war im vollen Umfang bereit, seine Archive zu öffnen und den Zugang zu allen Akten zu genehmigen und das hat auch dazu beigetragen, dass unsere gemeinsame Geschichte zum Teil aufgearbeitet wurde.

Gedenkkultur, Erinnerungskultur heißt aber für mich auch, jedes Jahr an den Feierlichkeiten in Liescha in Slowenien teilzunehmen. Morgen findet diese Feier wieder statt, denn dort geht es um Kärntnerinnen und Kärntner, welche gegen Ende des Krieges von Tito-kommunistischen Partisanen verschleppt, gefoltert und in Wäldern Sloweniens verscharrt wurden. Gedenkkultur heißt daher, erinnern, ein würdiges Gedenken abzuhalten und Zeichen der Mahnung zu setzen. Etwas, was mir im Rahmen dieser Feiern auffällt – das betone ich und möchte ich auch offen aussprechen – dass der Herr Landeshauptmann zwar immer dort zu finden ist, wo es um die Verherrlichung des Partisanenkultes geht, aber mit Abwesenheit glänzt, wenn es um Feiern von Heimat- und Traditionsverbänden geht. Gerade hier wird ernsthaft deutlich gemacht, welche Feiern hier an welche Tage erinnern sollen. Vielleicht hat es damit zu tun, dass unser Herr Landeshauptmann nicht unbedingt der ist, der gerne einen „Kärntner“ anzieht, aber die Feiern von allen Heimat- und Traditionsverbänden, von Kulturvereinen finden traditionsgemäß in Tracht statt und damit zeichnen sie auch diese Feiern aus, indem sie ihnen einen würdigen Rahmen geben.

Das heißt, meine geschätzten Damen und Herren, wenn wir die 100-Jahr-Feier ansprechen, so ist das für mich nicht nur der 10. Oktober 1920, sondern eine 100-Jahr-Feier beginnt für mich im Jahr 1918, wo wir uns zusammenfinden und verschiedener Orte gedenken, wie etwa des Einzugs der Jugoslawen in Grafenstein, der Besetzung des Landes Kärnten. Wenn wir 1919 hernehmen, die Besetzung Völkermarkts, dann die Befreiung der Stadt Völkermarkt 1919. Daher, meine geschätzten Damen und Herren, verdienen es auch bei diesen Feierlichkeiten immer wieder jene Kärntnerinnen und Kärntner, diese in Gedanken vor den Vorhang zu holen, welche in selbstloser Weise uneigennützig, in einem (*Vorsitzender: Halbe Minute noch!*) heldenhaften Einsatz für die Einheit und Freiheit des Landes gesorgt haben! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Geschätzte Damen und Herren, heute wissen wir, wie schön es ist, in einem sozialen, wohlbehüteten Land in Frieden und Freiheit zu wohnen. Viele dieser Menschen, die sich dafür hergegeben haben, dafür ihren Einsatz gebracht haben, haben ihre Familien, ihre Angehörigen und ihre Heimat nicht mehr gesehen. Gehen wir sorgsam

Lobnig

mit der Geschichte um, gehen wir sorgsam mit unserer Heimat um, denn die ist unser kostbares Gut, wo ich meine, dass auch unsere Nachkommen ein Recht darauf haben, gerade (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) auch in so einem Wohlstand zu leben und in einem sicheren Land zu leben! Herzlichen Dank! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ferdinand Hueter. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohe Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause und auf der Tribüne! Das heutige Thema „Gedenkkultur in Kärnten“ ist von meinen Vorrednern schon sehr intensiv beschrieben und umschrieben worden. Ich möchte vielleicht auch mit diesem Zitat beginnen: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann auch die Gegenwart verstehen.“ Und ich würde das sogar noch ergänzen: „Ist gerüstet, die Zukunft positiv zu gestalten.“ Gedenkkultur hat viele Perspektiven, aber wir müssen eines festhalten, dass wir die Vergangenheit so wiedergeben, wie sie war, (*3. Präs. Lobnig: So ist es!*) mit allen positiven wie negativen Sachen, und ich glaube, Gedenkfeiern haben wir auch im Hintergrund, das ist auch ein Spiegelbild der Demokratie, dass man die Vergangenheit so wiedergibt, wie sie auch war. Man gedenkt aller Opfer, egal auf welcher Seite sie gestanden sind. (*3. Präs. Lobnig: So ist es!*) Und ich glaube, Kärnten kann stolz auf seine Geschichte sein, nicht nur deswegen, weil wir im Schnittpunkt dreier Kulturen liegen, sondern weil wir in zwei Jahren die 100-Jahr-Feier der Abstimmungsfeier für Kärnten feiern werden. Ich glaube, wir sollten das wirklich würdig feiern. Das hat auch den Grund, dass wir hier über dieses Feiern, über das Gedenkjahr nachdenken sollten, warum wir das feiern, nachdenken sollten, was eigentlich Anlass zu dieser Feier war. Und hier ist auch eine Volksabstimmung der Grund gewesen, dass sich eine Mehrheit für Kärnten entschieden hat und darum geht es auch, wenn wir dieses Gedenkjahr

2020 begehen. Ich habe heute schon viel gehört, dass die Demokratie eine zarte Pflanze sei. Ja, aber die Demokratie hat auch den Hintergrund, die Geschichte so wiederzugeben, wie sie war und sie nicht zu verfälschen. Deswegen können wir auch als Kärntner ganz stolz auf unsere Traditions- und Heimatverbände sein, weil die eigentlich, und ich sage das auch persönlich, ich gehe nicht umsonst - und die, die mich schon ein bisschen länger kennen, wissen das - mit einem Kärntner daher, das ist auch Identität. Das ist Identität, und ich glaube, wir können alle zusammen, egal ob wir in Ober-, Mittel- oder Unterkärnten, ob im slowenischen Bereich zu Hause sind, stolz auf unsere Heimat sein! Und das zeichnet uns Kärntner ja aus! Wir haben so viele Gründe, stolz zu sein auf unser Liedgut, auf unsere kulturelle Vergangenheit und ich sehe die Chance, diese Chance auch weiterzutragen in die nächsten 100 Jahre. Gedenken heißt zuerst einmal, zurückzublicken – in zwei Jahren sind es 100 Jahre – und den gleichen Bogen nach vorne zu spielen, also 100 Jahre nach vor. Wie kann Kärnten oder könnte Kärnten in 100 Jahren mit seiner Vielfalt aussehen? Das ist, glaube ich, auch die Aufgabe unserer politischen Auseinandersetzungen.

Zu diesem Gedenkjahr sind wirklich alle Kärntnerinnen und Kärntner eingeladen, sich einzubringen, nicht nur die politischen Vertreter, sondern alle Verbände, alle Heimatverbände, alle Kulturvereine, alle Gemeinden. Wir haben 132 Gemeinden mit extremer Vielfalt, von Unterkärnten bis Oberkärnten, jede Gemeinde ein bisschen anders. Aber ich glaube, die Fülle macht es aus, dass wir hergehen und oben drüber ein Dach spannen und dass alle unter dieses Dach hineingehen und sagen, jawohl, es ist wunderschön, ein Kärntner zu sein, hier mit den Chancen für die Zukunft. Wenn uns das gelingt, dann glaube ich, mache ich mir über die Zukunft wenig Sorgen. Abschließend sollte man sagen, wir können und wir müssen stolz auf unsere Kärntner Geschichte und auf unsere Kärntner Heimat sein und wir dürfen die Vergangenheit niemals vergessen! Glück auf, Kärnten! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile ihm dieses!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Herr Präsident! Meine geschätzten Abgeordneten zum Kärntner Landtag! Gedenkkultur – und Kärnten hat seit geraumer Zeit dort sehr viel weiterentwickelt – ist und kann immer nur eine gemeinsame Sache sein, denn Einzelgedenken ohne Miteinbeziehung auch Andersdenkender wird immer nur ein Teil bleiben. Die Gedenkkultur soll aus meiner Sicht zum Nachdenken, zum Schlussfolgern, aber zu Dialogen, zu Polylogen, zu Gesprächen führen, anleiten, um das, was geschehen ist und dessen man gedenkt, für die Zukunft so weiterzuentwickeln, dass daraus Positives entsteht. Und Gedenkkultur muss dann, wenn es darum geht, Konfliktsituationen mit einzubeziehen, auch ganz deutlich und explizit ein Ziel haben, nämlich Trennendes zusammenzuführen und dort, wo es notwendig ist, zu versöhnen, zu versöhnen, um aus den Lehren der Vergangenheit in der Gegenwart die Kraft zu finden, Zukunft zu gestalten. Geschätzte Damen und Herren, genau in diesem Sinne sehe ich auch die Aufgabenstellung für die heute schon mehrfach apostrophierten Landesfeierlichkeiten im Jahr 2020. Denn dann und nur dann, wenn wir einen partizipativen Zugang haben, an dem mitgestaltet werden kann und indem nicht eine Veranstaltung, sondern das Jahr 2020, die vorhergehenden Jahre, die ja auch Teil der Geschichte sind, und auch das, was danach folgte, dort gemeinsam bedacht, gedacht und entwickelt werden, wird es ein sehr weites und es wird ein sehr breites Spektrum an Feierlichkeiten geben, denen aber eines innewohnen soll: Das Bemühen der Gemeinsamkeit in diesem Land auch weiterhin darzustellen, nicht nur nach innen wirkend, sondern – und das ist für mich Zukunft – mit Lehren aus der Vergangenheit weit über die Grenzen unseres Bundeslandes, unserer Republik, zumindest auf dem Kontinent, am besten darüber hinaus wirkend. Und dass solche Zeichen eines öffentlichen Lebens eines Bundeslandes und damit auch einer Republik wichtig sind, werden Sie vielleicht dann bei einem kurzen Innehalten besser schätzen können, wenn Sie so wie ich an Morgen-

Nachrichten denken, die wir gehört haben, wo man bereits mit Weltkriegsgedings rasselt, wo Kriege in den Raum gestellt und diese verhinderten Verträge leichtfertig außer Kraft gesetzt werden. Geschätzte Damen und Herren, 2020 ist das Jahr, in dem sich die Kärntner Volksabstimmung zum 100. Mal jährt. Aber es ist der Abwehrkampf etwas, das schon früher begonnen hat und das, was dem Abwehrkampf vorangegangen ist, hat noch viel früher begonnen. Geschichte kann nur in Zusammenhängen, in Entwicklungen und in daraus resultierenden Ereignissen verstanden werden. Und die Geschichte ist – und das ist die große Schlussfolgerung daraus – eigentlich auch nie zu Ende. Ab dem Zeitpunkt, wo wir rückwärts blicken, ist wiederum Geschichtliches geschehen und daher ist es wichtig, das Progressive, das einander Fortschreitende ebenfalls im geschichtlichen Aspekt mitzuerkennen. Was wir aber auch erkennen sollten, ist dieser riesige Wandel, den es damals in den Jahren 1918 bis 1920 auch in Kärnten gegeben hat. Politische Systeme sind ins Gegenteil verkehrt worden, von einer Monarchie, deren Teil auch Kärnten war, zum Teil einer jungen Republik in Grenzsituationen. (*Vorsitzender: Eine Minute!*) In Slowenien eine Monarchie restauriert als erster Staat der Slowenen, Serben und Kroaten. 2020 ist aber auch ein weiteres Jubiläumsjahr – 75 Jahre Ende Zweiter Weltkrieg. Die schlimmste Mordserie ist zu Ende gegangen, Österreich, Kärnten sind neu erstanden. Und 2020 ist auch das Jahr 25-Jahre-EU-Beitritt Österreichs nach einer Volksabstimmung im Jahr 1994. Und aus all dem wage ich für mich eine Conclusio zu ziehen, dass man, wenn man Gedenkjahre wirklich nutzen möchte, dann so weit sein muss, auch wir hier im Landtag, auch wir hier in Kärnten, ein gemeinsames Ziel zu formulieren. Und ich formuliere dieses gemeinsame Ziel, und dieses gemeinsame Ziel kann nur lauten: Friede und friedliches Zusammenleben. Dem sind alle Entwicklungen in einem Gedenk-, in einem Bedenkjahr, aber auch in einer vorausschauenden Politik unterzuordnen. Gehen wir daran, Frieden und friedliches Zusammenleben für die Gedenkjahre als gemeinsame Klammer zu formulieren! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als letzte Rednerin in der Aktuellen Stunde zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dieringer-Granza. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Dieringer-Granza** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren hier im Hause und vor den Bildschirmen! Ich möchte spontan auf einige Gedanken und einige Worte, die hier gesagt worden sind, reagieren. Ich beginne damit, dass ich das Zitat, das heute schon einmal genannt wurde und in dem das Wort „Gedankenfreiheit“ vorkommt, in den Mittelpunkt stelle. Gedankenfreiheit bedeutet auch zuzuhören, auch den anderen und seine Gedanken zu einem Thema zum Ausdruck bringen zu können. Diese Gedankenfreiheit nehmen wir Freiheitliche uns auch heraus, wenn es darum geht, was bisher vorliegt als konkrete Vorschläge zu dem Gedenkjahr 2020. Das Gedenkjahr 2020 wird auch im Regierungsprogramm nur sehr vage umschrieben. Das Einzige, das bisher vorliegt, das ist mir in Bezug auf unsere Jugend und auf unsere Kärntner Schulen zu wenig. Konkret liegt vor, dass in Kärnten eine Fußballmeisterschaft stattfinden wird, eine Fußballmeisterschaft von autochthonen Minderheiten, wohin Schulwandertage führen sollen, wozu es Broschüren geben soll. Das ist uns Freiheitlichen im Zusammenhang mit diesem historischen Kärntner Ereignis einfach zu wenig! Gedanken dazu zu äußern, ist ein hohes Gut und sollte auch von den anderen Parteien als solches angenommen werden und es sollte genau zugehört werden! Es geht darum, dass man sich erinnert, sich erinnert nicht nur an ein Jahr. Denn wie der Landeshauptmann jetzt auch richtig gesagt hat, der Kärntner Abwehrkampf hat bereits im Jahr 1918 begonnen. Und in welchem Jahr befinden wir uns jetzt? Ich denke, im Jahr 2018. Wo sind die vorbereitenden Feierlichkeiten? Was passiert im Jahr 2019? Was passiert dann im Jahr 2020? Es wird geplant, es wird konzipiert, aber immer nur so, wie man es selbst für richtig hält. Und wenn man die Feiern der letzten Jahre anlässlich des 10. Oktober aufmerksam betrachtet und Revue passieren lässt, hier ist einiges passiert! An vielen Orten wurde die vierte Strophe der Kärntner Landeshymne nicht mehr gespielt! Die Diskussion kommt nicht von ungefähr. Sie wurde auch von

uns im Villacher Gemeinderat genau aus diesem Grund geführt. Denn auch in Villach wurde bei den offiziellen Feiern seit ein, zwei Jahren die vierte Strophe der Kärntner Landeshymne plötzlich nicht mehr gesungen. (*KO Darmann: Skandal!*)

Wir stehen hier in einem Raum, wo wir hinter uns die Bevölkerung von Kärnten in dieser Zeit sehen. Dazu auch etwas zum Thema Kulturgut oder die Gedenkkultur zum Thema Kleidung: Einen Kärntner Anzug zu tragen, ist auch ein Ausdruck, dass man stolz ist auf seine Heimat! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Wenn man sich mit der Geschichte des Kärntner Anzuges beschäftigt, die beginnt bereits im Jahr 1911! Manches wird auch hier verdreht und anders dargestellt. Dazu auch noch etwas: Das Vorbild dafür ist eine Tracht aus dem Kanaltal. (*3. Präs. Lobnig: Genau!*) Und liebe Frau Kollegin, (*Gemünzt auf Abg. Blatnik. – Vorsitzender: Noch eine Minute!*) es gibt viele Volksgruppen und Minderheiten, die ich bis jetzt in allen Redebeiträgen noch nicht gehört habe, zum Beispiel die Kanaltaler, die Gotscheer, die deutschsprachige Minderheit in Slowenien. Schließen Sie auch diese mit ein in Ihre Überlegungen, auch sie gehören zur Kärntner Geschichte dazu! Wir Freiheitliche lassen es nicht zu, dass die Kärntner Geschichte bei irgendwelchen Feierlichkeiten in der nächsten Zeit umgeschrieben wird, auch als Vorbildwirkung, liebe Frau Kollegin Patterer, für unseren Nachwuchs, für unsere Jugend, denn in der Schule soll die richtige Geschichte gelehrt werden und nicht eine verfälschte! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom TKK.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde um 11 Uhr 05 Minuten abgeschlossen. Ich habe die letzte Rednerin deshalb noch zu Wort kommen lassen, weil die volle Stunde noch nicht ausgeschöpft war. Fünf mal zwölf ist normalerweise eine Stunde. Da haben wir um ein paar Minuten überzogen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bevor ich die Tagesordnung aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen ab nun – 11 Uhr 05 Minuten – eine Stunde beträgt und dann endet. Die Behandlung von vorgezogenen

Ing. Rohr

Dringlichkeitsanträgen hat dann spätestens vier Stunden nach Eingehen in die Tagesordnung zu erfolgen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in der Präsidielle folgende Vereinbarung getroffen haben: Nach dem Tagesordnungspunkt 1, der Beschlussfassung der Landesverfassungsänderung, erfolgt die Debatte über die Regierungserklärung des Landeshauptmannes aus der konstituierenden Sitzung. Da haben wir Folgendes vereinbart: Im Rotationsprinzip nach der Stärke der Landtagsparteien in der ersten Runde eine Runde der Klubobleute und der Interessengemeinschaft Team Kärnten, in der zweiten Runde – ebenso nach dem Rotationsprinzip – der Stellvertreter wie auch der Interessengemeinschaft und dann in weiterer Folge die Wortmeldungen nach entsprechendem Einlangen beim Präsidenten. Das ist das gepflogene Prinzip zum Tagesordnungspunkt 2, Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes aus der konstituierenden Sitzung zum Regierungsprogramm.

Drittens möchte ich darauf hinweisen, dass eine Dringlichkeitsanfrage von den Freiheitlichen vorliegt und die spätestens eine Stunde nach Eingehen in die Tagesordnung auch entsprechend zu begründen ist. Die Begründung der Dringlichkeit beträgt allerdings – neu – maximal drei Minuten. Es besteht für alle Klubs die Möglichkeit, diese Begründung für sich vorzunehmen. Dann erfolgt eine Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit. Dafür ist eine einfache Mehrheit erforderlich. Die Beantwortung hat dann innerhalb von vier Stunden durch das zuständige Regierungsmitglied zu erfolgen. Nur so viel, das ist so in der Geschäftsordnung neu, damit Sie auch wissen, wenn ich um circa 12 Uhr 10 Minuten, nachdem ich den Tagesordnungspunkt 1 aufgerufen habe, zur Verhandlung der Dringlichkeitsanfrage unterbreche, dass das keine Willkür ist, sondern dass das den Bestimmungen der neuen Geschäftsordnung entspricht.

(Abg. Köfer meldet sich zu Wort.) Was ist das, eine Geschäftsordnungswortmeldung? *(Abg. Köfer bejaht dies.)* Moment, eine Geschäftsordnungswortmeldung vom Herrn Abgeordneten Köfer. Das Mikro ist offen.

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Herr Präsident, meine Wortmeldung zur Geschäftsordnung! Hohes Haus! Ich stelle hiermit

den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 64 K-LTGO betreffend Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Zukunft des Pflegesystems in Kärnten“. Begründung dafür: Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Überalterung der Gesellschaft steht das gesamte Pflegesystem in Kärnten vor einer existentiellen Herausforderung. Es gilt, dieses System jetzt für die zukünftigen Aufgabenstellungen zu wappnen. Die damit verbundenen Themenbereiche sind mannigfaltig, sie reichen von der grundsätzlichen Finanzierbarkeit des gesamten Systems unter Einbeziehung der Überlegung nach der Einführung einer verpflichtenden Pflegeversicherung über die Qualität der Pflege in den Heimen sowie zu Hause bis hin zur großen Frage, wie die Pflegeausbildung zukünftig gestaltet werden soll, um mehr, vor allem junge Menschen, für eine berufliche Tätigkeit in diesem wichtigen Bereich zu gewinnen. Entscheidend wird dann sein, dass die Politik gemeinsam mit den zielgerichteten Organisationen Kraftanstrengungen unternimmt, um das Pflegesystem erfolgreich in die Zukunft zu führen. Jeder muss davon ausgehen, dass auch er einmal einen Pflegebedarf haben könnte und damit auf eine perfekt funktionierende Pflege eben dann angewiesen ist. Die unterfertigten Abgeordneten der IG stellen daher gemäß § 64 K-LTGO den Antrag, eine Enquete zum Thema „Zukunft des Pflegesystems in Kärnten“ abzuhalten!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Köfer, es liegt schriftlich vor! Sie haben den Antrag eh bei mir schriftlich einzubringen und wir werden ihn natürlich dann auch entsprechend in die Verteilung bringen. Bitte, mir den Antrag auszufolgen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Aber begründen darf ich den Antrag ja wohl! *(Abg. Leyrouz: Es gibt keine Redezeitbeschränkung bei einer Geschäftsordnungsmeldung, Herr Präsident! Recht muss Recht bleiben!)* Das ist heute die vierte Belehrung. Nachdem ich aber gelehrig bin, werde ich mir das für das nächste Mal merken. Ich bin allerdings am Wort, das ist richtig!

Köfer

Letzter Satz: Diese Enquete soll unter Einbeziehung von Fachexperten und einer interessierten Öffentlichkeit vonstattengehen. Natürlich habe ich das auch in Schriftform und darf das jetzt einbringen. Dankeschön!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, mir den schriftlichen Antrag auszufolgen. (*Abg. Köfer übergibt dem Vorsitzenden den An-*

trag.) Nachdem es ein Geschäftsordnungsantrag ist, lasse ich entsprechend über die Abhaltung einer Enquete abstimmen. Wer für die Abhaltung dieses Geschäftsordnungsantrages stimmt, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt, daher wird dieser Antrag entsprechend behandelt werden.

Tagesordnung

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 14-1/32:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Sandrieser. Ich erteile ihm das Wort! Der Ordnung halber stelle ich noch die Uhrzeit fest – 11 Uhr 11 Minuten – für die weiteren Verhandlungsgegenstände im Laufe des Tages. Der Berichterstatter hat das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Präsident! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich berichte über die Landtagszahl 14-1/32. Es geht um die Änderung des Abstimmungsquorums im Kollegium der Landesregierung.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist beantragt. Als Wortmeldung liegt mir vor – Moment, jetzt brauche ich da eine Ordnung. Als erster Redner zu Wort

gemeldet ist der Abgeordnete Gerhard Köfer. Ich erteile ihm das Wort zum Tagesordnungspunkt 1! (*Einwand von Abg. Köfer.*) Ist jetzt die Wortmeldung gültig oder nicht? – Bitte, vom Rednerpult aus zu sprechen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben heute eine Materie zu beackern, zu bearbeiten, zu diskutieren, was man in 50, 60 Jahren vielleicht den Kindern oder Kindeskindern in irgendeiner Form erklären wird müssen, erzählen wird müssen und die das dann tun werden. Wir sind dann wahrscheinlich nicht mehr am Leben. Aber wie werden das unsere Kinder übernehmen? Wie werden sie das ihren Enkeln erzählen? Dazu braucht man eine Geschichte. Ich habe versucht, eine Geschichte zu schreiben. Es ist blöderweise eine Geschichte, die in dieser Form vielleicht einen großen Teil an Wahrheit beinhaltet. Man stelle sich einmal vor, es hat einmal einen Mann gegeben, nennen wir ihn Peter. Ein großer Erbhofbauer, der für sich schon nicht ganz 50 Prozent der Landesflächen beansprucht hat, der mit seiner Familie schon viele Jahre da tätig ist und er macht über Nacht plötzlich eine Erbschaft. Für ihn unerwartet, für das Land unerwartet, aber es war eine Erbschaft. Und er beschließt dann, wie könnte ich jetzt eigentlich meinen Besitz, mein Erbe noch vergrößern, damit ich das gesamte Land auch gut kontrollieren und regieren kann. (*Abg. Mag. Darmann: Das interessiert den Bauern offenbar nicht!*) Somit hat er beschlossen, zu heiraten. Okay! Nicht aus Liebe, sondern ganz

Köfer

einfach, um seinen Bestand zu vermehren, hat er sich die resche, traditionsbewusste, blaue Nachbarin eingeladen, (*Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion.* – *Zuruf aus der FPÖ-Fraktion: Der war gut!*) – Resch ist gut! – eine schwarze, bauernschlaue, auch nicht ganz unhübsche Nachbarin und dann hat es noch eine moderne, attraktive, blonde Nachbarin gegeben, die hat er einfach auf seinen Hof gebeten und hat mit diesen Landdesschönheiten verhandelt. Nachdem er alle zu sich nach Hause eingeladen hat, um sich anzunähern, entschied er sich dann letztendlich für jene Braut, die ihm damals in der Nacht der Erbschaft schon ziemlich auffällig und sehr offenkundig, fast ohne Forderungen zu stellen, huldigte. Es wurde sehr rasch ein Ehevertrag gemacht. Dieser Ehevertrag war mit einigen, na ja, „Schmankerln“ bestückt, aber es war alles fertig für den Hochzeitstermin. Und alle, fast alle, freuten sich damals auf diese Hochzeit, auf das Mahl, auf das Aufgebot, auf den Pfarrer. Die Hochzeitsgäste, alle waren bestellt und plötzlich passierte etwas, nämlich dass die Angetraute, Christiane, sich zurückzieht und meint, diese Hochzeit wäre doch nichts für sie. Peter hat sich sofort in den Schmollwinkel zurückgezogen und hat dann in einem sehr emotionalen Ausbruch beschlossen, im engsten Familienkreis – da waren wirklich nur die Vertrautesten anwesend, die Brautjungfern, deren Namen ich jetzt nicht nennen möchte – dass es eigentlich eh wurscht ist, wen man aus der Familie der ÖVP heiratet, und suchte sich jemand anderen und hat dann die damals jungfräuliche Cousine Martina gefunden und hat mit ihr ein Eheversprechen vereinbart. Der Familie ÖVP war es eigentlich auch völlig egal, wen ihre Angehörigen aus dieser Familie heiraten, sondern Hauptsache, man kann den ursprünglich nachbarlichen Interessen weiterhin frönen. Man kann liebgewordene bäuerliche Schulen weiterhin befüllen, man darf das ländliche Wegenetz beschenken, eigentlich eh das tun, was man über viele Jahrzehnte hin so gewohnt war. Die eigene Würde war jetzt nicht mehr ganz so wichtig, es war auch egal, was den anderen Nachbarn in dieser Gemeinde versprochen worden ist, Hauptsache, diese Hochzeit kommt zustande.

Und es scheint jetzt alles eitel Wonne zu sein – plötzlich fällt dem verschmähten ersten Brautwerber ein, dass er sagt, seiner neuen Angetrauten, der darf man eigentlich eh nicht trauen, da

muss ich was machen, die muss ich zu 100 Prozent kontrollieren können. Ich muss sie damit aber vielleicht auch etwas demütigen, das ist auch egal, denn die Schmach der ersten Angebeteten darf nicht ganz ungesühnt vonstatten gehen. Und schon wieder hat er eine Idee – er holt still und leise den lange vorbereiteten Ehevertrag, spricht Verfassung, aus dem Kleiderschrank und lässt sich da etwas ganz Widerwärtiges, etwas ganz Kleines einfallen, in der Hoffnung, dass da vielleicht niemand draufkommt. Nämlich, wenn es im gemeinschaftlichen Haushalt, nennen wir das jetzt einmal die Koalition, nur ein einziges Mal ganz leicht krachen sollte, dann muss die kleine, zierliche, angetraute Ehegattin ganz still sein und darf ihn niemals kritisieren. Sie muss eigentlich auch sonst eh alles erdulden, er darf tun und lassen, was er will. Er darf Schulden machen, sie darf dazu keine Meinung haben. Er darf tun und lassen, was er will, haben wir gehört und sie darf dann (*Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion.*) – Ist echt spannend, oder? Das wird in die Geschichtsbücher eingehen und verdient sich mehr Aufmerksamkeit. Gut! Denn wenn das nicht der Fall sein sollte, gibt es ja auch Überlegungen, schmeißt der Peter seine neue Angetraute, die Lebensabschnittspartnerin einfach hinaus und ist sie dann eine sogenannte „Schwarze Witwe“? Weil er aber auch glaubt, dass es dann vielleicht auch andere Partnerinnen geben könnte, verlassen wir sie halt, dann gibt es die Nächste, um deren Gunst man werben wird. Ich hoffe aber nicht, dass der Peter glaubt, dass es unter diesen Bräuten dann noch eine attraktive, mutige, koalitionsfähige Jungfrau in einem gelben Brautkleid gibt! Die wird nicht zur Verfügung stehen! Aber jetzt ist Schluss mit diesen Geschichten, denn eine Geschichte kann wahr sein oder auch nicht und in dieser Form darf sie einfach nicht wahr sein. Und wenn doch – na ja! Wenn sie wahr ist, meine Damen und Herren, dann wäre das heute mit diesem Tagesordnungspunkt der größte politische Missbrauch in diesem Land, der je stattgefunden hat – ich rede jetzt aber nicht von Kärnten, sondern ich rede von ganz Österreich – nämlich bei dem eine Partei, die ohnehin schon die Allmacht besitzt, ihren kleinen, schwächelnden Partner, das ist der Fall, öffentlich auf den Marktplatz der persönlichen Eitelkeiten bringt und ihn dort demütigt!

Eine Abänderung einer Verfassung, meine Damen und Herren, ist keine Kleinigkeit. Das ist

Köfer

ein Akt in der Demokratie, der nicht täglich stattfindet, sondern der braucht eine bestimmte Vorbereitung. Da gibt es bestimmte Usancen, die man einzuhalten hat. Und ich erinnere mich, dass wir im Juli 2017 darüber abgestimmt haben – die Meisten von Ihnen waren damals anwesend, waren mit dabei – in der Hoffnung, dass diese Verfassung über viele Jahre Gültigkeit haben wird. Hat sie aber nicht. Wir haben damals geglaubt, wir haben vertraut, wir wurden getäuscht und betrogen! Diese Vorgangsweise jetzt, die heute gewählt werden wird, ist für mich so unerträglich, wenn man die Unverfrorenheit erkennt, die eigenen Machtgelüste noch einmal zu verstärken und schon in der ersten Arbeitssitzung im ersten Tagesordnungspunkt – das ist ja für mich unvorstellbar! – hergeht, die Landesverfassung ändern möchte, die vor Monaten noch der Stolz dieses Hauses gewesen sein sollte! Der heutige Landeshauptmann, aber auch der damalige, sprach in einer Presseaussendung – ich habe das sehr genau verfolgt – davon, dass er stolz ist, diese – wörtlich – „für Kärnten wichtige Einigung erzielt zu haben“. Eine wichtige Einigung hat für mich irgendwo Bestand. „Die Verfassung“ – so der Landeshauptmann – „soll für Kärnten etwas Zukunftsweisendes, Kärnten in die Zukunft Führendes sein.“ Die damalige grüne Abgeordnete Mitsche sagt dann noch, „Kärnten steht an vorderster Stelle“ und der Kollege Bengner hat damals noch ergänzt, dass er „zu dieser modernen Landesverfassung als Grundlage für Kärntens Zukunft“ stehe. Also eine Zukunft, die nur sieben Monate lang hält, meine Damen und Herren, ist für mich keine Zukunft! Ich lasse es aber trotzdem in dieser Form nicht gelten, es ist ein Gesetz, für das man Geduld braucht, wo man sich bemühen sollte, wo man schauen soll, dass man vielleicht wirklich alle Fraktionen mit ins Boot holt, sich mit ihnen bespricht, sich die Zeit nimmt und nicht in der Ausschuss-Sitzung darauf verzichtet, dass ein Vertreter der Verfassungsabteilung anwesend ist. Das ist für mich keine Demokratie, da geht es nicht darum, dass man das Kärntner Gratulationsgesetz verändert wird, wo der Bürgermeister die Gratulationen für seine Bürger regeln darf, das hat mehr Kraft.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich ersuche Sie und ich lobe euch, ihr seid ja eine sehr sympathische Fraktion (*Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.*) – nein, nein! – wenn man noch

etwas politische Würde in sich trägt und ihr habt langjährige Werte in der Partei, dann sollte man diesem Antrag heute nicht zustimmen! Ich kann euch versichern, wenn ihr das nicht tut, könnt ihr euch selbst gegenüber auch morgen noch mit sehr viel Würde und Respekt in den Spiegel schauen. Und wenn nicht, dann müsst ihr mit dieser politisch selbst gewollten heutigen Selbstdemontage weiterleben! In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall vom Team Kärnten und der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Gernot Darmann. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Ja, ich verstehe den Kollegen Köfer, dass er diese spannende Geschichte ausgepackt hat, aber ich verstehe nicht, wieso du sie selbst in Frage stellst, denn sie ist wahr. Bis auf ein kleines Detail, denn die hübsche, blonde, moderne Braut – nämlich hier persönlich – ist da. Aber die Angelegenheit ist zu ernst, um sie hier mit einem Scherz zu quittieren. Geschätzte Damen und Herren, nachdem wir die letzten ÖVP-Zuckungen hinter uns gebracht haben und uns nach der großen Verblüffung die Augen reiben müssen, stellen wir bestürzt fest, dass die Lage sehr ernst ist. Wirklich sehr ernst! Denn bei diesem Schauspiel zwischen SPÖ und ÖVP ist die Demokratie auf der Strecke geblieben. Der Wähler ist der Dumme. Und ich werde Ihnen auch sagen, wieso der Wähler der Dumme ist: Weil uns die Schwarzen Intrigen der letzten Wochen nur dem offiziellen Namen nach eine Rot-Schwarze Koalition gebracht haben! In Wahrheit haben wir aber nach Aushebelung der Landesverfassung eine SPÖ-Alleinregierung, geschätzte Damen und Herren, mit einem welken schwarzen Feigenblatt als Steigbügelhalter. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Und das Feigenblatt ist bei Gott kein Ruhmesblatt, werte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Wo sind sie, die Vertreter der Demokratie und von SPÖ und ÖVP, die noch vor gut einem Jahr im Zuge der Reform der

Darmann

Kärntner Landesverfassung und dem beschlossenen Abgehen von der Allparteienregierung, von der unumgänglichen Notwendigkeit des Einstimmigkeitsprinzips gesprochen haben? Wo sind die Abgeordneten der alten, ja auch der neuen Misstrauensregierung zwischen SPÖ und der schwarzen ÖVP, die in eben diesen Diskussionen das Einstimmigkeitsprinzip als notwendige Säule für das Vertrauen und die Stabilität in der Regierung angesehen haben? Geschätzte Damen und Herren, wo sind die Experten, die dafür und für die äußerst fragwürdige, zwischendurch auch fehlerhafte Reform der Verfassung und der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages in die Bresche springen und mit Expertisen für dieses und jenes herhalten mussten, damit man diese Reform den Medien und dem Volk besser verkaufen konnte? All diese Personen sind nicht mehr aufzufinden. All diese Personen sind sehr kleinlaut geworden, politisch kleinlaut geworden. Ja, sehr klein geworden!

Und wenn sie auf ihre neue Meinung in der gleichen Thematik angesprochen werden, dann gehen sie sowieso in Deckung. Sie müssen nun die eigenen Argumente, die sie vor einem Jahr gebracht haben, insbesondere von Seiten der ÖVP, auf den Kopf stellen, weil es die rote Parteizentrale gerade für richtig erachtet. Weit haben Sie es gebracht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Diese politische Selbstaufgabe muss doch in Wahrheit wehtun. Ist es nicht so? Diese Frage sei, glaube ich, an dieser Stelle gestattet. Unfassbar, dass man mit solch einer zerrütteten Polit-Ehe unser Heimatland verwalten soll! Vom Gestalten rede ich ja gar nicht mehr, nur noch vom Verwalten! Eine zerrüttete Polit-Ehe, die vom ersten Tag an sich selber nicht vertraut, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Es wird wahrlich – und das muss ich leider so feststellen – als Witz der Geschichte stehen bleiben, dass die SPÖ im Zuge der Regierungsverhandlungen eine tatsächlich nackte ÖVP noch einmal ausziehen konnte und nunmehr alle Macht im Lande innehat! Das mag man gutheißen oder nicht. Natürlich wird der Fan-Sektor der SPÖ das beklatschen und sich auch hier möglicherweise so verhalten wie im Rechts- und Verfassungsausschuss, auf den ich später noch zu sprechen kommen werde, wo man auch mit Schmunzeln meine Argumentation gegenüber der ÖVP zur Kenntnis genommen hat. Dass all dies möglich

wurde, haben die Kärntnerinnen und Kärntner allein einer nach Posten geifernden schwarzen Uralt-ÖVP zu verdanken, die für den geliebten Postenschacher bereit war, alles aufzugeben. Sogar sich selbst! Bereits im fachlich zuständigen Rechts- und Verfassungsausschuss habe ich die anwesende Vertreterin, die persönlich geschätzte Klubobmann-Stellvertreterin Bürgermeisterin Häusl-Benz gefragt, welche Berechtigung eine ÖVP-Abgeordnete noch sieht, sich Volksvertreterin und Parlamentarierin zu nennen, wenn sie sogar als erste politische Handlung ihre eigenen Regierungsmitglieder entmachtet und in weiterer Folge, wenn man so will, zu politischen Marionetten macht? Die ohne Wenn und Aber zu tun haben werden, was ihnen die roten Spieler an den Fäden vorgeben. Das ist doch kein Zugang, um Politik für dieses Land zu machen! Wo ist hier der letzte Funke Selbstachtung in der Politik? Das ist eine Frage, die sich viele Wählerinnen und Wähler, insbesondere der schwarzen ÖVP in Kärnten stellen werden. Denn Sie haben sich selbst aufgegeben und Sie haben durch diesen Beschluss, der nunmehr gefasst werden soll in diesem Tagesordnungspunkt, dafür gesorgt, dass die theoretisch zwei schwarzen Regierungsmitglieder neue rote Parteimitglieder werden. Und das ist nicht zu goutieren, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Es ist somit ein demokratiepolitischer Skandal, wie hier leichtfertig und nach tagespolitischer Laune und Notwendigkeit die Kärntner Landesverfassung zum Spielball parteipolitischer Eheprobleme zwischen SPÖ und ÖVP gemacht wird!

Ich sagte anfangs, dass es sich um einen Witz der Geschichte handelt. Ich muss leider ergänzen: Um einen äußerst schlechten Witz der Geschichte, zum Nachteil des Landes Kärnten, denn diese Allmacht der SPÖ, diese faktische Alleinregierung der SPÖ wird diesem unserem geliebten Heimatland nicht guttun, werte Kolleginnen und Kollegen! Aber – und möglicherweise haben sich die Kollegen der politischen Linken etwas zu früh gefreut – auch die Rolle der SPÖ in dieser Causa ist um nichts besser. Die FPÖ-Anträge im zuständigen Fachausschuss auf Ladung eines Vertreters des Verfassungsdienstes des Landes Kärnten wurden von SPÖ und ÖVP niedergestimmt. Mein Antrag auf Ladung eines Universitätsprofessors der Universität Klagenfurt, der von SPÖ, ÖVP und Grünen

Darmann

in der Debatte um die Reform der Landesverfassung entsandt wurde und für das Einstimmigkeitsprinzip eingetreten ist, wurde von SPÖ und ÖVP im Rechts- und Verfassungsausschuss niedergestimmt. Eine Expertise des Verfassungsdienstes der Bundesregierung, von mir im Rechts- und Verfassungsausschuss beantragt, wurde von SPÖ und ÖVP niedergestimmt. Eine Ausschuss-Begutachtung wurde von Rot und Schwarz mit der Begründung abgelehnt, dass sie ohnehin wissen würden, was sie tun. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich hier ernst nimmt im Kärntner Landtag in seiner Kontrollpflicht, nicht nur in der Ausübung der Kontrollrechte, in seiner Kontrollpflicht gegenüber der Landesregierung, hat man hier ganz anders mit einer Abänderung der Landesverfassung umzugehen und hier breiten Konsens – ist Einstimmigkeit - unter den Fraktionen zu suchen! Das war in der Vergangenheit bis zu Ihrem Fall der letztjährigen Verfassungsänderung immer Konsens, dass hier bei einer Verfassungsänderung eine Einstimmigkeit herbeizuführen sein wird. Na ja, ich wage zu behaupten, wenn Sie schon gesagt haben, Sie würden wissen, was Sie tun, dass Sie frei von jeglicher Vernunft agieren, wenn Sie diese leichtfertigen Spielchen mit unserer Kärntner Landesverfassung zulassen! Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, wollten keinen Partner auf Augenhöhe. Ihr Kriterienkatalog der Macht wollte keinen Partner auf Augenhöhe, sondern einen billigen Steigbügelhalter. Den haben Sie mit der ÖVP bekommen. Jeder soll haben, was er verdient. Die ÖVP kann in Wahrheit ohne fremde Hilfe nicht einmal auf dem Boden liegen. Als brutale Machtpolitiker haben Sie von der SPÖ natürlich das Recht, und das werde ich auch unterstreichen, die verbliebenen Recken dieser „Fassaden-Partei“ tun alles, um am kaiserlichen Hof speisen zu dürfen! Und da ist es der ÖVP egal, ob sie das als Feigenblatt oder als Harlekin tun werden. Auch das ist ein Schaden, den unsere Demokratie durch die Verhaltensweise der ÖVP hinnehmen muss! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wenn der neue Parteiobmann und Landesrat Gruber von der ÖVP anwesend ist: Die neuen Machthaber der ÖVP werden es in der Tat schwer haben. Sie sind nämlich zum Gelächter der ernsthaften Menschen geworden, Herr Kollege! Die aufrechten Demokraten wechseln zwischendurch die Straßenseite, wenn Sie daher-

kommen! Hinter Ihnen wird getuschelt! Aber was erzähle ich Ihnen? Das wissen Sie alle sehr, sehr gut! Sie haben nichts mehr zu reden, über Sie wird geredet, werte Kollegen! Das könnte uns ja allen zusammen egal sein, denn Ihre Bedeutung in dieser Regierungskoalition ist so aufregend wie das Umfallen eines Stuhles in China! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom TTK.)* Aber Sie, meine Damen und Herren von der schwarzen ÖVP, haben der Glaubwürdigkeit der gesamten Politik unendlichen Schaden zugefügt! Die ÖVP Kärnten ist zum Gespött geworden. Niemand glaubt Ihnen noch irgendetwas, niemand hat vor Ihnen Respekt, niemand hält Sie für klug, für weitsichtig, für überlegt und für verantwortungsvoll. Sie haben uns alle zur politischen Geisel genommen und jeden beleidigt, der ernsthafte Politik leben will. Der neue Chef der „Schwarzen Indianer“ reitet somit bereits jetzt zu Beginn seiner Tätigkeit ein totes Pferd, Herr Kollege! Seine Legitimation, mitregieren zu dürfen, hat Kollege Gruber nicht vom Volk bekommen. Seine Legitimation hat er auch nicht von seinen Kärntner Parteifreunden bekommen, er hat sie ausschließlich der SPÖ zu verdanken! Herr Kollege Gruber, du wirst es noch erleben, was es heißt, der SPÖ dafür dankbar sein zu müssen – ich betone und unterstreiche, zu müssen! Wann auch immer dieser Tag kommen mag, Fakt ist und bleibt das Misstrauen in dieser Koalition, ein Misstrauen, mit welchem bei Gott kein Staat zu machen sein wird, aber erst recht das Kärntnerland in Geiselnhaft genommen werden wird. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom TTK.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich noch eine Schulklasse, nämlich die 7B des BG Lerchenfeld, 17-jährige Schülerinnen und Schüler in Begleitung von Frau Mag. Annemarie Pirolt, die mit 15 Personen insgesamt anwesend sind, sehr, sehr herzlich begrüßen und willkommen heißen! Ich wünsche Ihnen weiterhin für die noch verbleibende Zeit eine interessante und spannende Landtagssitzung! Herzlich willkommen! *(Beifall im Hause.)* Als nächstem Redner darf ich dem Stellvertretenden Klubobmann Andreas Scherwitzl das Wort erteilen!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der Landesregierung! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Ich werde mich dem Thema „Veränderung der Landesverfassung“, die hier beantragt ist, mit etwas mehr Ernsthaftigkeit nähern und weniger einen Beitrag zum Kabarett im Hohen Haus oder zum 11. November, also zum in einem halben Jahr beginnenden Fasching in Kärnten liefern. Aber die Änderung dieser Bestimmung der Landesverfassung ist, so wie ich das im Ausschuss bereits gesagt habe – und Herr Kollege Darmann, hier steht ein Vertreter jener, die in der letzten Periode diese Landesverfassung beschlossen haben – im Wesentlichen eine interne Angelegenheit, nämlich eine Angelegenheit, wie die Regierung es in Zukunft halten möchte, ihre Entscheidungen zu treffen. (*Abg. Leyroutz: Interne Angelegenheit! Das geht das Volk nichts an?*) Es ist eine interne Angelegenheit, wie die Entscheidungsprozesse in der Regierung laufen, (*Abg. Leyroutz: Präpotent bis zum Gehnichtswehr!*) und es ist ein Thema, das für die Menschen im Land zwar durchaus von großem Interesse ist, sie aber in ihren Lebensverhältnissen nicht wirklich berührt. Was sind denn die Themen, die die Menschen in ihren Lebensverhältnissen berühren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Fraktion oder des Freiheitlichen Klubs? Es sind etwa die Themen der Freiheitlichen Politik auf Bundesregierungsebene. Reden wir auch davon, was sind tatsächlich die Themen, die die Menschen berühren? Nicht nur die Frage, wie trifft die Landesregierung ihre Entscheidungen. (*Abg. Leyroutz: Eure Schulden, die ihr gemacht habt!*) Die Aufhebung des Rauchverbotes etwa in der Gastronomie, das Tausende zusätzliche Tote zu verantworten haben wird in Österreich. Das Schweigen des Innenministers zum Treffen europäischer Faschisten in wenigen Tagen in Kärnten. (*KO Darmann: Das ist nicht wahr! Das ist eine Unwahrheit!*) Das sind die Themen, die die Menschen berühren und interessieren und viel weniger die Frage, wie trifft die Landesregierung ihre Entscheidungen.

Im Übrigen, weil wir beim Thema Innenminister sind: Etwas erstaunt mich in diesem Zusammenhang – und erlauben Sie mir diesen Exkurs – mit dem Treffen der Ustascha-Nostalgiker in

Bleiburg durchaus, dass nämlich auf der einen Seite die Freiheitlichen, Strache, der ja gerne Stammgast bei irgendwelchen serbischen Veranstaltungen oder Veranstaltungen der Serben in Wien ist, um es korrekter zu formulieren, hier schweigt! Denn gerade die Ustascha waren es, die im kroatischen Satellitenstaat des Nationalsozialismus und Faschismus die Serben brutalst ermordet haben. (*Abg. Leyroutz: Das ist widerlich!*) Das sind die Themen, die die Menschen im Land interessieren! (*Abg. Leyroutz: Das ist widerlich!*) Ich verstehe eure Aufregung. Die Streichung der „Aktion 20.000“, die Hunderte, ja Tausende Menschen um die Chance bringt, am Arbeitsmarkt wieder eine Möglichkeit der Beschäftigung zu finden. (*KO Darmann: Unwahrheit!*) Das sind die Themen, die die Menschen im Land interessieren! Oder der Familienbonus, den Sie jetzt einführen, der in Wahrheit ein Reichenbonus ist. Die, die eigentlich keine Unterstützung brauchen, bekommen Geschenke, aber die, die wenig verdienen und auch Familien haben, gehen nahezu leer aus! Oder die Frage des Freihandelsabkommens CETA, Kollege Darmann hat ja früher so blumig formuliert und Metaphern gefunden. Mir fällt auch eine ein. (*Abg. Pirold: Du solltest zur Verfassung reden!*) Es gibt bekanntlich einen Indischen Tiger, es gibt einen Sibirischen Tiger, aber neu ist offenbar der „Freiheitliche Tiger“. Denn was macht dieser? Laut brüllen, losspringen und dann vor den Füßen des türkisen Kanzlers als Bettvorleger landen. Oder die direkte Demokratie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, (*KO Darmann: Da haben nicht einmal die Eigenen geklatscht!*) von Ihnen vollmundig versprochen – was ist übrig geblieben? Leere Worthülsen! Ich habe als ein Vertreter, der diese Verfassung in der Vergangenheit mitverhandelt und hier auch vertreten hat, immer den Standpunkt vertreten, die Volksabstimmung über diese Landesverfassung wird am 04. März 2018 stattfinden. Das war ein zentrales Versprechen der Koalitionsregierung der letzten Periode. Wir haben unser Versprechen eingehalten. Die Volksabstimmung hat stattgefunden, das Ergebnis ist bekannt. (*KO Darmann: Jetzt wird sie geändert!*)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Vertrauen unsererseits zur Kärntner ÖVP ist vollumfänglich gegeben. Wir haben während der letzten fünf Jahre hervorragend zusammengearbeitet! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Diese Maßnah-

Scherwitzl

me – und da bin ich auch so ehrlich, das einzugestehen – dient dazu, dass es seitens der Kurz-ÖVP zu keiner Einmischung in Kärnten kommen kann, zu keiner Einmischung von außen sozusagen. *(KO Darmann: Unfassbar!)* Es ist evident, dass die Bundes-ÖVP hier eine maßgebliche Rolle gespielt hat bei der Ablöse vom Christian Bengler, mit dem wir ganz hervorragend zusammengearbeitet haben, wie auch mit den anderen Kollegen der ÖVP, ob das ein Herbert Gaggl, ein Markus Malle, ein Ferdi Hueter ist, die in der letzten Periode hier herin gesessen sind. Wir haben hart verhandelt, wir haben fair verhandelt, wir haben uns zu Kompromissen gefunden. Eines kann ich auch betonen: Jene Kompromisse, die hier gemeinsam gefunden wurden, zu jenen sind diese Vertreter der Kärntner ÖVP gestanden. Ich bin mir sicher, auch die beiden neu Hinzugekommenen, die Kollegin Häusl-Benz und der Kollege Weber werden, zu dem stehen, was wir in der Koalition vereinbaren. Das ist das Wesen unserer Koalition, gemeinsam Lösungen zu finden und diese gemeinsam zu vertreten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – KO Darmann: Dann nehmt die Änderung von der Tagesordnung!)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zur rechtlichen Dimension dieser Verfassungsänderung. Es hat bereits im Vorfeld – und deswegen haben wir das auch nicht mehr für notwendig erachtet, im Rechts- und Verfassungsausschuss zusätzliche Auskunftspersonen zu laden - Universitätsprofessor Heinz Mayer etwa zu Wort gemeldet, ich zitiere: „Eigentlich ist das Einstimmigkeitsprinzip bedenklich. Da kann ein Einzelner tatsächlich jeden Beschluss verhindern, daher ist das Mehrheitsprinzip demokratiepolitisch begrüßenswerter.“ Zitat Ende. Oder weitere namhafte Verfassungsexperten, *(KO Darmann: Vor einem halben Jahr das Gegenteil gesagt!)* Funk, Öhlinger sehen kein Problem, halten im Gegenteil das Mehrheitsprinzip für naheliegender. Aber natürlich ist es immer interessant, sich die Situation in den anderen österreichischen Bundesländern anzuschauen. Wir haben drei Bundesländer, wo es noch eine Proporz-Regierung gibt, Niederösterreich, Oberösterreich und Wien, wobei wir alle wissen, dass Wien ein Sonderfall ist, mit den sogenannten nicht amtsführenden Stadträten. Wir haben sechs Bundesländer, wo der Proporz abgeschafft wurde und sozusagen sich in freier Koalitions-

bildung im Landtag Koalitionen finden. Drei Länder davon haben das Einstimmigkeitsprinzip, nämlich Salzburg, Steiermark und Tirol. Drei Länder, wenn ich Kärnten jetzt dazuzählen darf nach dem heutigen Tag, haben eine Mehrheitsentscheidung, Vorarlberg, Burgenland und wie gesagt, mit dem heutigen Beschluss auch Kärnten. Interessant in diesem Zusammenhang ist das Burgenland, denn dort sitzen die Freiheitlichen in der Landesregierung. Dort haben sie nicht das geringste Problem damit, dass die internen Entscheidungen der Landesregierung mit Mehrheit getroffen werden können. *(KO Darmann: Sie brechen ja Ihre Versprechen, nicht wir!)* Mir ist auch nicht bekannt, dass die burgenländische Landesregierung permanente Mehrheitsentscheidungen trifft. Also, es ist nicht der übliche Modus, den Koalitionspartner in der Regierung zu überstimmen! *(KO Darmann: Weil es dort auch kein Misstrauen gibt!)* Auch Vorarlberg hat dieses Mehrheitsprinzip seit 1945. Und in Vorarlberg haben sie nicht das geringste Problem, im Gegenteil. In Vorarlberg hat man gesehen, dass auch das Mehrheitsprinzip oft Chancen eröffnet, nämlich die Chance auch für freiwillige Konzentrationsregierungen, wie das im Land Vorarlberg über lange Strecken üblich war. Ich denke doch sagen zu können, dass Vorarlberg nicht das schlechteste Beispiel ist unter den österreichischen Bundesländern.

Wie gesagt, die Freiheitlichen sitzen aufrecht in der burgenländischen Landesregierung und dort bereitet ihnen das Mehrheitsprinzip kein Kopferbrechen, und das Vertrauen ist gegeben. Wie gesagt, der Begriff „Fremdschämen“ ist ja in unserem Land einer, der durchaus bekannt ist. Viele von uns müssen sich als österreichische Politiker, wenn sie auf Reisen gehen, unser Land irgendwo anders auf der Welt vertreten, vor allem für die Politik der Freiheitlichen fremdschämen. Aber fremdsorgen, das ist mir gänzlich neu!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen, Sie brauchen sich keine Sorgen um die ÖVP zu machen, die ÖVP wird in dieser Koalition nicht untergehen! Ganz im Gegenteil, unser Vertrauensverhältnis ist voll aufrecht! Man sieht es auch am Regierungsübereinkommen, das wir in weiterer Folge debattieren werden, es gibt viele Punkte, wo wir uns zu Kompromissen gefunden haben, und es gibt viele Punkte, die die Handschrift auch der ÖVP tragen. Das ist das

Scherwitzl

Wesen einer koalitionären Partnerschaft. Also können Sie sich Ihr Fremdsorgen durchaus schenken! Eines sollten sich die Freiheitlichen vielleicht überlegen, was die Ursache dafür ist, dass wenn sechs Bundesländer in Österreich den Proporz abgeschafft haben, sie nur in einer Landesregierung sitzen.

Abschließend: Dieser Beschluss – und ich bin mir dessen bewusst, dass es eine kritische Frage ist – ist eine Sicherheitsmaßnahme, um eine Einmischung von außen, ein Durchgriffsrecht eines Bundesparteivorsitzenden nicht zuzulassen. Und im Koalitionsvertrag – und wir haben unseren Koalitionsvertrag öffentlich gemacht – bekennen wir uns klar zur Einstimmigkeit. Es kann nicht das Ziel einer Koalition sein, einen Partner zu überstimmen, denn dann kann sich jeder ausrechnen, wie lange so eine Koalition halten kann. Diese Koalition ist getragen von Vertrauen. Diese Koalition ist getragen vom Grundsatz der Zusammenarbeit, der Gemeinsamkeit, denn letztlich geht es um unser Kärnten und um die Menschen in Kärnten und weniger um die Frage, wie Entscheidungsprozesse in der Landesregierung strukturiert sind! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann, nein, Stellvertretende Klubobmann Christian Leyroutz – die Macht der Gewohnheit ist noch ein bisschen in mir! Bitte ihn, vom Rednerpult aus zu sprechen!

Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Insbesondere Herr Kollege Scherwitzl, wo auch immer er ist! Lieber Kollege, du hast jetzt eindrucksvoll dargestellt, wie sich die Politik in den nächsten Jahren verändern wird. Du hast im Endeffekt das tatsächlich hässliche Gesicht der SPÖ gezeigt, nämlich mit der Vereinnahmung des Landes. Denn eine Verfassungsänderung, die im Landtag beschlossen werden muss, als „interne Angelegenheit“ zu betrachten und zu bezeichnen, zeigt, wie sehr die SPÖ am Machterhalt hängt und wie sehr es im Endeffekt nur darum geht, den anderen Partner zu demütigen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Und wenn wir

schon über Demütigung sprechen, dann ist es ja nur zu bezeichnend, dass der andere Verfechter dieser Landesverfassung, der Herr Kollege Malte, bis dato keine Wortmeldung abgegeben hat, sondern das in Demut erträgt, dass sogar die SPÖ die ÖVP verteidigen muss! Wir haben in der abgelaufenen Legislaturperiode das Thema Änderung der Kärntner Landesverfassung eingehend und kontroversiell diskutiert und ich habe in allen Diskussionen darauf hingewiesen, dass die Verfassung als elementarstes Element der politischen Spielregeln und der politischen Zusammenarbeit einer größtmöglichen Zustimmung bedarf. Und in der Vergangenheit, wie es auch Klubobmann Darmann dargelegt hat, sind die Änderungen der Verfassung immer einstimmig beschlossen worden. Sie haben diese Spielregeln gemeinsam mit der ÖVP und mit den Grünen, die bei Ihnen aufgegangen sind, einseitig abgeändert.

Ich erachte die neue Verfassung und auch Ihre jetzige Änderung vor allem im Lichte des Gedenkjahres 2018 als demokratiepolitisch bedenklich, weil alle unsere Bedenken im Laufe der letzten Jahre eingetreten sind. Und wir haben unsere Bedenken im Zuge dieser Diskussion mehrfach artikuliert, und wir haben Ihnen immer vorgeworfen, dass Sie die Kontroll- und Oppositionsrechte beschneiden wollen. Kollege Scherwitzl, gerade du als damaliger Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses hast schon damals zutreffend – und ich glaube, es war deinerseits ein Freud'scher Versprecher – formuliert, dass es in der Verfassung eine klare Schiefelage zu Lasten der Opposition geben wird. Ich habe diese Wortmeldung in sehr vielen weiteren Diskussionen aufgegriffen, dennoch wurde diese Verfassung auch mit deiner und den Stimmen eurer Koalition beschlossen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Klubobmann Darmann hat das erbärmliche Schauspiel, das Sie in der Öffentlichkeit geboten haben, diese Machtbesessenheit, diesen unbedingten Willen, Macht auszuüben, auch wenn es nur in Form von Postenbesetzungen und ein paar Regierungsjobs ist, in seinem Debattenbeitrag schon ausführlich besprochen, sodass ich eigentlich auf dieses erbärmliche Thema gar nicht mehr eingehen will, eigentlich gar nicht mehr näher eingehen will auf dieses Trauerspiel, dieses theatrale Drama, das auf gegenseitigem Misstrauen basiert und am Ende in einer grimmigen Scheidung enden

Leyroutz

wird. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem von der ÖVP, lassen Sie sich eines gesagt sein zu Ihrer Position der Selbstaufgabe, um ein wenig Einfluss und Macht durch die SPÖ suggeriert zu bekommen: Neid muss man sich erarbeiten – Mitleid für die ÖVP bekommt man geschenkt! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Und mein Mitleid für Ihre Posse, mein Mitleid für Ihren unterwürfigen Canossagang auf den Knien, mein Mitleid für Ihre öffentliche Demütigung, das bekommen Sie tatsächlich geschenkt!

Aber was mich wirklich bedenklich stimmt, das ist der Umgang der Regierungsvertreter, auch Ihres Regierungsvertreters, der jetzt den Raum verlassen hat, mit den eingeräumten Kontrollrechten. Das ist ein Akt der Präpotenz und Arroganz, den ich in dieser Form noch nicht erlebt habe! Kollege Scherwitzl hat in vielen seiner Aussendungen und öffentlichen Statements, einmal auch in der „Kronen Zeitung“, auf seine Fahnen geheftet, eine der größten Errungenschaften der Verfassungsreform und der Änderung wäre das uneingeschränkte Recht der Opposition auf Akteneinsicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Recht auf Akteneinsicht habe ich in zwei Fällen geltendgemacht. Ich habe sowohl bei Landesrat Gruber in der Angelegenheit „Fischotter“ als auch bei der Frau Finanzreferentin in der Angelegenheit „Budgetprovisorium, Monatsvoranschlag Mai 2018“ jeweils am 23. April 2018 Anträge auf Akteneinsicht eingebracht. Die Reaktion beider Herrschaften, aber ich spreche jetzt nur vom Herrn Gruber, zeigt ein mangelndes Demokratieverständnis, zeigt eine ungeahnte Präpotenz gegenüber der Opposition, gegenüber den Kontrollrechten des Landtages. Und es empört mich wirklich tiefgreifend, wenn mir dann vom Landesrat Gruber auf mein Ersuchen, Akteneinsicht zu gewähren, mitgeteilt wird, wortwörtlich: „Bezugnehmend auf Ihre Anfrage des Freiheitlichen Landtagsklubs auf Akteneinsicht darf ich auf die gestern bereits kundgemachte Verordnung der Landesregierung vom 24. April 2018, Zahl ‚Sowieso‘, betreffend die vorübergehende Ausnahme von der Schonzeit für den Fischotter, siehe im Anhang, aber auch bereits online, verweisen und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Mag. Thomas Kornek-Goritschnig, Büroleiter.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt frage ich mich, ob der Antrag auf Akteneinsicht

für mich, Einsicht in den Akt bei der Regierung mit sämtlichen Bestandteilen und Aktenbestandteilen sprachlich und schriftlich so schwer zu erfassen ist, dass man nicht erkennen kann, dass es nicht nur um eine Akteneinsicht, um den Text der Verordnung, sondern um die Aktenbestandteile und die Einsicht in dieselben geht oder ob es darum geht, dass der Opposition derselbe Informationsstand, wenn auch zeitlich verzögert, zur Ausübung der Kontrollrechte zugänglich gemacht wird, wie sie auch der Regierung zustehen? Oder ob es sich einfach um einen Akt der Präpotenz und Arroganz handelt und so der Opposition ihre Kontrollrechte entzogen werden? (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der erste Skandal, den Sie sich auf Ihre Fahnen zu heften haben. Ich habe daher die entsprechenden Schritte nach der Kärntner Landesverfassung eingeleitet.

Nachdem ich aber vorhin erwähnt habe, dass ich ja zwei Anträge gestellt habe, darf ich nicht unerwähnt lassen, dass im Hinblick auf das zweite Ersuchen die Arroganz und Präpotenz noch potenziert wurden. Nämlich, weil das Büro von der Frau Finanzreferentin es innerhalb der in der Landesverfassung festgesetzten Frist von acht Tagen auch bis heute – und es sind seit 23. April schon sehr viele Tage vergangen – nicht für wert befunden hat, auf den Antrag auf Akteneinsicht zu reagieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist Ihre Politik, die auch der Kollege Scherwitzl heute ganz zutreffend angeführt hat – „das sind alles interne Angelegenheiten“! Kärnten gehört Ihnen und Sie haben offensichtlich nicht die Absicht, das Wechselspiel von Opposition und Regierung auch nachvollziehbar zu akzeptieren. Und Sie wollen offensichtlich keine Kontrolle und dabei geht es jetzt nicht um die wirklich wesentlichen Akten für das Land. Herr Kollege Scherwitzl, ich denke nicht, dass wir hier tatsächlich von der Stärkung von Oppositionsrechten reden, wenn wir die Akteneinsicht ansehen. Wenn wir aber zum Beispiel die Redezeiten zur Begründung von Dringlichkeitsanfragen und Dringlichkeitsanträgen ansehen und auch hier im Vergleich zur letzten Periode die Redezeiten beschränkt wurden, wenn Sie verkläusliert in der Landesverfassung anführen, dass im Endeffekt nur noch eine einzige Dringlichkeitsanfrage pro Klub möglich ist, dann kann das keine Stärkung der Oppositionsrechte sein!

Leyroutz

Ich glaube, dass es eine Augenauswischerei ist, wenn Sie davon sprechen, dass es zu irgendeiner Stärkung gekommen ist. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Ich glaube, die Verfassungsänderung, an der ja in erster Linie Klubkollege Scherwitzl und Kollege Malle gearbeitet haben, war eine bewusste Vorgangsweise der ÖVP und der SPÖ, weil Sie ja bereits im Vorfeld wussten und ihre Koalition bereits abgekartet haben – vielleicht unter Einbeziehung der Grünen oder nicht – um Oppositionsrechte einzuschränken. Und das ist eine Vorgangsweise, die für sich spricht! Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wenn die Machterhaltung und die Machtausübung im Vordergrund stehen und wenn einem die Argumente ausgehen, dann benötigt man zur Untermauerung der eigenen Ansichten wissenschaftliche Unterstützung, wie du das ja heute bereits zitiert hast. Wie es nicht anders zu erwarten war, habt ihr das auch in der gegenständlichen Diskussion erhalten und es waren durch äußerst bekannte, gutachterlich bestellte – ich würde sie so nennen – „Auftragstätter“, die Ihnen assistiert haben, dass die Änderungen zur Landesverfassung und die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips zulässig und demokratiepolitisch in Ordnung wären. Das Internet verzeiht leider nichts – im Jahr 2011 sind wir fündig geworden. Da hat auch einer jener Gutachter, den du gerade zitiert hast, der Kollege Mayer, gemeinsam mit Öhlinger ebenfalls bereits eine Stellungnahme zum Einstimmigkeitsprinzip abgegeben und komischerweise war hier der Standpunkt ein anderer. Öhlinger meinte, „das ist in Österreich ein völlig irreales Szenario, ich halte das für keine gute Idee“. (*KO Darmann: Schau, schau!*) Dann hätte der kleine Partner nur eine Rolle als Anhängsel. Er könnte in allen Punkten von der Mehrheit überstimmt werden. Unser Problem ist, dass die Regierungspolitiker zu abhängig sind von den Mächtigen in ihrer eigenen Partei. Dieselben beiden Gutachter und Auftragstätter, die sie jetzt herangezogen haben! Meine sehr geehrten Damen und Herren, was will ich damit sagen? Es geht Ihnen bei der Verfassung nicht um Spielregeln, die für alle gelten, sondern es geht Ihnen bei der Verfassung um Machterhalt und um die Verhinderung von Kontrolle. Es geht darum, dass Verfassung nicht etwas Beständiges ist, wie es in der Vergangenheit immer war, sondern es geht darum, dass Verfassung beliebig wird und jederzeit, wenn es zu Ihrem Machterhalt dient, dementsprechend

geändert werden kann. Es geht nicht um Grundsätzlichkeit, es geht nicht um Linie, es geht um Machtausübung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber vor allem auch Abgeordnete der ÖVP, mit der Zustimmung zur Änderung liefern Sie zusätzlich der Beliebigkeit Vorschub, und ich darf Sie nochmals eindringlich ersuchen, dass wenigstens einer der Abgeordneten den Mumm hat, dieser Unanständigkeit, diesem Machtstreben Einhalt zu gebieten, obwohl ich nicht davon ausgehe!

Wir als Freiheitlicher Landtagsklub sind jedenfalls der Ansicht, dass die vorgesehene Verfassungsänderung unzulässig ist, dass sie dem Misstrauen, das in dieser Regierungskoalition besteht, nur weiteren Vorschub leisten wird. Ich glaube insbesondere, dass ein Zusatzantrag angebracht wäre, gerade im Hinblick auf die vorhin angesprochene Akteneinsicht und die missbräuchliche Verweigerung der Akteneinsicht. Daher stellen wir einen Zusatzantrag, wonach der Kärntner Landtag das Landesverfassungsgesetz in dem Sinne ändern solle, dass jedenfalls alle Unterlagen den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen sind, welche das Mitglied der Landesregierung dem Regierungskollegium bei Regierungssitzungen vorlegt. Und dies binnen drei Tagen, nicht so wie jetzt binnen acht Tagen, dass man Fristen verstreichen lässt, denn das ist wirklich eine unzulässige Einschränkung der Opposition. Und in dem Sinne darf ich den dementsprechenden Zusatzantrag überreichen. (*Der Redner übergibt dem Vorsitzenden den Antrag. – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner hat sich der IG Team Kärnten-Obmann Gerhard Köfer zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Herr Präsident! Herr Stellvertretender Klubobmann Scherwitzl, du weißt, ich schätze dich sehr. Aber wenn man dann von „Kabarett“ und „Faschingssitzung“ spricht, dann darf man auch nicht irgendwelche Tiger bemühen, Indische, Sibirische oder Freiheitliche Tiger gibt es in der Form ja nicht. Wir haben versucht, sehr höflich und korrekt in einer anderen Form diese Art der,

Köfer

ja, Verfassungsverfehlungen darzustellen. Du sprichst von einer internen Angelegenheit zwischen zwei Parteien, das hat niemanden zu interessieren, die Öffentlichkeit schon gar nicht.

Die Menschen berührt das da draußen nicht, meinst du, sagst du oder glaubst du. Ich darf dir aber sagen, dass das die Menschen da draußen sehr wohl berührt, dass man, wenn man eine Partei wählt, dieser Partei dann auch längerfristig vertrauen will. Der Glaube, dass das, was man bei Wahlen verspricht, auch irgendwie eine gewisse Längerfristigkeit hat, sollte nicht mit Füßen getreten werden, wenn man eine Verfassung dann ändert, wenn man Angst hat. Das ist irgendwie herausgekommen. Das ist für mich eine Angst vor dem türkisen Bundeskanzler Kurz, dass der vielleicht in Kärnten irgendwie hineinregieren könnte. Eine Angst, die ich als völlig unbegründet erachte. Eine Einmischung der Kurz-ÖVP muss ja der ÖVP schon wieder wehtun. Aber es mutet eigenartig an, wenn du dann sagst, die ÖVP wird nicht untergehen. (*Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause.*) – Herr Präsident, das ist unhöflich, wenn man da nicht zuhört! Die ÖVP wird nicht untergehen, und die Handschrift der ÖVP wird klar ersichtlich sein, sagst du. Somit ist aber das Schicksal der ÖVP auch schon bestimmt. Wir haben ja miterlebt, was die Handschrift der Grünen in diesem Landtag wert war. Die wurden von der politischen Bühne gefegt und die ÖVP geschwächt wie nie zuvor in ihrer Geschichte! Daher, meine Damen und Herren der ÖVP, wehret den Anfängen!

Ich möchte aber noch – und da möchte ich die Gelegenheit nützen aufgrund der Tatsache, dass diese Verfassungsänderung im zuständigen Ausschuss ohne die Anhörung von Auskunftspersonen und sogar ohne die Anwesenheit eines Vertreters des Verfassungsdienstes der Kärntner Landesregierung durchgeboxt wurde – beantragen: Die Abgeordneten der Team Kärnten-Liste im Kärntner Landtag beantragen gemäß § 64 i.V.m. § 61 Abs. 8 K-LTGO, den Gegenstand an den zuständigen Ausschuss zurückzuverweisen. Danke! (*Der Redner übergibt dem Vorsitzenden den Antrag. – Beifall vom TTK und der FPÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Pirolt. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Pirolt** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Werte Regierungsbank! Liebe Zuhörer auf der Tribüne! Der Tagesordnungspunkt 1 könnte durchaus auch beinahe lauten, „Verhöhnung der Verfassung“. Als Untertitel könnte man ihn beinahe auch noch als einen „Kastrationstagesordnungspunkt der ÖVP“ bezeichnen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in der vergangenen Regierungs- und Landtagsperiode – ich weiß nicht wie oft – gehört, wie wesentlich und essentiell eine Verfassung für das Land, für den Bund am Ende ist und dass man mit Verfassungsänderungen grundsätzlich äußerst sorgsam umzugehen hat. Und wenn Herr Kollege Scherwitzl heute meint, eine Verfassungsänderung wäre lediglich eine innere Angelegenheit (*Abg. Scherwitzl: Nicht Verfassungsänderung!*) und man würde als Bürger die Verfassungsänderung ja gar nicht mitkriegen, dann muss ich dich schon sehr wohl daran erinnern, Herr Kollege Scherwitzl, wie oft du erklärt hast, wie wichtig eine Verfassung für die Bürger draußen ist und du mehr oder weniger dieser Verfassung unterstellt hast, dass sie den Bürgern – weiß ich nicht – mehr soziales Geld, mehr gesundheitliche Versorgung bringen würde! Ich weiß nicht, was alles von Ihnen, von Ihrer Seite hier erzählt worden ist! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Dass eine Verfassungsänderung aber mit einem Koalitionspartner möglich ist, der mehr oder weniger liegend und fliegend die Hose hinuntergelassen hat – und hier möchte ich mich vielleicht sogar der Bildersprache bedienen, wenn die Hose unter dem Knie unten ist, und ich gebe diesen Bildern vielleicht noch das Gesicht drauf vom Martin Gruber – er freut sich – vom Ferdinand Hueter – er freut sich – vom Dipl.-Ing. Christian Benger, dass man Ihnen fliegend zu Kreuze gekrochen ist, um Ihnen mehr oder weniger einen großkommunistischen Anflug zu ermöglichen, was die Machtausübung in diesem Land anbelangt.

Wenn wir heute gerade einmal noch bei der Gedenkultur waren: Es würde Ihnen auch einmal gut anstehen, vor allem jenen Herrschaften der Sozialisten in diesem Hause, sich endlich auch einmal von Lenin und Stalin zu distanzieren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Das habe ich von Ihnen bis heute noch nicht gehört, sondern

Pirolt

Sie benehmen sich hier wie reale Sozialisten. Das ist der eine Punkt! Faktum ist aber, eine Verfassung – und hier kann man mitstimmen oder nicht mitstimmen, aber in der vergangenen Periode habe ich jedenfalls eines mitbekommen, dass man mit dieser Verfassung sorgfältigst umzugehen hat! Sie treten diese Verfassung momentan mit Füßen, ändern sie nach Beliebigkeiten. Faktum wird auch sein, Sie werden sie auch nach Bedarf sowieso nach Ihrem eigenen Gutdünken wiederum verändern! Die ÖVP wäre heute gut beraten und es wäre ihr gut angeraten – lieber Herr Kollege Martin Gruber, als ehemaliger Bürgermeister, ich kenne deine Aussagen bezüglich deiner jetzigen Reformkoalitionäre. Lieber Martin, das was du heute hier zu verantworten hast, versteht in deiner Gemeinde niemand, das versteht im Bezirk niemand und das verstehen vor allem die Bürger des Landes Kärnten nicht, das versteht niemand! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste erschöpft. *(KO Darmann meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Klubobmann Darmann. Moment, Sie kriegen das Wort gleich! *(Der Vorsitzende aktiviert das Mikrofon.)* Das Mikro ist offen!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Hohes Haus! Zur Landtagszahl 14-1/32, Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird, darf ich hiermit einen Antrag auf geheime Abstimmung gemäß § 68 K-LTGO einbringen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dieser Antrag liegt mir bereits schriftlich vor. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gibt einen Antrag des Teams Kärnten auf Rückverweisung der Materie an den zuständigen Ausschuss. Wer diesem Antrag die Zustimmung

erteilt, darüber lasse ich mit einem zustimmenden Handzeichen abstimmen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen und der Interessengemeinschaft des Teams Kärnten nicht die erforderliche Mehrheit, daher bleibt der Antrag bestehen.

Zweitens lasse ich über den Geschäftsordnungsantrag, den der Herr Klubobmann Darmann gerade vorgelegt hat, abstimmen. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum nicht die erforderliche Mehrheit, weil nur Freiheitliche und Team Kärnten dafür gestimmt haben, daher hat der Berichterstatter nun das Schlusswort!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Ich verzichte auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte sowie die ziffern- und paragraphenmäßige Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Das Eingehen in die Spezialdebatte ist beantragt. Ich bitte den Berichterstatter, am Rednerpult zu bleiben! Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten, die vollzählig anwesend sind, die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Dann bitte ich den Berichterstatter, den Gesetzestext in Verhandlung zu nehmen!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Die Kärntner Landesverfassung – K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996, zuletzt in der Fassung des Landesverfassungsgesetzes LGBl. Nr. 25/2018, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: Art. 57 Abs. 3 wird durch folgende Abs. 3 und 3a ersetzt, Abs. 3: Zu Beschlüssen der Landesregierung ist – soweit in Abs. 3a nicht anderes bestimmt ist – mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltung oder die Erklärung, weder zuzustimmen noch abzulehnen, gilt als Gegenstimme, Abs. 3a: Verordnungen nach den §§ 1 und 19 des Kärnt-

Sandrieser

ner Nationalpark- und Biosphärenparkgesetzes und Verordnungen nach § 23 des Kärntner Naturschutzgesetzes 2002 dürfen von der Landesregierung nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen oder abgeändert werden; Ziffer 2: Nach Art. 57 Abs. 4 zweiter Satz wird folgender Satz eingefügt: Beschlüsse im Umlaufwege dürfen nur einstimmig gefasst werden; Ziffer 3: Art. 72b lautet, Artikel 72 b: Eine Verweisung in diesem Landesverfassungsgesetz auf eines der nachstehend angeführten Landesgesetze ist als Verweisung auf die nachstehend angeführte Fassung zu verstehen.

1. Biosphärenpark-Nockberge-Gesetz – K-BPNG, LGBl. Nr. 124/2012, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 74/2013;

2. Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994, LGBl. Nr. 71/1994, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 3/2018;

3. Kärntner Landeskrankenanstalten-Betriebsgesetz – K-LKABG, LGBl. Nr. 44/1993, zuletzt in der Fassung der Kundmachung LGBl. Nr. 93/2012;

4. Kärntner Nationalpark- und Biosphärenparkgesetz – K-NBG, LGBl. Nr. 55/1983, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 85/2013;

5. Kärntner Naturschutzgesetz 2002 – K-NSG 2002, LGBl. Nr. 79/2002, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 57/2017;

6. Kärntner Spekulationsverbotsgesetz – KSpvG, LGBl. Nr. 25/2018;

Ziffer 4: Art. 73 Abs. 12 wird folgender Abs. 13 angefügt, Abs. 13 Art. 57 Abs. 3 bis 4 und Art. 72b in der Fassung des Landesverfassungsgesetzes LGBl. Nr. .../2018 treten an dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Annahme ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten – auch Herbert Gaggl? Ja, selbstverständlich! – die entsprechende und erforderliche verfassungsmäßige Mehrheit gegen die Stimmen der Freiheitlichen und des Teams Kärnten. Damit ist dieser Geset-

zesvorschlag entsprechend beschlossen.

(Einwand von Abg. Scherwitzl.) Moment, Herr Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl, es liegt ein schriftlich vorliegender Abänderungsantrag, von Klubobmann Darmann eingebracht, vor. *(Abg. Mag. Darmann: Zusatzantrag!)* Zusatzantrag, Entschuldigung! Ich verbessere mich, es liegt ein Zusatzantrag des Abgeordneten Darmann zu diesem Verfassungsgesetz vor. Wer diesem Zusatzantrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen und der Abgeordneten des Teams Kärnten nicht die erforderliche Mehrheit. Damit ist dieser Zusatzantrag erledigt.

Wir kommen nun zu Kopf und Eingang. Ich bitte den Berichtstatter, Kopf und Eingang zu verlesen!

Berichtstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Gesetz vom 09. Mai 2018, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird.

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich wiederum um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten der SPÖ und ÖVP die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Bitte, die 3. Lesung vorzunehmen!

Berichtstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Annahme ist wiederum beantragt, wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen der Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP die erforderliche Zweidrittelmehrheit und damit ist diese Verfassungsänderung beschlossen und der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich unterbreche nun die laufende Tagesordnung zur Verhandlung der Dringlichkeitsanfrage, die von den Freiheitlichen eingebracht wurde.

Ldtgs.Zl. 74-1/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landeshauptmann Kaiser betreffend rechtliche Probleme beim Ankauf des Vorlasses des Schriftstellers Josef Winkler durch das Land Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Klubobmann Darmann zu Wort gemeldet. Ich verweise darauf, dass die Redezeit drei Minuten beträgt und erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Hohes Haus! Damit die vorherige Abstimmung jetzt nicht im Abstimmungsprocedere untergeht: Alle Abgeordneten von SPÖ und ÖVP haben jetzt gerade gegen den Zusatzantrag der Freiheitlichen gestimmt, selbst mehr Rechte beim Stellen von Anträgen und Anfragen zu bekommen! *(3. Präs. Lobnig: Das ist wieder ein Beschneiden der Opposition! Das hat es in den 20 Jahren, die ich da bin, noch nie gegeben!)* Man muss sich einmal dieses Selbstverständnis vor Augen führen, welches hier von Abgeordneten des Kärntner Landtages gelebt wird, wenn wir an unsere Kontrollpflichten gegenüber der Landesregierung denken! Es ist wirklich beschämend, wie hier vorgegangen wurde! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich darf hiermit die Dringlichkeitsanfrage des FPÖ-Klubs gemäß § 24 Kärntner Landtagsgeschäftsordnung

begründen, gestellt an den Kulturreferenten, Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, betreffend rechtliche Probleme beim Ankauf des Vorlasses des Schriftstellers Josef Winkler durch das Land Kärnten. Wie bekannt, wurde am 13. Dezember 2016 von der Kärntner Landesregierung mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen beschlossen, den literarischen Vorlass des Kärntner Schriftstellers und Skandal-Autors Josef Winkler zu erwerben. Ein Schätzgutachten, das den Wert des Vorlasses mit 460.000,-- Euro bezifferte, bildete die Basis für den Kaufpreis und für die Ankauf-Beschlüsse, wobei die genannte Summe durch zwei zu dividieren und jeweils zur Hälfte vom Land sowie von der Stadt Klagenfurt aufzubringen war. Obwohl medienwirksam angekündigt, ist der Winkler-Vorlass bis dato noch nicht öffentlich zugänglich gemacht worden. Als Begründung sickerte jedoch seitens der Klagenfurter Bürgermeisterin Dr. Mathiaschitz durch, dass es rechtliche Probleme mit einem Verlag geben soll, Streitigkeiten, in welche Anwälte von Stadt und Land involviert sein sollen, mit dem Verlag, welcher ebenso die Rechte an diesem Vorlass und an Werken aus diesem Vorlass angemeldet haben soll. Und da es hier um 460.000,-- Euro Steuergeld geht und auch meine Person, in der damaligen Landesregierung sitzend, festgehalten hat, dass ich mir nach Hören und Sagen Sorgen machen muss um die Urheberrechte, ob diese noch bestehen, ob dieser Autor Winkler überhaupt diese Werke verkaufen kann, wenn er sie gar nicht mehr in seinem eigenen Eigentum hat, deswegen ist hier auch die Dringlichkeit gegeben, um ein Rauswerfen von Steuergeld ehestmöglich noch hintanzuhalten und zu verhindern, im Sinne der Steuerzahler in Kärnten. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ich darf noch eines ergänzen: Herr Präsident, gemäß § 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages stelle ich auch das Verlangen, die Behandlung der inhaltlichen Debatte spätestens vier Stunden nach Eingehen in die Tagesordnung durchzuführen. Dankeschön! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Klubobmann Darmann! Nachdem Sie nicht für ein Drittel der Abgeordneten sprechen, nach-

Ing. Rohr

dem Sie seitens des Freiheitlichen Klubs diesen Antrag gestellt haben, ist diesem Begehren auch nicht entsprechend Rechnung zu tragen, sondern ich lasse jetzt über die Dringlichkeit abstimmen und dann bei entsprechender Dringlichkeit über die Beantwortung im Zuge der Erledigung des Einlaufes der heutigen Sitzung. Wer nun der Dringlichkeit dieser Anfrage die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der SPÖ-Abgeordneten – *(Alle anwesenden Abgeordneten heben die Hand.)* – Die Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt *(Abg. Mag. Darmann: Zur Geschäftsordnung!)* und damit wird die Erledigung dieser Anfrage zum Ende der Sitzung im Zuge des Einlaufes erledigt.

Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich noch der Klubobmann Darmann. Ich erteile ihm das Wort! Einen Augenblick – so, das Mikro ist offen. Bitteschön!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Herr Präsident! Bei allem gebührenden Respekt: Die Vorgehensweise seitens des FPÖ-Klubs, ein Verlangen gemäß § 24 Abs. 2 der Landtagsgeschäftsordnung zu stellen, ist nach Rücksprache mit dem Direktor des Landtagsamtes erfolgt, welcher auch Ihnen regelmäßig zur Hand geht, beisteht, um auch die Geschäftsordnung näherzubringen. Ich würde das durchaus einmal mit ihm besprechen, denn uns steht es zu, dieses Verlangen zu stellen, innerhalb von vier Stunden nach Eingehen in die Tagesordnung diese dringliche Beantwortung durchzuführen!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Kollege Darmann! Ich habe geschäftsordnungskonform gehandelt. Ein Drittel der Abgeordneten haben dieses Begehren entsprechend zu stellen, das wären Sie gemeinsam mit dem Team Kärnten. Nachdem der Antrag von Ihnen gekommen ist und Sie damit das Drittel alleine nicht stellen, wird die geschäftsordnungsgemäße Behandlung am Ende im Zuge des Einlaufes der Sitzung – wie es in der neuen Geschäftsordnung festgeschrieben ist – auch entsprechend erfolgen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit ist diese Frage aus meiner Sicht geklärt

und die Vorgehensweise der Geschäftsordnung entsprechend korrekt abgehandelt.

Ich unterbreche nun die Sitzung zur Mittagspause bis 14.00 Uhr und wir setzen dann mit dem Start des Tagesordnungspunktes 2 pünktlich um 14.00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 12.21 Uhr bis 14.01 Uhr.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 10-2/32:**Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 12. April 2018**

Es ist so, dass auch die Regierungsmitglieder ein Rederecht dazu haben. Als Erster zu Wort gemeldet, wie schon in der Sitzung heute angekündigt, was das Procedere des weiteren Sitzungsverlaufes betrifft, ist der Klubobmann der SPÖ, Herwig Seiser. Es geht dann im Rotationsprinzip nach der Stärke der Landtagsparteien, dann die Klubobmänner-Stellvertreter-Runde und dann die weiteren Damen und Herren Abgeordneten. Herr Abgeordneter Klubobmann Seiser, ich erteile dir das Wort!

Klubobmann **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Zuhörerinnen auf der Zuhörertribüne! Ich darf die Debatte zur Regierungserklärung mit einem kurzen Rückblick auf die abgelaufene Legislaturperiode beginnen. Ich glaube, dass wir alle der gleichen Meinung sind, dass diese Legislaturperiode doch über große Teile von Unsicherheit und von sehr problematischen Situationen behaftet war. Unsicherheit vor allem im Zusammenhang auf den Fortbestand unseres Bundeslandes aufgrund der HETA- und Hypo-Problematik. Wie werden hinkünftig Budgets

Seiser

erstellt, war die große Frage. Woher sollen die Mittel kommen? Ist unser Bundesland noch kreditwürdig? Was geschieht im Fall einer Insolvenz? Soll Kärnten hinkünftig kommissarisch verwaltet werden? Kurz gesagt: Existiert dieses Bundesland weiter? Es gelang dann in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode, dieses Damoklesschwert zu beseitigen. Ich betone, dass das mit einer Kraftanstrengung aller passiert ist, dass sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene alle politischen Anstrengungen unternommen wurden, um eben mit dem Landeshauptmann an der Spitze diese Problematik zu erledigen, diese Problematik zu lösen. Und das ist gelungen und daraus haben wir auch den Schluss gezogen, dass hinkünftig solche Situationen nicht mehr entstehen sollen!

Die Auswirkungen dieser Unsicherheit in der ersten Phase der Legislaturperiode, glaube ich, brauche ich nicht näher zu erörtern. Sie wissen, was für Auswirkungen Unsicherheit, politische Unsicherheit auf die Investitionsfreudigkeit von Unternehmen hat. Sie wissen, welche Auswirkungen solche Unsicherheit auf Abwanderungstendenzen hat und welche Auswirkungen solche Unsicherheitssituationen darauf haben, wie das Bild unseres Bundeslandes im Ausland, auf den internationalen Märkten gezeichnet wird. Wir haben Gott sei Dank diesen Scherbenhaufen beseitigt, das ist erledigt! Und wir haben, um jetzt zum Regierungsprogramm zu kommen, bei der Erstellung des Regierungsprogrammes als oberstes Prinzip ein grundlegendes Bedürfnis der Bevölkerung als quasi Leitlinie genommen, und das ist die Sicherheit, Sicherheit im engsten Sinn und Sicherheit auch im weitesten Sinn.

Ich möchte an einigen Beispielen, die im Regierungsprogramm zu finden sind, diese Maßnahmen, die aus meiner Sicht wichtig sind, um diesen Sicherheitsgedanken, dieses Sicherheitsprinzips zu verdeutlichen, erwähnen. Wir haben im Bereich des Sozialen Sicherheit und Garantie für Menschen mit Behinderung, was Beschäftigung und Arbeit betrifft. Wir haben auch die Sicherheit für Menschen mit Behinderung, mit Wohnraum versorgt zu werden. Wir haben einen Ausbau des Pflegeeltern-Wesens vorgesehen und eine Kinderschutz-Offensive. Wir garantieren Standorte der Kärntner Fondskrankenhäuser. Wir garantieren sichere und qualitativ hochwertige, wohnortnahe Präventiv-Versorgung im Bereich der Medizin. Flächendeckende Ret-

tungsversorgung wird sichergestellt, ebenso wie haus- und notärztliche Versorgung. Die Einhaltung des Kostendämpfungspfades ist auch eine Sicherstellung der zukünftigen Finanzierung der Krankenanstalten. In der Pflege soll eine Nahversorgung in allen Kärntner Gemeinden mit dem Ausbau der Mobilen Dienste und mit der Sicherstellung mehrstündiger Betreuungsvarianten und -möglichkeiten ebenfalls gewährleistet werden. Im Bereich der Wirtschaft wird die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe – Kärnten ist im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe strukturiert – die Fortführung der Export-Offensive entwickelt werden, der Abbau bürokratischer Hürden, die Umsetzung eines Standortprogrammes der Kärntner Wirtschaft, die Infrastrukturkosten und die Sicherstellung, die Umsetzung für Wirtschaftsbetriebe, Beschäftigungs- und Qualifizierungsstrategie, Sicherung einer zeitgemäßen und leistbaren Wohnraumversorgung der Kärntner Bevölkerung, was ja mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz bereits eingeleitet wurde. Ebenfalls geht es um eine Sicherung zukünftiger Entwicklung in Wissenschaft und Forschung. Es müssen den Menschen die Ängste betreffend Digitalisierung und Robotisierung genommen werden. Die Erhöhung der Forschungsquote trägt ebenso zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes bei wie die Förderung von Start up-Unternehmen und der Breitband-Ausbau, die Sicherstellung der finanziellen Stabilität der Gemeinde-Haushalte, die Stärkung und die Belebung der kommunalen Infrastruktur im ländlichen Raum, Maßnahmen und Investitionspakete für den ländlichen Raum, agrarische Förderungen, Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, Sanierung und Ausbau des ländlichen Wegenetzes, eine Straßenbau- und Sanierungsoffensive, die Anbindung Kärntens an internationale Transportrouten wie beispielsweise die Seidenstraße, der Ausbau der Infrastruktur und der weiteren Verkehrssysteme. Weiters tragen wir Sorge dafür, dass kein Kind in Kärnten ohne Schulabschluss sein soll. Eine Qualitätssteigerung in der Elementarpädagogik sowie die Sicherstellung der Infrastruktur aller Bildungseinrichtungen, die Stärkung der Hochschulstandorte, Ausbau der Studienangebote und Absicherung der Fachhochschulen, gentechnik- und glyphosatfrei, die Wasser-Charta, die zentrale Wasserschiene in Mittelkärnten, die Stabilisierung des Landeshaushaltes und damit verbunden die Einhaltung des Stabilitätspaketes tragen zur

Seiser

Umsetzung dieses Prinzips Sicherheit massiv bei. Das war, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wohl die treibende Vision, weil uns immer vorgeworfen wird, wir hätten keine Visionen gehabt. Das war wohl die treibende Vision, der Kärntner Bevölkerung vor Augen zu führen, dass es in diesem Land in allen Bereichen Verlässlichkeit gibt, dass es in diesem Land in allen Bereichen Sicherheit gibt!

Ich entnehme den Kritikpunkten der Opposition, dass man uns, wie gesagt, vorwirft, visionslos zu sein und keine Leuchtturm-Projekte im Regierungsprogramm aufgeführt zu haben. Ich denke doch, dass Sie mit Leuchtturm-Projekten nicht Projekte à la Seebühne meinen. Ich glaube, dass Sie mit Leuchtturm-Projekten auch nicht ein Schlosshotel am Wörthersee meinen. Ich glaube auch nicht, dass Sie das Tibet-Zentrum meinen, das in Hüttenberg mehr oder weniger nicht gekommen ist und so weiter und so fort. (*KO Darmann: Pyramidenkogel! Lakeside Park!*) Aber es gelingt uns natürlich mit diesem Regierungsprogramm – und wir haben es in der vergangenen Periode doch bewiesen – dass wir 80 Prozent des Regierungsprogrammes aus der Zeit 2013 bis 2018 abgearbeitet haben oder mehr als 80 Prozent abgearbeitet haben (*KO Darmann: 80 Prozent, vielleicht!*) und es wird auch bei der Umsetzung des Regierungsprogrammes 2018 bis 2023 funktionieren, ohne dass wir Macht-Missbrauch oder wie auch immer – heute angesprochen – hier durchführen müssen. Die einzige Unsicherheit, die sich noch ergibt, ist das momentane Verhalten auf Bundesebene, Herr Kollege Darmann! (*Zwischenruf von Abg. Pirolt.*) Da bitte ich Sie doch, Ihren Einfluss entsprechend geltend zu machen, weil die Einnahmen-Entfälle, die aufgrund von verschiedenen Maßnahmen der Bundesregierung ins Haus stehen, dem Kärntner Landesbudget doch sehr schaden könnten! Ich denke, dass das im gemeinsamen Interesse sein wird. Wie gesagt, ich ersuche, hier entsprechend zu agieren!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie haben auch kritisiert, dass im Regierungsprogramm keine Budgetvorschläge vorliegen. Ich darf daran erinnern, dass es eine Vorgangsweise im Kärntner Landtag gibt oder eigentlich in der Kärntner Landespolitik – diese Vorgangsweise dürfte aber noch nicht allen zugänglich sein – dass man über ein Regierungsprogramm redet und dass man dann in den Budgetverhandlungen

über ein Budget spricht. Also gleichzeitig ist das meines Wissens überhaupt noch nie über die Bühne gegangen, deswegen ersuche ich hier doch um ein bisschen Geduld, dass wir diese Dinge auch entsprechend vorbereiten können, weil wir ja seriöse Politik machen wollen! (*Abg. Pirolt: Seriös wäre gewesen, das Budget mit Jahresende zu machen!*) - Ja, so wie ihr das immer gemacht habt, Herr Kollege Pirolt! Ihr habt das Budget immer mit Jahresende gemacht. Das Einzige, was am Jahresende war, war, dass wir fast pleite waren, aber sonst gar nichts! Ich würde schon ersuchen, auch ein bisschen in die Vergangenheit zu gehen und darauf zu schauen, wie wir es in der Verfassung geregelt haben, was den Rechnungsabschluss und was den Beschluss des nächstjährigen Budgets betrifft! Das hat alles seine Richtigkeit, und das wird auch so passieren.

Sie haben uns auch kritisiert, dass wir im Regierungsprogramm keine Umsetzungsschritte erwähnt haben. Jetzt ist das Regierungsprogramm im Großen und Ganzen vergleichbar mit einem Einreichplan.

Der Ausführungsplan findet, wie wir alle wissen, etwas später statt und die einzelnen Ausführungsschritte dann ebenfalls. Diese Kritik der nicht vorhandenen Umsetzung greift auch ein bisschen daneben oder geht aus meiner Sicht ins Leere. Aber ich darf Ihnen im Bereich der Kultur, weil es heute schon mehrmals angesprochen wurde, doch einige Umsetzungsschritte zur Kenntnis bringen, damit Sie wissen, in welche Richtung es weitergehen soll. Wir haben die Kooperation im Alpe-Adria-Raum auf künstlerischer und kultureller Ebene im Auge und werden auch Kunstprojekte im Alpe-Adria-Raum initiieren und fördern. Wir werden die Kooperationen der Kultur-Institutionen und Vereine, zum Beispiel das Stadttheater, Konservatorium, Orchester-Akademie, Galerien, Kulturhäuser, Verlage im Alpe-Adria-Raum entsprechend verstärken. Wir werden den Austausch zeitgenössischer Kunstformen im Alpe-Adria-Raum entsprechend fördern. Und wir werden eine Zusammenarbeit mit dem Festival-Bereich im Alpe-Adria-Raum forcieren. Viele von Ihnen werden sich noch an das Mittelfest erinnern, viele von Ihnen werden sich noch an die von Giselbert Hoke initiierte INTART erinnern und möglicherweise auch an das No Borders Music Festival, das heute noch immer in Tarvis stattfindet. Das sind Initiativen,

Seiser

die wir im Bereich der Kooperationen im Alpe-Adria-Raum entsprechend forcieren werden.

Was den Kulturpreis und die allgemeine Wertschätzung der Kunstschaffenden betrifft, so haben wir uns hier auch entsprechende Gedanken gemacht, und es wird zur Umsetzung kommen, dass Preiskategorien möglicherweise neu strukturiert werden, dass der Kulturpreis in Verbindung mit genereller und verstärkter Sichtbarmachung und Wertschätzung des Engagements der Kulturschaffenden durchgeführt wird und dass es eben eine verstärkte Wertschätzung und Unterstützung kultureller Institutionen mit spezifisch spartenbezogener Programmierung – beispielsweise im Künstlerhaus, im Haus der Architektur und so weiter – geben wird.

In der Volkskultur liegen uns die Bewahrung und die nachhaltige Weiterentwicklung des kulturellen Erbes sehr am Herzen. Im Zusammenwirken mit den Verbänden, Vereinen und Institutionen der Volkskultur wird die hohe Qualität des volkskulturellen Schaffens gesichert, erweitert und durch interdisziplinär ausgerichtete Veranstaltungs- und Darbietungsformen ergänzt.

Dialekt-Forschung – die Kärntner Dialekte sollen wissenschaftlich bearbeitet, regionale Identitäten gestärkt und für zeitgenössische Kulturäußerungen interessant gemacht werden. Es soll das Kärntner Liedgut gefördert werden, in enger Kooperation mit dem Volksliedwerk und anderen thematisch betroffenen Institutionen.

Die Kulturabteilung des Landes als Service- und Förderstelle sowie als Partner für die Kunst- und Kulturschaffenden soll entsprechend gestärkt und intensiver positioniert werden, mit einer organisatorischen Clusterbildung zu den Themenbereichen, mit erhöhter Service-Qualität, Stabsstelle für Entwicklung und Unterstützung im Förderbereich, insbesondere was die EU-Förderungen betrifft, Coaching-Programme und Unterstützung zu organisatorisch rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Aspekten der Kulturschaffenden.

Bei den Förder-Programmen soll es zu einer Neubewertung derselben kommen und unter dem Aspekt, dass im Bereich der Kultur und Kunst, insbesondere in der Freien Szene, Synergien gesucht werden sollen, diese auch verstärkt und identifiziert werden. Der Kollege Malle und ich waren vor kurzem bei einer Veranstaltung,

wo es um Synergien ging. Da hat also die KELAG in sehr vorbildlicher Art und Weise den freien Initiativen erstens einmal den Raum zur Verfügung gestellt und zweitens sehr, sehr viele Synergie-Projekte angeschlossen. Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen: Der Carinthische Sommer versucht seit geraumer Zeit und tut das auch immer mehr und verstärkt, eine Kooperation mit dem Steinhaus des Günther Domenig auf der anderen Seite des Ossiacher Sees durchzuführen. Es finden dort Workshops statt, es finden dort Kompositionsaufträge und -wettbewerbe statt, also hier gibt es sehr, sehr vieles an Synergien, die zu nutzen sind.

Ein ganz, ganz wichtiger Bereich ist die Kooperation Bildung und Kultur. Hier geht es darum, dass zeitgenössisches Kulturschaffen entsprechend vermittelt werden soll, dass zeitgenössische Kulturformen in allen Schulstufen, in allen Schulsparten entsprechend vermittelt werden sollen. Koordination von Projekten und Unterstützung bei Förderungen im Schulbereich, Förderungen von Vorhaben mit kultureller und ethnischer Vielfalt und sozial/religiösen und geschlechterspezifischen Themen sowie der Gedenk- und Erinnerungskultur und Fragen der Ausgrenzung und Integration, Einbindung von Künstlerinnen und Künstlern sowie Förderung von Lehrerinnen und Lehrern als Kulturvermittler.

Heute war es ja schon mehrmals Thema, und ich habe jetzt gerade eine Aussendung vom Kollegen Darmann gesehen, der uns unterstellt, dass wir unseren Ahnen ein ehrendes Andenken verwehren. Ich weiß nicht, woher diese Sprache kommt oder diese Weisheit kommt, (*KO Darmann: Aus dem Regierungssitzungsakt, der beschlossen wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen!*) ich kann sie nicht nachvollziehen. Aber ich werde versuchen, Sie auf den neuesten Stand zu bringen, Herr Kollege Darmann. Es wird und hat teilweise schon eine Evaluierung des Ist-Standes und eine Nachjustierung entsprechend der inhaltlichen finanziellen Grundlagen des Gedenkjahres 2020 stattgefunden und es hat – ich glaube, beginnend mit Jänner des Jahres 2018 – eine erste Ausschreibung an alle Kulturverbände in den Abstimmungsgemeinden stattgefunden, sich mit Projekten an diesem Landesausstellungsprojekt oder Gedenkjahr 2020 zu beteiligen. Am 31. Juli ist Einsendeschluss und dann wird man sehen, welche Projekte kommen werden. Es ist

Seiser

auf jeden Fall geplant und wird auch teilweise schon durchgeführt, dass es einen Dialog mit allen Anspruchsgruppen gibt, die im Zusammenhang mit der Volksabstimmung und den Ereignissen im Jahr 2020 heute noch zu tun haben. Also die Einbindung aller Kulturverbände und Institutionen zum Jubiläumsjahr 2020. Das heißt, es wird nach diesem 31. Juli wahrscheinlich noch oder ziemlich sicher noch einen zweiten Call geben. Es werden in ganz Kärnten alle Institutionen angeschrieben werden, sich entsprechend zu beteiligen. Und ich denke, dass niemand von uns unseren Ahnen ein ehrendes Andenken verwehren will. Das wird nicht passieren!

Wir werden den Schauspiellehrgang fortführen und neu positionieren. Der bestehende und bislang am Konservatorium angesiedelte Lehrgang für Schauspiel sollte mit besonderem Fokus auf die Szene in Kärnten fortgeführt werden. Der Schauspiellehrgang als Angebot für die Szene im Lande wird ausgeformt und Synergien, insbesondere der Carinthischen Musikakademie in Ossiach gesucht.

Die Gedenk- und Erinnerungskultur, die ja heute schon Thema in der Aktuellen Stunde war, soll weiterhin einen aktiven Stellenwert in unserem Bundesland haben. Die Möglichkeiten der Förderung, der finanziellen Unterstützung der Gedenkvereine wird entsprechend entwickelt werden. Und es soll auch zu einer Unterstützung beziehungsweise Förderung des Gedenkdienstes im In- und Ausland kommen, nachdem sich das Innenministerium von den Förderungen von Gedenkdingen, ich sage einmal weitestgehend oder bis zu einem gewissen Grad verabschiedet hat.

Bekennnis zum Stadttheater Klagenfurt denke ich, ist selbstverständlich. Neupositionierung des Landesmuseums Kärnten ist ebenfalls selbstverständlich und auch schon diskutiert.

Sie sehen also, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass das Regierungsprogramm, das Sie als visionsloses und leuchtturmloses Papier bezeichnen, doch schon Inhalte hat, die dem Land zuträglich sein werden. Wie gesagt, es geht darum, entsprechende Sicherheit zu schaffen, Sicherheit sowohl bei der Durchführung, Sicherheit aber auch bei der Finanzierung. Wir haben ja in der vergangenen Periode erlebt, wohin es führt, wenn Leuchtturm-Projekte angekündigt

und dann, ich denke einmal, mit halbem Herzen durchgeführt werden. Wenn dann plötzlich das Licht bei den Leuchttürmen ausgeht, dann ist es eher finster im Land. Und das war es ja auch eine Zeitlang! Ich denke, dass wie gesagt, das Regierungsprogramm des Jahres 2018 bis 2023, das gemeinsam mit dem Koalitionspartner ÖVP erstellt und auch realisiert wird, eines ist, das durchaus positive Aspekte für die Zukunft hat und das unser Land nach der Zeit von Hypo und HETA in die richtige Richtung bringen wird. Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mag. Gernot Darmann. Ich erteile ihm es ihm!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Die letzten Worte waren bezeichnend, Herr Klubobmann Seiser! Eine Regierungserklärung, ein Regierungsprogramm, das durchaus positive Aspekte für das Kärntnerland und für die Zukunft innehat. Also das ist wohl eine etwas schwache Beschreibung für das Arbeitsprogramm einer Regierung, die dieses Land positiv in die Zukunft führen soll. Da sollte man sich schon fragen dürfen, Herr Klubobmann, hat es nicht zu mehr gereicht, als dieses armselige Papier, das Sie Regierungsprogramm nennen, diesem Landtag und der Öffentlichkeit vorzulegen? *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Ich bin der Meinung, wenn es durchaus – ich zitiere Sie nochmals, Herr Klubobmann – „einige Aspekte in diesem Programm gibt, die dazu angetan sind, das Land weiterzubringen“, dann ist das ein Schuldeingeständnis der besonderen Art und Weise, hier in den Verhandlungen nichts zustande gebracht zu haben.

Aber es sind ja noch weitere Meldungen inhaltlicher Natur vom Herrn Klubobmann gekommen, auf die man durchaus eingehen können muss. Und ich beginne gleich beim Gedenkjahr 2020. Wenige Meter weiter im Kleinen Wappensaal des Kärntner Landtages ist an die Decke geschrieben: „veritas temporis filia“ – die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit. Geschätzte Damen

Darmann

und Herren Kollegen hier im Kärntner Landtag, ja, ich unterstreiche das noch einmal, Sie verwehren unseren Ahnen ein würdiges Gedenken im Gedenkjahr 2020! Und ich kann das auch beweisen, indem Sie selbst den von Ihnen abgestimmten und von mir abgelehnten Regierungssitzungsakt zu dem Volksabstimmungs-Jubiläumskonzept zur Hand nehmen, durchlesen. Und wer lesen kann, ist hier durchaus im Vorteil, denn dieser Akt sieht explizit vor, dass sich das Land inhaltlich bei diesen Feierlichkeiten aus der Verantwortung zurücknimmt. Eine Idee vom jetzt nicht anwesenden ehemaligen Kulturreferenten Benger. (*Zwischenruf von KO Seiser.*) Nein, das steht wörtlich drinnen, dass das Land keine inhaltliche Verantwortung für die Veranstaltungen übernehmen wird und diese inhaltliche Verantwortung bei den Projektwerbern liegen wird. Was ist denn das für eine Landesfeier, wenn sich das Land Kärnten selbst aus der inhaltlichen Verantwortung herausnimmt? Wo ist denn da noch eine Landesfeier? In einem Bereich, wo wir dieses Land in dieser Art und Weise gar nicht mehr hätten, hätte es damals nicht den Abwehrkampf gegeben, der in weiterer Folge zur Volksabstimmung geführt hat! Um das geht es, verehrte Damen und Herren, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) sich hier selbstbewusst hinzustellen und als Land zu sagen, wir machen unsere eigene Feier, und das wäre etwas, was dem Kärntnerland guttun würde, Politiker in dieser Regierung zu haben, die die eigene Verantwortung für eine Landesfeier übernehmen wollen!

Ein Kernthema des Konzeptes zum Jubiläumsjahr 2020 ist der Begriff „Migration“. Wunderbar, dass es hineingeschrieben wurde in dieses Konzept, getragen von SPÖ, ÖVP und Grünen. Nicht drinnen steht der Begriff „Abwehrkampf“. Wieso nicht? Wieso ist dieser Begriff nicht vorgesehen und keine Säule der Jubiläumsfeierlichkeiten? Auch das steht nicht in diesem Konzept des Regierungsprogrammes, was eigentlich drinnen stehen müsste, denn diese Volksabstimmung, wie gesagt, hätte es gar nicht gegeben, hätte es diesen heldenhaften Abwehrkampf der Kärntnerinnen und Kärntner in diesen Jahren nicht gegeben. Und auch der Festumzug ist mit keinem Wort in diesem Konzept erwähnt. Auch das ist hier festzumachen in dieser Debatte, wenn wir schon offen darüber reden und irgendwelche nebulose Geschichten von Seiten

der SPÖ im Kärntner Landtag verbreitet werden, um die Bevölkerung und die Traditionsverbände draußen zu besänftigen. Fakt ist das, was ich eben festgehalten habe. Und diese Fakten werden wir auch weiterhin in den nächsten Jahren immer hervorkehren, denn die Freiheitliche Partei ist dazu da, um das zu sagen, was Sache ist und keine Geschichten zu erfinden und etwas schönzureden! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Weil wir schon dabei sind, was hier von Seiten der SPÖ zelebriert wird wider besseres Wissen:

Der Herr Kollege Seiser hat mir eben ausgerichtet, es wäre fein, wenn der Chef der FPÖ Kärnten in der Zusammenarbeit mit dem Bund mit an Bord ist. (*Zwischenruf von KO Seiser.*) Ich sage Ihnen, werte Damen und Herren – und auf das können Sie sich verlassen – die FPÖ Kärnten wird stets im Sinne des Landes und im Sinne der Landesbevölkerung tätig sein, aktiv sein, (*KO Seiser: Auf welcher Seite?*) aber das auch hinter der Pack, werte Damen und Herren, genauso wie hier im Kärntner Landtag! Das unterscheidet uns aber jetzt schon einmal maßgeblich von der Rolle, die unser Landeshauptmann oder Landeshauptmann Peter Kaiser eingenommen hat. Denn er verwechselt in den letzten Wochen, seitdem diese Regierung in Amt und Würden ist, auf Bundesebene nachhaltig seine Funktion als Landeshauptmann mit der Funktion als Stellvertretender Bundesparteiobermann der SPÖ in Österreich! Denn er rückt bei jeder Gelegenheit, jeden zweiten Tag aus, um aus Kärnten in seiner Funktion als Landeshauptmann Richtung Wien zu schimpfen und zu sagen, was die da draußen nicht alles anstellen, wie unmöglich alles ist! (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion.*) Und ich sage Ihnen, werte Damen und Herren, wie dann eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Bund funktionieren können soll, wenn auf der anderen Seite in Wien alles getan wird, um Ihre Versäumnisse der letzten Jahrzehnte wegzuräumen (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) und endlich auf dieser Ebene der Bundesregierung Persönlichkeiten am Werk sind, die Ihre Versprechen der Entlastung der Familien, die Sie über Jahrzehnte hinausgezogen haben, endlich in Umsetzung bringen, endlich einen Familienbonus auch festmachen und Sie hier in Kärnten im Jahr 2013 mit dem Versprechen einer kostenlosen Kinderbetreuung in ganz Kärnten in die Wahl gegangen sind, im Jahr 2018 mit dem Ver-

Darmann

sprechen einer kostenlosen Kinderbetreuung in ganz Kärnten in die Wahl gegangen sind und, Herr Klubobmann Seiser, um bei der SPÖ zu bleiben, *(Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Strauß.)* uns dann bei einem Antrag der Freiheitlichen Partei noch im Jänner dieses Jahres, wo es die Möglichkeit gegeben hat, genau das umzusetzen, was Sie seit sechs Jahren versprochen haben, dann gegen diesen Antrag gestimmt haben, wo ist da die Glaubwürdigkeit der SPÖ Kärnten? *(Zwischenruf von KO Seiser.)* Wo ist da die Glaubwürdigkeit der ÖVP, die zu dem allem schweigt? Das ist nämlich auch spannend! Auch die ÖVP sollte sich hier einmal dazu aufraffen und einmal sagen, okay, die letzten Monate haben uns beinahe kaputtgemacht, politisch tot gemacht, aber ein bisschen eine Meinung werden wir ja wohl noch sagen können und die Wahrheit wird der SPÖ wohl auch noch zumutbar sein. Um das muss es in der Politik gehen, werde Damen und Herren! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Und weil Kollege Seiser auch einleitend viele Fragen zur Vergangenheit des Landes gestellt hat, auf eine entscheidende Frage hat er vergessen, nämlich auf die Frage: Wie viele Hunderte Millionen Euro hätten sich die Kärntnerinnen und Kärntner als Steuerzahler erspart, hätte die SPÖ nicht bei den Verhandlungen mit dem Bund massivst gepuscht, gepuscht und hier wirklich wider besseres Wissen auf eine Besserungsklausel im Vertragswerk mit dem Bund auch entsprechend verzichtet? Denn, werde Damen und Herren *(KO Seiser: Sollen wir das in Stein meißeln, dass du das verstehst?)* – Kollege Seiser, auch durch die Zwischenrufe wird die Position der SPÖ in diesem Zusammenhang nicht besser! *(KO Seiser: Lies‘ einmal das Gesetz!)* Und es wird für uns auch noch spannend werden, das vielleicht sogar in einem noch folgenden Untersuchungsausschuss herauszuarbeiten, *(KO Seiser: Lies‘ das Gesetz!)* wenn dann unsere Untersuchungsausschuss-Rechte endlich gestärkt werden, weil auch diese haben Sie mit der Regierungskoalition aus SPÖ, ÖVP und Grünen in der Vergangenheit beschnitten, damit wir im Kärntner Landtag zwar großartig aus Minderheitsrechten einen Untersuchungsausschuss einberufen können, aber im Untersuchungsausschuss selbst auf Ihre Mehrheitsstimmen angewiesen sind! Hätten Sie nur in Wien, Kollege Seiser, bei Ihren großen Brüdern und Schwestern unter den Ge-

nossen im Parlament nachgefragt, welche Position die Bundes-SPÖ bei der Reform des Untersuchungsausschussgesetzes in Wien eingenommen hat, *(KO Seiser: Frag‘ den Leyroutz, der war dabei!)* dann hätten Sie dort auch mitbekommen – ich habe es draußen als Chef-Verhandler für die FPÖ im Parlament verhandelt – dass die SPÖ dann auch das Zugeständnis gemacht hat, dass es natürlich nichts bringt, nur einen Untersuchungsausschuss mit einem Minderheitsrecht und der Opposition einzuberufen, wenn die gleiche Opposition im Ausschuss selbst dann nicht die gleichen Minderheitsrechte hat. *(KO Seiser: Der Leyroutz war ja dabei!)* Nein, das ist auch von unserer Seite in dieser Form immer kritisiert worden, geschätzte Damen und Herren! *(KO Seiser: Nein, eben nicht!)* Da wird es auch einen Reformbedarf geben, um in Zukunft der Opposition zu ermöglichen, mit allen Kräften der Opposition die entsprechenden Fragen zu stellen, die entsprechenden Beweismittel hier anzufordern, die entsprechenden Auskunftspersonen zu laden, auch wenn Sie Ihnen allen nicht gefallen mögen. Um das geht es, werde Damen und Herren, auch das ist eine gelebte Demokratie. Das muss ich auch aushalten. Ich verstehe nicht, wie Sie damals, wo es auch eine Reform des Untersuchungsausschusses oder eine Verfahrensordnung dazu im Kärntner Landtag gegeben hat, hier wirklich diesen Bauchfleck gemacht haben und eine solch stümperhafte Vorgehensweise gewählt haben, die in der Tat nicht dazu geeignet ist, *(Zwischenruf von KO Seiser.)* eine tatsächliche Kontrolle gegenüber der Regierung durchzuführen! Das betrifft uns alle, egal, ob Sie jetzt Abgeordnete der Regierungsfractionen sind oder nicht. Sie haben genauso wie wir in der Opposition aufgrund Ihrer Mandatsfunktion die Kontrollpflicht gegenüber den Regierungsvertretern! *(Zwischenruf von KO Seiser.)* - Ich weiß schon, Herr Kollege Seiser, Ihnen ist das egal! Aber ich sehe zumindest da das eine oder andere Kopfnicken. *(mit Blick auf die Abgeordnetenbänke der ÖVP-Fraktion.)* Den Mund aufgemacht hat noch immer keiner von der ÖVP, aber ein Kopfnicken ist da. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Aber das ist auch spannend, weil hier wird zumindest erkannt, und ich war jetzt auch die Stimme – für das Protokoll – damit die ÖVP jetzt auch eine Stimme hat. *(KO Malle: Bitte, nicht deine!)* Ihr seid auch eingeladen, wenn euch einmal der Mut packt, mit uns da und dort auch zusammenzuarbeiten, weil wir haben nicht

Darmann

auf die Kärntner Bevölkerung vergessen, und wir wissen, wann es notwendig ist, für die Kärntnerinnen und Kärntner einzutreten! Wenn es auf der Seite nicht möglich ist, wird es da auch notwendig sein, hie und da einmal Farbe zu bekennen, um sich nicht selbst schlussendlich komplett aufzugeben, werte Kollegen der ÖVP!

Jetzt hätte ich eigentlich schon fast zwei Reden gesprochen gehabt, aber jetzt beginne ich einmal mit der eigentlichen, nämlich mit meiner Wortmeldung zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Peter Kaiser. Festzuhalten ist natürlich, dass wir hier und heute an einem neuen Anfang dieser Gesetzgebungsperiode hier im Kärntner Landtag stehen, aber noch nie hat ein neuer Anfang so alt, so tönern und so unstimmig ausgeschaut wie eben dieser! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Geschätzte Damen und Herren, lassen Sie mich ein berühmtes Zitat von Hermann Hesse abwandeln, weil er den heutigen Tag sehr gut beschreibt: „Diesem Anfang wohnt kein Zauber inne“, das ist die Abwandlung des berühmten Zitates. Meine Damen und Herren, eine Ehe, in der sich die Partner nicht auf die gleiche Augenhöhe begeben und auch nicht miteinander, werte Damen und Herren, entsprechend korrekt umgehen auf Augenhöhe, diese Ehe nennt man „morganatische Ehe“. Was noch viel interessanter ist, werte Damen und Herren, ist eine andere Beschreibung für diese morganatische Ehe des Ungleichgewichts zwischen SPÖ und ÖVP, nämlich für eine „Trauung zur linken Hand“. Das ist doch spannend, welche Fachbegriffe man so findet, wenn man ein bisschen herumsucht und den lieben „Freund Google“ fragt und dann draufkommt, was hier gegeben ist, dass es hier nicht eine Trauung auf Augenhöhe gibt. Das Kennzeichen einer solchen „Trauung zur linken Hand“ ist bekannt, sie hält nicht lange. Auf einer schiefen Ebene rollt immer der Obere den Unteren. Das ist gleich vom ersten Tag an passiert. Die SPÖ hat euch keine Luft zum Atmen gegeben und ihr habt dazu danke gesagt. Das ist für sich selbstsprechend! Diese im Volk „allseits beliebte und in Wahrheit fragwürdige Rot-Schwarze Uralt-Koalition“, mit der wir in die neue Legislaturperiode starten, ist eine solche morganatische Ehe, eine unwürdige Paarung eines machterliebten Herrn, das ist die SPÖ, mit einem würdelosen Knecht, das ist die ÖVP! (*Abg. Pirolt: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Tut mir leid, das in dieser Härte

feststellen zu müssen, aber alle Anzeichen sprechen auch von Beginn an dafür, dass diese „Karawanken-Koalition“ made by Peter Kaiser nicht von langer Dauer sein wird, dafür aber mit großem Schaden sowie vergeudeteten Jahren für Kärnten in die Geschichte des Landes eingehen wird. Das haben wir alle als Kärntnerinnen und Kärntner nicht verdient, geschätzte Damen und Herren im Kärntner Landtag! Diese Analyse mag Ihnen auch nicht gefallen, jedoch hat Albert Camus, ein ganz anderer Großer der Weltliteratur, auch eines festgehalten: (*KO Seiser: Die Pest!*) „Wer die Dinge beim falschen Namen nennt, trägt zum Unglück der Welt bei.“ Deswegen bin ich der Meinung, nennen wir die Dinge beim Namen, reden wir darüber, was in den letzten Wochen passiert ist und was in den nächsten Jahren nicht passieren wird! Reden wir über diese „Chaos- und Misstrauenskoalition“ vom ersten Tag an, die unserem Land alles andere als guttun wird! Reden wir darüber, was heute auch im Zuge des Tagesordnungspunktes zur Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips abgegangen ist und was dem in den letzten Wochen vorausgegangen ist, nämlich ein solcher Kniefall seitens der ÖVP vor einer SPÖ, ja im Postenschacher mit dabei sein zu dürfen, dass dieser Kniefall in einem Robben unter dem Teppich geendet hat! Ich habe es heute schon einmal festgehalten: Die ÖVP braucht sogar Hilfe im Liegen auf dem Teppich! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Das heißt, man muss ihr sogar beistehen dabei, wenn sie sich ganz flach macht. Sie haben diese – wie soll ich sagen – Chance, diese Lücke, die Ihnen die Zeitgeschichte gegeben hat, genutzt, um alle Macht an sich zu reißen! Das kann man Ihnen nur bis zu einem gewissen Grad – parteipolitisch gesehen – übelnehmen, aber die Kritik landet hier wiederum bei der ÖVP, dass sie das zugelassen hat! (*KO Seiser: Das war das Wahlergebnis! Müssten wir uns jetzt auch noch für das Wahlergebnis entschuldigen?*) Auch diese Aussage ist wunderbar, was der Kollege Scherwitzl gesagt hat, vorhin bei der Debatte, „die Verfassungsänderung ist eine interne, eine innere Angelegenheit der Regierungskoalition“. Da sagt jetzt der Kollege Seiser in einem Zwischenruf: „Müssten wir uns jetzt auch noch für das Ergebnis bei der Wahl entschuldigen?“ Es ist vom Partei-Chef schon quittiert worden, dass diese Aussage vielleicht nicht so gescheit war. Denn Fakt ist, Überheblichkeit wird auch in gewissem Maße einmal bestraft werden, und die

Darmann

Bevölkerung lässt das nicht zu. Wenn ich das sage, dann auch im vollen Wissen, dass wir auch durch dieses Wellental gegangen sind. Wir haben in der Freiheitlichen Partei einen schmerzhaften Reinigungsprozess in den letzten Jahren hinter uns gebracht. Aber diesen Boxenstopp, den wir schon vollzogen haben, werden Sie alle noch vor sich haben, in dieser Überheblichkeit, mit der Sie einerseits hier mit dem Landtag umgehen, auf der anderen Seite mit der Kärntner Bevölkerung, geschätzte Damen und Herren! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wenn ich den Machtrausch der SPÖ Kärnten anspreche, dann muss ich damit gleichzeitig das stillschweigende Abnicken der kaiserlichen Diversion durch die ÖVP ebenso in die Diskussion hineinziehen. Geschätzte Damen und Herren, wir haben gestern einen Misstrauensantrag gegen den amtierenden Landeshauptmann, Dr. Peter Kaiser, angekündigt und er wurde heute auch eingebracht. Der wird dem entsprechenden Fachausschuss entsprechend zugeordnet, wird heute noch einlaufen und dort in Diskussion sein und im Zuge einer weiteren Sitzung dann auch hier sicherlich debattiert werden – Klammer, müssen, Ausrufezeichen! – müssen! Wenn wir hier diese Diversion angesprochen haben, *(Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.)* dann ist es deswegen von besonderer Bedeutung, dass wir uns auf der Zunge zergehen lassen müssen, was hier in der Tat geschehen ist. Wenige Tage vor der Landtagswahl dieses Jahres hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Dr. Peter Kaiser öffentlich eine weiße Weste angezogen und sie hat gesagt, da ist nichts, da ist alles eingestellt, da passt alles. Jetzt braucht man nicht unbedingt ein Politiker zu sein, um nicht doch hier zu erahnen, dass es da und dort natürlich einen Einfluss auf die Wahlbewegung gegeben haben wird, um danach, wenige Wochen nach der Wahl drei engsten Mitarbeitern rund um Peter Kaiser eine Diversion anzubieten, weil sie einer Beweismittelfälschung überführt worden sind. *(KO Seiser: Das stimmt nicht!)* Das ist ganz spannend, das ist ganz spannend! Und als Tüpfelchen auf das I drauf bekommt jetzt in der letzten Woche der Kollege Landeshauptmann Peter Kaiser auch eine Diversion angeboten, weil er der Untreue überführt wurde und ebenso eine Diversion angeboten bekommen hat, *(KO Seiser: Das stimmt nicht!)* ja, eine Diversion angeboten bekommen hat. Als Jurist weiß

ich das auch, weil es geht hier um eine Schädigung des Landes Kärnten im Geldwert. *(KO Seiser: Das ist Blödsinn!)* Und, Herr Kollege Seiser, bei dieser Diversion ist es eine Voraussetzung – das kann ich Ihnen sogar vorlesen – *(KO Seiser: Das steht eh alles im Protokoll!)* nicht unbedingt ein Schuldeingeständnis zu machen, *(KO Seiser: Aha!)* aber hier einzugestehen, dass es durchaus eine Handlung gegeben hat, *(KO Seiser: Durchaus!)* eine Tatbegehung gegeben hat. *(Abg. Scherwitzl: Aber das heißt ja nicht, der Untreue überführt!)* - Was denn? Hätte er die Diversion nicht angenommen, wäre es zu einer Anklage gekommen in diesem Fall! Oder ist das nicht richtig? *(Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.)* - Nein, ist es nicht! Ja, das ist ja etwas ganz Neues! Das ist etwas ganz Neues! Natürlich ist das so herausgekommen, und das ist das Spannende, werte Damen und Herren! *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender: Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Kärntner Landtages! Am Wort ist der Klubobmann Darmann, lassen wir ihn bitte ausreden und aussprechen über seine Sicht der Verfahren oder Nicht-Verfahren! Es sind noch sehr viele Rednerinnen und Redner dran, die auch gerne noch drankommen würden. Es versteht sonst niemand seine Ausführungen, die aufgenommen und sicherlich einer anderen Beurteilung zugeführt werden sollten! Bitte um Fortführung des Debattenbeitrages!)* - Danke vielmals, Herr Präsident! Wäre nicht notwendig gewesen, weil ich mich hier durchaus zu behaupten weiß, auch gegen die vielen Zwischenrufe. Das hat man in der Politik irgendwann einmal gelernt. Ich bin auch dankbar für die Zwischenrufe, weil ich dann darauf auch reagieren kann! Außerdem hat es mir auch die Möglichkeit gegeben, noch schnell ein weiteres Aktenstück herbeizuholen, das auf die höchstgerichtliche Judikatur Bezug nimmt im Falle einer Diversion. Ich darf das jetzt einmal festhalten. Die Möglichkeit einer Diversion hängt unter anderem auch von der Haltung des Beschuldigten ab und setzt Schuldeinsicht, demnach seine Bereitschaft voraus, Verantwortung für das ihm zur Last gelegte Tatgeschehen zu übernehmen. Höchstgerichtliche Judikatur! Das kann natürlich jetzt einer SPÖ egal sein, weil sie ja anscheinend über dem Höchstgericht steht – nach den Zwischenrufen! Ich möchte schon einmal festhalten, Herr Klubobmann, dass man hier doch bitte die

Darmann

Wahrheit in diesem Raum aussprechen kann und auch außerhalb dieses Raumes Kritik äußern kann, denn es war – ich zitiere Frau Dr. Schaunig-Kandut in der Causa der Untreue-Vorwürfe gegen die Geschäftsführer der Landesimmobilien-gesellschaft, ein Zitat aus der „Krone“ vom 13. Februar 2017, ich zitiere: „Die Trennung erfolgt mit sofortiger Wirkung und ist das Ergebnis des Vertrauensverlustes. Eine Diversion ist ja auch ein Schuldeingeständnis.“ Punkt, Zitat-Ende – Gaby Schaunig zur damaligen Diversion im Untreue-Vorwurf gegenüber den zwei Geschäftsführern der Landesimmobilien-gesellschaft. *(Vorsitzender: Geschätzter Herr Klubobmann, ich darf Sie bitte erinnern, wir sind beim Tagesordnungspunkt 2 mit der Ldtgs.Zl 10-2/32, Debatte über die Erklärung des Landeshauptmannes vom 12. April 2018! – Abg. Leyrouz: Ist das jetzt eine Zensur?)* Richtig! *(Vorsitzender: Sie greifen jetzt unter Umständen eventuell anderen Debatten vor und wir sind momentan nicht dabei, und ich kann mich nicht erinnern, dass in der Erklärung des Landeshauptmannes von Diversionen gesprochen wird. Vielleicht machen wir das in dem Tagesordnungspunkt, wo Sie die dementsprechenden Anträge eingebracht haben! Ich bitte Sie, bitte, zum Tagesordnungspunkt zu sprechen! – Abg. Leyrouz: Das ist eine Frage des Vertrauens! Eine Frage des Vertrauens, und Zensur werden wir nicht zulassen!)* - Danke, Herr Präsident! Aber bei allem Respekt, es gibt auch Grenzen, die ein Präsident bei der inhaltlichen Rüge an einen Abgeordneten überschreiten kann. Wenn es um die Regierungserklärung des Landeshauptmanns geht und es um eine Frage des Vertrauens gegenüber diesem Landeshauptmann in meinen Ausführungen geht, ist es auch mein Recht, auf jene Punkte Bezug zu nehmen, die dieses Vertrauen gestört haben, *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* massiv gestört haben und man wird mir hier nicht verbieten können, in diesem unmittelbaren Bereich, der natürlich einen wesentlichen Einfluss auf die Amtsführung des Landeshauptmanns hat, auch meine Meinung dazu kundtun zu können. Das hat nicht nur der Landtag verdient, dass er sich auch diese Meinung – ob er es will oder nicht – anhören muss, dass es hier um Rechtsprechung geht, um ein Rechtsinstitut, um eine Diversion geht. Man mag das verharmlosen, wie es der Sprecher des Landesgerichts gestern getan hat, der Herr Rat Liebhauser-Karl, der festgehalten hat, „na ja, diese

Diversion beim Landeshauptmann, das ist ja nicht die Aufregung wert, und der Misstrauensantrag ist gegenstandslos.“ Dieser Herr Sprecher des Landesgerichts hat damit eine rote Linie überschritten, wie es auch unser FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky heute in einer Aussendung festgehalten hat, denn von Gewaltentrennung hat dieser Richter anscheinend noch nichts gehört, wenn er sich hier inhaltlich einmischt und uns sagt, wann ein Misstrauensantrag gerechtfertigt ist oder nicht. Soweit kommt's noch, dass wir uns das von außen sagen lassen, uns allen – und jetzt spreche ich hoffentlich für den Einen oder Anderen aus den anderen Fraktionsreihen – und uns ins Handwerk pfuschen lassen von jemandem, der nicht unsere Verantwortung hier herinnen zu übernehmen hat und nicht dafür da ist, wofür wir auch gewählt wurden, nämlich solche Dinge aufzuzeigen, wenn wir der Kontrolle gegenüber der Landesregierung verpflichtet sind, geschätzte Damen und Herren! Ich habe das vorhin gesagt, was die Frau Schaunig festgehalten hat und deswegen stellt sich für mich und für viele Landesbürger eine Frage der Glaubwürdigkeit. Denn darf eine Landesregierung – und diese Frage ist berechtigt, wertere Damen und Herren – deren führende Repräsentanten bei leitenden Mitarbeitern strengste Maßstäbe anlegen, dieselben Maßstäbe ignorieren, wenn es um jemanden aus ihrem eigenen Kollegium geht? Ist diese Frage berechtigt oder nicht? Ich glaube, schon! Normalerweise müsste ich fragen, „bitte, aufzeigen“ und müsste eine Zustimmung aus allen Reihen bekommen, denn diese Frage ist berechtigt. Und diese Frage stellen sich viele Bürger außerhalb dieses Hauses quer durch alle Talschaften in diesem Land, die gesagt haben, so kann es doch wohl nicht wahr sein. Auf der einen Seite rückt die Landeshauptmann-Stellvertreterin bei den ehemaligen Geschäftsführern der Landesimmobilien-gesellschaft aus und sagt, „Diversion! Untreue! Wir haben kein Vertrauen mehr, die müssen sofort hinausgeschmissen werden“, was arbeitsrechtlich dann sowieso nicht funktioniert hat auf der anderen Seite, aber sie war für eine sofortige Trennung wegen Vertrauensverlustes, weil eine Diversion angeblich ein Schuldeingeständnis sei. Sie haben mich gefragt, ob ich Jurist bin. Ja! Fragen Sie die Frau Dr. Schaunig-Kandut, ob sie Rechtsanwältin ist. Sie wird vielleicht auch sagen, Ja. Aber sie hat damals von einem Schuld-eingeständnis gesprochen, von dem ich nie gere-

Darmann

det habe. Ich habe die Frau Dr. Schaunig nur zitiert – und das ist ein Unterschied! Und wenn die Frau Dr. Schaunig wegen einer gleichen Sachverhaltsdarstellung gegenüber Geschäftsführern des Landes kein Vertrauen mehr hat, frage ich mich berechtigterweise, hat sie dieses Vertrauen in der gleichen Angelegenheit noch in den Landeshauptmann und SPÖ-Partei-Chef? Und diese Frage ist hier im Kärntner Landtag gerechtfertigt, werte Damen und Herren! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wir können nunmehr aber auch über die Regierungserklärung reden, eine Regierungserklärung beziehungsweise ein Regierungsprogramm, in dem Sie es zustande gebracht haben, werte Kolleginnen und Kollegen, eine Präambel über zig Seiten in vier Sprachen zu schreiben. Respekt! Nur, dabei haben Sie darauf vergessen, zumindest ein Leuchtturm-Projekt in diese Regierungserklärung, in dieses Programm einzuarbeiten! Wir haben eine viersprachige Präambel, die nichtssagend ist und kein Leuchtturm-Projekt für Kärnten! Wir haben keine Visionen, wir haben keine Maßnahmen und weil keine Visionen und keine Maßnahmen gegeben sind, gibt es auch keine Zeitvorgabe, wann diese fehlenden Visionen und Maßnahmen umgesetzt werden sollten. Man muss sich das einmal vor Augen führen! Was ist das für ein Regierungsprogramm, wenn man keine Ziele hat? Und vorhin hat der Kollege Seiser – und ich danke für diese einleitende Rede – auch gesagt, was hat es schon für Leuchtturm-Projekte in der Vergangenheit, nämlich in der Zeit unserer Verantwortung gegeben? Ich sage Ihnen ein paar! Das sind nämlich jene, mit denen Sie sich heute noch schmücken. Bei jedem Staatsbesuch und bei sonstigen Besuchen von hochrangigen Politikern aus anderen Bundesländern besuchen Sie den Koralmtunnel, gehen Sie in den Lakeside Park, machen Sie Fotos am Pyramidenkogel, alles Projekte, die über Jahre hinweg, Jahr für Jahr, Tag für Tag von Ihnen in der Luft zerrissen wurden und jetzt stellen Sie sich hin und lassen sich überall mit diesen Projekten abfeiern! Das sind Leuchtturm-Projekte, wie sie unsere Bevölkerung brauchen würde! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Und ich sage Ihnen jetzt eines, das ich mir nicht aus den Fingern sauge, sondern das aufgelegt ist: Leider hat sich auch im letzten Jahr keiner der Koalitionsvertreter in der Regierung dazu bemüht gefühlt, den Weg nach München anzutreten

zur größten Logistik-Messe. Ich war dort draußen und habe versucht, mit Kollegen, auch mit dem Kollegen Leyrouz, Netzwerke zu den größten Logistikern Europas herzustellen, damit sie nach Kärnten kommen, damit sie nach Fürnitz kommen, um dieses Logistik-Zentrum und diesen Logistik-Park herauszubauen und herausarbeiten zu lassen. *(KO Seiser: Sind sie schon da?)* Ist der schon dort? – Nix ist dort! Sie kennen anscheinend den Begriff der „Logistik“ nicht! Wir haben die Kontakte, wir haben mit denen *(KO Seiser: Sind sie da?)* – Kommen Sie mit mir einmal mit, machen wir einmal so ein Gespräch, Herr Klubobmann! Haben Sie die Kontakte? Haben Sie die Kontakte in die Adria-Häfen, wo die Produkte aus der ganzen Welt herkommen könnten, um sie dann in Fürnitz zu veredeln? Wer ist denn dafür verantwortlich? Ein Wirtschaftsreferent! Vielleicht sogar noch ein Finanzreferent! In der außenpolitischen Vertretung und mit den Kontakten nach außen vielleicht noch ein Landeshauptmann, um diese Kontakte herzustellen und Arbeitsplätze über die Unternehmen in Kärnten zu schaffen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Er wäre, Sie wären dafür verantwortlich gewesen! Was haben Sie getan? – Nichts! Aber das ist eine Chance! Ich habe sie nur nicht in diesem Regierungsprogramm der Überschriften gefunden. *(Zwischenruf von KO Seiser.)* Das sind Chancen, die man nutzen sollte, umsetzen sollte, Kärnten draußen mehr bewerben sollte, hereinbringen, mit diesen Persönlichkeiten auch die Projekte umsetzen, Firmen ansiedeln, mit diesen Firmen Arbeitsplätze schaffen. Denn das sind nicht Sie, werte Damen und Herren Politiker von links, das sind die Unternehmer, die nach den entsprechenden Rahmenbedingungen den Weg nach Kärnten finden, um dann da Arbeitsplätze, Einkommen, Wertschöpfung zu schaffen, damit unsere Leute wieder eine Arbeit haben und hier im Ballungsraum, aber auch im ländlichen Raum verbleiben können, mit ihren Familien dort leben können, weil es wieder eine Lebensqualität da draußen gibt und nicht so ist, wie es in den letzten Jahren von Ihnen propagiert wurde, alles ideologisch gesteuert dafür getan wurde, um die Bevölkerung vom Land Richtung Städte zu ziehen und die Leute draußen im ländlichen Raum ausgehungert wurden, von Ihnen wirklich ausgehungert wurden, bis zur ärztlichen Unterversorgung quer durch Kärnten, was sträflich auch auf das Konto der Gesundheitsreferentin geht und in Zukunft

Darmann

hoffentlich jetzt einer Änderung zugeführt wird! Das sind Themen, die unsere Leute, die Kärntnerinnen und Kärntner interessieren! Und deswegen wird es auch notwendig sein, hier beispielgebend voranzugehen in Kärnten. Ihr Regierungsprogramm ist beispiellos armselig, und das ist es, auf den Punkt gebracht!

Und weil Sie vorhin gesagt haben, wie viel Prozent Sie angeblich vom alten Regierungsprogramm umgesetzt haben und wie viel es beim neuen sein werden – ich glaube, Sie sind vom Motto getrieben, „wer kriecht, kann nicht stolpern“. Wenn man sich kein Ziel setzt, ist dieses nicht gesetzte Ziel auch sehr schnell zu erreichen, wenn man auf der Startlinie verharrt! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Das ist natürlich etwas schwach, wenn das der selbstredende Zugang einer Regierungskoalition von SPÖ und ÖVP, eigentlich SPÖ, ist, die sich selber keine Ziele mehr setzt und meint, damit das Land nach vorne zu bringen.

Neben dem Thema der Wirtschaft wäre noch ein weiteres Thema sehr, sehr wichtig. Und keine Sorge, wir sind weiterhin die Sicherheitspartei und werden dafür auch stets eintreten und auch weiterhin nicht müde werden, diese unkontrollierte Massenzuwanderung unter dem Deckmantel des Asyls zurückzudrängen und dort scharf zu kritisieren, wo es notwendig ist. Aber es gibt etwas ganz anderes, nämlich Menschen in unserem Umfeld im Kärntnerland, die es noch viel mehr verdient haben, auf sie zu schauen – das sind unsere Kinder. Das sind unsere Kinder, und das Regierungsprogramm müsste eigentlich vorsehen, ihnen wieder etwas beizubringen, was uns tatsächlich von den Maschinen unterscheidet – Teamarbeit, Beziehung, Kunst, Musik, Kommunikation und eine entsprechend qualitative Dienstleistung. Das wäre doch ein Auftrag für eine Landespolitik, sich diesen Zielen zu verschreiben und unseren Kindern so etwas wieder mit Maßnahmen und auch entsprechenden Zielsetzungen mitzugeben. Auch die Abschaffung der Noten als Ausdruck ständiger Nivellierung nach unten hat dazu geführt, dass ein erschreckend hoher Anteil an Schülern nicht mehr schreiben, lesen und rechnen kann. Wer ist denn dahinter gestanden, hinter dieser Abschaffung der Noten? Welches ideologische Leitprojekt war denn das, alle gleich zu machen, nicht mehr zu fordern? Das war doch eine ureigenste Forderung der SPÖ! Und es ist gut, dass es wieder

Noten geben wird, denn unsere Kinder müssen besser vorbereitet werden auf die Zukunft. Wir müssen, werte Kolleginnen und Kollegen, Zuversicht und Neugier bei den Kindern wecken, denn Neugier ist die Zukunftsenergie und die Schule nicht nur ein Wohlfühlparadies für sensible Seelen. Sie ist vor allem eine Vorbereitung auf das Leben draußen, wo tatsächlich die harten Winde wehen. Nur, mit Ihrer Bildungspolitik kommt man dort nicht weiter (*Zwischenruf von LH Kaiser.*) und unsere Kinder werden mit Ihrer Bildungspolitik auch keine Zukunft haben! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Und weil der Herr Landeshauptmann gerade dazwischengerufen hat: Natürlich wird es auch eine starke Freiheitliche Partei als Kontrollpartei im Kärntner Landtag geben! (*LH Kaiser: Darauf hoffen wir!*) Das ist auch unsere Oppositionsrolle, die aber in dieser Oppositionsrolle sehr unterschiedlich ausgeprägt sein kann. Denn wir haben nicht nur heute bereits festgemacht, dass es einen massiven Reformbedarf bei den Kontrollrechten im Kärntner Landtag gibt. Und da geht es nicht nur, wie ich es heute schon ausgeführt habe, um die Rechte im Untersuchungsausschuss. Es geht darum, wie wir alle uns selber verstehen in unserer Arbeitsweise, wenn wir Einblick nehmen wollen in die Regierungssitzungsakte. Ich habe das gestern im Zuge einer Pressekonferenz auch trefflich mit Medienvertretern diskutieren können, wo ich gesagt habe, ihr seid jetzt im Wesentlichen in der gleichen Position wie wir. Wenn eine Pressekonferenz nach einer Regierungssitzung stattfindet, seid ihr im Blindflug unterwegs. Man kann auch von uns dann nicht verlangen, gleich eine entsprechende Stellungnahme zu einem Regierungssitzungsakt zu haben, weil wir ja nicht wissen, was in diesem Regierungssitzungsakt in der Tat drinnen steht. Verkaufen kann man bei der Pressekonferenz ja alles – ob das das ist, was da drinnen gestanden ist, das ist das Spannende! Und deswegen haben wir auch hier gesagt, es kann einfach nicht sein, wenn wir Anträge stellen, über Tage hinweg, ihr bisher zur Einreichung eine Frist von acht Tagen gehabt hättet – nämlich da die Regierung, Entschuldigung, dass ich die Falschen angeschaut habe, hier die Regierungsvertreter – um dem jeweiligen Antragsteller diesen Regierungssitzungsakt auch zuzuleiten, um sich einlesen zu können, um zu wissen, um was es geht und uns dann ausgerichtet wird von einer Seite, „es gibt eh eine Verordnung, der Akt geht dich nix an“

Darmann

und auf der anderen Seite von der Kollegin Schaubig überhaupt keine Rückmeldung kommt, obwohl es gesetzlich vorgeschrieben wäre, dass wir eine Antwort bekommen oder zumindest eine Begründung, wieso wir diesen Akt nicht erhalten, dann frage ich mich, wo ist das Selbstverständnis der Abgeordneten hier im Kärntner Landtag? Dann müssen wir das doch ändern! Und nicht acht Tage, zehn Tage, vierzehn Tage, zwanzig Tage zuwarten, bis wir zu irgendeinem Regierungssitzungsakt vielleicht eine Information erhalten oder auch nicht, sondern zumindest zeitnahe die Möglichkeit bekommen, uns einzulesen und unserer Kontrollpflicht gegenüber der Regierung nachgehen zu können! Das ist kein Hobby! Eine Pflicht, die ebenso in der Verfassung drinnen steht! Und wenn wir diese Pflicht ernst nehmen, müssen wir Einblick, regelmäßig Einblick in diese Akte der Regierung haben! Sonst wird es nicht möglich sein, dieser Kontrollfunktion auch entsprechend nachzukommen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Der nächste Fall. Tut mir leid, dass ich das noch einmal ansprechen muss, aber es passt hier ebenso zu den Oppositionsrechten dazu: Unser Antrag auf eine unbegrenzte Anzahl an Dringlichkeitsanfragen und -anträgen. Wir stellen den Antrag, meinen, dass das auch eine Dringlichkeit ist, entsprechend hier auch einen Zusatzantrag in Umsetzung zu bringen, deswegen haben wir das auch im Zuge der Verfassungsreform-Debatte eingebracht. Wer stimmt dagegen, hier unbegrenzt Anfragen und Anträge einbringen zu können? Ein Großteil der Abgeordneten des Kärntner Landtages, obwohl es um Ihre, um eure Rechte geht, um die Rechte der ÖVP-Abgeordneten, um die Rechte der SPÖ-Abgeordneten, wenn es darum geht, wenn es unter den Fingern brennt, zu fragen und Anträge zu stellen. Wie kann man denn gegen die eigenen Rechte stimmen? Ich verstehe das nicht! Das ist nicht mein Selbstverständnis, wie man hier seiner Mandatsfunktion nachkommt und in diesem Land Politik machen will! Ich verstehe es ja, wenn irgendetwas anderes eingebracht würde, was Ihnen allen schaden täte. Nur, es ist ja Ihre Pflicht, zu kontrollieren, deswegen wäre es auch Ihre Pflicht gewesen, einer Ausweitung Ihrer Rechte zuzustimmen, wenn es um die Kontrolle der Regierung geht! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Aber Sie wollen ja abnicken, nicht kontrollieren, Sie wollen keine Fragen stellen, keine Anträge stel-

len, weil alles ist gut, alles ist schön, alles ist im Reinen, weil die SPÖ wird schon wissen, was sie tut! Scheinbar denken das die Vertreter der ÖVP. Es ist schade darum und schadet auch unserer Demokratie!

Geschätzte Damen und Herren, wir als FPÖ werden daher die stärkste und damit die einzig ernsthafte politische Kontrolle hier im Kärntner Landtag sein. Ich verspreche Ihnen hier und heute, wir werden diese Aufgabe verdammt ernst nehmen! Wir werden sagen, was ist. Wir werden jeden Satz, jede Phrase, jedes Versprechen auf die Waagschale legen. Täglich werden Sie, meine Damen und Herren dieser „Misstrauenskoalition“, unseren heißen Atem in Ihrem Nacken spüren, und darauf gebe Ihnen auch mein Wort! Denn eines ist klar, dass sich die Opposition hier herinnen versammeln wird, um Sie in Ihrer Funktion täglich zu hinterfragen. Denn Sie haben die Allmacht an sich gezogen! Sie versuchen, über die Bürger und über die Institutionen in diesem Land drüberzufahren, und das braucht eine starke Kontrolle! Aber ich sage dazu, wir werden auch eine konstruktive Oppositionsrolle einnehmen und uns dort auf Ihre Seite begeben, wo wir wissen und herauslesen können und auch aus den Regierungssitzungsakten herausarbeiten können, dass eine Entscheidung gut für unser Land ist. Das setzt aber voraus, dass wir inhaltlich eingebunden werden. Es kann nicht sein, uns ein paar Knochen zuzuwerfen und zu meinen, dass es damit auch reicht und ausreichend ist, eine Freiheitliche Partei an die eigene Seite zu ziehen und damit gemeinsame Beschlüsse fassen zu können. Aber wenn wir davon überzeugt sind – und ich sage dazu, ich schließe es nicht nur nicht aus, sondern ich bin überzeugt, dass es die eine oder andere Entscheidung sicherlich geben wird, wo wir gemeinsame Sache machen können – dann wird dieses Land auch sehen, dass wir bereit sind, wenn es gut für unsere Landesbürger ist, für unsere Leute ist, dass wir auch mit dabei sein werden. Das ist eine Form der konstruktiven Oppositionsarbeit, werte Damen und Herren! Wir stehen nämlich zu Kärnten als Wirtschaftsland. Wir stehen zu Kärnten als Bildungsland. Wir stehen zu Kärnten als Chancen-Land, und wir stehen auch zu Kärnten als Zukunftsland. Wichtig wird für uns Freiheitliche immer der Blick auf die arbeitenden Menschen, auf die hart arbeitenden Menschen in unserem Land sein und auf jene, die dieses unser

Darmann

Land durch eben diese harte Arbeit mit aufgebaut haben, aber von Ihnen meistens links liegen gelassen werden. Wir haben wirklich die Notwendigkeit, nach vorne zu schauen. Ich verspreche Ihnen, wir werden kontrollieren und wir werden inspirieren! Wir werden Notwendigkeiten in diesem Land aufzeigen und uns nicht verschweigen. Es gibt 309 Empfehlungen des Landesrechnungshofes, welche von Ihnen in der Koalition - SPÖ, ÖVP und Grüne - in den letzten Jahren nicht umgesetzt wurden. Dort sind unzählige dabei, die sofort der Umsetzung harren, um im Sinne der Steuerzahler etwas weiterzubringen, wo wir im Sinne der Zweckmäßigkeit des Mitteleinsatzes auch entsprechende Entscheidungen zu treffen haben. Sie alle haben ja schon vermutlich nicht umsonst auf diese 309 Empfehlungen in der Vergangenheit gepfiffen, aber ich bin gespannt, wie Sie dazu stehen werden, wenn wir diese Empfehlungen einzeln in den zuständigen Ausschüssen abarbeiten werden und als Kronzeuge auch der Rechnungshof auftanzen und das auch begründen wird, wieso diese Empfehlung für das Kärntnerland und für die Zukunft unserer Landesbürger in der Umsetzung notwendig sein wird. Wir werden das machen, weil wir unserer Heimat und unseren Bürgern verpflichtet sind, deswegen wird es notwendig sein, sich um das Volk zu kümmern, anstatt als Weltsozialamt zu verkümmern. Wir werden die Themen Bildung und Gesundheit, Wirtschaft und Arbeit, Familie und Jugend, Heimat und Sicherheit herauszuarbeiten haben. Wir werden die Sicherung der Schulstandorte festschreiben müssen, die Stärkung der Lehre in Angriff nehmen müssen, mit neuen Möglichkeiten, die Lehre auch zu absolvieren. Wir müssen tatsächlich – tatsächlich, nicht nur in Worten – einen Kampf gegen den Ärzte-Mangel führen und die entsprechenden Maßnahmen setzen, damit wir die entsprechende ärztliche Versorgung quer durch Kärnten haben, nicht nur in den Ballungsräumen, auch bei der Bevölkerung draußen in den Talschaften, die es sich verdient hat, auf kürzestem Wege eine Grundversorgung durch ihre niedergelassenen Ärzte zu haben. Das ist doch eine Form von Lebensqualität, die wir zumindest sicherstellen müssen. Das muss doch ein Grundantrieb in der Politik sein, das zu gewährleisten! Wir haben es notwendig, für die Wirtschaft die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Wirtschaft diese nachhaltigen – ich betone, nachhaltigen! – Arbeitsplätze schaf-

fen kann. Da hilft es nichts, von einer „Aktion 20.000“ herumzuphantasieren, die als reine Alibi-Aktion, um Wahlkämpfe durchzudrücken, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) installiert worden ist von der SPÖ und in Kärnten zum Zeitpunkt, als sie einmal entsprechend evaluiert wurde, 130, 140 Personen in der Arbeit hatte, (*Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.*) obwohl über 1.000 zu diesem Zeitpunkt bereits geplant gewesen wären. (*Abg. Scherwitzl.: Das habt ihr abgedreht!*) Das ist doch ein Versäumnis der SPÖ und man zeigt auch, dass man es hier nicht ernst gemeint gehabt hat. Denn die eigentlichen Bezirke, die tatsächlich die höchste Arbeitslosigkeit 50+ gehabt hätten in Kärnten, sind nicht einmal in den Genuss dieser von Ihnen so hoch gelobten „Aktion 20.000“ gekommen, und das ist das Spannende! (*Zwischenruf von Abg. Staudacher.*) Spittal hätte es notwendig gehabt, Hermagor hätte es notwendig gehabt. (*Abg. Scherwitzl.: Das habt ihr abgedreht! – Zwischenruf von Abg. Staudacher.*) Was war in Spittal? Nichts war! Und jetzt werden danach großartig Krokodiltränen vergossen, obwohl die Regierung eines macht, dieses Geld in nachhaltige Förderungen von Betrieben hineinzugeben, damit es dort auch nachhaltige Arbeitsplätze für unsere ältere Bevölkerung gibt und diese nicht nach zwei Jahren, wie bei Ihnen geplant gewesen, wieder auf die Straße gesetzt werden! Das ist kein korrekter und kein fairer Umgang mit der Bevölkerung in unserem Land!

Und, werte Damen und Herren, es wird notwendig sein, einen Familienbonus in Kärnten umzusetzen, unsere Familien auch hier zu stärken und durch ein entsprechendes Wohnbauförderungsgesetz dafür zu sorgen, dass sich Familien, Alleinerziehende hier Wohnraum besser schaffen können, Eigentum schaffen können und Eigentum sanieren können, dort wo es jetzt aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel im eigenen Bereich nicht dazu reicht. (*Einwand von 2. LH-Stv.Schaunig-Kandut.*) - Auch wenn die Frau Schaunig immer wieder sagt, das hat sie alles gemacht, das ist nicht richtig! (*Abg. Piroлт: Die Schaunig hat gar nichts gemacht!*) Und werte Damen und Herren, ich sage Ihnen, Frau Kollegin Schaunig, seien Sie doch mit ein Partner, wenn wir Initiativen setzen, hier eine bessere Förderung Platz greifen zu lassen, damit unsere Familien, unsere Bürger im Land noch mehr Eigentum schaffen können und ihr Eigentum

Darmann

sanieren können! Wieso wehren Sie sich denn mit Händen und Füßen? Ist das irgendwie eine ideologische Abwehrhaltung, dass es das nicht geben darf? Eigentum – uuh, das ist etwas Schreckliches in den links-linken Reihen der SPÖ! (*Einwand von 2. LH-Stv. Schaunig-Kandut.*) Es geht darum, bitte, hier dem Abhängigkeitsverhältnis in einer Miete auch ein positives Eigentumsverhältnis gegenüberzustellen und es unseren Menschen zu ermöglichen, dass sie sich tatsächlich durch harte Arbeit Eigentum auch leisten können und wir als Land auch dafür sorgen, dass wir beistehen, wo es notwendig ist, hier auch einen Anschub zu leisten, damit es diese Eigentumsschaffung quer durch Kärnten geben kann! Das muss doch ein Antrieb sein und nicht jede Ausrede, wieso etwas nicht geht, geschätzte Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom TTK.*)

Zum Abschluss: Wir alle, egal von welcher Partei, müssen in Wahrheit jeden Tag darum kämpfen, im Sinne der Demokratie möglichst viele Menschen auf unserem Weg in die Zukunft mitzunehmen. Ich kann Ihnen sagen seitens der Freiheitlichen Partei – und das sollte auch ein Auftrag in Ihre Richtung sein – krepeln Sie die Ärmel hoch und machen Sie Politik für unser Land und für unsere Leute! Dann, nur dann können Sie mit unserer Unterstützung rechnen! Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom TTK.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als Nächster am Wort ist der Klubobmann der ÖVP, Herr Mag. Markus Malle und in Vorbereitung Abgeordneter Gerhard Köfer!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Ich bin total froh über meine beiden Vorredner, weil man gesehen hat, dass anscheinend der Spaß am gegenseitigen Reiben wesentlich wichtiger ist, als für die Menschen in Kärnten etwas weiterzubekommen. Und wenn ich mir anschau, was da jetzt alles in den letzten 30 Minuten vom „Führer der Opposition“, wie er sich selbst bezeichnet hat, (*KO Darmann: Eine Zeitung hat das so bezeichnet!*) an Kritik-

punkten gekommen ist für das Regierungsprogramm, dann freue ich mich sehr, dass es genau drei Punkte gibt, die die Freiheitliche Partei an diesem Regierungsprogramm kritisiert! Erstens: Die Feierlichkeiten zur 10. Oktober-Feier sind nicht ausreichend formuliert. (*KO Darmann: Dass nichts drinnen steht!*) Zweitens: Es gibt eine viersprachige Präambel. Drittens: Es gibt keine Leuchtturm-Projekte. Das waren die einzigen drei Punkte, die der Kollege Darmann am Regierungsprogramm kritisiert hat. Dafür möchte ich mich von Seiten einer Regierungskoalitionspartei sehr herzlich bedanken, (*Abg. Pirolt: Warte ein bisschen!*) weil das heißt, dass das Koalitionsprogramm in Ordnung ist! (*KO Darmann: Sonst ist nichts mehr übrig! Das ist ja alles, was drinnen gestanden ist!*) - Okay! Dann kann ich auch nur sagen, lieber Kollege Darmann, danke für diesen Zwischenruf! Dann kann ich dich nur zitieren: „Wer lesen kann, ist im Vorteil!“ Weil wenn man sich anschaut, was auf diesen 100 Seiten zu lesen ist, dann steht dort viel, viel mehr drinnen als diese drei Punkte, die du kritisiert hast. Weil du hast Bundespolitik gemacht von der Seite, du hast die Kontrollfunktion durch die Landesverfassung, du hast die Empfehlungen des Landesrechnungshofes, du hast der Länge und Breite nach populistische Politik gemacht und dich als Partei und als Person dargestellt. Aber worüber du nicht gesprochen hast, ist über dieses Regierungsprogramm! Ich kann einfach nur sagen, dass wir von Seiten der ÖVP Garant dafür sein werden, dass wir mit diesem Regierungsprogramm Politik für die Kärntnerinnen und Kärntner machen und dass wir bei jenen Punkten ansetzen werden, wo es um die tatsächlichen Bedürfnisse der Kärntner Bevölkerung geht! Es geht darum, den ländlichen Raum in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. (*Abg. Staudacher: Bitteschön, hört auf! Wenn ihr über den ländlichen Raum redet, kriege ich Kopfweh!*) Es geht darum, herzuzugehen – Herr Staudacher, melde dich, geh heraus, rede von draußen, passt schon! Sonst gehe vor die Türe etwas trinken, als dich herinnen zu ärgern! Gehe vor die Türe hinaus! Wir müssen die Regionen in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen Aktivitäten schaffen, damit wir im ländlichen Raum auch tatsächlich etwas für die Bürger machen. Der erste Punkt ist einmal gelungen. Das ist nämlich das, was diese Regierung und diese Koalitionsparteien zusammengebracht haben, wir haben eine Konsolidierung und eine Syn-

Malle

chronisierung der Referate zusammengebracht. Wir haben nicht mehr drei Referenten, die für ein Thema zuständig sind, die sich gegenseitig widersprechen. Wir haben nicht mehr Abteilungsleiter in der Landesregierung, die Diener mehrerer Herren sind, obwohl mir der Goldoni sehr gut gefällt, aber wir haben es in Kärnten geschafft, das wegzubekommen. Und wir haben Dinge geclustert, die zusammengehören und auch passen.

Nur ein Punkt, etwas zusammen zu schaffen: Digitalisierung. Wir haben es geschafft, diese Querschnittsmaterie quer über alle Referate und quer über alle Themenbereiche zusammenzubekommen. Eine der Zukunftsherausforderungen, die wir gemeinsam verantwortlich in diesem Land anzugehen haben, egal, ob man in Eisenkappel sitzt oder in Klagenfurt, egal, ob man in Heiligenblut ist oder in Villach, das sind Themen, die für die Zukunft dieser Menschen und für unsere Kärntnerinnen und Kärntner tatsächlich notwendig und wichtig sein müssen, weil wir müssen den Wirtschafts- und Tourismusstandort stärken. Wir müssen nicht nur über Deregulierung sprechen, sondern sie auch tatsächlich durchführen. Wir müssen den Logistikstandort Kärnten auch wieder nach vorne bringen. Das steht alles im Regierungsprogramm! Es ist super, dass ihr zur Logistik-Messe fahrt, aber wenn ihr euch auf der Fahrt zur Messe ein bisschen Zeit genommen hättet, das Regierungsprogramm durchzulesen, dann hättet ihr mitbekommen, dass das einer der Schwerpunkte ist und dass das auch klar geclustert ist, weil es nichts bringt, an einer Verkehrsstrecke nur Durchzugsort zu sein, sondern wir müssen es schaffen, die Verkehrsströme, wenn sie schon passieren und wenn die Verkehrsströme auch unsere Kärntner Bevölkerung mit Lärm und mit Immissionen beeinträchtigen, die auch zu nutzen und den Wirtschaftsstandort Kärnten damit auch aufzuwerten und Arbeitsplätze hier in diesem Land zu schaffen! Dafür brauchen wir Unternehmerinnen und Unternehmer auf der einen Seite und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Weil gemeinsam sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Wirtschaft, und nur durch die Wirtschaft werden wir es schaffen, hier diesen Standort Kärnten nach vorne zu bringen. Da bin ich frohen Mutes, dass wir das schaffen, das so zusammenzubekommen, weil es geht um die Zu-

kunft unserer Kinder! Es geht darum, dass wir an der Infrastruktur der Zukunft bauen und darum, dass wir gut ausgebildete Schlüsselarbeitskräfte für die Zukunft zusammenbekommen. Weil Bildung ist für jeden wichtig, aber wir brauchen neben einer Bildung von jedem auch eine Ausbildung in die Zukunft. Wir brauchen auch Jugendliche, sowohl weiblich als auch männlich, die so ausgebildet sind, dass sie dann auch einen Arbeitsplatz und tatsächlich eine Anstellung finden und den Standort nach vorne bringen. Und wenn dann gesagt wird, wir haben keine Leuchtturm-Projekte, es fehlt an Leuchtturm-Projekten – also aus meiner Sicht haben wir die größte Straßenbau-Offensive seit ich weiß nicht wie vielen Jahren, die auch notwendig ist. Wenn das kein Leuchtturm-Projekt ist, dann weiß ich auch nicht! Wir haben notwendigerweise auch den Breitband-Ausbau drinnen, weil der Breitband-Ausbau die Basis für die Digitalisierung ist, das eine Ergebnis durch das andere, ohne das andere. Aber wir müssen auch weiterdenken, wir müssen auch schauen, wie wir in der öffentlichen Verwaltung tatsächlich Richtung E-Government kommen, damit der Bürger ohne lange Umwege direkt hier ansetzen kann. Wir brauchen auch eine Reform, was die Pflege, was die Gesundheitsversorgung angeht. Das sind alles Dinge, die diese gemeinsame „Kärnten-Koalition“ angeht und versucht, umzusetzen. Das was ich aber von der Opposition gehört habe, ist, wir müssen die Oppositionsrechte stärken. Und das ist mit dieser Landesverfassung auch passiert! Nur zu sagen und zu zitieren, „die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit“ und das dann gleich umzusetzen und innerhalb von wenigen Minuten zu kritisieren, dass gewisse Verfassungsänderungen nicht über Monate diskutiert worden sind und dann eine Verfassungs- und Geschäftsordnungsänderung auf den Tisch zu legen und zu sagen, stimmt innerhalb von drei Minuten zu – also, da muss ich schon ganz ehrlich sagen, wie ernst nimmt man sich als Redner selbst, wenn man etwas kritisiert, was man dann fünf Minuten später wieder selbst macht? Und das Gleiche ist mit den Vorschlägen des Landesrechnungshofs, weil komischerweise zu sagen, die 309 Vorschläge des Landesrechnungshofs sind der Weisheit letzter Schluss, aber gleichzeitig zu kritisieren, dass das landwirtschaftliche Schulwesen in der Landwirtschaftsabteilung (*Abg. Leyroutz schmunzelnd: Das schwarze Steckenpferdchen!*) verbleibt, also, dann kenne ich

Malle

mich auch nicht mehr aus! *(Abg. Trettenbrein: Das ist ja nichts Neues, dass du dich nicht auskennst!)* Denn es ist eine Empfehlung des Landesrechnungshofs gewesen, das landwirtschaftliche Schulwesen in der Landwirtschaftsabteilung zu belassen – also, da muss ich schon auch sagen, wieder ein weiterer Punkt, wo man etwas kritisiert, das man dann selbst tut, und das ist nicht sehr glaubhaft! Aber ich verstehe das natürlich, wenn man glaubt, den Kärntner Landtag für Gefechte der Bundespolitik zu nützen und bitte, macht das weiterhin, ihr könnt das gerne tun – ich kann nur sagen, wir von der ÖVP sehen uns als Sprecher und als Sprachrohr der Kärntner Bevölkerung für die Dinge, die in Kärnten umzusetzen sind *(3. Präs. Lobnig: Das hat man gesehen, wie ihr euch zu Wort gemeldet habt heute!)* und nicht darüber zu diskutieren, was auf Bundesebene zu passieren hat oder auf Bundesebene nicht zu passieren hat. *(KO Darmann: Aber nur, wenn es euch die SPÖ erlaubt!)* – Nein, nur, wenn der „Harlekin der FPÖ“ einen Zwischenruf einbringen kann, lieber Gernot! Und aus meiner Sicht wäre es einfach notwendig, sich darauf zu fokussieren. Ich würde mir eine Opposition wünschen, die hergeht und konstruktive Kritik einbringt und konstruktive Wortmeldungen, konstruktive Anträge einbringt, damit man dann gemeinsam daran arbeiten kann. Ich kann nur von meiner Seite aus sagen, wenn es Möglichkeiten einer Stärkung der Oppositionsrechte gibt, wenn es Möglichkeiten gibt, die Einschaurechte des einzelnen Abgeordneten, egal, von welcher Fraktion, zu stärken, dann bin ich der Letzte, der da dagegen ist und der Erste, der heilfroh darüber ist. Und einen Antrag habt ihr als normalen Antrag auch eingebracht, den wir dann im RVI-Ausschuss auch diskutieren werden. Bitte, die gesamte Verfassungsabteilung herein, die Juristen von der Bundesverfassung herein, diskutieren wir das auf breiter Front! Ich bin der Erste, der dem sofort zustimmt, dass wir die Rechte und die Einschaurechte des einzelnen Abgeordneten hier erweitern. Das muss man auch ganz ehrlich sagen: Die Zielsetzung ist eine andere. Die Zielsetzung ist es nicht, herzugehen und den Abgeordneten Informationen vorzuenthalten, aber ein Schelm ist immer so, wie er selber denkt. Und wenn ich mir natürlich eine Verordnung der Landesregierung über die Fischotter herausuche, die mit der Landtagsmaterie überhaupt nichts zu tun hat und mir bewusst dieses Beispiel herausuche, wo ich schon

vorher weiß, was dabei herauskommt – ja, okay! *(Abg. Leyrouz: Wenn du dich nicht auskennst, bitte rede nicht darüber! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* - Genau! Bitte, lieber Christian, danke vielmals! Da bin ich jetzt total froh über den Zwischenruf, weil das hätte ich mir bei einigen Wortmeldungen von der Freiheitlichen Partei auch gedacht – bitte redet nicht, wenn ihr euch nicht auskennt, sondern lest euch zuerst die Landesverfassung durch, lest euch zuerst die Geschäftsordnung durch! Und wenn ihr die durchgelesen hättet, dann hättet ihr schon im Vorhinein gewusst, dass so eine Antwort kommt oder nicht kommt. Weil eine Verordnung über den Fischotter *(KO Darmann: Akteneinsicht! – Abg. Leyrouz: Akteneinsicht in einen Regierungsakt!)* ist keine Materie, die dem Landtag zusteht. Oder? Ist die Verordnung über den Fischotter Landtagsmaterie – ja oder nein, Herr Klubobmann-Stellvertreter? *(Abg. Leyrouz: Ist das ein Regierungsakt, in den wir Einsicht haben?)* Ich kann hier gegen Wände reden, es ist vollkommen egal! Man merkt auch hier wieder, es geht nur darum, Buschtrommeln zu schlagen und nicht tatsächlich inhaltlich etwas weiterzubringen.

Ich wiederhole: Ich bin froh darüber, dass wir hier in einer Politik der kleinen Schritte auch versuchen, im Rahmen der vorhandenen Finanzmittel etwas weiterzubekommen. Die Zeit der großen Leuchtturm-Projekte, wo Geld und wo Millionen hinausgeblasen werden, ohne Rücksicht auf ein Morgen, ist sicherlich vorbei. Und diese „Kärnten-Koalition“ wird gemeinsam schauen, dass wir Kärnten nach vorne bringen, hoffentlich mit einer konstruktiven Opposition – mit der Vorstellung heute wird es nix werden! Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Das war der Debattenbeitrag von Markus Malle. Als Nächster ist der Obmann der IG, Abgeordneter Gerhard Köfer, am Wort. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Mein lieber Präsident! Es ist für mich in den letzten paar Minuten einer der schönsten Mo-

Köfer

mente am heutigen Tag gewesen, den Kollegen Malle hier zu sehen, weil ich mir gedacht habe, er darf gar nicht mehr herausgehen! Wir haben ihn am Vormittag schmerzlich vermisst. Ich habe gedacht, es gibt ein Redeverbot. Ich habe mich gefreut darüber! *(KO Malle: Bitte, das Protokoll möchte ich haben, wo er sagt, dass er mich vermisst hat!)* Ich habe ihn vermisst! Ich habe aber auch beim Studieren des Regierungsprogramms zur 32., und ich wiederhole das noch einmal, zur 32. Gesetzgebungsperiode – wenn man das studiert und wenn man sich dafür Zeit nimmt, dann kommt man drauf und man könnte fast glauben, wenn man die Materie nicht wirklich kennt, es wäre das erste Mal, dass die ÖVP und die SPÖ in Regierungsverantwortung wären. Dieses Regierungsprogramm ist eine Mischung, eine Mischung aus Visionslosigkeit, es ist langweilig, und ein Anflug von Naivität ist auch dabei. Vielleicht auch bewusst dabei, vielleicht hat man sich gedacht, es ist eh wurscht, was wir hineinschreiben, weil die Diskussion kann geführt werden, wir machen dann, was wir eigentlich für richtig erachten. Dabei waren es gerade die zwei Parteien, die Kärnten in den letzten fünf Jahren sehr dominant und sehr bestimmt „geführt“ haben. Es war eine Politik von Wahlversprechen, wo man am ersten Tag schon gewusst hat, dass man die ja nie halten wird. Und ich hätte mich damals fast vertan, ich hätte euch auch gern gewählt, ich habe nur rechtzeitig noch darauf geschaut, dass es passt. *(Abg. Scherwitzl: Das war ein Fehler!)* - Das war ein Fehler! Billigere Mieten hätte ich mir gewünscht, dass der Strom billiger wird, hätte ich mir gewünscht, ich hätte mir ein Nulldefizit gewünscht und einen von diesen 10.000 Green Jobs, die versprochen worden sind. Dann muss man das Talent beweisen, dass man keinen einzigen der Punkte dieser Wahlversprechen auch umsetzt! Keinen einzigen! Aber wenn man damals auf das Plakat geschrieben hätte, die Miete wird ein bisschen teurer, der Strom wird teurer, wir machen jedes Jahr 100 Millionen – jedes Jahr 100 Millionen! – neue Schulden und es gibt keinen einzigen Green Job oder vielleicht einen Rauchfangkehrer, der dann als solcher verkauft wird, dann wird man ja auch nicht gewählt. Das war die Gefahr. Darum dreht man das um und verspricht. Und dass man, auch wenn man nichts tut, fast 48 Prozent kriegt, rechne ich natürlich dem Talent des Parteimanagers zu, der einen guten Wahlkampf geführt hat, aber ansonsten kann ich

mir das in dieser Form nicht erklären. *(LH Kaiser: Es geht uns ähnlich!)* Ich kann es mir vorstellen! *(LH Kaiser: Aber bei dir! – KO Darmann lachend: Das Protokoll möchte ich bitte haben! – Heiterkeit im Hause.)* Also, viel versprechen, nichts umsetzen und gewinnen – das ist eine Formel, die könnte man vielleicht verkaufen! Wird in Österreich wahrscheinlich nicht sehr oft der Fall sein. Dafür war der Preis, dass man fast 8 Prozent bekommen hat, ein heißer Preis. Man hat zwar dazugewonnen, aber man hat seinen Lieblingspartner, der am Hochaltar des Herrn Landeshauptmannes gesessen ist und fast schon missionarisch seine Hörigkeit kundgetan hat, völlig aufgelöst. Den gibt es heute de facto nicht mehr. Vielleicht gibt es ihn noch bei der KELAG in Form eines Aufsichtsrates, aber diesen armen Kerl, der ja nicht ganz unsympathisch war, der auch immer wieder ganz gute Wortmeldungen gebracht und Ideen gehabt hat, den gibt es heute de facto nicht mehr. Das war einfach so, das Auf-dem-Schoß-Sitzen hat ihm in dieser Form nicht gutgetan. Aber auch der ÖVP hat es nicht gutgetan, auch ihr habt real an Stimmen verloren und ihr befindet euch ja auch am Tiefpunkt der politischen Geschichte eurer traditionellen Partei. *(KO Malle: Das stimmt leider nicht!)* Doch! Wart ihr schon schlechter? *(Neuerlicher Zwischenruf von KO Malle.)* - Echt? Wenn man davon ausgeht, dass wenn etwas passiert, man auch etwas lernen kann, dann habe ich mir gedacht, man wird auch etwas lernen und die ÖVP wird sich dann irgendwo teuer verkaufen und wird sagen, wir gehen in eine Koalition. Okay, wir wollen zwei Landesräte, wir wollen das und das und das. Das habt ihr ja wohl wollen, das habt ihr nur nicht gekriegt! *(KO Malle: Dass du den Dienstplan gemacht hättest, haben wir ja gewusst!)* Grundsätzlich ist es aber so, dass, und jetzt kommt es, der verhasste – es ist ja nicht so, dass da zwei zusammengefunden hätten, die sich gern mögen, sondern ihr mögt euch überhaupt nicht und das ist von eurer DNA aus schon gar nicht möglich, da seid ihr ja gar nicht kompatibel, und dass ihr trotzdem zusammenfindet, finde ich dann wieder bemerkenswert! Aber es ist halt der gedeckte Tisch, der hier gereizt hat. Und ich will gar nicht über Würde, Charakter und Respekt reden, das haben wir jetzt schon gehabt. Es ist gekommen, wie es kommen musste.

Köfer

Es hat dann auch einen Wahlkampf 2018 gegeben, der mit sehr viel besonderer Aufmerksamkeit, mit viel Phantasie und Engagement geführt worden ist, und es hat wieder Wahlversprechen gegeben, die vielleicht wieder dazu angetan waren, dass man sagt, okay, wir wählen diesmal Teile der ehemaligen Koalition. Für die SPÖ ging es damals um elternbeitragsfreie Kinderbetreuung in Kärnten. Da war völlig wurscht, wie man es finanziert oder wer das finanziert, da geht es nur darum, das muss durchgesetzt werden. Das war Koalitionsbedingung. Was junge Mütter, was junge Familien denken, ist da völlig egal, da geht es uns eher um flexible Öffnungszeiten der Kindergärten. Ich glaube, das wäre eh der bessere Zugang gewesen. Da geht es nicht darum, dass man von Seiten der SPÖ die Armut bekämpft, da geht es nicht darum, dass man eine Schuldentilgung vornimmt. Da geht es nicht um Wirtschaftswachstum oder um Arbeitslosigkeit, sondern es geht um die elternbeitragsfreie Kinderbetreuung. (*Abg. Scherwitzl: Um Armut!*) Armut kommt in diesem Regierungsprogramm einmal vor – ein einziges Mal das Wort Armut und 79 Mal das Wort Förderung. Also wissen wir schon, in welche Richtung (*LH Kaiser: Das verhindert Armut!*) – Ja – also wir wissen schon, wo das hingeht! Die ÖVP war da etwas kecker. Der Kollege Bengler ist heute nicht mehr da, der hat damals von eine Milliarde Infrastrukturförderung gesprochen. Eine Milliarde Euro! Jetzt habe ich gerade früher gesagt, jedes Jahr machen wir 100 Millionen Euro neue Schulden zu den bestehenden vielen Schulden dazu. Und jetzt gibt es 200 Millionen pro Jahr, also eine Milliarde in der Periode für Infrastruktur. Weitere unabdingbare Koalitionsbedingung war aber auch, dass man hunderte Millionen im Krankenanstalten-Bereich einspart und auch der Ausbau des Wurtenkees. Meine Damen und Herren, übrig geblieben davon ist Null! Nix! Gar nix! Völlig wurscht, die Gründe dafür kennen wir mittlerweile. Ich bin auch schon gespannt, wie dieses Match mit der Privatstiftung Samonig in Spittal ausgehen wird, wenn man diese zwei Millionen Euro nicht mehr überweisen will. Wenn man aber weiß, dass der Schwiegersohn der Familie Samonig ja kein unbedeutender Aktionsfreund ist und ich aus Wirtschaftskreisen schon gehört habe, wenn das der Fall ist, dann gibt es einen Aufstand – der Aufstand wird sich dann eher sehr bescheiden als Aufstand der Zwerge herausstellen. Dann gibt es aber – und das war mir

auch besonders wichtig beim Herausarbeiten – Aussagen des Landeshauptmanns. Der Landeshauptmann sagt hier klar, „wir werden der Welt zeigen, was möglich ist“. Wir haben nach wie vor die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 6.461,-- Euro in Österreich. Wir sind in der Kaufkraft mit 21.807,-- Euro an erster Stelle. Bei den Arbeitsmarkt-Daten sind wir Vorletzter, da ist nur noch Wien hinter uns. (*KO Malle: Bei der Kaufkraft sind wir an erster Stelle?*) - An letzter Stelle. (*Unruhe im Hause. – Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe.*) Bei der Arbeitslosen-Quote mit 25.048 Arbeitslosen in Kärnten wollen wir der Welt zeigen, was hier möglich ist. Ich hoffe, dass die Welt da nicht zuschaut und uns da als Vorbild nehmen will. Das war der Landeshauptmann Haider. Beide haben aber auch einen gleichen Satz geprägt. Das hat mich dann auch fasziniert, wenn man das übereinanderlegt, die Regierungserklärungen sind ja immer sehr ähnlich: Kärnten sei auf der Überholspur, hat Haider 2004 und Peter Kaiser auch 2018 gesagt. Na, Bravo! Wir schaffen es zum Teil nicht einmal, die Pflichtausgaben in diesem Land zu bedienen. Die Kaufkraft in Österreich haben wir bereits erwähnt. Es soll so sein, wie es ist, wir von Seiten der Opposition werden es eh nicht ändern können. Wir werden daher auch nicht mit eingebunden. Aber was mich dann auch begeistert hat: Der Landeshauptmann hat in seiner Erklärung wörtlich gesagt, er geht einen Schritt weiter und legt die Fakten auf den Tisch. In der vergangenen Legislaturperiode – jetzt muss man aufpassen – sei es gelungen, ein neues politisches Klima zu schaffen. Nunmehr liege die Herausforderung darin, auf dieser Basis aufzubauen. Für mich stellt sich das so dar – noch einmal – wir haben ein politisches Klima geschaffen. Meine Damen und Herren, das interessiert jetzt jemanden nicht wirklich, der keinen Job hat! Das interessiert 79.000 von Armut betroffene Menschen nicht, dass man sich innerhalb der Koalition verständigt, dass das lustig ist, dass man, wenn man sich trifft, untereinander eine Freude hat. Das ist nicht notwendig! Es geht darum, dass man sich mit den anderen Themen beschäftigt. Mag übersetzt aber auch heißen: Wir haben fünf Jahre nicht wirklich etwas umgesetzt, viel versprochen, aber innerhalb der Koalition war es immer lustig. Das sind diese Dinge, auf die man vielleicht verzichten sollte, die in einer Regierungserklärung nicht Platz haben sollten! Geht es nach dem Landeshauptmann, wird Kärn-

Köfer

ten eine Vorbildregion mit pulsierender Wirtschaft und Industrie. Auch da habe ich meine Zweifel! Wir wissen, dass wir am Tag € 104.000,-- Zinsen zahlen, ohne Hypo und ohne diese HETA-Situation – am Tag € 104.000,--! Und da dann zu sagen, wenn jetzt diese Hypo-Belastung dazukommt, wir werden eine Vorbildregion sein und eine pulsierende Wirtschaft und Industrie haben, das wird sich in dieser Form nicht spielen! Aber da sollte man auch den Mut haben und dazu stehen und sich dazu bekennen, dass wir hier etwas tun müssen! Ich weiß, dass diese Koalition weiterhin Schulden machen wird und nicht wenige Schulden. Das wissen wir so sicher, wie das Amen im Gebet. Trotzdem steht mit keinem einzigen Wort ein einziges Einsparungsziel in diesem Papier, nichts darüber, wie das Budget saniert wird oder saniert werden kann! Es steht lediglich: „Wir bekennen uns zu einem stabilen Landesbudget, zum Schuldenabbau, zu einer Haushaltsreform und zu einem Globalbudget.“ Diese Sätze, liebe Freunde, stehen wahrscheinlich seit 40 Jahren in jedem Regierungsprogramm. Passiert ist bis dato aber nichts, außer dass sich die Schulden dramatisch in die Höhe verändert haben! Es wurde nicht einmal das vielleicht lächerlich anmutende ländliche Schulwesen eingegliedert oder der ländliche Wegebau in die Straßenbauabteilung. Nicht einmal das hat man zusammengebracht! Keine Schuldenbremse in der Verfassung – auch das war ursprünglich eine Bedingung im Wahlkampf – hat man hier angedacht oder nur irgendeine Orientierung in Richtung Nulldefizit gemacht.

Da ist noch etwas Besonderes, was mir aufgefallen ist, dass man im Regierungsprogramm 2013 noch vom unternehmerfreundlichsten Bundesland gesprochen hat. 2018 revidiert man das ein bisschen und sagt, das unternehmerfreundlichste müssen wir ja nicht mehr werden, sondern dass jetzt eine unternehmerfreundliche Gesetzgebung gewünscht wird. Das andere war schon ein hehres Ziel, das hätte man schon weiterverfolgen können. Das hat man aber offenbar in dieser Form nicht erreicht. Nehmen wir halt die kleinere Variante, das ist auch okay. Liebe Freunde, das ist das Problem, dass ihr nicht einmal selber an das glaubt, was hier in diesem 100-Seiten-Elaborat steht. Denn würde man sich mit dem Problem der Asylwerber in Kärnten beschäftigen, auch hier findet sich in diesem Papier kein einziges Wort – kein einziges Wort! – zum

Thema Integration. Diese Mega-Baustelle, die wir in Kärnten nach wie vor bedienen müssen, verdient offenbar wenig Beachtung. Es hätte mich gefreut, wenn die Referentin heute hier anwesend gewesen wäre!

Eines meiner Lieblingsthemen ist sicherlich der Straßenbau. Heute haben wir gehört, es gibt ein Leuchtturm-Projekt in den nächsten fünf Jahren, dass das Straßenbaureferat mit viel mehr Geld ausgestattet wird, mit 10 Millionen Euro mehr, als ich als Referent zur Verfügung gehabt habe. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, wenn man den Darmann, den Köfer oder den Ragger vorher beschneidet und wenn man ihre Referate filetiert, werden sie nichts bewirken. Letztendlich hat das Wahlergebnis gezeigt, dass der Wähler das etwas anders gesehen hat. Mir ein Referat zu geben mit den historisch wenigsten Mitteln in der Geschichte des Landes Kärnten, da hat man ja nicht mir damit geschadet, geschadet hat man der Kärntner Bevölkerung und der Kärntner Infrastruktur! Ein Referat auszuhungern, ich glaube, das ist der falsche Zugang, der falsche Weg gewesen. Diesen Substanz-Verlust im Kärntner Straßenbaunetz hat man hier wirklich billigend in Kauf genommen. Ich wünsche meinem Nachfolger viel Erfolg! Mit 10 Millionen wird er auch wirklich etwas bewirken können.

Zum Schluss kommend: Meine Damen und Herren, wir werden unsere Aufgabe in der Opposition sehr, sehr, sehr, sehr ernst nehmen und auch aktiv umsetzen. Wir haben das heute mit 18 Anträgen bereits bewiesen. Und es werden mehr! Wir werden für die Ängste, die Kritiken und vor allem die Wünsche der Kärntner Bevölkerung hier ein Sprachrohr im Kärntner Landtag werden. Wir werden in dieser Periode auch ein Partner sein, sofern Ihre Arbeit unseren Prinzipien und unseren Richtlinien entspricht. Wir werden aber, und das sage ich auch, uns aller legal zur Verfügung stehender Mittel bedienen, wenn Sie mit Ihrer Politik die positive Entwicklung Kärntens beeinträchtigen oder gar gefährden. In dem Sinne wünsche ich alles Gute! (*Beifall vom TKK.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Die Redezeit war genau 15 Minuten. Als Nächster ist der Klubobmann-Stellvertreter Andreas

Strauß

Scherwitzl am Wort. Ich darf ihn bitten, zu sprechen!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Da sind jetzt keine Pfeile mehr drauf, wo man sieht, wo es auf und ab geht. *(Der Redner, die Höhe des Rednerpultes einstellend: – Heiterkeit im Hause.)* Es ist eine neue Technik im Hause, da muss man sich erst zurechtfinden, bevor das Ding vielleicht explodiert, wer weiß! *(Dies wird humorvoll vorgetragen.)*

Zunächst einmal zum Kollegen Köfer: Du hast das völlig richtig erkannt, eines unserer zentralen Wahlversprechen war ein beitragsfreier Kindergarten. Du kannst dich darauf verlassen, dass wir das mit dem Kindergartenjahr 2018/2019 einführen werden, die beitragsfreie Kinderbetreuung und dass die Qualität dabei selbstverständlich auch im Vordergrund stehen muss und nicht nur die Beitragsfreiheit! Du kannst dich darauf verlassen, dass wir das mit Beginn des kommenden Kindergartenjahres umsetzen werden! Ich denke, so wie ich das den Worten aller Vorredner entnommen habe, wird das ein einstimmiger Beschluss werden im Kärntner Landtag, sofern ein Landtagsbeschluss dazu notwendig ist beziehungsweise es wird die finanzielle Dotierung dieser Maßnahme die Zustimmung aller finden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ein Zweites noch: Wir schaffen es, die Pflichtausgaben des Landes zu bedienen, weil wenn wir das nicht schaffen würden, hätten wir mit dem Landesvoranschlag ein veritables Problem. Selbstverständlich sind sämtliche Pflichtausgaben des Landes Kärnten im Landesvoranschlag bedeckt.

Eingangs zum Kollegen Darmann: Du hast gesagt, wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Genau so ist es, das unterschreibe ich voll und ganz. Bloß, lesen allein ist zu wenig, man sollte es auch verstehen. Wenn man den Regierungsakt zu den Gedenkveranstaltungen 2020 anschaut, dann ist das in erster Linie der Regierungsakt zur Landesausstellung 2020. Es gibt überhaupt noch keinen Regierungsakt, in welcher Form ein Festzug und die Feierlichkeiten an sich am 10. Oktober und rund um den 10. Oktober stattfinden werden, sondern das ist in Ausarbeitung. *KO Darmann: Eben! Weil es keinen gibt!*) Und selbstverständlich werden alle Akteure in diesem

Gesamtgeschehen mit einbezogen. Ihr braucht jetzt nicht den Versuch zu unternehmen, den Abwehrkampf für euch zu vereinnahmen. Wir werden das mit Sicherheit nicht zulassen! Es waren hunderte, ja tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, die da mitgewirkt haben, in erster Linie auch die, die mit ihrem Leben dafür eingestanden sind, die gekämpft haben. Es waren die Landarbeiter in diesem Land. Es war die gesamte Bevölkerung, vor allem im Unterkärntner Raum, aber es war ganz Kärnten, das sich hinter diesen Kärntner Abwehrkampf und hinter die Kärntner Volksabstimmung gestellt hat. Es waren Kärntnerinnen und Kärntner beider Sprachen und das alles muss Platz finden bei der Feier an sich! Was jetzt in Vorbereitung ist, ist die Landesausstellung 2020. Dazu gibt es einen Regierungsakt.

Zweiter Punkt: Die Besserungsklausel, die ihr immer anspricht bei der Hypo. Wir werden die Letzten sein, die dagegen sein werden, wenn ihr mit der Bundesregierung eine entsprechende Besserung für Kärnten erzielt! *(KO Darmann: Habt ihr schon gesagt, dass ihr das nicht macht!)* Ihr könnt euch sicher sein, wir werden jeden Euro annehmen, den die Bundesregierung uns hier als Besserung anbieten wird! *(KO Darmann: Ihr habt schon gesagt, dass ihr das Geld nicht braucht! Weil das ist das „Gescheiteste“, was ihr gemacht habt!)* - Nein, in dieser luxuriösen Situation ist Kärnten bedauerlicherweise nicht, Geld nicht zu brauchen, sondern im Gegenteil! *(KO Darmann: Schau‘ dir die Presseaussendung der Schaunig an!)* Kärnten kann jeden Euro, jeden Cent gut brauchen. Wenn es hier gelingt, mit uns gemeinsam und mit der Bundesregierung und mit eurer Unterstützung eine Besserung zu erzielen, werden wir sehr dankbar dafür sein. *(KO Darmann: Die SPÖ hat schon gesagt, dass sie das Geld nicht braucht!)* Zum Untersuchungsausschuss, den du angesprochen hast: Wir hatten in der letzten Periode zwei Untersuchungsausschüsse. In beiden Untersuchungsausschüssen wurde kein einziger Zeuge, keine einzige Auskunftsperson jemals abgelehnt. Wir haben immer zugestimmt und werden das auch in Zukunft so halten. Wenn du sagst, ich hätte gemeint bei der Debatte zum ersten Tagesordnungspunkt, die Verfassung wäre eine interne Angelegenheit, so hast du schlecht zugehört. Die Verfassung ist immer eine öffentliche Sache. Sie ist Sache dieses Hauses, sie findet auch öffent-

Scherwitzl

lich statt. Was ich gesagt und gemeint habe, ist, dass der Entscheidungsfindungsprozess in der Landesregierung, wie die sieben Mitglieder der Landesregierung abstimmen, eine interne Angelegenheit der Landesregierung ist. (*Zwischenruf von KO Darmann.*) Selbstverständlich legen wir als Gesetzgeber diesen Grundrahmen fest. Wenn wir gar nichts in die Landesverfassung geschrieben hätten, wäre das rechtlich auch möglich gewesen und das hätte die Landesregierung in ihrer Geschäftsordnung regeln müssen. (*KO Darmann: Du hast das vielleicht gemeint, aber nicht gesagt!*) - Ich habe das sowohl gesagt, als auch gemeint. Und das Letzte, zum Rechnungshof: Der Rechnungshof hat erst unlängst in einer seiner Bilanz-Pressekonferenzen bekanntgegeben, dass gerade Kärnten ein Bundesland ist, das in einer außerordentlich hohen Art und Weise die Empfehlungen des Rechnungshofes umsetzt und wir werden das auch in Zukunft so halten.

Nunmehr zu ein paar grundsätzlichen Bemerkungen auch zur Regierungserklärung beziehungsweise zur allgemeinen politischen Lage in diesem Zusammenhang. Eines muss man feststellen: Nicht eine Partei, egal welcher Farbe, verteilt die Macht. Die Macht wird in einer Demokratie, und das ist gut so, immer und ausschließlich von den Wählerinnen und Wählern verteilt. Ich glaube, ich brauche das Wahlergebnis nicht wiederzugeben. Man kann da die Sitze und Abgeordneten-Kollegen abzählen, um feststellen zu können, wie die Kärntnerinnen und Kärntner die Macht für die nächsten fünf Jahre verteilt haben, und es waren die Kärntnerinnen und Kärntner. In einer Demokratie hat der Wähler immer recht, ob uns das gefällt oder nicht. In der Vergangenheit hat es sehr oft Wahlergebnisse gegeben, wo wir, unsere Partei, eigentlich mit Kopfschütteln vor dem Wahlergebnis gestanden sind und uns das nicht erklären konnten. Letztlich haben wir es akzeptiert, wir mussten es akzeptieren, das ist das Wesen der Demokratie und dort hat der Wähler recht. In einem Punkt kann ich dem Kollegen Malle nicht zustimmen – jetzt ist er gerade hinausgegangen – nämlich, uns mit Kärntner Problemen zu befassen und nicht mit der Bundespolitik. Ja, selbstverständlich, unsere vordergründige Aufgabe ist es, für das Land Kärnten einzutreten! Aber Kärnten ist keine isolierte Insel. Jeder, der ein bisschen das Gesamtgefüge unserer Republik kennt, das Gefüge

des Föderalismus genauso wie das Gefüge des Finanzausgleichs, weiß, dass man die Landespolitik nicht getrennt von der Bundespolitik sehen kann und dass es hier massive Einwirkungen und Wechselwirkungen gibt. Kollege Darmann, in manchen Punkten, wo du dich zur Regierungserklärung geäußert hast, habe ich den Eindruck gehabt, du hast am Schreibtisch die falsche Regierungserklärung behandelt. Ich habe den Eindruck gehabt, du hast dich mit der Regierungserklärung der Bundesregierung auseinandergesetzt und nicht mit der Kärntens. Denn wenn du sagst, Inhaltslosigkeit, Ideenlosigkeit, das ist genau das, was ich mit der Regierungserklärung der Bundesregierung assoziiere. Also, offenbar hast du irgendwie in deinem Ablagesystem die falsche Regierungserklärung herausgegriffen. Die Kärntner Regierungserklärung, die Regierungserklärung des Kärntner Landeshauptmannes, der „Kärnten-Koalition“, ist nachgerade das Gegenteil davon, von dem du gesprochen hast. Ein Grundsatz steht für uns an der Spitze, nämlich das Gemeinsame für Kärnten zu suchen und gemeinsam Politik zu machen. Wir wollen niemanden ausgrenzen. Der Landeshauptmann hat auch angekündigt, und wir werden das umsetzen, nicht nur den Diskurs mit den im Landtag vertretenen Parteien zu suchen, sondern mit allen Parteien, die bei den Wahlen angetreten sind. Zweimal jährlich soll es auf Landtagsebene eine entsprechende Auseinandersetzung geben, auf Einladung des Landeshauptmannes und des Landtagspräsidenten, gemeinsam mit den im Landtag vertretenen Parteien, auf Ebene der Landtagspräsidiale. Und auch die Ideen, die von jenen Gruppierungen eingebracht werden, sind es wert, behandelt und diskutiert zu werden.

Wir haben auch erstmals in der Geschichte einen Petitionsausschuss eingerichtet, mit dem es leichter möglich sein sollte, zukünftig auch Petitionen, die von der Bevölkerung kommen, hier hereinzutragen. Wir haben mit dem Kollegen Weber am Samstag bei der „Wolfstagung“ schon ausgemacht, dass wir die Petition, die dort verabschiedet wurde, gemeinsam einbringen werden. Das werden wir tun, damit auch dieses Thema im Landtag Platz finden kann.

Wie sich das auf Bundesebene darstellt, nur diese Randbemerkung, hier glaube ich, wird die Opposition ausgegrenzt, Andersdenkende werden ausgegrenzt. Ich sage nur die Stichworte Köhlmeier und Winkler mit ihren Ansprachen in

Scherwitzl

jüngster Zeit. Zentrale Säulen der österreichischen Demokratie werden in Frage gestellt, die Sozialpartnerschaft wird untergraben, die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungsanstalten wird untergraben – ich denke, das ist eine gänzlich andere Politik, als wir sie in Kärnten machen und machen wollen. Wir wollen ein Land der Freiheit, der Redefreiheit, der Freiheit der Kunst und der Gedankenfreiheit sowieso. Bei Ihnen weiß man nicht so genau, ob Sie nicht im Orwell'schen Sinne neben der Totalüberwachung – Stichwort Überwachungspaket, das jüngst im Nationalrat beschlossen wurde – nicht auch noch eine Gedanken-Polizei schaffen wollen. Und erinnern Sie sich noch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen: Vor etwa einem Jahr, im Frühjahr 2017 haben Sie noch mit Vehemenz und kategorisch das Überwachungspaket abgelehnt. Heute, ich bin wieder beim „Freiheitlichen Tiger“, schlägt er wieder laut zu, laut gebrüllt, gelandet als Bettvorleger. Sie haben gesagt, die ÖVP hat die Hosen hinuntergelassen. Ja, Sie haben es sogar geschafft, mit Ihrem Innenminister sich selbst das Fell über die Ohren zu ziehen, um es dann dem Kanzler als Bettvorleger darzubringen. Aber zurück zur Gedanken-Polizei: Seit der 500-Jahr-Feier der Stadt Klagenfurt – und das ist eine bemerkenswerte Wandlung, wie ich auch heute festgestellt habe, Hesse, Camus – entdecken die Freiheitlichen ihre besondere Liebe zur Literatur. Ich begrüße das! Und Sie kennen – ich habe das schon erwähnt – George Orwell, sein berühmtes Buch „1984“. Wenn nicht, ist es jedem hier im Hause zur Lektüre empfohlen! Aber ich warne Sie, manches Mal muss man bei Büchern einen ähnlichen Warnaufdruck aufdrucken wie bei den „Tschick-Packerln“! Ich warne Sie: Lesen kann erschrecken, Lesen kann einen verunsichern! Nun, bei Orwell hat die Gedanken-Polizei die Aufgabe, alles, was nichts ins Weltbild passt, zu denunzieren und das sogenannte „Gute“ durchzusetzen. „Schädliche Begriffe“ werden ausge-merzt, die Sprache wird „bereinigt“, „Neusprech“ heißt das dann bei Orwell, und der „schädlichste Begriff“ von allen ist die Freiheit. Kennen Sie das mit dem Denunzieren? (*KO Darmann: Die SPÖ-Partei-Zentrale!*) - Kommt Ihnen das bekannt vor? (*KO Darmann: Ja, vom Kern!*) - Ja, das kommt Ihnen bekannt vor! Dann sind sie ein regelmäßiger Seher von Straches FPÖ-TV! Und genau das ist die Methode! Denunzieren und das Ziel Gedanken-

Kontrolle! Also zusammengefasst: Achtung – wer lesen kann und es auch tut, ist nicht nur klar im Vorteil, sondern wer Bücher liest, ob von George Orwell oder von Josef Winkler, läuft Gefahr, die Fähigkeit zur Selbstkritik zu entwickeln! Aber Sie können sich sicher sein – und das ist auch im Regierungsprogramm verankert – wir werden nicht nur die Menschenrechte, sondern gerade auch die Freiheit in all ihren Facetten verteidigen! Ob es gefällt oder nicht gefällt.

Zweiter Aspekt zum Regierungsprogramm: Wir haben dieser „Kärnten-Koalition“ eine Werte-Haltung, einen Werte-Katalog zugrunde gelegt, nicht nur Beliebigkeiten. Was sind diese Werte - beispielsweise Gerechtigkeit:–Wir machen Politik nicht nur für Reiche, sondern für alle Menschen in Kärnten. Das Miteinander: Wir lassen niemanden auf dem Weg zurück und das unterscheidet uns von vielen anderen. Soziale Sicherheit: Wir haben nicht die Absicht, die Notstandshilfe in die Mindestsicherung umzuwandeln, damit das Land finanziell massiv zu belasten und andererseits den Leuten ihr Eigentum wegzunehmen. (*KO Darmann: Unwahrheit!*) Die Würde des Menschen ist ein klarer Wertebegriff für uns, nämlich aller Menschen. Das Bekenntnis zu einem starken Unternehmertum, einer flächendeckenden Landwirtschaft. Die Freiheit der Kunst – als ob wir beim Schreiben des Regierungsprogramms gewusst hätten, dass gerade die Freiheitlichen bereits in der ersten Landtagssitzung diesen Grundsatz in Frage stellen wollen, mit ihrer Kritik an Josef Winkler. Ein Bekenntnis zu den Menschenrechten generell. Eine klare Absage an alle politischen Extremismen und - ich sage das klar und unmissverständlich, weil das heute hier angesprochen worden ist - eine klare Absage an alle politischen Extremismen, ob linke oder rechte, ob religiöse oder nicht religiöse. Die Sozialdemokratie ist jene Partei – ohne dass ich hier große historische Exkurse wage – die sich von allen kommunistischen und totalitären Systemen immer abgegrenzt hat. Und die Sozialdemokratie ist jene Partei in der Geschichte der Republik Österreich, die ausnahmslos immer auf der Seite der Demokratie gestanden ist! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Wir legen ein klares Bekenntnis zu einer aktiven Nachbarschaftspolitik und auch Neutralitätspolitik ab. Daher ist auch die Präambel unserer Re-

Scherwitzl

gierungserklärung in vier Sprachen geschrieben, in Deutsch, no na net, als die Amtssprache unseres Landes, in Slowenisch als die Sprache der Volksgruppe unseres Landes und unseres Nachbarn, in Italienisch als unsere Nachbarsprache und in Englisch, damit wir auch in allen Ländern der Europäischen Union mit unserer Regierungserklärung verstanden werden, denn auch ein klares Bekenntnis zu Europa und zur Europäischen Union steht hinter dieser Regierungserklärung. Last but not least, neben vielen anderen Werten auch ein Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft. Wir werden den Kärntner Weg fortsetzen, den Kärntner Weg der letzten Jahre. Wir haben ein neues politisches Klima geschaffen, nicht wir alleine, wir alle gemeinsam hier herinnen, in der Art und Weise, wie wir die Diskussion und den Diskurs auch im Landtag gepflegt haben und nicht nur im Landtag, sondern auch in der Öffentlichkeit. Und ich streue hier bewusst auch der Opposition Rosen – ja, wir können hier herinnen harte Auseinandersetzungen führen, aber letztlich kommt es auf den Ton an und wenn wir es schaffen, ohne persönliche Untergriffe auszukommen, kann die Auseinandersetzung gar nicht so hart sein, dass dann Verletzungen übrigbleiben. Und das ist wichtig! Nach jeder Debatte müssen wir in der Lage sein, uns miteinander noch in die Augen sehen zu können. Und es ist eine Einladung an alle Menschen in Kärnten, die Zukunft gemeinsam zu gestalten!

Zum Schluss kommend, erlauben Sie mir noch ein paar Worte zur Verfassungsfrage: Es war kein Freud'scher Versprecher, ich habe das im vollen Bewusstsein gesagt, dass selbst mit der neuen Landesverfassung nach wie vor eine Schiefelage gegeben ist, zu Ungunsten der Opposition. Wir haben diese Schiefelage etwas flacher gemacht, aber sie ist aufgrund der Strukturen, die gegeben sind, vorhanden. Ich weiß natürlich, dass der Landtag nicht nur die Budgethoheit hat. Ich weiß natürlich, dass der Landtag die Gesetze zu beschließen hat und dass die Regierung immer nur im Sinne des Legalitätsgrundsatzes, in Ausführung der Gesetze handeln kann. Aber aufgrund der faktischen Möglichkeiten des täglichen operativen Geschäftes gibt es Vorteile für die Regierungsparteien. Und vielleicht ein Problem: Es wäre vielleicht besser gewesen, im Zusammenhang mit der Verfassungsdebatte den einen oder anderen Punkt zur Stärkung der Oppositionsrechte eurerseits noch mit einzubringen.

Aber ich sage hier so wie mein Kollege Malle, die Bereitschaft von uns ist gegeben, über Verbesserungen zu reden. Für mich ist es nicht verständlich – und ich hörte das gestern und heute zum ersten Mal – dass hier Unterlagen aus der Regierung nicht zur Verfügung gestellt werden. Wir bewegen uns natürlich in einem Spannungsfeld der Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Legislative. Ich sehe die Verordnung zu den Fischottern etwas anders als Kollege Markus Malle. Wir wissen das, eine Verordnung passiert in Vollziehung der Gesetze und ist an sich ein Verwaltungsakt, auch wenn es sich um eine generelle Norm handelt, aber die Verordnung passiert in Ausführung eines Landesgesetzes, und das Landesgesetz ist eindeutig eine Materie, die im Kärntner Landtag zu behandeln ist. Für mein Dafürhalten sind die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, und wir werden dem auch nachgehen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Und ich sage auch – die Finanzreferentin ist derzeit nicht da – ich habe das heute das erste Mal gehört, dass es bei den Monatsberichten zur Zwölfstel-Lösung keine Übermittlung der Unterlagen gegeben hat. Na, wenn das keine Landtagsmaterie ist, was bitte dann? Der Landtag hat die Budgethoheit, also sind diese Unterlagen aus meiner Sicht selbstverständlich zu übermitteln, und ich werde mich dafür einsetzen, dass das auch passiert! Und wenn das aus irgendeiner rechtlichen Begründung heraus nicht möglich sein wird, dann werden wir das gemeinsam ändern. Wir werden das nachschärfen. Die Bereitschaft unsererseits dazu ist gegeben, wir werden euren Antrag im Verfassungsausschuss aufgreifen, wir werden den Diskurs dazu suchen, wir werden uns die Geschäftsordnung noch ansehen. Ich habe das auch im letzten Jahr bei der Debatte gesagt: Es wird Punkte geben, wo man Dinge korrigieren wird müssen. Aus der Erfahrung heraus wird man lernen, wie entwickelt sich etwas, was man sich vielleicht im Kopf ausgedacht hat als Modell, wie entwickelt sich das in der Praxis. Und unsere Bereitschaft, das gemeinsam zu ändern und gegebenenfalls auch die Verfassungsmehrheit für eine Änderung zur Verfügung zu stellen, ist jedenfalls da. Unser Ziel ist es nicht, die Oppositionsrechte zu schwächen, sondern unser Ziel ist es, hier auch eine starke Opposition zu haben. Denn letztlich – und das gestehe ich Ihnen auch zu – selbst die Oppositionsparteien und wir alle setzen uns jeder auf seine Art dafür

Scherwitzl

ein, dass in Kärnten das Beste für die Menschen möglich wird und so eine Politik gemacht wird!

Wir haben – und damit komme ich wirklich zum Schluss – die Versprechen der letzten Legislaturperiode gehalten. Ich werde das jetzt nicht verbreitern, weil sonst reden wir morgen noch, in wie vielen Punkten uns das gelungen ist, und wir werden auch die Versprechen, die wir jetzt in diesem Regierungsprogramm abgegeben haben, in den nächsten fünf Jahren versuchen, umzusetzen. Jeder weiß es, ob Kommunalpolitiker, Landespolitiker oder Bundespolitiker – einen hundertprozentigen Erfüllungsgrad eines Wahlprogramms oder eines Regierungsprogramms wird es niemals geben. Wir haben viel vor, wir werden Schritt für Schritt umsetzen, gemeinsam und für Kärnten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Herr Klubobmann-Stellvertreter! Ich bitte den nächsten Stellvertreter, Herrn Mag. Leyroutz, zum Rednerpult!

Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Herr Kollege Scherwitzl, ich danke zunächst einmal für die Klarstellung im Hinblick auf die Fischotterverordnung und die anderen Regierungsakte, weil ich es als Selbstverständlichkeit erachte, dass auch die dementsprechenden Aktenbestandteile zur Verfügung gestellt werden! Mir ist schon klar, dass die Fischotterverordnung öffentlich einsehbar ist, aber um die wirklich nachvollziehen zu können, benötigt man die dahinterstehenden Gutachten und die gutachterlichen Stellungnahmen und um die geht es bei einem derartigen Akt. Genauso ist selbstverständlich, dass natürlich sämtliche Unterlagen betreffend das Budgetprovisorium einsehbar sein müssen. Herr Kollege, was mir aber an deinen Ausführungen missfällt, sind die Seitenhiebe in Bezug auf das Kunstverständnis der Freiheitlichen. Das kann man in dieser Form nicht stehen lassen! Wir sagen ganz klar, die Freiheit der Kunst ist einer der essentiellen Bestandteile jeglicher Rechtsordnung in Österreich und in Kärnten, aber ich darf hier auch auf einige Werke verweisen, wonach auch der Kunst gewisse

Grenzen gesetzt sind. Es gibt da ein sehr interessantes Buch von Julius Morel, das sich mit Freiheit und Ordnung auseinandersetzt und das unter einer soziologischen Perspektive betrachtet: „Der Freiheit sind dort die Grenzen gesetzt, wo sie in sehr persönliche Bereiche des Lebens eingreift.“ Und wenn man sich die Festrede von Josef Winkler anhört, wenn man sich auch seine Bezugnahme zum Ingeborg-Bachmann-Preis und zu seiner dort gehaltenen Rede 2009 ansieht, dann hat er eine rote Linie überschritten, die mit Freiheit der Kunst nichts mehr zu tun hat, denn nicht umsonst ist unser Abgeordneter, der Dritte Präsident Lobnig und sind auch einige weitere Besucher aufgestanden und haben diesem Treiben nicht mehr zugehört. So viel zur Freiheit der Kunst. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Du hast auch angeführt, wir sollten eines der berühmtesten Werke von George Orwell lesen. Ich habe es gelesen. Es gibt aber noch ein sehr interessantes Werk, auf das ich dann später noch Bezug nehmen werde, es ist auch von George Orwell, die „Animal Farm“. Eine sehr bekannte dystopische Fabel, auf die ich dann noch ein bisschen eingehen werde. Aber um jetzt zum Inhalt zu kommen: Anlässlich der Regierungserklärung vom Landeshauptmann Kaiser im Jahr 2013 habe ich schon als damaliger Klubobmann auf die damalige Regierungserklärung replizieren dürfen und ich habe mir heute diese Rede zur Vorbereitung noch einmal angesehen und ich könnte sie eigentlich inhaltsgleich aufgrund der Qualität der diesjährigen Regierungserklärung wieder halten, aber ich müsste sie mit schärferen Tönen versehen. Ich habe damals ein Zitat von Peter Kaiser gebracht, das er schon in zwei seiner Reden zur Regierungserklärung im Vorfeld gebracht hat, nämlich, ich zitiere: „Alte Fehler dürfen in neuen Zeiten nicht wiederholt werden.“ Wobei Peter Kaiser in seiner 2013 abgehaltenen Regierungserklärung wortwörtlich weiter ausgeführt hat: „Eine Absage an veraltete politische Methoden in der Politik, und in Kärnten darf das nicht mehr Produkt des Eigentums der politischen Parteien werden.“ Ich habe damals gesagt, Papier ist geduldig und Worte manchmal wie Schall und Rauch und jetzt, nur fünf Jahre später ist genau dies mit einer neuen Regierungserklärung eingetreten. Die SPÖ wiederholt ihre alten Fehler, diesmal gemeinsam mit der ÖVP, in einer unerträglichen Art und Weise. Und wenn ich hier nochmals auf die Debatte zur

Leyroutz

Änderung der Verfassung heute am Vormittag zurückkomme, dann schaudert mich, wenn ich deine Erklärungen nochmals Revue passieren lasse!

Du magst es vielleicht anders gemeint haben in der öffentlichen Erklärung, aber du hast das genauso gemeint, wie du es im Endeffekt ausgesagt hast. Das ist der Ungeist der Koalition, der hier einzieht und das habe ich schon 2013 ausgeführt. Ich habe auch 2013 davor gewarnt, dass man in Kärnten nur etwas werden kann, wenn man das rote Parteibuch besitzt. Diese Situation hat sich nicht gebessert, sie ist schlimmer geworden. Denn wenn man in alten Regierungserklärungen noch verklausuliert, auf den Postenschacher Bezug genommen hat, dann hat man ihn diesmal erstmals in der Regierungserklärung festgeschrieben. So hat man in dieser Regierungserklärung erstmals die Aufteilungen in den einzelnen Referaten wortwörtlich festgeschrieben. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn im Regierungsprogramm wortwörtlich festgehalten wird, dass die Personalhoheit bezüglich Postenbesetzungen dem Referenten in seinem Bereich alleine zukommt. Gratuliere, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Schwarz, die Aufteilung nach Parteibüchern ist perfekt! Die Objektivierung wird weiterhin wie bis jetzt umgangen, das Parteibuch ist zurückgekehrt, Qualität zählt nicht mehr! Denn anders, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man das nicht mehr bezeichnen, was vor allem Sie heute von der ÖVP abgeliefert haben. Man kann Ihr Verhalten heute zum Tagesordnungspunkt 1 nicht anders als mit einem Film umschreiben: „Das Schweigen der Lämmer.“ Und dies nur zum Preis für ein wenig Personal und ein wenig Einfluss! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren von SPÖ und ÖVP, das ist die Politik der Vergangenheit, die Sie in die Gegenwart holen. Und glauben Sie mir, das wird nicht goutiert. Das „Schweigen der Lämmer“ ist vorhin das erste Mal vom Klubobmann unterbrochen worden, vom Klubobmann, dem „Napoleon der Überschriften“, inhaltsleer etwas zu beschwören, um darzulegen, was im Grunde genommen nur dem alten Postenschacher geschuldet ist. Und wenn die Kritik daher gekommen ist, dass das Regierungsprogramm in inhaltlicher Art und Weise noch nicht in allen Punkten diskutiert wurde, dann verweise ich darauf, dass alle unsere restlichen sieben Abge-

ordneten zu den einzelnen Punkten inhaltlich noch ausführlich diskutieren und ihre Meinung zu dem Programm abgeben werden. Meine Meinung zu dem Regierungsprogramm ist: Es handelt sich um eine visionslose Aneinanderreihung einzelner Themen, ohne Konkretisierung, ohne konkreten Zeitablauf, ohne konkrete Budgetierung, schlichtweg ein zu Papier gebrachtes Nullum! Aus der Sicht der ÖVP eine Selbstaufgabe zum Preis von Posten, unter Beibehaltung des landwirtschaftlichen Schulwesens! Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Programm ohne Leuchtturm-Projekte, aber ich erkenne darin nicht einmal ein Glühwürmchen-Projekt und das ist das Fatale an diesem Regierungsprogramm! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ich darf jetzt auf etwas verweisen, und das wurde im Zuge der Verfassungsreform ja ausführlich diskutiert. Die Herren von SPÖ, ÖVP und Grünen haben ja keine Kosten gescheut und sie haben eine Broschüre herausgegeben, „Demokratiepaket – gemeinsam die Zukunft gestalten“. Hier wird unter dem Untertitel, „Von der Konzentration zur Koalition“, von SPÖ, ÖVP und den Grünen versprochen, dass die „Landesregierung neu“, gemeint ist die Regierung nach der Verfassungsreform, nur mehr fünf Landesräte umfassen und nicht wie in der früheren Regierung aus sieben Mitgliedern bestehen wird. Dieses Versprechen, eines der zentralen Versprechen Ihrer Verfassungsreform, wurde gebrochen, aber es geht ja um Posten und um Jobs. Auf das Einstimmigkeitsprinzip will ich nicht mehr eingehen.

Die Pflege: In der Pflege geht die SPÖ genau den falschen Weg weiter, den sie schon in der Vergangenheit gegangen ist. Sie steckt das Geld in den Sozial- und Verwaltungsapparat, aber nicht das Geld in den Pflegling. Sie beabsichtigen, in jeder Gemeinde einen Kümmerer einzustellen, aber damit werden wieder nur Strukturen und die Sozialverwaltung gefördert, aber das Geld kommt nicht bei den Betroffenen an. Mir fehlt im Regierungsprogramm jegliches Bekenntnis zum Ausbau von alternativen Lebensräumen und mir fehlt das Bekenntnis, ambulante Pflege vor stationärer Pflege. Wir haben das im Vorfeld der letzten Wahl ausführlich diskutiert. Die stationäre Pflege ist derzeit weit attraktiver für die einzelnen Personen als die ambulante, und Sie setzen hier schlichtweg die falschen Anreize.

Leyroutz

Ich komme hin zum Thema Wohnbau: Wir haben hier im Sondierungsgespräch eine meines Erachtens sehr gute Diskussion auch mit der Landesrätin Schaunig geführt. Von unseren Diskussionspunkten haben wir in Ihrem Regierungsprogramm nichts gefunden. Wir haben in der Diskussion klargemacht, es geht hier nicht um das Geld des Landes, das hier eingesetzt wird für die Wohnbauförderung, sondern das wird auch von den Arbeitnehmern bezahlt aus dem Arbeitnehmeranteil und die Arbeitnehmer haben einen Anspruch darauf, dass ihnen eine Förderung zukommt. Die Förderung wird dementsprechend eingeschränkt, wenn der einzelne Arbeitnehmer nicht mehr die Möglichkeit hat, dementsprechend Förderungen in Form von Einzelmaßnahmen für Wohnbausanierung vorzunehmen, weil schlichtweg nur noch gemeinsame Fördermaßnahmen gefördert werden. Dadurch kommt es dazu, dass dann diese Mittel zweckwidrig eingesetzt werden. Wir werden im Laufe dieser Landtagsperiode einen Vorstoß dahingehend starten, dass man die Gelder aus der Wohnbauförderung ausschließlich zweckgewidmet einsetzt und dass man sie nicht mehr dem allgemeinen Budget zuführt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wir haben in den Bereichen Demokratie, Verwaltung, Personal und Sicherheit heute bereits einige Kritikpunkte im Tagesordnungspunkt 1 diskutiert und näher ausgeführt. Faktum ist, das Wort „Demokratie“ findet sich in Ihrem Regierungsprogramm ausschließlich in der Überschrift, aber sonst – und da komme ich wieder auf die Akteneinsicht zurück – ist von Demokratie keine Spur. Sie haben bereits im Regierungsprogramm 2013 angekündigt, eine Transparenzdatenbank einzuführen, in dieser alle öffentlichen Förderungen und Unterstützungen nachvollziehbar aufzulisten – bis heute nicht umgesetzt! Und die Einführung der Transparenzdatenbank findet sich in Ihrem neuen Regierungsprogramm nicht mehr. Die Verwaltung, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird aufgebläht. Wir haben gemeinsam mit der ÖVP vor Jahren die Abteilungen abgespeckt. Sie stocken diese Abteilungen wieder auf 14 Abteilungen auf. Bestehen bleibt darüber hinaus der Verwaltungsapparat für die landwirtschaftlichen Schulen – meines Erachtens ein Rückschritt! Und was mir im Vergleich zum Regierungsprogramm 2013 aufgefallen ist, dass ein paar Elemente aus

dem letzten Regierungsprogramm nicht mehr enthalten sind. So waren im Jahr 2013 vor allem in der Präambel noch nachstehende Worte sehr massiv enthalten: Respekt, Offenheit, Augenhöhe, gepaart mit Disputfähigkeit, Bescheidenheit und gepaart mit Vertrauen. So musste ich feststellen – und das habe ich bereits heute im Tagesordnungspunkt 1 ausgeführt – dass Respekt, Offenheit und Augenhöhe im Zusammenhang mit der Einräumung von Oppositionsrechten auf der Strecke geblieben sind. Und unter sprichwörtlicher Bescheidenheit, da komme ich wieder auf dich zurück, Kollege Scherwitzl, versteht die SPÖ offensichtlich die heute postulierte Ausführung, wonach die Verfassung zu den inneren Angelegenheiten der SPÖ zählt. *(Einwand von Abg. Scherwitzl.)* Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren – und hier komme ich zu einem wesentlichen Punkt – im Jahr 2013 wurde noch größter Wert auf das Wort „Vertrauen“ in der Regierungserklärung gelegt. In Ihrer jetzigen Regierungserklärung kommt dieses Wort kein einziges Mal vor. Ich habe mir in den letzten Wochen die Frage gestellt, woran das liegen kann, dass das Wort „Vertrauen“ nicht mehr vorkommt. Als „Advocatus Diaboli“ habe ich mir so meine Gedanken gemacht. Und ich habe mir am Ende des Tages die Frage gestellt, ob der Begriff des Vertrauens etwas mit den Vorgängen in der SPÖ im Zusammenhang mit Top Team, etwas mit der Annahme einer Diversion und etwas mit Untreue-Handlungen gegenüber dem Land Kärnten zu tun haben könnte. Dann haben wir nachgesehen und im Zusammenhang mit der Berichterstattung in der „Krone“ am Mittwoch, den 15. Februar 2017, in welcher die Landeshauptmann-Stellvertreterin die beiden Chefs der LIG fristlos entlassen hat, sind wir fündig geworden. Diese beiden wurden mit der Begründung fristlos entlassen: „Es geht um den Verlust von Vertrauen. Entstanden ist dieser durch das Schuldeingeständnis im Prozess. Denn dieses Schuldeingeständnis sei“, so Schaunig, „auch die Voraussetzung für die Diversion gewesen.“ Ich zitiere aus der „Krone“ weiter, im Klartext: „Keine Diversion ohne Schuld.“ An diese Stelle passt auch der Kommentar des zuständigen Journalisten: „Ups, war das gescheit?“ fragte damals Fritz Kimeswenger. Ein Schelm, der was Böses denkt, ein Schelm, wer schon einmal „Animal Farm“ gelesen hat, das berühmte Werk und die berühmte Fabel von George Orwell mit dem Spruch: „Alle Tiere sind gleich, nur manche

Leyroutz

sind gleicher.“ Oder wenn man es anders formuliert: „Wenn zwei das Gleiche tun, ist es doch nicht das Gleiche“, oder: „Untreue ist nicht gleich Untreue“, „Diversion ist nicht gleich Diversion“, oder: „Konsequenzen gibt es nur für jene, die nicht ins politische Konzept passen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt sind nach der Wahl vier Diversionen bekannt geworden, aber erst nach der Wahl. Vor der Wahl ein Unschuldslamm, nach der Wahl vier Diversionen. Dem Vernehmen nach betroffen ein Landeshauptmann und zwei engste Mitarbeiter des Landeshauptmannes. Konsequenzen wie bei den Geschäftsführern der LIG gab es keine, weder bei den beiden Mitarbeitern und SPÖ-Mitgliedern noch beim Vorsitzenden der SPÖ. Gleiches Recht für alle oder gleicheres Recht für alle, würde ich sagen. Vertrauen oder nicht Vertrauen ist hier die Frage. Oder man könnte auch sagen: „Worte sind wie Schall und Rauch“, wenn ich die Ausführungen der Frau Schaunig in den Zeitungen heranziehe. Oder man könnte auch meinen und ihr Schweigen auch dahingehend deuten: „Was interessiert mich mein dummes Gewäsch von gestern“ zur Schuld? Wenn dann noch in einem einzigartigen Justiz-Skandal, wie es auch gestern passiert ist, ein bekannter Strafrichter und erklärter Gegner der Freiheitlichen ausrückt, dann auf einmal eine andere Ansicht vertritt als der Oberste Gerichtshof in seiner Judikatur oder auch die Finanzreferentin selbst, dann wird es wirklich ernst in Kärnten! Denn die oberstgerichtliche Judikatur zur Diversion ist eindeutig und hängt unter anderem und vor allem auch von der Haltung des Beschuldigten ab und setzt Einsicht – ich sage Einsicht! – demnach seine Bereitschaft voraus, Verantwortung für das ihm zur Last gelegte Tatsachengeschehen zu übernehmen. Schuldeneinsicht und Verantwortung setzt ein Verschulden voraus. Ich frage mich, warum wird hier nicht Gleiches gleich behandelt? Warum wird jemand, der die gleiche Verantwortung für das Gleiche übernommen hat, anders behandelt als zwei Geschäftsführer, die es ebenfalls getan haben, die aber über eine Weisung gehandelt haben? Ich sage Ihnen, warum. Es geht hier um Politik, es geht hier um Macht und es geht darum, dass die Justiz am linken Auge blind ist, *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* und dass es vor allem auch eine Person in der Justiz gibt, die das gewaltentrende Prinzip negiert und sich in die Legislative

einmisch! Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird Gegenstand nicht nur einer, sondern mehrerer parlamentarischer Anfragen an das Justizministerium, verbunden mit weiteren Anträgen sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Vertrauen ist das Thema. Vertrauen, Herr Landeshauptmann, das Sie – und das zeigt auch unser Misstrauensantrag und unser Misstrauensvotum – von unserer Fraktion nicht mehr genießen! Herr Landeshauptmann, Sie haben die Verantwortung für ein vor langer Zeit erschiene Insertat übernommen. Die gleiche Justiz, die am linken Auge blind ist, hat offensichtlich nicht ordnungsgemäß recherchiert, denn ich darf Ihnen hier noch zwei Inserate zeigen, nur zwei! *(Der Redner hält Zeitungsausschnitte in die Höhe.)* Auch Inserate, für die Sie inhaltsgleich auch eine Verantwortung zu übernehmen hätten. Das gleiche Insertat, bezahlt auf Landeskosten, SPÖ-Werbung, ist auch im Zentrum, im „Kärntner Monat“ und nicht nur in der Feuerwehrzeitung erschienen. Gleiche Tat, keine Schadenswiedergutmachung, Parteigelder auf Kosten des Landes! Ich stelle mir jetzt die Frage, ob die Justiz aufgrund der heutigen Meldung diese beiden Inserate von Amts wegen aufgreifen und ermitteln wird. Ich stelle mir auch die Frage, ob die Justiz von Amts wegen hinsichtlich weiterer 15 Inserate – weiterer 15 Inserate! – mit ähnlichem Inhalt, mit ausschließlich SPÖ-Slogans, von Amts wegen tätig werden wird oder ob es auch hier erforderlich sein wird, abermals Sachverhaltsdarstellungen zu übermitteln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ich schätze Sie persönlich, aber Sie genießen aufgrund dieser Angelegenheit nicht mehr unser Vertrauen, und ich erwarte mir, dass auch hier die gleichen Konsequenzen wie für Angestellte gelten!

Ich möchte schließen mit den Worten von Adolf Winkler in einem Kommentar vom 14. Februar 2017: „Das andere ist die Moral.“ Finanzreferentin Gaby Schaunig hat als Eigentümer-Vertreterin so konsequent wie weitreichend gehandelt, indem sie den Manager abberufen hat. Ein Schritt der Aufarbeitung. Auch dabei legt das Maß das Recht an. Der Vertrauensverlust ist nachvollziehbar am Ende.“ *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

(Abg. Scherwitzl meldet sich zur Geschäftsordnung.) Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann-Stellvertreter!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Zur tatsächlichen Berichtigung! Kollege Leyrouz hat hier vom Rednerpult aus behauptet, die Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaubig hätte in einer im Eigentum des Landes stehenden Landesgesellschaft zwei Geschäftsführer entlassen. Das ist unrichtig. Dazu hat sie weder die Zuständigkeit noch die Kompetenz.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Das war jetzt zur Geschäftsordnung. Bitte, Frau Klubobmann-Stellvertreterin, Sie sind jetzt am Wort. Bitte zu sprechen!

Abgeordnete **Häusl-Benz** (ÖVP):

Danke! Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Über das Regierungsprogramm haben wir heute schon viel gehört und werden wir heute noch viel hören. Ich kann nur hoffen, dass wir hier gemeinsam mit einem großen Enthusiasmus an diese Aufgabe herangehen und uns gegenseitig bei der Umsetzung der einzelnen Punkte ehrlich unterstützen, um Kärnten fit für die Zukunft zu machen. In der Präambel unseres Regierungsprogrammes werden Werte angesprochen. Miteinander, Gerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter, explizit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise die Möglichkeit der Wahlfreiheit hervorgehoben. Dieses Thema liegt mir sehr am Herzen und deswegen möchte ich darauf auch näher eingehen. Die Möglichkeit der Wahlfreiheit wird hervorgehoben, individuelle Familienplanung und Entscheidungsfreiheit stehen im Mittelpunkt. Dafür ist insbesondere der weitere Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, die den Bedürfnissen sowohl der Kinder als auch der Eltern gerecht werden, notwendig. Erlauben Sie mir bitte, ein paar wichtige Punkte zu erwähnen wie zum Beispiel den Ausbau ambulanter Erziehungshilfen, Stärkung des Pflegeelternwesens,

Qualitätsoffensive im Kinderschutz und Ausbau der familienentlastenden Angebote. Dies alles steht im Regierungsprogramm. Besonders freut es mich, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sich wie ein Leitfaden durch das Regierungsprogramm zieht. Und wenn wir dieses Thema aktiv angehen und aufgreifen, dann werden wir viel von dem erreichen, was wir uns vorgenommen haben. Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum ist überwiegend weiblich. Ein überholtes Familienbild, vor allem Frauenbild darf nicht den Weg in die Zukunft verstellen. Die politische Führung muss daher gezielt und primär die Gleichbehandlung von Mann und Frau, die gezielte Förderung von Frauen bei Aufstiegs- und Leistungs-Chancen sowie bei Betriebsnachfolgen in Landwirtschaft und Wirtschaft im Auge behalten. Und erlauben Sie mir, kurz zu erklären, was ich überhaupt unter dem Begriff „Familie“ meine. Für mich ist das, was Familie ausmacht, die gegenseitige Verbundenheit und die gegenseitige Übernahme der Verantwortung für eine oder mehrere Generationen. Familienfreundlichkeit ist längst nicht mehr nur eine Frage des sozialen Engagements, sondern von elementarer Bedeutung für den Wirtschafts-, Lebens- und Zukunftsstandort Kärnten. Familie ist das Wichtigste im persönlichen Werdegang eines Menschen und das Wichtigste für ein Land, um die Zukunft zu sichern. Die Kärntner Volkspartei setzt sich für eine familienfreundliche Gesellschaft ein, in der die Bedürfnisse der Familien Gestaltungsprinzipien der relevanten Politikbereiche sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt daher auch zu den wichtigsten Aufgaben unserer modernen und zukunftsorientierten Familienpolitik. Wir arbeiten an einer flexiblen Kinderbetreuung, die zugleich familien- und kinderfreundlich ist. Auf Initiative der Kärntner Volkspartei ist eine Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes gelungen, wodurch die Kinderbetreuung nun direkt am Arbeitsplatz der Eltern möglich ist. Für die Kärntner Familien ist die Kinderbetreuung am Arbeitsplatz ein Riesenerfolg. Wissen Sie eigentlich, dass viele innovative, erfolgreiche Kärntner Betriebe und Organisationen bereits auf Vereinbarkeit setzen und mit der Zertifizierung bei Stellenausschreibungen punkten? Erlauben Sie mir, hier ein paar Beispiele zu nennen: Die Infineon, die Alpen-Adria-Universität, die KELAG, die BKS-Bank, das Hilfswerk sowie weitere Krankenhäuser und Pflege-Organisationen und auch kleinere Unter-

Häusl-Benz

nehmen. Und Betriebe tun gut daran, auf die Vereinbarkeit zu setzen, denn damit steigt die Wettbewerbsfähigkeit und man findet und bindet gute Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass die Vereinbarkeit modern und innovativ ist, daher machen wir Kärnten zur kinder- und familienfreundlichsten Region Europas. Die Vereinbarkeit ist der Schlüssel dazu. Für die Umsetzung stehen gute Instrumente zur Verfügung. Auch die Zertifizierung als kinder- und familienfreundliche Gemeinde wird zunehmend bei uns aufgegriffen, um langfristige Strategien für Zugang und gegen Abwanderung zu entwickeln. Seitens der „Kärnten-Koalition“ werden wir sie aus vollem Herzen aufnehmen und mittragen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Frau Abgeordnete! Als Nächster am Wort ist der Obmann-Stellvertreter des Teams Kärnten-Liste Köfer, Herr Prof. Hartmut Prasch. Ich darf dir das Mikrofon freischalten!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr Landesrat! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause, oben sind keine mehr! Wir sehen naturgemäß die Regierungserklärung durchaus differenzierter als manch andere Parteien. Die Regierungserklärung des Landeshauptmanns zeichnete sich mehr oder weniger als Produktion von viel heißer Luft aus und schließt nahtlos an das präsentierte Regierungsprogramm an. Kaum konkrete Ansagen, kaum greifbare Themen, kaum Ideen oder Visionen, die irgendwie näher ausgestaltet sind. Dies hat auch durchaus der Klubobmann der SPÖ angedeutet. Löblich ist, dass man sich von Rot-Schwarzer Seite zu einem, ich zitiere, „gesunden Landeshaushalt und Schuldenabbau“ bekennt. Allein, die Frage nach dem Wie, wie es bewerkstelligt werden soll, bleibt völlig unbeantwortet. Die Bevormundung der Bürger geht ebenfalls weiter. Thema Rauchverbot für Jugendliche unter 18 Jahren – wie soll dies eingehalten und kontrolliert werden? Will man eine Einschränkung des Freiraums auf die Größe eines Bierde-

ckels? Mit 16 darf man Autofahren, Kinder zeugen, wählen und Alkohol trinken, aber Rauchen nicht.

Das Thema Pflege wird eine Mega-Baustelle in der neuen Periode, mit der Finanzierung als großes, ungelöstes Problem, auch bundesweit. Wir vom Team Kärnten sprechen uns deutlich für eine Pflegeversicherung und stärkere Förderung der 24-Stunden-Betreuung zu Hause aus. Das Pflegeheim darf nur letzter Ausweg sein. In Oberösterreich werden bereits keine neuen Pflege-Betten in Heimen mehr geschaffen. Dort wurde der Paradigmen-Wechsel bereits eingeleitet, übrigens unter einer SP-Soziallandesrätin. Der Bereich der Krankenanstalten beweist, was ÖVP-Wahlversprechen und Wahltöne wert sind, nämlich genau gar nichts. Denken wir nur an das Thema Einsparungen von hunderten Millionen. Die Ankündigung des Landeshauptmanns, dass man bereits in den ersten Monaten der neuen Koalition ein neues Gehaltsschema für den Landesdienst zusammenbringt, ist sehr kühn. Dies ist in der Vorperiode ebenfalls bereits an der ÖVP gescheitert. Wir werden genauestens darauf achten, ob hier etwas weitergeht!

Das Team Kärnten steht aber auch als Partner bereit, nämlich im gemeinsamen Kampf gegen Bürokratie, Überverwaltung und Zettelwirtschaft, die Unternehmer in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einschränken. Heute haben Unternehmer kaum mehr Zeit für ihre eigentliche Tätigkeit, weil der Bürokratie-Wahnsinn immer drastischer wird.

Eine unserer dringlichen Forderungen an die Koalition ist die Abschaffung der Vergnügungssteuer. Dazu haben wir in der letzten Periode zwei Anträge im Landtag eingebracht, die am Widerstand der SPÖ gescheitert sind. Diese Bagatellsteuer gehört abgeschafft. Die Einnahmen daraus betragen in den meisten Gemeinden Beträge zwischen null und 500,-- Euro, mit einigen Ausreißern in den großen Städten. Die Einhebung bedeutet einen unnötigen Verwaltungsaufwand und ist ein Hemmnis für Unternehmer, Veranstalter und Gastronomie.

Und wenn jetzt schon die Landesverfassung geändert worden ist oder geändert wird, dann – Thema Einstimmigkeitsprinzip – sollte die Gelegenheit eigentlich dafür genutzt werden, nämlich auch zu einer Aufnahme der Staatszielbestimmung Breitband-Ausbau in die Landesverfas-

Prasch

sung. Das hat man heute wieder versäumt. Bei diesem Thema muss endlich etwas weitergehen, und die Verankerung des Breitband-Ausbaus in der Landesverfassung würde politische Verbindlichkeit und einen Handlungsauftrag bedeuten.

Nach Energie Masterplan und Mobilitäts Masterplan sollen mit dem Masterplan Ländlicher Raum und dem Masterplan Logistik neue „Papierln“ produziert werden. Hier ist wieder fraglich, ob dann die Umsetzung das Ziel ist oder die reine Produktion von irgendwelchen Broschüren.

Ich widme mich in meinem Debattenbeitrag aber auch zwei Bereichen, die mir sowohl aus Leidenschaft als auch von beruflicher Seite sehr am Herzen liegen, dem Tourismus und der Kultur. Ich möchte dabei mit einer Danksagung beginnen, einerseits an all jene Unternehmer in unserem Bundesland, die im Bereich des Tourismus so engagiert sind, Investitionen vorzunehmen und unser Land positiv nach außen zu vertreten. Das alles tun sie wohlgerne in einer Phase, in der sie mit bürokratischen Hürden, immer strengeren Auflagen und einer schwierigen personellen Situation zu kämpfen haben. Ein Danke aber auch den Kulturschaffenden aller Genres im Lande, die trotz schwindender öffentlicher Mittel mit noch mehr Engagement und persönlichem Einsatz die Vielfalt der Kultur gewährleisten!

Beginnen wir beim Tourismus. Ja, Kärntens Tourismus scheint im Aufschwung. Ob es auch ein Aufbruch sein wird, wird sich erst zeigen. Die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen ist – unter anderem bedingt durch Veränderungen und Anpassungen in der Förderstruktur – gestiegen. Dennoch behindern langwierige Genehmigungsverfahren und Dokumentationspflichten als bürokratische Hürden raschere Entwicklungen. Wohin das führt, haben wir in der letzten Landtagsperiode erkennen müssen. Die Verhinderung des Ausbaus des Mölltaler Gletschers ist an diesen Hürden und am Zaudern der Politik bislang gescheitert. Kärnten ist ein Tourismusland mit einer ungeheuren Angebotspalette von naturgegebenen Schönheiten, über eine Vielzahl von Attraktionen bis zu einem hochwertigen Kulturangebot. Insofern hatte die „Kärnten Card“, die Gott sei Dank außer Streit gestellt werden konnte, von Beginn an recht – ganz Kärnten ist ein Erlebnispark, getragen von engagierten Unternehmern, die für die Qualität gera-

destehen. Anders sieht das bei manchen Zuständigkeiten der Politik aus. Nach wie vor liegt die Einhebung der Tourismusabgabe im Argen und Millionen gehen damit verloren. Wir fordern nach wie vor eine Erklärung, wie es mit dieser Baustelle weitergeht. Ob es notwendig ist, sich nach wie vor eine Vielzahl von Tourismus-Regionen in einem kleinen Land wie Kärnten zu leisten, darüber lässt sich ebenfalls und seit Jahren streiten. Wir werden sehen, ob die im Regierungsprogramm erwähnte Evaluierung nicht auch wieder nur Schall und Rauch ist. Wir haben schon in der letzten Landtagsperiode mehrmals auf das Potential des Pflege- und Gesundheitstourismus hingewiesen. Studien aus dem gesamten europäischen Raum belegen, dass es für diese Art des Tourismus ein riesiges Potential gibt, das schon aufgrund der demographischen Entwicklungen noch weiter zunehmen wird.

Zur Kultur: Kärnten hat ebenso ungeheures kulturelles Potential. Der Kulturbericht des Landes weist dies eindrucksvoll aus. Allein, es ist die Vielfalt des Kulturangebotes in allen Genres, das beeindruckt, nicht die finanzielle Situation der Kulturträger, die ist es bei Weitem nicht. Mit einem Anteil von circa 1,8 Prozent am Gesamtbudget liegt die Kulturförderung in Kärnten gegenüber allen anderen Bundesländern klar an letzter Stelle. Zudem gibt es in den einzelnen Kultursparten eklatante Unterschiede, von denen ich nur zwei herausgreife. In der Sparte „Darstellende Kunst“ stehen 36 geförderte Institutionen zu Buche. Das Gesamtbudget in dieser Sparte beträgt € 10.956.000,-- . Von diesem Betrag gehen € 10.150.000,-- an das Stadttheater Klagenfurt, die verbliebenen € 806.000,-- teilen sich die übrigen 35 Institutionen.

In der Sparte Museen sind 28 Institutionen gelistet. Das Budget dafür steht mit 5,33 Millionen Euro zu Buche. Davon erhält das Landesmuseum für Kärnten 4,3 Millionen und die verbleibenden Förderungen von 1.030.000,-- Euro teilen sich die restlichen 27 Museen im Lande. Ich möchte gar nicht herausrechnen, mit wie viel Steuergeld manche Institutionen ihre Besucher unterstützt bekommen. Von anderen Förderaktivitäten, die längst breit in den Medien diskutiert wurden, möchte ich gar nicht reden, Stichwort: Vorlass. In jedem Fall erscheint das Ungleichgewicht zwischen einzelnen Förderkullissen in der Kultur dringend überdacht und neu geordnet werden zu müssen, denn Kultur kann

Prasch

nicht nur in einigen Bereichen als Selbstzweck genutzt werden. Das beweisen im Kulturbereich alle anderen Institutionen, die mit ehrenamtlichem Engagement und Freude an der Kulturarbeit sich in den Dienst der Sache stellen, so wie auch in vielen Bereichen ohne die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vieles in unserem Land nicht möglich wäre. Ihnen allen gebührt unser aufrichtiger Dank, und es bleibt zu hoffen, dass den vagen Ankündigungen im Regierungsprogramm bald konstruktive Taten folgen! Papier – haben wir heute schon mehrmals gehört – ist geduldig. Es wird darauf ankommen, was von der Koalition umgesetzt wird und nicht, was in einem Papier niedergeschrieben ist. Was das ist und welche Auswirkungen das hat, darauf werden wir ganz genau schauen. Das Regierungsprogramm hinterlässt jedenfalls mehr Fragen als Antworten und ist aus unserer Sicht mit „ungenügend“ zu bewerten! *(Beifall von Abg. Klocker.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf als Service-Leistung 12 Minuten 08 Sekunden als Redezeit mitgeben. Geschätzte Damen und Herren, ich darf um Aufmerksamkeit bitten! Die Debatte über die Regierungserklärung erfährt eine Premiere im Rederecht für Bundesräte. Erstmals im Kärntner Landtag spricht ein Mitglied des Österreichischen Bundesrates aus Kärnten, Herr Bundesrat Günter Novak, zu uns. Ich darf ihn ans Rednerpult bitten!

Bundesrat **Novak** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Liebe Mitglieder der Regierungsbank! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr Landesrat! Wohl, die Kollegin ist auf der Tribüne. Werte Kolleginnen und Kollegen hier im Kärntner Landtag! Es freut mich natürlich, nach fünf Jahren, wenn man bei den Landtagssitzungen immer wieder dabei ist und manchmal gerne etwas sagen würde, aber nicht kann, dass es in Zukunft doch die Möglichkeit gibt! Nach diesen Rundumschlägen der Opposition kommen wir, glaube ich, in ein bisschen ruhigere Fahrwasser und werden versuchen, einzelne Bereiche hier mit den Damen und Herren Abgeordneten zu besprechen, gell Harti,

damit wir auf gewisse Themen eingehen können.

Heute wurde von Leuchtturm-Projekten gesprochen. Ich habe die Möglichkeit, zum Thema Tourismus zu sprechen. Ich glaube, dass der Tourismus an und für sich – und Harti Prasch hat das ja auch gesagt – ein Leuchtturm-Projekt für Kärnten ist. Denn Lust am Leben, das unseren Gästen von unseren Unternehmern vermittelt wird, das besondere Lebensgefühl in ihrem Urlaub zu vermitteln, diese Leichtigkeit und Gelassenheit, die heute hier zwar nicht stattgefunden hat, aber unsere Unternehmerinnen und Unternehmer den Gästen zuteilwerden lassen, diese Stunden des Urlaubs bei uns in den Alpen zu verbringen, glaube ich, schaffen wir sehr gut, deswegen haben wir auch sehr viele „Wiederholungstäter“. Wenn wir ein bisschen in das Jahr 1980 zurückschauen, da hatten wir noch 16 Millionen Nächtigungen, ich glaube, davor waren es in etwa 18 Millionen. *(Den Vorsitz übernimmt 1. Präs. Ing. Rohr.)* Wir haben verloren, aber man muss eines feststellen, dass wir uns von einem Verkäufer-Markt zu einem Käufer-Markt entwickelt haben. Das heißt, dass nicht nur der Unternehmer schlussendlich entschieden hat, welcher Gast zu ihm ins Haus kommt, sondern dass der Käufer sehr genau schaut, wo er seinen Urlaub verbringt. Deswegen ist es dem Gast völlig „wurscht“, ich sage es einfach so, welche Probleme wir unter Umständen im Tourismus haben, weil einige Dinge zu lösen sind, die heute auch schon angesprochen worden sind. Ob die Regionen mehr oder weniger sind, das müssen wir für uns selbst lösen. Wir sollten weniger sein, weil es sonst nicht wahrnehmbar ist. Ob das, wie der Bürgermeister Rauter gesagt hat, die Abgaben sind oder wohin die Anteile von der Holding verteilt werden, auch das wird zu lösen sein. Ob die Marke oder der Standortmarketing-Bereich beim Land oder bei der „Kärnten Werbung“ liegt, das wird auch von uns zu lösen sein und wer was wo vertritt, sprich, ob das jetzt ein regionaler Geschäftsführer ist oder ein Tourismus-Unternehmer, auch das wird zu lösen sein. Die Dinge sind wichtig, die müssen wir vor Ort lösen, aber dem Gast ist das völlig egal, denn der Gast will das beste Angebot zum besten Preis und zur höchsten Qualität. Ich glaube, das ist uns in Kärnten gelungen. Wenn wir uns die Nächtigungen anschauen, im letzten Jahr waren es immerhin 13 Millionen Nächtigungen, ein Plus von 2,5 Prozent. Es waren 3,1 Millionen Ankünfte

Novak

und die Aufenthaltsdauer wurde leider halbiert. Das ist in den letzten Jahren sukzessive so gegangen, weil unsere Gäste viel öfter auf Urlaub fahren, aber das ist sehr gut aufgefangen worden. Die 110 Millionen Euro, die von unseren Betrieben investiert worden sind, die von der ÖHT und vom KWF mitfinanziert worden sind, haben immerhin 214 Projekte in Kärnten angestoßen. Der Winter entwickelt sich auch sehr gut. Der April ist noch nicht abgerechnet, aber wir werden in etwa bei 10 Prozent liegen. Weltweit gibt es im Tourismus rund 1,2 Milliarden Ankünfte. Das steigert sich jährlich um 5 Prozent. Das ist nicht nur im Bereich der Länder so, sondern vor allem im Städtebereich spielt sich das ab. Wir sehen, dass der Kuchen sehr groß ist und wir müssen dort den einen oder anderen Krümel davon für uns erbeuten. Das muss ich bei der Gelegenheit auch sagen: Die Privatzimmervermieter, die gewerblichen Betriebe, die Hotellerie-Betriebe, alle, die dazugehören, die Freizeitwirtschaft, die „Kärnten Werbung“, die eine gute Arbeit macht, auch die Wirtschaftskammer, die ihre Betriebe in diese Richtung vertritt, ich glaube, da sind wir sehr gut aufgestellt. Es gilt für die Zukunft, diese Spezialisierung im Tourismus fortzusetzen, die in Kärnten sehr erfolgreich durchgesetzt worden ist. Ich möchte nur einige Beispiele nennen. Wenn ich mir zum Beispiel den Alpe-Adria-Trail anschau, der sich entwickelt hat, diese Weitwanderwege, die sehr modern geworden sind, die sich vom Nationalpark bis zum Meer erstrecken, da sehen wir, dass wir in den letzten Jahren 82.000 Nächtigungen umgesetzt haben. Das heißt rund 4,2 Millionen Umsatz. Oder das Radfahren an und für sich, du hast es heute angesprochen, das ist schon seit 10, 15 Jahren ein Boom. Ich war selbst Geschäftsführer von „Radland Kärnten“. Wenn ich mir den Drau-Radweg anschau, der immer wieder europaweit an zweiter Stelle hinter dem Donau-Radweg liegt, dann ist hier sehr viel geschehen. Auch das Thema, das heute angesprochen worden ist, die Lieserschlucht und die Verbindung mit dem Millstätter See, darüber reden wir nicht seit zehn Jahren, weil das der Herr Landesrat festgestellt hat, darüber reden wir seit 25 Jahren! Das muss irgendwann einmal erledigt werden! Wir haben sehr, sehr viele spezialisierte Betriebe, ich möchte nur einzelne kurz herausheben: Das sind die Kinder-Hotels, die Familien-Hotels, Urlaub am Bauernhof, Kärnten Convention, Camping – in den letzten Jahren eine steile Kur-

ve nach oben – das Wandern, der Urlaub am See an unseren sauberen Seen mit ihren Möglichkeiten der Trinkwasserqualität, Golfen, Fischen, Vorsaison-, Nachsaison-Angebote. Wussten Sie, dass Fischen zum Beispiel den höchsten täglichen Umsatz erzielt? Fliegenfischer zahlen alles, um mit der Fliege fischen zu können. Wir sind sehr, sehr gut aufgestellt. Es gibt heute auch noch einen Antrag zum Thema Gletscher-Ausbau. Bitte, den Ankogel auch dort mit einzuschließen! Über den reden wir nicht, er gehört aber auch zur Familie Schultz dazu. Wir haben dort Anlagen in unserem Bereich, die herzeigbar sind!

Meine Damen und Herren! Das Budget der „Kärnten Werbung“ ist bei 13 Millionen Euro. Das ist meiner Meinung nach ein bisschen wenig, (*Einzelbeifall von KO Malle.*) aber das resultiert daraus – jetzt kommt es, jetzt wirst du wahrscheinlich nicht mehr klatschen – dass die Tourismusabgabe in Tirol und in Salzburg mit mehreren und höheren Hebelsätzen erhöht wurde und dadurch viel mehr Geld hereinkommt. Aber man muss auch dazusagen, dass dann infrastrukturelle Einrichtungen von diesen Verbänden mitfinanziert werden.

Ich habe viel dazu gesagt, was wir haben. Die To Do-Liste: Was müssen wir tun? Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, dass wir in weiterer Zukunft zusätzliche Investitionen für die Qualität der Betriebe schaffen müssen, wie es 2017 schon war! Die Qualität der Betten muss erhöht werden. Es müssen auch neben den Liften in der Infrastruktur Badehäuser oder was auch immer noch gebaut werden. Das muss vom Land und vom Bund unterstützt werden! So steht es auch in der Regierungserklärung.

Der Flughafen Klagenfurt, eine Never Ending Story. Ich glaube, jetzt ist es soweit, dass es in den Verkaufsverhandlungen zu einem Ende kommt. Das entnehme ich zumindest den Zeitungen. Wir haben eine wunderbare, neu asphaltierte Landebahn. Wir haben einen Geschäftsführer. Jetzt gilt es, dass der Flughafen als solcher, als Local Career verkauft wird. Wir müssen auf die Märkte hinaus. Wir müssen in die Städte hinaus, die Menschen dort bewerben, damit sie mit diesem Flieger zu uns kommen. Dazu braucht es aber auch die Betriebe, die ihre Kontingente zur Verfügung stellen. Das habe ich gehört, das waren die größten Probleme. Was

Novak

nützt uns der beste Local Career, wenn er nicht 75 Prozent Auslastung erreicht und er keine Betten zu verkaufen hat?

Ein Wahnsinn war für mich – und wir haben da auch noch mit der Gaby Schaunig kurz darüber geredet, weil ich es nicht geglaubt habe und ich habe dann auch noch den Christian Kresse angerufen: Nur 20 Prozent der Kärntner Betriebe sind über das Internet buchbar – nur 20 Prozent der Kärntner Betriebe! Das ist fast unvorstellbar! Stellen Sie sich vor, wenn Sie heute mit einem Handy in ein Hotel hineingehen, und das tut fast jeder, dass er sich ins WLAN einklinkt und schaut, was zu Hause los ist, dass man ein paar Mails abarbeitet und dann das Handy weglegt, das ist leider Gottes bei vielen Betrieben nicht vorhanden. Bei spezialisierten, hoch ausgestatteten Betrieben – selbstverständlich! Aber, und das muss man dazusagen, dass wir in rund 100 Orten derzeit den Masterplan machen und dass es in Zukunft im Breitband-Ausbau auch rund 100 Projekte gibt. Wir sind dort auf einem guten Weg. Zuletzt vielleicht noch einen Satz dazu: Die „Kärnten Werbung“ ist da sehr gut aufgestellt, die hat auf ihrem Server 4,3 Millionen Zugriffe.

Einen Satz noch zur Hotellerie. Sigi Moerisch ist mit mir beim Hopfberger an der Universität gewesen. Der hat in der letzten „Kärntner Wirtschaft“ einen kurzen Artikel über Lehrlinge geschrieben. Das freut mich wahnsinnig, wenn es in Kärnten so ausschaut, dass wieder 22,3 Prozent Lehrlinge im ersten Lehrjahr zur Verfügung stehen, weil österreichweit funktioniert das vorne und hinten nicht. Wir haben in Österreich keine Köche, es fehlen 500 oder 700 in den Bundesländern. Was gelungen ist, ist, dass der Mindestlohn für die Mitarbeiter auf 1.500,- Euro brutto erhöht worden ist. Das ist seit 01. Mai möglich. Ich glaube, daraus kann man auch für die Zukunft einiges realisieren.

Jetzt ist leider Gottes von den Freiheitlichen niemand mehr hier, (Abg. Staudacher: Was heißt denn das?) zumindest niemand, den ich ansprechen wollte! Ein kurzer Satz noch zum Nationalpark, weil das auch in meinem Bereich mit dabei ist. Also dass diese biologische Vielfalt und die Artenvielfalt und die Biodiversität bei uns in unserem Bereich, weil es ja auch ein touristisches Angebot ist, erhalten wird und verbessert wird und für die Zukunft, für die Nachwelt

so bereitgestellt werden wird, wie wir uns das vorstellen, zeigt, dass wir in ein Besucher-Zentrum bei uns in Mallnitz 5 Millionen Euro investiert haben und dass es auch ein „Haus der Steinböcke“ geben wird, also alles auf den Tourismus ausgerichtet. (Abg. Staudacher: Und wer hat das auf Schiene gebracht über den Winter?) Wenn ich mir das jetzt anschau, was in Mallnitz passiert ist, dann ist es über das Bundesministerium finanziert worden. (Abg. Staudacher: Und wer war zuständig hier herinnen?) - Wer war denn zuständig? (Abg. Staudacher: Darmann!) Nein, das ist nicht über ihn gelaufen, das ist über den Rupitsch Peter gelaufen, weil da war bei euch der Wechsel zwischen Darmann und Ragger, und das haben wir schon selbst in die Wege geleitet. Aber ist ja auch egal, es ist etwas passiert in dem Bereich, und im Nationalpark gibt es ein Besucher-Zentrum und dort – und das ist, glaube ich, auch wichtig und richtig so – findet in Zukunft naturwissenschaftliches Lernen statt. Es beginnt beim Kindergarten, geht über die Volksschule bis zur NMS und damit auch über die Pädagogische Hochschule und über den NAWImix. Ich glaube, ein tolles Angebot für die Zukunft. Dass wir im Nationalpark einiges zu erledigen haben, was die Natura 2000-Gebiete betrifft beziehungsweise den Vertragsnaturschutz und auch ein Konzept für die Zukunft machen müssen und nicht nur dort, sondern auch im Biosphärenpark, ist in der Regierungserklärung festgeschrieben.

Zum Abschluss: Heute hat der Kollege Darmann festgestellt - der Kriterienkatalog der Macht. Wenn ich mir das dann anschau, und der Herr Leyrouz hat auch gesagt, dass wir so viele Mitarbeiter bei uns in den Regierungsbüros haben – und jetzt komme ich zur Tätigkeit des Bundesrates – dann muss man halt feststellen, dass auch die einzelnen Ministerien im Bundesrat 166 Personen angestellt haben in den diversen Ministerbüros und außerdem satte 66 Millionen Euro für sich auf die Seite gebracht und ins Sackerl gebracht haben, um dort PR-Maßnahmen umzusetzen und durchzusetzen. Von den Generalsekretären, die auch noch mit dabei sind, rede ich gar nicht mehr. Jetzt könnt ihr euch vorstellen, wie viele Presse-Mitarbeiter da in den jeweiligen Büros sind, um gute Stimmung gegenüber der Presse in Österreich zu machen. Und es wurde immer geredet davon, dass im System gespart wird. Ich denke, dass das kein Sparen im System

Novak

ist, wie wir uns das vorstellen, denn parallel bei den Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit – und das ist heute schon angesprochen worden, Kollege Scherwitzl hat es auch gesagt – 20.000. Das ist dann, ja, wie soll ich sagen, so weggedrückt worden, weil diese Aktion nicht einmal richtig ins Laufen gekommen ist, dann ist sie schon wieder abgedreht worden. Wir stellen auf jeden Fall fest, dass die Freiheitlichen jene Menschen, die über 50 Jahre sind und keine Arbeit haben, dass sie diesen Bereich nicht unterstützen.

In der Bildung und bei der Gesundheit wissen wir auch, was beim Thema Rauchen war. Ich denke da zurück, deswegen wollte ich dem Kollegen Darmann eines noch sagen: Bei der Wahl hat er für sich selbst festgestellt, eigentlich bin ich auch dafür, dass dieses Gesetz bleibt, das Thema Rauchergesetz. Und heute hat er festgestellt, dass wir über die Pack hinaus tätig sind. Ja, wir sind über die Pack hinaus tätig, denn der Kollege Angerer ist nämlich über die Pack hinausgefahren und hat in der Bundesregierung bei dieser Abstimmung genau das Gegenteil abgestimmt. Also, das ist natürlich auch nicht (*Abg. Staudacher schmunzelnd: Ich nehme das zur Kenntnis!*) – Herr Staudacher, okay, du nimmst es zur Kenntnis!

Integration, Verkehr, Justiz – überall wurde gekürzt. Und das ist jetzt nicht mehr zum Lachen, wenn man sich das alles anschaut für die Zukunft. Und wenn man anfängt, das in etwa hochzurechnen, wird das für uns in der Landesregierung ein Schaden zwischen 90 und 100 Millionen Euro sein. Dieses Geld ist in dieser Zeit für uns sehr schwer aufbringbar und wird uns schwer belasten. Nicht nur die Regierung, sondern vor allem auch die Gemeinden draußen am Land. Ich kann mich noch gut erinnern, weil heute auch über die Hypo/HETA gesprochen worden ist, an diesen Artikel, der in der Zeitung gestanden ist, „Kärnten ist reich, die nachfolgenden Generationen werden uns noch zu dieser Großtat gratulieren“! Na ja, ein Scherbenhaufen wurde hinterlassen! Ich war im Parlament und die Ana Blatnik auch, wo von den Freiheitlichen festgestellt worden ist, „es wäre gescheiter, dass wir Kärnten pleitegehen lassen, dann fangen wir von vorne an“. Du kannst dich noch gut erinnern daran, wir haben da schon einige Gefechte ausgefochten. Was wir machen können in Zukunft, ist, als Bundesräte das Bindeglied zwischen

Landtag und dem Bundesrat zu sein. Wir haben die Möglichkeit, nachdem wir in Kärnten ein Mandat dazugewonnen haben, dass wir ein Drittel der Abgeordneten im Landtag stellen und ein sogenanntes absolutes Veto-Recht bei bestimmten Verfassungsgesetzen einlegen können. Beschneidet die Gesetzesnovelle die Kompetenzen der Länder, kann der Bundesrat den Beschluss sogar verhindern. Und nicht nur das, die Partei hat auch die Möglichkeit, einzelne Gesetze per sogenannter Drittel-Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof anzufechten. Und glauben Sie mir eines – wir haben nächste Woche eine Klausur - wir werden das tun! Wir werden das tun, wenn die Rechte des Landes, und ich habe schon festgestellt, zwischen 90 und 100 Millionen Euro Mehraufwand für die Zukunft – wir werden versuchen, das mit Krallen und Zähnen zu verteidigen, und ich freue mich darauf, dass wir dann einzelne Akzente auch vom Bundesrat gemeinsam mit meinen Kollegen hier in den Landtag wieder mit hereinbringen können. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte nur vermerken, es liegen mir noch 20 Wortmeldungen vor. Im Interesse einer entsprechenden Zeitökonomie bitte ich, die Debattenbeiträge heute entsprechend zu straffen, sonst müssten wir zu gegebener Zeit auch darüber nachdenken, ob wir eine Stehpräsidiale machen und gegebenenfalls die Sitzung unterbrechen und an einem weiteren zu fixierenden Tag fortsetzen. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Ruth Feistritzer.

Abgeordnete **Feistritzer** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Werte BesucherInnen und liebe Zuhörer zu Hause! Verantwortung gegenüber den Schwächeren in der Gesellschaft zu leben, ist für die SPÖ Kärnten und die Kärntner Volkspartei nicht nur Auftrag, sondern Selbstverständlichkeit, Gerechtigkeit, Wohlstand und Chancengleichheit zu schaffen, Schutz den Schwächeren zu garantieren und Hilfe zu sichern, wo Hilfe benötigt wird.

Feistritzer

Das vorliegende Regierungsprogramm 2018 bis 2023 ist geprägt von diesen Grundsätzen, Kärnten sozial gerecht, gesund und gut zu versorgen. Die Stärke der Gesellschaft zeigt sich im Umgang mit den schwächsten Mitgliedern. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, müssen wir in die Mitte holen. Im Sozialbereich haben wir für die nächsten fünf Jahre einige Aufgaben abzuarbeiten. Jährliche Anpassung der Kärntner Mindeststandards, eine Bedarfsorientierte Mindestsicherung muss gewährleisten, dass wir den Menschen aus der sozialen Notlage heraushelfen, notwendigen Lebens- und Wohnraum für alle KärntnerInnen schaffen. 2017 haben 6.473 Personen die Kärntner Mindestsicherung in Anspruch genommen mit einem Betrag von 520,- Euro. Und erlauben Sie mir einen Vergleich: Qualifizierte Berichterstattungen erwähnen, dass in Kärnten Rechtsanwälte 515,- Euro für Telefongespräche verrechnen.

Umsetzung des Kärntner Landes-Etappenplans: In den letzten fünf Jahren diente der LEP dazu, die Gesetze zu durchforsten und die Bevölkerung zu sensibilisieren. Jetzt, in der zweiten Phase müssen wir eine Verbesserung der Situation schaffen. Im Bereich der Bildung ist durch die Auflösung der Sonderschulen die kooperative Kleinklasse angeboten worden. Man könnte Integration, die Inklusion von behinderten Kindern dahin noch verbessern, indem man die niedrigen Klassenschüler-Höchstzahlen bei Integrationsklassen festlegt. Ein weiterer Bereich ist auch die Forcierung zur Teilhabe an Arbeit von Menschen mit Behinderung. In Kärnten gibt es zurzeit 1.100 Betriebe, die einstellungsverpflichtet sind. 70 Prozent der Betriebe kommen dieser Verpflichtung zum Teil oder zur Gänze nicht nach. Erschwerend dazu kommt, dass die österreichische Bundesregierung die Förderungsmaßnahmen der Betriebe von 12 auf 4 Monate drastisch gekürzt hat. Eine starke Gemeinschaft darf die Schwächeren nicht zurücklassen. Weiters ist der Ausbau der Frühen Hilfen zu forcieren. Wir haben das Modell in den Bezirken Villach, Klagenfurt, Wolfsberg und Spittal bereits erfolgreich installiert. Das koordinative Hilfsangebot für Eltern und Kinder, das die Entwicklungsmöglichkeiten dieser frühzeitig erkennt und nachhaltig verbessert, gehört forciert. Die Kosten-Nutzen-Analyse zeigt, dass ein investierter Euro sechzehn Euro in Zukunft spart. Weiters ist

noch die Kinder- und Jugendhilfe-Strategie 2023 zu erwähnen, die den Ausbau ambulanter Erziehungshilfen, Stärkung des Pflegeeltern-Wesens und die Qualitätsoffensive im Kinderschutz beinhaltet. Aber eines gehört dazugesagt: Die Qualität der Arbeit in Kärnten, aber auch in den anderen Bundesländern hängt entscheidend davon ab, welchen finanziellen Spielraum die Länder und die Kommunen seitens des Bundes haben. Ein Nulldefizit im Bund anzustreben und dies durch massive finanzielle Mehrbelastungen auf die Länder wie bei der Diskussion zur Abschaffung der Notstandshilfe, bei der AUVA oder in vielen anderen Bereichen abzuwälzen, ist keine partnerschaftliche Lösung, nicht für die Länder, aber auch nicht für die Kommunen und vor allem nicht für die Bevölkerung. Die Politik der Bundesregierung, das gegenseitige Ausspielen Reich gegen Arm zu forcieren, Inländer gegen Ausländer, Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber, Gesunde gegen Kranke, Beschäftigte gegen Arbeitslose, den Wohlstand schrittweise zu reduzieren, staatliche Verantwortung zurückzufahren und den Privaten Verantwortung zu überlassen, ist entschieden zurückzuweisen! Politik auf Kosten der Schwachen unserer Gesellschaft zu machen, zeugt von einem mäßigen Horizont und gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch die Chancengleichheit im viertreichsten Land der Europäischen Union. Wir, die SPÖ Kärnten und die Kärntner Volkspartei gehen den anderen Weg für die Kärntner Bevölkerung – Politik der Verantwortung mit Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu machen, Armut und Ausgrenzung zu verhindern, sind unsere übergeordneten Ziele. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in diesen fünf Jahren! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete David Redecsy. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Werter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Lassen Sie mich einige

Redecsy

Worte zu den Kärntner Krankenanstalten und den Aufgaben, die diese Krankenanstalten zu vollbringen haben, hier gesagt haben. Die Krankenanstalten sind der wesentliche Faktor in der Gesundheitsversorgung der Kärntner Bevölkerung und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, lade ich Sie alle herzlich ein, Ihre Verantwortung wahrzunehmen und wie auch schon in der Vergangenheit diesen wesentlichen Faktor für die Kärntner Bevölkerung politisch außer Streit zu stellen! Des Weiteren ist anzumerken, dass die bestmögliche Ausstattung unserer Spitäler sicherzustellen ist und im Sinne einer State-of-the-Art-Medizin die besten Rahmenbedingungen für alle MitarbeiterInnen der Krankenanstalten zu schaffen sind, um diesen die Möglichkeit zur optimalen Betreuung der Kärntner Patientinnen und Patienten zu ermöglichen. Nichtsdestotrotz müssen wir uns auch die Frage der Finanzierung stellen und uns auf diese konzentrieren. In der Vorperiode mit der Verabschiedung des Regionalen Strukturplans Gesundheit als Plan zur klaren Festlegung von Kompetenzen und zur Steuerung der Gesundheitsversorgung hin zu mehr Qualität an den einzelnen und in Zukunft höher und stärker spezialisierten Standorten. Hier steht auch ein klares Bekenntnis zur Art. 15a-Vereinbarung, Zielsteuerung im Gesundheitswesen und dem darin festgeschriebenen Kostendämpfungspfad, denn nur unter Einhaltung des Kostendämpfungspfades wird es uns möglich sein, in Zukunft diese Versorgung hier in dieser Qualität auch aufrechtzuerhalten. Und dieses Anliegen sollte oberste Priorität haben!

Beenden möchte ich meine Ausführungen heute mit einem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kärntner Spitäler für ihre qualitativ hochwertige und unermüdliche Arbeit im Sinne Kärntens und seiner Bevölkerung und gleichzeitig alle politischen Kräfte im Landtag darum bitten, die Gesundheit der Kärntnerinnen und Kärntner nicht zum politischen Spielball werden zu lassen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Waldtraud Rohrer. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Rohrer** (SPÖ):

Werter Präsident! Werter Landeshauptmann! Werte Abgeordnete! Werte Zuseher mittels Livestream! Das Thema Gesundheit: Ich möchte – das ist wahrscheinlich ein Zitat, das schon sehr oft strapaziert wurde, aber es ist die bezeichnendste Art, es zu beschreiben – Schopenhauer zitieren, der sagte: „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Das Thema wurde von meinem Kollegen wirklich beleuchtet, indem er sagt, Krankenanstalten, Standortbestimmung, Standortgarantie. Aber es geht hier weiter hinaus in der Gesundheitsversorgung, das muss man etwas breiter sehen. Nicht nur die Krankenanstalten sind für Gesundheit verantwortlich, sondern neben der stationären Versorgung gibt es die Schnittstellen in die Peripherie. Da haben wir große Herausforderungen, nicht nur in Kärnten, sondern international. Wie schafft man es, gesunde Schnittstellen zu machen zwischen den niedergelassenen Praktischen Ärzten? Wie schafft man es, genügend niedergelassene Praktische Ärzte in den Bereichen, die nicht in den Speckzonen sind, zu haben, es attraktiv zu machen? Man schafft es nicht mit Geld allein. Man kann es mit Bildungsangeboten machen. Man kann es mit Freizeit, mit Lebensqualität machen, aber man muss es auch mit Entlastung machen. Etwas, das sich wirklich gut eignet, sind die PHC-Modelle oder eben, das man sagt, Versorgungszentren, die mehr darstellen. Die mehr darstellen, indem sie Kooperativen sind. Das heißt, der Praktische Arzt kann sich erstens auf die Zeit verlassen, wo über seine Ordinationszeit noch Versorgungsdichte da ist. Das ist eines, das Zweite ist: Ein Praktischer Arzt könnte sich darauf verlassen, dass er in der Ordination nicht selbst Gerätschaften zur Verfügung stellen muss oder zur Verfügung haben muss, also sich weniger anschaffen muss, sondern er kann dies in Kooperation machen. Man kann Kooperationen in verschiedenen Professionen damit dann erhöhen. Und ich mache eine Anregung, damit ich zum nächsten Thema, nämlich zur Pflege, überleiten kann: Man könnte sich ja auch überlegen, solche PHC-Modelle müssen nicht immer von einem Arzt geleitet werden. Vielleicht kann man sich Organisationen vorstellen, wo man Berufsgruppen in Anspruch nimmt, die es auch im tagtäglichen Leben in den Krankenanstalten machen. Denn in den Krankenanstalten gibt es einen nicht-

Rohrer

ärztlichen Multi-Professionisten, der das macht, nämlich der Gehobene Dienst für die Krankenpflege. Das heißt nicht, dass er alles tun kann, aber er ist im Prinzip die Vernetzungsstelle. Das ist die Überleitung zur Pflege. Die Pflege wurde wirklich neu aufgestellt. Mit dem neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetz wurden eigenständige Ressourcen geschaffen, die wir brauchen, um in Zukunft multiprofessionelle Gesundheitsversorgung zu machen, die wir aber auch nutzen müssen. Es ist aber relativ kontraproduktiv, wenn wir solche Spezialeinheiten haben und plötzlich welche in Frage stellen. Das heißt, es ist sicher kontraproduktiv, wenn wir sagen, wir haben gesunde Krankenhäuser und die müssen wir vernetzen und wir haben Spezialkrankenhäuser, die von der AUVA betrieben werden und man stellt einer AUVA ins Haus und sagt, spare einmal von deinem Budget ein Drittel ein, aber gehe bei den Leistungen nicht zurück, obwohl wir wissen, zwei Drittel der Leistungen braucht man eigentlich für Sozialversicherungszahlungen. Und nein, Krankenhäuser werden keine geschlossen. Ich sage, wir brauchen eine wirklich vernünftige Vorgehensweise im Bund, damit Länder nicht belastet werden. Weil es hilft uns der beste RSG nichts, wenn er nicht standhält, weil wir plötzlich – zum Beispiel UKH Klagenfurt – 20.000 Patienten mehr versorgen müssen. Wenn wir das einhalten und wenn wir auch vernünftige Lösungen in der Pflege weitermachen, dass wir die Dreigeteiltigkeit vom Gehobenen Dienst, vom Pflegeassistenten, vom Pflegefachassistenten nutzen und deren Einsatz nutzen, dann haben wir auch in Zukunft die Chance, uns gegenseitig in den Berufsgruppen zu helfen.

Ganz kurz nur, eines muss ich sagen, ich habe den Antrag gelesen: Den Pflegeberuf wieder als Lehrberuf zu machen, ist erstens etwas Retro, weil es wurde schon vor mehr als 20 Jahren immer konstatiert, dass es wirklich der falsche Weg ist. Denn einen 14-Jährigen als billige Arbeitskraft einzusetzen, nur weil anders keine kreativen Lösungen da sind, um wirklich professionelle Hilfe zu gewährleisten, das hat sich niemand verdient, auch nicht die Kärntnerinnen und Kärntner! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gerhard Klocker. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Klocker** (TKK):

Danke für die Worterteilung! Werte Zuhörer! Pressevertreter sind keine mehr da. Werte Bundesräte! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Ich werde mich auf die Seite 45 des Regierungsprogrammes von 2018 bis 2023 konzentrieren beziehungsweise darauf replizieren. Dort steht geschrieben, dass leistbares Wohnen als Grundrecht anzusehen und für die Kärntner Bevölkerung sicherzustellen ist. Die Wohnraumschaffung soll bedarfsgerecht erfolgen. Vom Fünf-Euro-Wohnen lese ich und von einer Weiterführung des angeblich erfolgreichen Mietensenkungsprogrammes und so weiter. Wer soll das glauben? Dieselbe Partei – SPÖ – dieselbe Referentin Schaunig, kündigt immer wieder und immer wieder in ihrem Wahl- und Regierungsprogramm das Gleiche an. Erstaunlich dabei ist, dass die Kärntnerinnen und Kärntner diesem „Täglich grüßt das Murmeltier-Versprechen“ immer wieder auf den Leim gehen, obwohl in den Brieftaschen der Mieter kaum oder gar nicht mehr Geld vorhanden ist. Die Wahrheit ist, dass die Gesamtmieten in den vergangenen Jahren in Kärnten um über 8 Prozent angestiegen sind. Das ist die bittere Wahrheit! Der Versuch der SPÖ unter Landesrätin Schaunig, reduzierte Mieten bei knapp 6.900 Wohneinheiten als großen Erfolg darzustellen und als Mietensenkungsprogramm zu verkaufen, ist recht gewagt! Weil dies ist nur über die Verlängerung von Darlehenslaufzeiten gelungen und nicht aufgrund einer anderen Maßnahme, was einem billigen Trick gleichkommt. Die Mieter, die jetzt weniger Miete zahlen, werden dann aufgrund der verlängerten Laufzeit die Miete eben später zahlen, aber zahlen tut dies immer der Mieter. Das Problem steigender Wohnkosten blieb und bleibt offensichtlich weiter ungelöst. Die primäre Problematik im Wohnbereich liegt in einem zu geringen Angebot. Jeder weiß, dass Angebot und Nachfrage den Markt und den Preis bestimmen. Die Nachfrage nach Wohnungen insbesondere in den Ballungsräumen ist in letzter Zeit gestiegen. In Österreich und so auch in Kärnten gibt es aber

Klocker

kaum Anreize neben den Wohnbaugenossenschaften für Private, Wohnraum zu schaffen. Die Regierungskoalition soll sich bei der Bundesregierung und vielleicht auch die Bundesräte endlich dafür einsetzen, dass ein grundsätzliches Recht auf Wohnraum für alle Staatsbürger und die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel für die Länder gewährleistet wird, vielleicht sogar im Verfassungsrang. Jetzt sind es nur Vorhaben und Ankündigungen. Jährlich stehen den Bundesländern Milliarden an Wohnbauförderungsmitteln zur Verfügung, jedoch ohne Zweckbindung vom Gesetz her können und werden diese Gelder oft zum Stopfen anderer Löcher verwendet und landen nicht, wie alle ankündigen, beim leistbaren Wohnen. Weiters müssen die bürokratischen Hürden für die Schaffung von Wohnraum – Stichwort „Auflagen-Wahnsinn“ – in der Bauordnung und bei der Wohnbauförderung in einem Dialog mit den Ländern und den Gemeinden kontinuierlich und zielgerichtet abgebaut werden. Nur so kann ein Anreiz entstehen, mehr Wohnraum zu schaffen. Dann besteht die Möglichkeit, dass die Mieten sinken oder, wenn man realistisch ist, wenigstens nicht weiter steigen. Danke! *(Beifall von Abg. Prasch und von Abg. Staudacher.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ana Blatnik. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Blatnik** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte Stellung beziehen zum Thema Gleichberechtigung, Gleichstellung, erstens im Allgemeinen und zweitens speziell zum Thema Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen. Gleichberechtigung und Gleichstellung betrifft nicht nur Frauen, sondern es gilt auch für Männer. Deswegen möchte ich mich heute zuerst stark machen für die Gleichberechtigung von Männern, wenn es um Sozialberufe geht, wenn es um Lehrer geht und vor allem, wenn es um Kinderbetreuung geht. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Ich möchte mich bei dir, lieber Herr Landeshauptmann, für diese Kampagne „Kin-

derbetreuung ist auch Männersache“ recht, recht herzlich bedanken!

Nun zur Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen. Fakt ist, dass sich vieles verändert hat. Wir haben heute schon „über 100 Jahre Frauenwahlrecht“ kurz genannt. Ich möchte auch erwähnen, dass es ein Gleichbehandlungsgesetz gibt, dass es eine Familienrechtsreform gibt, dass es das erste und zweite Gewaltenschutzgesetz gibt, dass der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen wirklich erweitert wurde, dass auch Väter – bitte! – in Karenz gehen können, aber gesetzlich leider nur im Öffentlichen Dienst. Ich muss und möchte es auch betonen, dass das vor allem durch die Initiative der SPÖ-Frauen erfolgt ist! Dieser Weg muss fortgesetzt werden! Weil es ist auch Fakt, dass Frauen nicht gleichberechtigt und auch nicht gleichgestellt sind in der Arbeitswelt, in der Entlohnung, wenn es um Führungspositionen geht und auch nicht bei den Mandaten in der Politik! Die Kollegin hat früher zur Wahlfreiheit gesagt: Fakt ist auch, dass die Frauen so gut ausgebildet sind wie noch nie und dass die Erwerbstätigkeit der Frauen so hoch ist wie noch nie! Aber sagen und betonen müssen wir auch, dass fast jede Frau in Teilzeit arbeitet. Auch ich bin für die Wahlfreiheit, aber wenn ich zu lange zu Hause bleibe, dann besteht die Gefahr, dass ich keine Arbeit bekomme. Wenn ich zu lange zu Hause bleibe, dann kann ich, bitte, diesen Begriff „Mindestpension“ von 1.200,-- Euro nicht in Anspruch nehmen, weil ich brauche dafür 40 erwerbstätige Jahre und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für mich ganz einfach eine Diskriminierung!

Der nächste Punkt: Fakt ist auch, dass Frauen bei Vollbeschäftigung, ich meine jetzt nicht Teilzeitbeschäftigung, circa ein Drittel weniger verdienen als Männer. Fakt ist auch, dass Frauen noch immer zum Großteil die Kindererziehung, die Pflege zu Hause und praktisch zu Hause den Haushalt machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fakt ist auch, dass gerade wegen dieser Teilzeitbeschäftigung Frauen nicht in Führungspositionen zu finden sind, weil es auch Fakt ist, dass Männer in diesen Führungspositionen dominieren. Wir haben viel zu tun! Wir müssen Frauen erstens entlasten - was heißt das - entlasten bei der Kindererziehung. Noch einmal: Wir müssen Männer, Väter motivieren, dass sie auch zu Hause bleiben, in Karenz gehen, weil es ganz einfach etwas Positives ist, weil es für das

Blatnik

Kind und auch für den Vater etwas Positives ist, auch etwas Positives ist in der Persönlichkeitsentwicklung. Wir müssen trachten, dass wir Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirklich alle Rahmenbedingungen einsetzen für Frau oder Mann, weil Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur Frauensache, sondern das betrifft sowohl die Frau als auch den Mann. Da müssen wir Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen, mit flexiblen Öffnungszeiten, ganzjährig. Auch da möchte ich dir gratulieren, Herr Landeshauptmann! Es tut so gut, wenn du wünschst oder einforderst, Kärnten zur kinderfreundlichsten Region Europas zu machen!

Wir werden es umsetzen, und zwar wir zum Vorbild für ganz Europa! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – ein Drittel weniger. Da müssen wir uns fragen, warum? Da muss man was ändern! Erstens müssen wir Frauen motivieren, dass sie nicht immer nur typische Frauenberufe wählen, die niedrig bewertet werden. Du kriegst dann weniger Lohn, das heißt, ein Mechaniker zum Beispiel – kein typischer Frauenberuf – hat einen Stundenlohn von € 15,50, ein typischer Frauenberuf – zum Beispiel Sekretärin – hat einen Stundenlohn von € 12,20. Da muss was geändert werden, wir müssen den Begriff Arbeit neu bewerten. Der zweite Punkt: Ich glaube, dass dieser Einkommensbericht, wo man ganz genau nachschauen kann, was wo wer verdient, unbedingt gesetzlich vorgeschrieben werden muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist viel zu tun. Und ich weiß, dass man Gleichstellung, Gleichberechtigung nicht einfach mit einem Gesetz verordnen kann. Ich weiß das! (*Die Rednerin, auf ihre Stirn deutend:*) Es muss da oben etwas geschehen, dessen müssen wir uns wirklich bewusst sein. Im 21. Jahrhundert hätte ich mir zwar gewünscht, dass Gleichberechtigung und Gleichstellung etwas ganz Selbstverständliches sind, so ist es aber nicht. Und ich glaube auch, dass uns bei der Einstellung gar nicht so sehr das Geschlecht trennt, und ich appelliere, es ist Zeit im 21. Jahrhundert, dass wir diesen Geschlechter-Unterschied einfach sprengen, diese Geschlechter-Grenze sprengen! Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalition bekennt sich im Kärntner Regierungsprogramm dazu, Maßnahmen zu setzen, um Gleichberechtigung und Gleichstellung zu unterstützen und zu fördern. Und ich möchte jetzt wieder ein Zitat aus diesem

Programm bringen, wo es heißt, und ich zitiere: „Die Zukunft gehört uns allen“ – ich ergänze: „allen, Mann und Frau, gestalten wir sie auch gemeinsam!“ Auf Slowenisch heißt es: Prihodnost pripada nam vsem, oblikujmo jo tudi skupaj! Il futuro appartiene a tutti noi, creiamolo assieme! The future belongs to all of us, let's shape it together! Danke! Hvala! Grazie! Thank you! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harald Trettenbrein. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

Ich schicke voraus, Frau Kollegin Blatnik, auch ich bin dafür, dass mehr Männer Kindergärtner und Lehrer werden, (*Abg. Blatnik spendet Beifall.*) denn wenn man denkt, wie lange unsere Kinder sozusagen von Frauen regiert werden, das fängt im Kindergarten an, wo 90 Prozent Frauen sind, in der Volksschule sind es dann auch noch einmal 90 Prozent Frauen, erst in der Hauptschule, Höheren Schule fangen die Männer an, einzugreifen. Also, bis dorthin haben sie meistens schon einen kleinen Knacks, deswegen ist es vielleicht recht gut, wenn die Männer auch früher einsteigen.

Zum Regierungsprogramm: Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten 16 Jahren viele Regierungserklärungen gehört, viele Regierungsprogramme und Koalitionsvereinbarungen gelesen, (*Abg. Scherwitzl: Das ist die Beste!*) ob im Nationalrat, ob hier im Landtag oder in der Stadtgemeinde Wolfsberg, viele waren von positiven Ideen getragen, aber noch nie war ein Programm so fad, so nichtssagend und so ideenlos wie dieses jetzt! Die häufigsten Wörter, die vorkommen, meine Damen und Herren, sind „wir planen“ beziehungsweise „wir möchten“. 42 Mal kommt allein das Wort vor „wir planen“! Am wenigsten kommt der Terminus „wir werden“ vor. Das heißt, tatsächliche Umsetzungen, die kommen am wenigsten vor. (*Abg. Scherwitzl: Immer noch besser als bei der Bundesregierung ...*) Also, es gibt nichts Konkretes, Herr Kollege, es gibt Floskeln, die vielsagend sind, aber in Wirklichkeit am Ende des Tages nichts aussa-

Trettenbrein

gen. Um es mit Köfer zu sagen: Eine Märchenstunde, eine Sage, eine Gutenacht-Geschichte. Wenn am Ende des Programmes nicht das SPÖ-Logo und ein schwarzer ÖVP-Punkt wären, müsste man am Ende dieser Erklärung Hans Christian Andersen oder die Gebrüder Grimm dazuschreiben, dann würde es wahrscheinlich stimmen!

Zum Beispiel ist die Gesundheitspolitik gerade früher besprochen worden. Da steht: Standortgarantie der Kärntner Fonds-Krankenanstalten. Also, ich kenne keine Partei, die im Zuge des Wahlkampfes davon gesprochen hat, irgendein Krankenhaus zu schließen. Das ist nirgends vorgekommen. Aber das ist typisch für die SPÖ! Man streut ein Gerücht, es werden Krankenhäuser geschlossen und dann tritt man dagegen auf. Wir sind die Retter der Krankenanstalten, die in Wirklichkeit niemand schließen wollte, außer vielleicht die ÖVP, die wollte bei der Verwaltung 100 Millionen Euro einsparen. Aber das habt ihr dann relativ rasch wieder fallengelassen und aufgegeben. (*Abg. Leyrouz: War ein Rechenfehler!*) Aber selbst das hat nichts mit der Schließung von Krankenhäusern zu tun gehabt. Also, hier wird schon ein typisches Beispiel eines Märchens praktiziert. Die Punkte, die hier in der Gesundheitspolitik angeführt werden, sind: Errichtung von Primärversorgungseinheiten und ambulanter Versorgungsformen, die Verfügbarkeit von Personal, entsprechende Qualifikationen im Gesundheitswesen bedarfsgerecht gegeben und notwendige Arbeitsplätze werden vorgehalten. Flächendeckende Rettungsversorgung sowie hausärztliche und notärztliche Bereitschaftsdienste werden sichergestellt. No na net! Das sind alles Floskeln, das sind alles Dinge, die es ohnehin gibt und die auch niemand in Frage gestellt hat, meine Damen und Herren. Ein neues Dienstrecht in der KABEG – das schaue ich mir an bei eurem Betriebsrat, wie das gehen wird! Das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung erhöhen. Als ganz besonders genialen Punkt finde ich: Erhöhung der Zahl der gesunden Lebensjahre von erkrankten Personen. Also, um das umzusetzen, müsste der Gesundheitsreferent nicht Prettnner heißen, sondern David Copperfield, denn wie wollen Sie als Gesundheitslandesrätin, die heute nicht mehr hier ist, für gesunde Lebensjahre der Bevölkerung sorgen? Das muss mir einmal einer erklären! Es handelt

sich wie gesagt um No-na-net-Schlagwörter, die hier praktiziert werden.

Sie behaupten zum Beispiel in dem Programm, dass mit derzeit 643 Hausärzten in Kärnten eine wohnortnahe, flächendeckende allgemeinmedizinische Versorgung sichergestellt ist. Hier wird mit komplett falschen Zahlen operiert. Faktum ist, es gibt zurzeit in Kärnten 257 Kassenplanstellen für Allgemeinmediziner und 204 Fachärzte-Kassenplanstellen. Von 643 Hausärzten kann keine Rede sein! Das sind alle Ärzte, die es in Kärnten gibt, auch solche, die keine Praxis haben und natürlich dann der Medizin nicht zur Verfügung stehen. Wer diese Zahlen, meine Damen und Herren, in ein Regierungsprogramm schreibt, täuscht einen Versorgungsgrad vor, der in Wirklichkeit nicht gegeben ist. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Meine Damen und Herren, es findet sich wohl eine Absichtserklärung im Regierungsprogramm, die Zahl der Haus- und Landärzte zu erhalten, ohne dass Sie konkret nahelegen, wie Sie das machen wollen. Sie alle wissen, wie viele Hausärzte in den nächsten zwei Jahren in Pension gehen wollen und Sie wissen auch aufgrund der Zahlen der Studenten, die in der Ausbildung sind für den Hausarzt, dass sich das niemals ausgehen wird. Wie Sie das machen wollen, entzieht sich komplett meiner Kenntnis und ist auch im Regierungsprogramm nicht angeführt. Eine Service-Stelle für Ärzte im Kärntner Gesundheitsfonds wird dieses Problem mit Sicherheit nicht lösen. Dringend nötig wären vielmehr ein verbessertes Honorar für die Hausärzte, damit es wieder Sinn macht, damit es wieder interessant wird, Hausarzt zu sein und natürlich auch eine bessere Vernetzung zwischen Landärzten und Pflegekräften. Das ist das, was bei uns in der Zukunft ganz besonders auf dem Plan steht.

Erwähnt wird – und das muss man auch sagen – im Gesundheitsbereich die rasant steigende Zahl von psychischen Erkrankungen, aber mit keinem Wort wird erwähnt, wie Sie dieses Problem lösen wollen! Es gibt viel zu wenig Psychiater und viel zu wenig Kinderpsychologen, zwei an der Zahl in Kärnten. Das heißt, auch hier sind Sie Lösungen schuldig geblieben.

Ohne konkrete Maßnahmen sind auch die Regierungspläne für die Pflege, meine Damen und Herren. Auch hier ein Sammelsurium von Floskeln. Jede Gemeinde muss ihr maßgeschneider-

Trettenbrein

tes Pflegeangebot haben, Sie wollen einen sogenannten „Kümmerer“ vor Ort einführen. Schon allein das Wort ist nicht nur sperrig, sondern auch die Idee. Ausbau der Mobilen Dienste, Erweiterung der Mobilen Dienste durch mehrstündige Betreuung, Angebot von flexiblen Dienstleistungen, Tagesstätten mit Hol- und Bringdienst – all diese Dinge, die hier formuliert sind, sind Dinge, die es bereits gibt, und bei keinem einzigen Punkt sagen Sie dazu, wie Sie das finanzieren wollen und wie Sie das lösen wollen. Mit keinem Wort werden die Kosten, die hier auf uns zukommen, genannt. Es ist auch kein einziger Passus drinnen für den Neubau von Pflegeanstalten, von Pflegeheimen. Allein im Raum Wolfsberg - Völkermarkt fehlen uns 200 Betten, meine Damen und Herren, 200 Betten allein im Unterkärntner Raum. Frau Kollegin – du bist selbst Geschäftsführerin des SHV in Wolfsberg – du weißt, was das heißt, wie lang die Listen sind. Und Sie werden bemerkt haben, dass ich heute sehr oft mit dem Telefon hinaus- und hereingelaufen bin. Ich habe nämlich das Problem, dass mein Schwiegervater vor vier Wochen einen Schlaganfall erlitten hat und jetzt in der Geriatrie in Wolfsberg liegt und einen Platz sucht, weil er austherapiert ist. Die ganze linke Seite gelähmt, er muss in ein Pflegeheim. Er hat jetzt die Pflegestufe 5 bekommen und soll übernächste Woche entlassen werden. Das nächstgelegene Pflegebett, das frei wäre für ihn, der aus Bad St. Leonhard stammt, der 92 Jahre alt ist, wäre in Arnoldstein. Man muss sich vorstellen, was das für eine Verpflanzung eines Menschen ist, wenn er mit 92 Jahren nicht in seinem Heimatbezirk, schon gar nicht in seinem Heimatort ist. Also, ich habe echt Angst davor, ihm nächste Woche zu verklickern, dass er eventuell nach Arnoldstein gehen muss, weil man ihn im Krankenhaus nicht weiter betreuen kann oder will oder was auch immer, es geht halt einfach nicht mehr aufgrund der gesetzlichen Regelungen. Was das für einen 92-jährigen Menschen für ein Schlag ist, nicht nur, dass er jetzt linksseitig gelähmt ist, sondern dass er auch hunderte Kilometer weit weg ist von seinen Angehörigen, die ihn jetzt noch täglich besuchen, was das bedeutet! Das heißt, für den Unterkärntner Raum gehen uns 200 Betten ab. Kein einziges Wort darin, ob es zu Neubauten kommen wird, wann es zu Neubauten kommen wird und wie schnell das gehen wird. Also, auch hier haben Sie meines Erachtens viel Aufholbedarf und viele Din-

ge, um die Sie sich kümmern müssen. Und wenn wir schon beim Kümmern sind, wiederum zu dem Wort. Man will in den Gemeinden einen „Kümmerer“ einsetzen. Also, ich sage einmal so: Ein Pflegebedürftiger braucht nicht einen „Kümmerer“, der ihm sagt, was für ihn das Beste wäre, sondern er braucht einen Pfleger, der ihm das Beste besorgt. Das ist es! Ich brauche nicht die x-te Anstellung, ich brauche nicht das x-te Institut, das sagt, was gut für ihn wäre, sondern ich brauche jemanden, der das Gute für ihn tut!

Und wenn da drinnen steht, man will jetzt einen Ausbau der kostenlosen kompetenten Beratung für pflegebedürftige Menschen und Angehörige – Leute, das haben wir im Jahr 2013 gehabt. Der Vorgänger von der Frau Prettnner, der Herr Ragger, hat damals das PGS erfunden und eingeführt, zuerst probeweise in Wolfsberg, dann ausgerollt auf ganz Kärnten, das PGS, das Pflege- und Gesundheits-Service. Dann ist die Frau Prettnner gekommen und hat die drei Buchstaben vertauscht, jetzt heißt es GPS, jetzt ist es halt das Gesundheits- und Pflege-Service. Man hat einfach die drei Buchstaben vertauscht, das System selber war das gleiche. Und jetzt will man diese Beratungsstellen noch mehr ausbauen. Das heißt, wir bekommen noch mehr Berater, die den Angehörigen sagen, wo man den zu Betreuenden unterbringen kann, nur, wie gesagt, das nächste Bett für einen Wolfsberger ist in Arnoldstein. Also, was hilft mir dort die hundertste Beratung, wenn mir die Pflege fehlt, wenn mir der Pfleger fehlt und wenn mir der Heimplatz fehlt? Also, das ist ein Bekenntnis, meine ich, sozusagen komplett auf der falschen Seite!

Es fehlt auch das Bekenntnis zum Ausbau der Alternativen Lebensräume, denn das ist auch etwas. Die Pflege allein werden wir, die Öffentlichkeit, uns auf Dauer nicht leisten können. Sie wissen alle, dass mit der Abschaffung des Regresses viele, viele Kosten auf Bund und Land zukommen. Die Diskussion, ob jetzt 100 Millionen Euro reichen oder ob es 500 Millionen Euro sind, die werden, da bin ich mir sicher, die Landeshauptleute mit dem Bund schon führen, aber am Ende des Tages muss es viel mehr den Ausbau der Alternativen Lebensräume geben, um die Menschen so lange wie möglich in der Heimpflege zu haben.

Trettenbrein

Der Bereich des Wohnbaus, meine Damen und Herren: Auch hier, wenn man das Regierungsprogramm anschaut, es geht immer nur um Mieter. Der Häuslbauer, Sanierer, die kommen hier nicht vor. Und wenn man das letzte Wohnbauförderungsgesetz hernimmt, dann sieht man, dass genau diese Sachen massiv erschwert worden sind. Wenn heute jemand seinen Altbau sanieren will, wer kann sich das heute noch leisten? Früher haben wir es bei der Wohnbauförderung so gehabt, da hat er halt in einem Jahr einmal die Fenster gemacht, zwei, drei Jahre später hat er die Außenfassade gemacht. Jetzt geht das nur alles in allem! Wer kann sich das leisten, wenn er so ein altes Häusel übernimmt, das alles auf einmal zu machen? Das geht nicht! Die Auflagen werden immer ärger. Das heißt, auch hier fehlt ein kompletter Ansatz, wie wir das in Zukunft bewältigen sollen. Der von den Freiheitlichen hier geforderte und im Landtag einstimmig beschlossene Häuslbauerbonus kommt im neuen Wohnbauförderungsgesetz überhaupt nicht vor. Also, genau das wäre eigentlich die richtige Hilfe. Das wäre die richtige Hilfe für die Häuslbauer und vor allem für die Sanierer, um hier direkt Geld zu bekommen und vor Ort die Professionisten einzustellen, um die Häuser zu sanieren. Und ich sage Ihnen zwei Zahlen aus den letzten Jahren für diese verfehlte Wohnbaupolitik. Die Zahl der Baubewilligungen ist laut Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten im Jahr 2016 um 17,7 Prozent gesunken, österreichweit ist sie um 2,2 Prozent gestiegen. Der Rechnungsabschluss 2016 des Landes Kärnten zeigt, dass im Jahr 2016 rund 25 Millionen Euro Wohnbauförderungsgeld nicht ausbezahlt wurden, weil einfach die strengen Förderauflagen und die Bau-Schikanen im Wege stehen.

Im Großen und Ganzen kann man sagen, das Regierungsprogramm ist „viel Lärm um nichts“, meine Damen und Herren! Sie wollen Kärnten angeblich zum familienfreundlichsten, zum kinderfreundlichsten, zum industriefreundlichsten, zum tourismusfreundlichsten, zum wirtschaftsfreundlichsten, zum umweltfreundlichsten, zum landwirtschaftsfreundlichsten Bundesland machen. Mit diesem Programm, meine Damen und Herren, ohne Visionen, ohne neue Ideen, ohne Entlastung der Bürger, ohne Impulse für die Wirtschaft und ohne Aussicht für unsere Jugend, werden Sie Schiffbruch erleiden! Ich kann Ihnen eines sagen: Der Rot-Schwarze Dampfer wird

am Felsen der großen Versprechungen, die Sie nicht erfüllen können, zerschellen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Claudia Arpa. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Arpa** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Mitglieder der Landesregierung sind, glaube ich, gerade draußen. Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich kann Ihnen einmal vorweg eines sagen: Ich verwende heute kein Zitat. Wir haben heute so eine Fülle und eine Masse an Zitaten gehabt, dass ich darauf verzichte. Ich werde meinen Fokus auf eine offene, moderne und den Bedürfnissen der Familien angepasste Familienpolitik setzen. Das ist eigentlich ein wesentlicher Grund dafür, warum sich Menschen in einem Land ansiedeln und warum sie da wohnen möchten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die Ana Blatnik hat vorher schon darauf Bezug genommen – steht an erster Stelle und erst dann – wirklich erst dann! – geht es um das Einkommen, weil wenn ich keine gescheite Kinderbetreuung habe, dann kann ich mir ein Kind einfach nicht leisten und dann geht das auch nicht so. Das gemeinsame Ziel der Koalitionsparteien, Kärnten zum kinder- und jugendfreundlichsten Land Europas zu machen – und für mich ist das schon eine Vision, das muss ich jetzt auch einmal so sagen – trägt diesem Wunsch Rechnung. Im Regierungsprogramm 2018 bis 2023 wurde von der SPÖ Kärnten gemeinsam mit der Kärntner ÖVP vereinbart, allen Kindern – und ich sage, wirklich allen Kindern in Kärnten! – die gleichen Chancen zu bieten, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern! Das heißt auch, eine qualitativ hochwertige – der Herr Kollege Scherwitzl hat das vorher auch schon einmal angesprochen – und eine beitragsfreie Kinderbetreuung im Alter von ein bis sechs Jahren, weil damit können auch solche Kinder beziehungsweise auch jene, deren Eltern weniger Einkommen haben, dann in den Kindergarten gehen. Die Eltern haben keine Existenzängste und können

Arpa

die Familie und die Arbeit gut vereinbaren. Wichtig ist natürlich auch für die Jugend, dass die eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung ermöglicht bekommen, etwa durch die Spielplatz-Offensive. Die Mobilität ist ein wichtiger Punkt für unsere Jugend und für unsere Kinder. Das Kärntner Öffi-Ticket für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren, das man eventuell gratis anbieten könnte, würde dafür sprechen. Junge Menschen möchten auch in die Selbständigkeit, deswegen sind sogenannte „Jung-Wohnungen“ einfach ein wichtiger Bestandteil in unserem Regierungsprogramm. Was für mich auch ein ganz wichtiger Punkt ist, ist die Vermeidung der Kinder-Armut. 10.000 Kinder leben in Kärnten in einem Haushalt mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, weitere 18.000 knapp darüber. Das heißt, dass diese Kinder nur begrenzt Teilhabe am öffentlichen Leben wie Freizeit, Kino oder auch an den ganzen Schulveranstaltungen haben können, die kostenpflichtig sind. Die fallen dann aus. Die Einführung des Familienbonus – benachteiligt sind dann wieder solche Familien, die es besonders brauchen würden, nämlich jene mit niedrigem Einkommen und das verstärkt die Ungleichheiten weiter. So soll Familienpolitik aus meiner Sicht nicht aussehen, geschätzte Damen und Herren! Ein Alleinverdiener mit 4.000,- Euro Einkommen bekommt dann für sein Kind 1.500,- Euro im Jahr, die Alleinerzieherin, die Teilzeit arbeiten muss – und da muss ich noch einmal auf die Ana Blatnik verweisen – bekommt gerade einmal ein Sechstel davon, 250,- Euro im Jahr! Kärnten geht da einen eigenen Weg, vor allem zum Beispiel auch mit der Familienkarte und unter anderem mit der Möglichkeit der Kinderbetreuung von ein bis sechs Jahren, die dann gratis angeboten werden soll.

Die Kärntner Koalitionsparteien sind sich aber auch ihrer Pflichten und Rechte beziehungsweise Aufgaben für die ältere Bevölkerung bewusst. Der Herr Trettenbrein hat mich vorher schon gefragt, wie das in einem Pflegeheim aussieht. Wir im Sozialverband Wolfsberg sind immer sehr voll, das gebe ich auch zu. Aber manchmal haben wir das Thema, dass Betten auch leer stehen. Das ist derzeit nicht der Fall. Ich muss auch einer These widersprechen, wir haben jetzt nicht mehr Wartelisten, weil der Pflegeregress gefallen ist. Menschen pflegen ihre Angehörigen ganz lange zu Hause. Erst dann, wenn es nicht

mehr geht, kommt das Pflegeheim. Es ist nicht so, dass jetzt plötzlich Leute vor der Türe stehen und sagen, so, meine Oma und meinen Opa will ich nicht mehr zu Hause haben. Das ist mir noch nie untergekommen, das möchte ich einfach einmal der Vollständigkeit halber festgehalten haben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Die Senioren, die in der dritten Lebensphase noch relativ fit und aktiv sind, sollten auch einen lebenswerten und einen wertvollen Lebensabschnitt haben. Die ersten Motorikparks für Seniorinnen und Senioren sind bereits eröffnet worden. Vor allem in meiner Heimatgemeinde Frantschach-St. Gertraud wurde der erste eröffnet, und es war total schön, weil der wird jetzt schon genutzt. Das freut uns natürlich auch alle! Wir haben auch das Wort „gemeinsam“ schon öfter gehört. Gemeinsam heißt auch, dass die Regierungspartner der Kärntner ÖVP beziehungsweise der SPÖ diese Punkte, die ich gerade genannt habe, umsetzen werden. Ich spreche eine Einladung aus, und ich habe eine Vision und diese Vision heißt so: Machen wir Kärnten zum kinderfreundlichsten Land Europas und zu einem Land, in dem alle Generationen eine lebenswerte Zukunft haben! Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner vorgemerkt habe ich den Dritten Präsidenten, Josef Lobnig. Nachdem er nicht anwesend ist, verfällt seine Wortmeldung, daher ist der Bundesrat Gerhard Leitner der nächste vorgemerkte Redner!

Bundesrat **Leitner** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf heute meiner besonderen Freude darüber Ausdruck verleihen, dass durch die neue Kärntner Landesverfassung die Möglichkeit gegeben ist, dass auch Bundesräte hier im Hohen Hause zu Wort kommen können! Ich halte das für einen wichtigen Beitrag zur weiteren Demokratisierung. Das fördert den Meinungsaustausch, und zwar sowohl soweit es die Bundes-, als auch die Landes-themen anbelangt. Nachdem der Bundesrat in der jetzigen Bundesregierungskoalition einen bedeutend höheren Stellenwert erhalten hat,

Leitner

gewährleistet ein solcher Kommunikationsaustausch eine wechselseitig fundierte Information und ist damit natürlich auch ein wichtiger Punkt für den Kärntner Landtag. Da ich mir vorgenommen habe, ein aktiver Bundesrat zu sein, nehme ich heute die Möglichkeit, hier zu sprechen, natürlich gerne in Anspruch.

In meinem kurzen Debattenbeitrag möchte ich mich mit den wichtigen Themen ganz kurz – Soziales, Gesundheit und ältere Generation – beschäftigen, und zwar aufgrund der vorliegenden Regierungserklärung. Der Anteil der älteren Menschen hat in den letzten Jahren wesentlich zugenommen und wird auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Unsere Gesellschaft erfährt dadurch eine tiefgreifende Veränderung. Es stehen viele Herausforderungen an und bieten gleichzeitig auch eine Chance für die Zukunft. Als Vertreter und Sprecher für die ältere Generation möchte ich festhalten, dass das Spektrum der Themen, die hier zu berücksichtigen sind, ebenso vielfältig wie tiefgreifend ist. Dies gilt auch für die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben. Aufgrund der Veränderungen in den letzten Jahren – ich meine damit insbesondere die zahlenmäßige Zunahme der älteren Menschen – die ungemein rasche Entwicklung im Bereich der Kommunikation, insbesondere jene der elektronischen Medien – ich meine damit aber auch die vielfältige und verantwortungsfordernde Tätigkeit im Bereich der Pflege und des Gesundheitswesens und Vieles mehr – gerade aufgrund dieser enormen Veränderungen steigt die Bedeutung der gesellschaftlichen Gruppe der Pensionistinnen und der Pensionisten. Ziel muss es dabei immer sein, einen aktiven und fördernden Beitrag zu leisten, die dritte Lebensphase zu einem aktiven und wertvollen Lebensabschnitt zu machen, und zwar mit einem hohen persönlichen Gestaltungsfreiraum für jeden und für jede einzelne Betroffene. Dazu trägt eine Reihe von Maßnahmen bei, die es jetzt gilt, zu verwirklichen oder sie sind zum Teil auch schon begonnene Aktivitäten, die weiterzuführen sind, die mit Inhalten zu füllen und vor allem für die ältere Generation umzusetzen sind. Die Bevölkerung wird nicht nur älter, die Menschen werden gesund älter und bleiben auch länger aktiv. Dank vieler positiver Entwicklungen und wissenschaftlicher Erfolge sind die Menschen heute gesünder, vitaler und in der Gesellschaft aktiv, auch dann, wenn sie nicht

mehr im erwerbsmäßigen Berufsleben stehen. Gerade dieser Entwicklung ist ein hoher Stellenwert einzuräumen, wenn es darum geht, durch politische Entscheidungen zu einer solchen positiven Entwicklung beizutragen. Es geht um aktuelle Fragen, die die Menschen berühren. Dazu gehören auch solche der gesundheitlichen Betreuung, der Pflegeversicherung, der finanziellen Sozialhilfe auf der einen Seite, sowie auch die Schaffung von Möglichkeiten zur Weiterbildung, Angebote zum Erhalt der Mobilität und auch Maßnahmen zur Schaffung der sozialen Infrastruktur, wie sie auch in der vorliegenden Regierungserklärung abgebildet sind.

Wenn das Land Kärnten plant, neue Wohnmodelle umzusetzen, dann ist dies zweifellos zu begrüßen. Der Schwerpunkt wird hier auf generationsübergreifende Wohnmodelle gelegt, die ältere mit jüngeren Menschen verbindet und das ist als ganz besonders positiv zu werten! Als besorgniserregend ist in den letzten Jahren die Tendenz zu erkennen, dass viele Menschen, wenn sie älter werden, einsam sind. Diese Einsamkeit führt zu Depressionen und macht krank. Es ist dies eine Frage der Entwicklung und der Zeit, von der früheren Großfamilie in den heutigen Bereich der Single-Wohnungen, sowohl für Ältere als auch für Jüngere, daher ist die Absicht des Landes Kärnten gerade in diesem Bereich des betreubaren Wohnens, aber auch im Bereich des betreuten Wohnens, neue Maßnahmen zu setzen, wünschenswert und zu begrüßen! Im täglichen Leben der älteren Menschen ist auch die Frage der Mobilität eine ganz zentrale. Lange mobil zu sein, Kontakte zu knüpfen und diese pflegen zu können sowie Besorgungen selbst erledigen zu können, das ist es, was man speziell im Alter benötigt. Eine wichtige Rolle dafür stellt die Mobilität dar. Ich meine damit insbesondere auch im öffentlichen Verkehrsbereich und dies vor allem in den Städten. Es ist zweifellos der öffentliche Verkehr die sicherste Mobilitätsform, wobei Überlegungen dahingehend angestellt werden sollen, mit einem leistbaren Verkehrsticket, künftig mit einem Seniorenticket, die Möglichkeit einer Form zu schaffen, günstig die Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel unter erschwinglichen Bedingungen in Anspruch nehmen zu können. Anzudenken wäre unter vielen anderen Formen der Seniorenförderung auch die Schaffung eines „Hauses der Generationen“ in Kärnten, eine infrastrukturelle

Leitner

Maßnahme, die als Kommunikationsort für jüngere und ältere Menschen dienen kann, mit sowohl sozialer als auch infrastruktureller, ökonomischer Bedeutung. Ältere Menschen brauchen einen Ort der Kommunikation. Man benötigt Formen des Zusammentreffens unter günstigen altersspezifischen Bedingungen. Man benötigt einen Veranstaltungsort, wo Vorträge, Seminare, kulturelle Veranstaltungen, aber auch sportliche Aktivitäten realisiert werden können und die vor allem auch bezahlbar sind.

Wenn man über die ältere Generation spricht, deren Möglichkeiten und deren Bedarf, so kann die Frage der Finanzierbarkeit der Pensionen nicht ausgeklammert werden. Jedes Jahr im Herbst beginnen die Diskussionen über die Leistbarkeit der Pensionen. Es gibt immer wieder einige Wichtigmacher, die als sogenannte selbsternannte „Pensionsexperten“ glauben, dazu Stellung nehmen zu müssen. Meist agieren sie mit Zahlen, die aus dem Zusammenhang gerissen sind und damit auch jeglicher Realität widersprechen. Unser Pensionssystem, meine Damen und Herren, ist sicher, ist finanzierbar und es ist ein System, um das uns viele Staaten der Welt beneiden. Trotzdem gibt es Menschen – und das sind auch nicht wenige – die ihr Leben aufgrund der Gewährung einer Ausgleichszulage gestalten müssen und dies nur so können, was nicht nur Sparsamkeit und auch Entbehrung hervorruft, sondern die auch knapp an der Armutsgrenze liegen. Arm sind jene Menschen, die am Alltagsleben nicht teilnehmen können. Armut kann jeden betreffen. Auf diese Gruppe von Menschen ist besonders Bedacht zu nehmen und es sind Wege zu finden, ihr soziales Leben sicherer zu machen. Politisch ist in diesem Zusammenhang die Frage relevant, ob und wie eine Überführung der Notstandshilfe in die Mindestsicherung vonstattengehen kann und wer vor allem die Kosten dafür letztlich zu bezahlen hat. Durch eine solche Systemänderung wird nicht nur die Kostenverantwortung vom Bund auf die Länder und Gemeinden übertragen.

So wird das wohl künftighin nicht sein können und auch nicht sein werden. Armut rekrutiert sich oft auch aus dem bedauerlichen Umstand, meine Damen und Herren, keine Arbeit zu haben. Daher ist heute auch dieses Thema anzusprechen, wie es schon angesprochen war, die Aktion 20.000, als Hilfs- und Anschubfinanzierung für ältere Menschen gedacht. In zwei Regi-

onen Kärntens wurden immerhin 141 neue Arbeitsplätze geschaffen für ältere Arbeitnehmer. Und man muss sich vorstellen, meine Damen und Herren, von heute auf morgen keine Arbeit, kein Einkommen und doch finanzielle Verpflichtungen innerhalb der Familie, die Finanzierung der Kinder, Abzahlung von Krediten und keine Arbeit! Das ist vielfach eine soziale Tragödie, weshalb um einen Beibehalt dieser Aktion gekämpft und diese gefordert werden muss, nicht nur für die genannten zwei Regionen. Es ist heute schon angesprochen worden, es sollte überall dort geschehen, wo die Erfordernisse bestehen. Hier könnte auch die Bundesregierung aktuell handeln.

Und mit großer Sorge führt man heute auch die Diskussion bei den österreichischen Sozialversicherungsträgern und deren Zusammenlegung auf fünf Träger. Die Entwicklung der Zeit erfordert es zweifellos, zu sparen, neue Wege in der Ökonomie und in der Verteilung zu suchen. Es steht aber fest, dass durch die Zusammenlegung und Einsparung in der geplanten Form gar keine Kosten eingespart werden, sondern sogar Teuerungen hingenommen werden müssen. Viele Kritikpunkte sind einfach grundlegend nicht stimmig, sie sind einfach falsch. Und wenn man die Verwaltungskosten kritisiert, so liegen wir mit 2,8 Prozent vorbildlich am untersten Rand der OECD. Wenn die derzeitigen Verhandlungen so laufen, dann soll die grundsätzliche Form der Selbstverwaltung aufrecht bleiben. Der Grund, durch den Wunsch, die Besetzung der Organe, neben den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch Vertreter des Landes und Bundes dahin zu entsenden, bedeutet, dass es keine Selbstverwaltung mehr ist. Dafür sehe ich bereits ein künftiges Betätigungsfeld auch im Bundesrat.

Es gäbe zu den vielen Themen noch sehr viel zu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber die Zeit ist einzuhalten. Die älteren Generationen sind ein Thema, das ebenso allumfassend wie spezifisch zu sehen ist. Ein Bereich, der sich permanent weiterentwickelt und den es auch künftighin zu gestalten gilt. Die bekannte Wissenschaftlerin – und jetzt noch ein Zitat – Margaret Mead, die durch ihre soziologischen Studien sehr aufgefallen ist, ist zu dem Schluss gekommen: „Die Kultur eines Landes zeigt sich darin, wie man mit den älteren Menschen umgeht.“ Wir in Kärnten haben eine hohe Kultur,

Leitner

historisch, vor allem aber auch gesellschaftlich. Das vorliegende Regierungsprogramm ist ein Garant dafür, dass wir diesen Weg beibehalten. Wie ein roter Faden zieht sich das humane Bekenntnis zur sozialen Verantwortung für und gegenüber den Menschen durch diesen Leitfaden politischer Vorhaben und politischer Tätigkeit, in dessen Mittelpunkt die Menschen und ihr Wohlergehen in unserem Lande stehen. Dankeschön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hermann Lipitsch. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Lipitsch** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Es ist natürlich die Aufgabe der Opposition im weitesten Sinne, ein Programm, das erstellt wurde, zu zerreißeln und zu schauen, wo ich etwas finde. Aber weil immer davon gesprochen worden ist, im Endeffekt steht kein Zeitpunkt drinnen – es steht ein Zeitpunkt drinnen, denn das Programm wurde für die nächsten fünf Jahre erstellt. Und man kann nicht sagen, morgen machen wir das oder übermorgen machen wir das, sondern für die nächsten fünf Jahre wurde es erstellt. Wenn ich jetzt die letzten fünf Jahre hernehme, dann ist im Endeffekt eine positive Grundstimmung in diesem Bundesland erzeugt worden, eine positive Grundstimmung für die Unternehmerinnen und Unternehmer, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und es ist der neue politische Stil angesprochen worden. Ich glaube, bei dem Stil geht es nicht darum, wie wir da herinnen diskutieren, sondern es geht darum, wie wir alle und die Landesregierung mit den Menschen in Kärnten umgehen. Und hier hat es einen neuen Stil gegeben! Denn wenn ich hernehme, dass die Sozialpartner vierteljährlich bei den Regierungssitzungen dabei sind, sind hier Programme entstanden, die für Kärnten in den letzten Jahren sehr positiv waren, dass hier Meinungen eingebracht worden sind, diskutiert worden ist und auch gewisse Sachen umgesetzt worden sind. Wir sollten den 34.000 Kärntner Arbeitgebern und -geberinnen, aber auch den 200.000 Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmern einmal Danke sagen, denn sie erwirtschaften die Steuerleistung, die wir brauchen, um hier Konzepte zu erstellen und etwas auch umzusetzen! Es wurde auch angesprochen in bestimmten Bereichen, wie geht man miteinander um. Es hat sich die Zeit geändert. Ich kenne die Zeiten, wo es einen Landeshauptmann gegeben hat, der gesagt hat, ich schaffe den ÖGB ab. Na ja, er hat es nicht können, ist logisch! Jetzt geht man halt einen anderen Weg, aber ich glaube, dass genau gemeinsam die Sozialpartner jene sind, die Kärnten auch dementsprechend unterstützt und geschaut haben, dass es wieder auf einen gescheiterten Weg kommt. Ich will nicht sagen, auf die Überholspur, denn das ist heute schon kritisiert worden. Es ist auch angesprochen worden, wie geht man mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern um, die ja fleißig sind, die das erwirtschaften und da habe ich schon mein Problem, wenn man im Bereich der Arbeitnehmerförderung – und ich denke zurück – gesagt hat, die Arbeitnehmerförderung streiche ich oder wenn man auch zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es um Arbeitnehmerförderung gegangen ist, in der Regierung nicht mitgestimmt hat. Ich möchte nur einen Punkt ansprechen und es ist schon viel gesagt worden zu den momentanen Situationen: Der Herr Landeshauptmann kritisiert nie, hat es geheißen. Na ja, warum nicht? Im Endeffekt geht es um Geld in Kärnten. (*KO Darmann: Er beflügelt Wien, er kritisiert nicht nur!*) Ich nehme das Beispiel AUVA her. Wenn hier die Leistung aufrechterhalten werden muss, dann geht es im Endeffekt auf Landeskosten. Es ist die Notstandshilfe angesprochen worden, gerade von meinem Vorredner. Im Endeffekt, wenn die Notstandshilfe abgeschafft wird und das in die Mindestsicherung geht, geht es um Geld des Landes Kärnten und der Gemeinden. Das muss uns klar sein! Und ich gestehe einem Landeshauptmann zu, dass er sich dagegen wehrt, dass das Bundesland Kärnten dementsprechend belastet wird von einer Bundesregierung, die nicht weiß, was sie tut! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Ich möchte aber eines anmerken, damit wir auch etwas zum Arbeitsmarkt anmerken. Es muss in Kärnten die Chance geben, und die ersten Schritte sind gesetzt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zurückkommen, gern hierbleiben. Hier ist sehr wohl im Regierungsprogramm alles angeführt. Es ist drinnen eine beste

Lipitsch

Ausbildung, erschwingliche Wohnungen, bestmögliche Kinder- und Familienbetreuung, attraktive Job-Möglichkeiten, gute Einkommensmöglichkeiten, auch Zukunfts-Chancen und vor allem Lebensqualität. Das ist alles in diesem Regierungsprogramm enthalten! Wir brauchen es im Endeffekt nur abzarbeiten und das wird die nächsten fünf Jahre passieren. Und wenn ich heute hernehme, dass Infineon gestern bekannt gegeben hat, 350 Arbeitsplätze mehr, so setzen sie auf Kärnten. Die sagen, das ist ein tolles Land, hier können wir arbeiten, hier können wir ausbauen. Und genau diese Möglichkeit müssen wir schaffen. Wenn ich hernehme, das was im Joanneum Research passiert ist, das nach Kärnten geholt wurde, das sind Zukunfts-Chancen. Forschung, Entwicklung heißen Arbeitsplätze, heißen im Endeffekt auch höhere Gehälter und gutes Einkommen. Und genau diesen Weg müssen wir gehen und wir müssen schauen, dass wir das auch dementsprechend umsetzen. Ich möchte, weil ja zeitökonomisch der Herr Präsident wahrscheinlich schon schaut hinter mir, (*Abg. Trettenbrein: Er hat schon gesagt, es reicht ihm!*) – es reicht ihm! Danke! Lieber Kollege Trettenbrein, weil du jetzt aufgestanden bist, du hast von einem Schiff und einem Felsen geredet, (*Abg. Trettenbrein: Ja!*) ich möchte das anders bezeichnen. Vor fünf Jahren haben wir einen Steinhaufer übernommen. Die Steine haben wir weggeräumt und haben eingesät. Die ersten Pflänzchen kommen, jetzt brauchen wir keinen, der sie zusammentritt, weil dann werden wir in fünf Jahren ein schön blühendes Land haben! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Johann Weber von der ÖVP. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Weber** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren, die noch anwesend sind hier im Hohen Haus des Landtages in Kärnten! Für mich ist das heute ein sehr historischer Tag. Anfangs wurde mir zum Geburtstag gratuliert, heute ist mein Geburtstag (*Beifall im Hause*) – Danke! – und ich darf mei-

ne erste Rede halten, und ich werde mich dabei selbst beschenken insofern, ich werde mich kurz halten. (*LH Kaiser: Politisch oder in der Länge?*) - In der Länge des Themas! Es ist schon sehr viel gesagt worden. Das Regierungsprogramm hat Ziele. Jeder, der sich das Programm angesehen hat, kann herauslesen, man hat sich Ziele gesetzt, man wird Ziele erreichen, wenn man das abarbeitet. Um Ziele zu erreichen, muss man arbeiten und die Koalition ist bereit, das eben zu machen. Was ich heute noch nicht gehört habe – deswegen beschränke ich mich jetzt auf das Thema Sport, das wurde noch nicht angesprochen – Sport ist ein ganz wesentlicher Punkt auch für unser Land Kärnten. Im Regierungsprogramm kann man das Wort sehen, „Sportland Kärnten bis 2030“, das ist ein Ziel, das gefordert worden ist. Hier ist eines definiert, 2030. (*KO Darmann: Seit 2013 in Amt und Würden!*) Man kann nicht von heute auf morgen ein Spitzensportler werden, genauso finde ich es toll, finde ich es sehr schön, dass hier bei der Jugend, bei den Kindern angesetzt werden soll. Im Kindesalter bereits soll die Jugend an den Sport herangeführt werden, Talente gesucht werden. Die Talente von heute sind ja die Spitzensportler von morgen. Die Talente orientieren sich und der Breitensport orientiert sich bekanntlich immer an den Spitzensportlern, deswegen brauchen wir auch Sportler, die herzeigbar sind, die internationales und nationales Format haben, die von uns kommen. An diesen orientieren sich dann wieder die Kinder, die Jugendlichen, die sind ihnen ja Vorbilder und der Breitensport an sich genauso. Und der Sport hat ja grundsätzlich sehr viele positive Wirkungen, was die Gesundheit betrifft, Fitness, Ausgleich, Gemeinschaft, Leistungsvergleich, den man sich dort abholt, man misst sich ja gern und vieles mehr. Genauso wird es – und das steht auch im Regierungsprogramm drinnen – Leitveranstaltungen brauchen. Wir brauchen auch Veranstaltungen, wo wir Leute erreichen, bewegen für den Sport. Ob das jetzt der alpine Schiweltcup ist, der Iron Man, um hier zwei größere zu nennen. Es gibt viele andere mehr, Sportveranstaltungen, die die Leute dann eben für den Sport begeistern und mobilisieren können. Die Sportförderung wird natürlich das eine oder andere dazu beitragen müssen, um diesen jungen Sportlern auch die Ausübung des Sports zu ermöglichen. Die haben nämlich nicht das Geld, um sich alles zu finanzieren. Sportstätten und so weiter kosten nicht wenig.

Weber

Das muss man bereitstellen, diesen sportbegeisterten Jugendlichen zur Verfügung stellen. Das ist eine Aufgabe auch der Politik, auch von uns in Kärnten. (2. Präs. *Strauß übernimmt den Vorsitz.*)

Sportvereine leisten in diesem Zusammenhang hervorragende Arbeit, sie leisten wertvolle Arbeit für die Jugend. Sportvereine sind die ersten Anlaufstellen, um überhaupt zum Sport zu kommen, neben dem, was sie in der schulischen Ausbildung kennenlernen können. Und jetzt komme ich schon auf das Nächste im Zusammenhang mit Sportvereinen. Viele Vereine und auch Sportvereine werden ja von sehr vielen Ehrenamtlichen geführt und geleitet. Die machen das gratis, unentgeltlich. Sie investieren sehr viel Zeit, damit Leute Sport ausüben können. Insgesamt haben wir in Kärnten über 100.000 Personen, die sich ehrenamtlich engagieren und das muss mehr wertgeschätzt werden! Gerade die ehrenamtlichen Tätigkeiten oder sehr viele, die ehrenamtlich tätig sind, treffen wir draußen im ländlichen Raum. Der ländliche Raum hat wahrscheinlich die höchste Dichte an ehrenamtlichen Personen. Wir hören immer wieder, der ländliche Raum muss gefördert, gestärkt, unterstützt werden – hier ist ein Punkt, wo wir dem ländlichen Raum absolut unter die Arme greifen können, lebenswert gestalten können, attraktiv halten können, zukunftsfit machen können, wenn wir diese ehrenamtlichen Personen nicht vergessen, im Gegenteil, unterstützen, das Ganze sogar vielleicht hinkünftig noch ausbauen!

Und eines möchte ich noch sagen: Der Herr Klubobmann Darmann hat gesagt, Sicherung der Schulstandorte. Ich komme aus dem landwirtschaftlichen Schulwesen, und ich hoffe, dass diese Aussage auch das landwirtschaftliche Schulwesen und die Schulstandorte, die landwirtschaftlichen Fachschulen in Kärnten betrifft, dass diese hinkünftig abgesichert werden und abgesichert bleiben und dass dieses Schulwesen nicht immer angegriffen wird. Dieses landwirtschaftliche Schulwesen, das hat auch der Rechnungshof in seinem Bericht niedergeschrieben, soll, kann und muss eigentlich beim Agrarbereich bleiben. Und es ist im Koalitionspapier niedergeschrieben, dass es so sein wird und dafür möchte ich auch von Seiten des landwirtschaftlichen Schulwesens recht herzlich Danke sagen! Gerade das landwirtschaftliche Schulwe-

sen bildet sehr zukunftsorientiert die junge Generation im ländlichen Bereich aus. Der ländliche Bereich braucht Facharbeiter. Wo kommen die Facharbeiter im ländlichen Bereich in erster Linie her? Zu einem hohen Maß aus diesen Landwirtschaftlichen Fachschulen. Ich weiß das, ich unterrichte an einer Landwirtschaftlichen Fachschule, ich weiß, wo unsere Schulabgänger hingehen. Sie bleiben in der Region der Schule, bei den Kleinstbetrieben und bei den mittleren Betrieben. So ist es eben möglich, auch den ländlichen Raum zu stärken, zu unterstützen und zu erhalten. Das war es, ich sage danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Herr Abgeordneter! Ihre Redezeit war 6 Minuten 47 Sekunden. Der Nächste mit der Nummer 20 von 32 Rednern ist der Abgeordnete Burgstaller mit seiner „first“ Rede im Kärntner Landtag. Lieber Abgeordneter, ich darf dich bitten!

Abgeordneter **Burgstaller** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Kritik an diesem Regierungsprogramm ja zum Teil. Wenn man nämlich, und ich nehme jetzt Bezug – (*Abg. Dieringer-Granza setzt zu applaudieren an.*) nicht schon vorher klatschen! – vor allem auf Ihr bundespolitisches Agieren, aber auch auf Ihre Wortmeldungen in der Aktuellen Stunde, wenn man so in die Vergangenheit vertieft ist wie Sie, dann fehlen ganz einfach der Zugang und das Verständnis für die zukünftigen wichtigen Themen in unserem Land! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Da sind wir auch wieder beim Kollegen Scherwitzl: „Wer lesen kann, ist im Vorteil“, aber man muss das Gelesene auch verstehen. Ich bin mir bei Ihnen noch unsicher, ob Sie es wirklich nicht verstehen oder ob Sie hier das Regierungsprogramm der Bundesregierung lesen. Aber kommen wir vielleicht zu Ihrer einzigen konstruktiven Kritik oder eigentlich zu Ihrer einzigen Kritik, die Sie gehabt haben oder was Sie vorschlagen. Ihnen fehlen die Leuchtturm-Projekte, aber dann sagen Sie bitte auch, was Leuchtturm-

Burgstaller

Projekte für Sie bedeuten. Sei es ein zweites Wörthersee-Stadion, eine zweite Seebühne, eine zweite Hypo, dafür sind Sie abgewählt und das wollen die Kärntnerinnen und Kärntner auch kein zweites Mal!

Kommen wir aber vielleicht zu den wirklich wichtigen Themen: Wir stehen global und so auch in Kärnten vor großen Herausforderungen. Vielleicht kann ich mit einer kurzen Geschichte beginnen. Ein Supermarkt, in dem ich öfter einkaufen gehe, das war einmal zu Beginn ein ganz normaler Supermarkt mit fünf Kassen, wo fünf MitarbeiterInnen gearbeitet haben. Der war für einen Monat zugesperrt und wurde umgebaut. Danach waren da fünf Automaten. Das heißt, fünf Arbeitsplätze sind innerhalb dieses Monats weggefallen. So wie hier stehen wir vor großen Herausforderungen, die auch vor Kärnten nicht Halt machen, dass wir in den nächsten Jahrzehnten circa 30 bis 40 Prozent der Arbeitsplätze durch die Digitalisierung und Industrie 4.0 gefährdet sehen. Jetzt kann man das mit Ihrer Strategie machen, Augen zu, Mauern hoch, Haustüre zu, Schlüssel weg und wenn dieses technologische Zeitalter läutet, einfach wegschauen. Oder man kann das mit unserer Strategie machen, diese Möglichkeiten suchen und diese Chancen nutzen, die sich auch für Kärnten auftun. Ich glaube, dieses Regierungsprogramm hat an ganz prominenter Stelle auch das Thema Digitalisierung und Industrie 4.0. Wir haben es in dieser Form in Kärnten auch das erste Mal, dass wir ein eigenes Zukunftsreferat haben, bestehend aus den Bereichen Digitalisierung, Technologie, Industrie 4.0. Gerade wenn wir in Kärnten sehen, welche Chancen und Möglichkeiten wir haben – das haben wir schon vor dem Jahr 2013 gesehen – wo und das trotz ausbaufähiger politischer Unterstützung es viele private Initiativen in diesen Bereichen gegeben hat, seit 2013 werden diese Initiativen auch politisch ernst genommen und wird dieser Part Industrie 4.0 auch politisch widergespiegelt. Jetzt haben wir mit diesem Regierungsprogramm und mit dieser Regierung ab dem Jahr 2018 eben auch dieses Digitalisierungsreferat und wir schaffen somit einen nächsten Meilenstein für diese Zukunft.

Dieses Regierungsprogramm zeigt aber auch, wir erkennen die Zeichen der Zeit und wir setzen auch hier in diesem Bereich die richtigen Maßnahmen. Einer der wesentlichen Indikatoren dafür ist die Forschungsquote, die in Kärnten

derzeit bereits bei über 3 Prozent liegt. Wir werden durch die Stärkung der universitären, aber auch außeruniversitären Forschungseinrichtungen diese Forschungsquote weiterhin erhöhen und somit wichtige Schritte in die Zukunft einleiten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

In weiterer Folge schaffen wir aber mit diesem Regierungsprogramm auch die Rahmenbedingungen für Unternehmen von morgen und übermorgen. Wir bekennen uns zur Forschungsachse Süd, zum High Tech Campus Villach oder auch zum Lakeside Park in Klagenfurt. Dass Kärnten in diesem Bereich erfolgreich ist, zeigt nicht zuletzt auch die positive Beurteilung des High Tech Campus Villach oder wie wir es gerade gestern auch gehört haben, 350 neue Arbeitsplätze bei Infineon. Ich glaube, da kann man auch hier im Kärntner Landtag sagen, wir sind stolz, solche Unternehmen und Einrichtungen zu haben! Wir werden diese auch landespolitisch weiterhin unterstützen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Gerade auch für den ländlichen Raum bietet die Digitalisierung große Chancen. Hier sind wir voll im Bereich der standortunabhängigen Arbeitsplätze. Es ist im Bereich der Digitalisierung und im Bereich Industrie 4.0 oft egal, ob du in Heiligenblut oder ob du in New York arbeitest und deine Leistungen anbietest, weil du hier diese Möglichkeiten hast. Du brauchst aber gewisse Voraussetzungen, vor allem zwei Voraussetzungen, die da ganz besonders wichtig sind. Das Erste ist die Ausbildung vom Kindergarten über die Volksschulen, wo es bereits positive Beispiele gibt, über die technischen Schulen bis hin zur Alpen-Adria-Universität, die hier in diesem Bereich auch einen internationalen Ruf hat. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung, um diese Möglichkeiten, die sich für Kärnten bieten, auch zu nützen. Ebenso wie die Ausbildung, ist aber auch der Glasfaser-Ausbau, der dank Landeshauptmann Peter Kaiser und auch Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig auf sehr gutem Kurs ist, eine *conditio sine qua non*, um diese Digitalisierung weiter voranzubringen. Hier geht es vor allem darum, diesen auch kärntenweit auszubauen. Es geht darüber hinaus aber auch um die Neubewertung und Nachbesserung von aktuell bestehenden Gewerbe- und Industrieparks und das gemeinsam mit den Kärntner Gemeinden.

Burgstaller

Wir dürfen auf diesem Weg und bei diesen Entwicklungen der Digitalisierung aber auch nicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vergessen! Es muss unser Ziel sein, dass keine Kärntnerin und kein Kärntner am Straßenrand dieser vierten technologischen Revolution auf der Strecke bleibt, sondern wir müssen alle und wir werden alle Kärntnerinnen und Kärntner hier auf die Überholspur mitnehmen! Dieses Regierungsprogramm gibt aber auch etwas sehr Wesentliches wider. Wir dürfen uns nicht nur um die Digitalisierung, sondern auch um dieses Umfeld bemühen. Wir müssen hier die Attraktivierung vor allem für junge Menschen in diesem Land weiterbringen. Das ist der Ausbau von Jung-Wohnungen, das Gratisangebot eines Öffi-Tickets für junge Menschen. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Einbeziehung junger Menschen in die politischen Prozesse mit der Installierung eines Jugendbeirates.

Abschließend: Dieses Regierungsprogramm, geschätzte Damen und Herren, ist ein Regierungsprogramm für die Zukunft. Die Qualität einer Regierung wird nicht an der gegenseitigen Zuneigung gemessen, sondern an den Ergebnissen für die Kärntner Bevölkerung. Da verspricht dieses Regierungsprogramm auch einiges. Jetzt geht es darum, dass alle hier im Kärntner Landtag vertretenen Parteien und darüber hinaus im Interesse der Kärntnerinnen und Kärntner arbeiten! Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten auch in Wien, und vor allem an die Freiheitlichen: Sparen Sie sich vielleicht ergebnislose Ausflüge zu irgendwelchen Messen, sondern fahren Sie gescheiter nach Wien zu Ihrer Bundesregierung! (*Heiterkeit im Hause.*) Nutzen wir hier die Möglichkeiten ganz einfach im Sinne der Kärntner Bevölkerung! Gehen Sie mit uns einen Teil dieses Weges und machen wir Kärnten gemeinsam besser! Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Sieben Minuten und 16 Sekunden war die Redezeit. Als Nächster ist der Abgeordnete Bürgermeister Klaus Köchl am Wort. Ich darf ihn bitten, zu sprechen!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

(*KO Darmann: Das nächste Mal wird er sich wünschen, nie geredet zu haben!*) Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Siehst du, Klubobmann Darmann, du bist mir da einfach sehr abgegangen. In der letzten Regierung bist du dort hinten gesessen, da warst du nicht ganz so glücklich. Da hast du nicht gewusst, sollst du mitstimmen in der Regierung, sollst du eine Opposition machen. Ich meine, das ist eh eure Stärke, aber da warst du nicht wirklich gar so gut. Ich kann mich erinnern, in der letzten vorhergehenden Periode, als noch der Herr Landeshauptmann Dörfler war, wie du da 13-mal hinausmarschiert bist, (*KO Darmann: Das ist nicht wahr!*) da warst du einer, der immer fest geklatscht hat, einer, der die Kärntner Bevölkerung verunsichert hat. Da bist du jetzt wahrscheinlich wieder angekommen, das hat man heute bei deiner Wortmeldung ja schon ganz deutlich gemerkt. (*KO Darmann: Lüg' nicht daher! Lüg' nicht daher!*) Jetzt kommst du in die richtige Position, das wird ganz einfach passen. Bleibe einfach ruhig! (*KO Darmann: Nicht lügen, bitte, wenn du am Rednerpult stehst!*) Ich lüge nicht! (*KO Darmann: Du kannst ins Protokoll schauen und nachlesen und dann einmal in dich gehen!*) Bist du jetzt auf zwölfmal stolz? Oder vierzehnmal? Was war es dann? dreizehnmal? (*KO Darmann: Schau' nach!*) Du bist nicht immer mit hinausgegangen? Jetzt bin ich am Wort. Lass' mich reden! (*KO Darmann: Bei dir darf ich schon reden, weil bei dir ist es nicht die erste Rede!*) Das einzige, was ich bei deiner ganzen Kritik gemerkt habe, die du heute ausgeübt hast, war das, dass du dir Sorgen machst, was die 100-Jahr-Feier in Kärnten betrifft. Wir wissen es noch nicht. Wir sind jetzt bei den Vorbereitungen. Ich verlasse mich da wirklich auf das Komitee, auf den Herrn Landeshauptmann, das ordentlich vorzubereiten. Aber eines weiß ich ganz genau, was ich nicht haben will. (*KO Darmann: Es hat im letzten Jahr zwei Regierungsbeschlüsse gegeben!*) Es kann auch ein Umzug sein, in welcher Art und Weise auch immer, aber eines will ich nicht haben – (*Einwand von KO Darmann.*) Hör' jetzt zu, ich sage dir, was ich nicht haben will, hör' bitte zu! (*Vorsitzender: Herr Klubobmann, der Abgeordnete Klaus Köchl ist am Wort! – KO Darmann: Wenn er austellt, muss der Kollege das Echo vertragen!*) Was ich nicht haben

Köchel

will, ist das, dass es wieder einen Umzug gibt in Kärnten wie der letzte, wo noch der verstorbene Landeshauptmann Haider gewesen ist, weil das war die größte Zumutung für die Kärntner Bevölkerung, die man sich überhaupt vorstellen kann! Die Marktgemeinde Liebenfels ist um 08.00 Uhr in der Früh losgefahren, ist nach Klagenfurt gekommen und hat mit vier Stunden Verspätung um 15.00 Uhr am Nachmittag – in der Lastenstraße unten haben wir gewartet – und um 15.00 Uhr am Nachmittag sind wir hungrig, durstig gewesen. Manche Frauen haben Probleme gehabt, irgendwo auf die Toilette zu gehen. Dann haben wir beim Landeshauptmann vorbeigehen dürfen, der auf einem Kaiser-Thron gethront hat. *(KO Darmann: Wunderbar!)* Jetzt würde es beim Kaiser ja passen. Das muss ich dir sagen, das war eine Zumutung! So etwas dürfen wir nie mehr organisieren, Herr Landeshauptmann! Bitte, so etwas machen wir nie mehr! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Das war eine Zumutung! Da haben wir hinübergehen müssen. Dort haben die Leute vorne warten müssen. *(KO Darmann: Du bist so peinlich in deinen Ausführungen!)*

Und wenn du gesagt hast, lieber Klubobmann Darmann, das Regierungsprogramm ist ein großer Bauchfleck, dann sage ich dir, weißt du, was so ein großer Bauchfleck war? *(KO Darmann: Ein armseliges Blättchen!)* Deine Äußerung heute, als der Kollege Scherwitzl dich gebeten hat, deine Regierungsmitglieder, in Wien dafür zu sorgen, dass sie Kärnten mit anständigen finanziellen Mitteln ausstatten. Dann hast du darauf gesagt, das werde ich sicher nicht tun, weil ihr habt das so beschlossen. *(KO Darmann: Was? Das habe ich nie gesagt! Die nächste Lüge!)* Wenn du es zusammenbringst, dass bei der Hypo noch extra ein Geld hereinkommt, ja, selbstverständlich hat der Scherwitzl gesagt, das nehmen wir. Und du hast gesagt, das wirst du nicht tun, weil wir haben das so wollen. *(KO Darmann: Das habe ich nie gesagt!)* Das hast du heute gesagt, lies‘ das im Protokoll nach! Das kann ich dir sagen, dass das so ist! *(KO Darmann: Herr Präsident, ich möchte das Protokoll ausheben lassen! Herr Präsident!)* Das ist aber so! Du brauchst dich nicht so aufzuregen, das ist so! *(Vorsitzender: Bitte, Herr Klubobmann!)* Das ist das Eine! *(Vorsitzender: Herr Abgeordneter Köchel! Jetzt spricht der Präsident! Die Debattenbeiträge sind so, dass jeder Debat-*

tenredner seine Beiträge bringt. Sie haben die Möglichkeit, dem zu antworten. Vor Ihnen wäre der Präsident Lobnig als Letztredner momentan genannt. Es folgen aber noch mindestens zwölf Rednerinnen und Redner zu diesem Tagesordnungspunkt 2. Ich darf darum bitten, auch die Fraktion der SPÖ hat zugehört, auch wenn Sie in Ihren Ausführungen x-mal die Regierung und den Landeshauptmann angerufen haben und immer dazwischengeredet haben, am Wort ist der Abgeordnete Klaus Köchel! – KO Darmann: Herr Präsident, der Abgeordnete spricht mich die ganze Zeit an, dann darf ich auch darauf auch reagieren!) Seien wir wieder Freunde, Herr Klubobmann! *(Lärm und Heiterkeit im Hause.)* Das Wichtigste ist wirklich, dass wir in Kärnten zusammenhalten. Ich bitte dich wirklich, alles zu unternehmen, wenn du irgendwie ein Geld auftreibst, bitte, dass du das nach Kärnten bringst! Wir brauchen das ganz dringend!

Jetzt komme ich noch ganz kurz zu den Gemeinden, zu den Feuerwehren und zum Katastrophenschutz: Stützpfeiler sind in den letzten Jahren die Gemeinden. Da war Erster Präsident Reinhart Rohr einer der Maßgeblichen, der neue BZ-Mittel ausgegeben hat und dass alle Gemeinden gerecht behandelt worden sind. Das wird auch so fortgesetzt. Wir haben mit dem Daniel Fellner einen hervorragenden Vizebürgermeister. Ich denke, dass das so gehen wird, dass es eine bürgerfreundliche Gesetzgebung und Verwaltung geben wird, dass es eine Service-Sstelle in der Abteilung 4 unten geben wird beim Herrn Sturm. Da werden wir versuchen, Folgendes zu erreichen, dass wir eine Sicherstellung der Stabilität der Gemeindehaushalte machen, dass wir die Gestaltung von modernen, effizienten Verwaltungseinrichtungen machen, was wir gleich angehen werden. Mit dem Kollegen Gaggl haben wir darüber schon geredet, dass wir das im Ausschuss gleich machen werden, die Raumordnung und das Gemeindeplanungsgesetz zusammenbringen. Das ist in der letzten Periode leider nicht gegangen. Es wird ganz, ganz wichtig sein, für die Gemeinden in der EU die nötigen Fördergelder, die in welcher Art und Weise auch immer gebraucht werden, hereinzubringen! Ich glaube, das muss ein bisschen einfacher werden, was die Antragstellung und den Ablauf von diesen ganzen Sachen betrifft. Das muss ganz einfach sein. Wir Bürgermeister oder die Gemeinden müssen sich auch dessen bewusst

sein, wenn man alle Krankenanstalten und die Pflegeeinrichtungen und dergleichen aufrecht erhalten will, dass das die Gemeinden auch Geld kostet.

Da will ich nicht haben, dass die einen oder anderen hergehen und sagen, Pflege und Gesundheit, das kostet die Gemeinden so viel Geld und auf der anderen Seite wollen wir die beste Versorgung haben. Das wird auch nicht gehen, das kann ich mir nicht vorstellen. Und was vor allem etwas ganz Wesentliches ist, und da glaube ich, haben wir auch mit dem Gemeindefereenten eine ganz tolle Beziehung, ist alles, was Wasser betrifft. Es muss eine Wasser-Charta her, wir müssen schauen, dass von Heiligenblut bis nach Lavanttal genügend Wasser vorhanden ist. Das ist eine Aufgabe über mehrere Jahre, aber das ist einer der wichtigsten Punkte.

Und beim Feuerwehrwesen: Dass wir insgesamt 399 Feuerwehren haben, das ist eines der wichtigsten Dinge, und es wird keine einzige Feuerwehr geschlossen. Nicht so, wie wenn ich hinüberschaue zum Kollegen Staudacher, der gesagt hat, im Spittaler Bereich schließt die SPÖ Feuerwehren. (*Abg. Staudacher: Logst du schon wieder?*) Das tun wir nicht, sondern im Gegenteil! Es ist ein neuer Gefahren- und Ausrüstungsplan gemacht worden. 44 Gemeinden sind da schon fertig, es ist mit dem Feuerwehrverband schon geredet worden, und ich glaube, da sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg. Das wollte ich ganz kurz gesagt haben.

Es gäbe viel zu diesem Regierungsprogramm zu sagen, aber ich glaube, gemeinsam mit der ÖVP werden wir zielstrebig daran arbeiten und in fünf Jahren sind wir sicherlich weitergekommen als wir es heute sind. Und darauf freue ich mich schon, in fünf Jahren wieder dazustehen und zu sagen, es ist gelungen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und Abg. Häusl-Benz.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Herr Abgeordneter! Redezeit 8 Minuten und 14 Sekunden. Als Nächste ist die Abgeordnete Bürgermeisterin Gaby Dörflinger am Wort. Für sie ist es auch die erste Rede hier im Kärntner Landtag! Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete **Dörflinger** (SPÖ):

Geschätzter Präsident! Geschätzter Landeshauptmann! Werte Kollegen im Kärntner Landtag! Erstmals ist in dem Regierungsprogramm ein großer Bereich der Landwirtschaft gewidmet. Er trägt die Handschrift, die wir gemeinsam, die SPÖ mit der ÖVP, erarbeitet haben. In der Ausgangslage schaut es so aus: 85 Prozent des Landes Kärnten werden von der Land- und Forstwirtschaft bewirtschaftet. 38.800 Personen sind in 10.000 Betrieben aktiv unterwegs. Zwei Drittel der Betriebe sind im Nebenerwerb, wobei in den letzten Jahren auch 15 Prozent zum Vollerwerb gekommen sind. Durch die Spezialisierung, durch die Direktvermarktung sind 15 Prozent mehr zum Vollerwerb gekommen. Gestern war ich in Krastowitz beim Direktvermarkter-Tag, für mich sehr erfreulich, weil sehr viele in die Direktvermarktung gehen. Und was mir auch sehr aufgefallen ist, sind sehr viele Neueinsteiger, die gar nicht aus dem landwirtschaftlichen Bereich kommen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb in die Direktvermarktung führen. Große Bereiche wären eben in der Fischwirtschaft zu erwirtschaften, weil da gibt es nur eine zweiprozentige Marktabdeckung, und ich glaube, wenn wir in der Landesregierung und auch hier im Landtag die Problematik mit Fischottern und diese Erschwernisse, Wasserrechte, klären können, werden wir dort einen enormen Zuwachs haben. Das Einkommen stieg zwar in den letzten Jahren um circa 17 Prozent, doch durch die neue Einheitswertbewertung wird es natürlich wieder zu Einbußen kommen. Doch ich glaube, dass wir gerade aus diesem Grund, so wie es im Regierungsprogramm steht, die Klein- und Mittelbetriebe verstärkt fördern müssen.

Man hat gesehen, in den letzten Jahren wurden der Milchkosten-Zuschuss und auch die Junglandwirt-Förderung eingeführt und das brachte doch einen enormen Zuwachs für die Landwirtschaft. Es sind aber viele Bereiche nicht hier im Landtag zu regeln, sondern im Bund, und ich glaube, mit Martin Gruber als Landesrat können wir dort anknüpfen, der doch sehr gute Kontakte zur neuen Landwirtschaftsministerin hat. Spezifikum in der ganzen Geschichte der Direktvermarktung ist, dass dort die Bauern zusätzlich belastet werden. Ich denke, da wäre auch anzusetzen, dass man sagt, sie werden dort in dem Bereich entlastet.

Dörflinger

Ich weiß Veterinärwesen und Tierschutz in sehr, sehr guten Händen bei unserer Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettnner, die diese Agenden in Zukunft führen wird. Es wird nicht zu vermehrten Kontrollen kommen, das ist auch ganz wichtig für unsere Bauern und Bäuerinnen, aber es wird trotzdem spezifisch geschaut, dass alles in Ordnung ist.

Das ländliche Wegenetz ist auch schon mehrmals vorgekommen, das habe ich mir auch aufgeschrieben. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir dort mit den verstärkten und vermehrten Geldmitteln die Straßen zu unseren Bauern besser ausbauen, dass die Förderung für alle Straßenstrecken ziemlich gleich sein kann und dass auf jeden Fall die Lebensadern und auch der Bereich dieser Straßen perfekt hergerichtet werden. Und dies sagt auch das Regierungsprogramm aus, indem es auch mit mehr Geld bestückt wird, dass die Straßen in Zukunft besser bedient werden.

Die große Ungewissheit im Bereich Landwirtschaft ist der Brexit und die damit entfallenden Einnahmen. Für mich ist es auch sehr wichtig, dass der Bund da wirklich richtig handelt und nicht Geldmittel im Bereich der Landwirtschaft abzieht. Ein Bereich, der mir auch sehr am Herzen liegt: Ich komme aus einer Region so wie das Görtschitztal, wo Arbeitsplätze verlorengegangen sind, und ich denke, mit der Digitalisierung, Breitband und Glasfaserkabel-Verlegung im Tal, auch mit Verhandlungen mit der KELAG und den dortigen Anbietern, A1, kann es gelingen, dass man wieder Betriebe ansiedelt. Genau diese Betriebe sind auch notwendig für unsere Bauern, die im Nebenerwerb sind, damit sie dort vor Ort einem Einkommenserwerb nachgehen können.

Eines ist mir ganz wichtig, und ich glaube, da können wir alle, die wir hier sind, etwas dazu beitragen, und zwar schon als Botschafter für unsere heimischen Nahrungsmittel: Vor Ort kaufen und nicht in irgendeinem Supermarkt billige Nahrungsmittel. Es war auch in den vergangenen fünf Jahren das Bekenntnis dazu, dass wir in den Krankenanstalten Lebensmittel aus Kärnten verwenden, ganz ein wichtiger Beitrag.

Die Problematik, no na nit, Wolf – Bär mit allen Sachen, die auf uns zukommen werden. Wir können uns da auch nur an die EU-Gesetzgebung halten. Es ist eine geschützte

Tierart, aber auf der anderen Seite wird es Möglichkeiten geben und uns werden Möglichkeiten einfallen, um in dem Bereich unseren Bauern bestmögliche, nachhaltige Arbeiten abgeben zu können.

Ich möchte im Allgemeinen noch auf etwas hinweisen, und zwar auf die schwache Finanzkraft einzelner Gemeinden. Wenn die Mindestsicherung oder der Pflegeregress auf die Gemeinden fällt, ist das natürlich von den Gemeinden halbe mit dem Land zu tragen und da müssen wir im Hinblick auf eine Regierungspartei und eine zweite Regierungspartei schon sagen, dass da wirklich daran gearbeitet wird, dass es nicht so kommt und die Gemeinden beziehungsweise das Land die Zeche tragen können.

Abschließend möchte ich noch sagen, wenn ich sehe, wie argumentiert worden ist im Bereich Leuchtturm-Projekte, dann möchte ich schon sagen, mir ist eine kontinuierliche Politik lieber, die wirklich sachlich arbeitet und nicht Leuchtturm-Projekte in die Welt stellt, die dann die nachfolgenden Generationen zu zahlen haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Das ist mir ganz wichtig, denn seröse Politik wird nicht an Leuchttürmen gemessen, die in den Himmel hinauftragen und natürlich die Geldmittel für die nächsten Generationen verschlingen.

Die Aktion 20.000, die abgeschafft worden ist: Ich habe selber bei uns in der Gemeinde erlebt, wir konnten etliche, die dort gearbeitet haben, in ein Arbeitsverhältnis bringen. Es ist ja oft so, wenn ein Langzeit-Arbeitsloser längere Zeit weg ist, wieder eine Arbeit bekommt, kann er sich wesentlich leichter um einen Arbeitsplatz bewerben und kann bis zu seinem Berufsende dort kontinuierlich arbeiten und geht dann in Pension. Einen Arbeitsplatz zu haben, ist auch der Türöffner für die Gesellschaft, weil wenn ich kein Geld habe, kann ich am gesellschaftlichen Leben auch nicht teilnehmen. Abschließend möchte ich sagen, ich freue mich auf die fünf Jahre Arbeit im Landtag, freue mich auf die Umsetzung des Regierungsprogrammes und danke auch dem Landeshauptmann für seinen stetigen Einsatz für Kärnten und freue mich auf eine Zusammenarbeit mit allen Kollegen im Landtag! Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Frau Abgeordnete! Auch bei Ihnen pendeln wir uns bei rund sieben bis acht Minuten Redezeit ein. Als Nächster ist der Abgeordnete Jantschgi aufgerufen. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Jantschgi** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Hohes Haus! Ich darf mich einmal bei der Bürgermeister-Kollegin und Landtags-Kollegin Dörflinger – ist sie gerade hinausgegangen? (*Zurufe aus der SPÖ-Fraktion.*) Ach so, noch da! – bedanken, dass sie der ÖVP da vorgeführt hat, wie die Landwirtschaft in Zukunft aussehen soll! Finde ich toll, dass das ein SPÖ-Mitglied macht! Wirklich hervorragend! Von meiner Seite her werde ich einhalten, dass meine Ansprache oder Rede kurz sein wird. Ich möchte ganz kurz auf das Thema „Kärnten sozial gerecht, gesund und gut versorgt“ eingehen. Meine beiden Kollegen aus dem Gailtal, bitte, dass ihr das auch aufnehmt! Wenn man in der Präambel liest, dass eben eine flächendeckende Versorgung für alle unsere BürgerInnen in Kärnten gegeben ist, dann möchte ich darauf hinweisen, dass es im oberen Gailtal nicht der Fall ist. Aufgrund dessen, dass wir in unserem Bereich nur drei Ärzte haben für circa rund 10.000 Einwohner, ist das eine sehr große Schwachstelle, wenn man bedenkt, dass im oberitalienischen Raum ungefähr 1.500 Einwohner auf einen Arzt kommen, bei uns eben, wenn man sich das durchrechnet, ungefähr 3.300 Einwohner. In dieser Richtung muss gearbeitet werden und deshalb möchte ich besonders meine beiden Kolleginnen und Kollegen bitten, daran zu arbeiten, dass das in unserem Bereich dementsprechend abgeschafft wird oder dass zumindest diese Mängel behoben werden. Denn wie wir vorher gehört haben, wird es in Zukunft auch Pensionierungen geben und es wird immer schwieriger, eben diese Ärzte nach zu besetzen.

Des Weiteren ist in der Präambel auch, was auch sehr wichtig ist, die Wasserversorgung für uns alle in Kärnten drin. Natürlich ist diese Wasser-schiene, die angedacht ist, errichtet zu werden, okay, aber man sollte aufpassen und nicht vergessen, dass die privaten Wasserversorgungsan-

lagen – in unserer Gemeinde gibt es welche – hier aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeiten sehr gut arbeiten und man muss aufpassen, es gibt ja mittlerweile eine Novellierung von der EU-Kommission, dass eben die neuen Trinkwasser-Richtlinien erneuert werden sollen und aufgrund dessen soll ja angedacht werden, dass die Bedrohung bei diesen Wasserquellen derartig massiv werden und das auch dementsprechend teuer werden wird. Und aufgrund der Teuerung wird es wahrscheinlich in Zukunft nicht möglich sein, diese Wasserrechtsanlagen aufrechtzuerhalten, was entsprechend auf den Bezieher umgelegt werden muss, dass das Wasser dementsprechend teuer wird. Und da sollte man aufpassen, und das ist wirklich eine große Aufgabe! Herr Landeshauptmann, darf ich gleich bitten, darauf einzuwirken, dass das eben nicht so passiert!

Des Weiteren, was auch zum Trinkwasser dazupasst, um das dementsprechend zu schützen, ist es auch notwendig, im Bereich der Kläranlagen, der Abwasserbeseitigung weitere Maßnahmen zu setzen. Speziell gibt es in Kärnten noch gewisse Ortschaften, Gemeinden, die diese Richtlinien noch nicht erfüllt haben. 2015 sollten die Kläranlagen fertiggestellt sein und da hat es ja in der Vergangenheit einen Aufschub gegeben bis Ende 2018, aber ich bezweifle, dass das dementsprechend eingehalten werden kann. Und ich möchte auch darum bitten, dass das dementsprechend eingehalten wird oder wie das in Zukunft ausschauen wird, dass auch diese Ortschaften und Gemeinden dementsprechend Anschluss an die Abwasserbeseitigungsanlagen haben.

Bezüglich der Kinderbetreuungsplätze oder zumindest zum zweiten Gratis-Kindergartenjahr: Das möchte ich natürlich auch befürworten, Herr Landeshauptmann! Eine tolle Sache, aber ich darf darum bitten – vielen Bürgermeistern geht es gleich wie mir – dass die Kosten nicht wieder den Gemeinden umgehängt werden! Das muss man sich gut überlegen, weil wenn, wie gesagt, wieder Zahlungen kommen werden, die Gemeinden 50 Prozent oder mehr dazuzahlen sollen, dann werden das die Gemeinden in Zukunft nicht mehr schaffen, weil die Belastungen in der Richtung immer mehr steigen. Und deshalb heißt es, in der Richtung gut zu arbeiten. Wie gesagt, wir sind dabei, dieses Gratiskindergartenjahr oder das zweite Jahr einzuführen, aber bitte nicht auf Kosten der Gemeinden. Zahlen soll schon der, der das anschafft!

Jantschgi

Wie gesagt, vielleicht ganz kurz zu den Leuchtturm-Projekten, was irgendwo ein bisschen fehlt oder Initiativen, wenn wir vorher über den Pyramidenkogel geredet haben. Das Wörthersee-Stadion wurde vorher vom Kollegen Luca Burgstaller angesprochen, ein zweites Stadion werden wir sicher nicht brauchen. Ich freue mich, dass das Cup-Finale in Kärnten stattfindet – 30.000 Besucher! (*Zwischenruf von Abg. Trettenbrein.*) Werden wir schauen. Es müssen von Seiten des Landes Initiativen kommen, damit das Stadion dementsprechend belebt wird, weil nur so kann es leben. (*3. Präs. Lobnig: Ohne Bäume!*) Man sollte nicht Bäume setzen, sondern das dort abhalten, wofür es gebaut wurde. Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Herr Abgeordneter! Ihre Redezeit war 5 Minuten 14 Sekunden. Mit seiner ersten Rede im Parlament ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Christof Seymann aufgerufen. Ich darf ihn ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Seymann** (SPÖ):

Werter Präsident! Liebes Kollegium! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Zuschauer sind keine mehr da, das ist verständlich. Ich habe es positiv aufgenommen, dass sich unsere Diskussion in den letzten Stunden – zumindest am Nachmittag – zunehmend versachlicht hat. Ich werde dann zum Schluss noch einige Worte dazu finden. Ich gehe aber davon aus, dass die Versachlichung durchaus damit zu tun hat, dass im Regierungsprogramm Kompetentes drinnen steht und nicht nur Belangloses, was uns die nächsten fünf Jahre begleiten soll.

Meine Themen sind Infrastruktur und Wasser, zwei wesentliche Punkte auch für unser Bundesland. Wenn wir uns mit diesen Themen beschäftigen wollen und beschäftigen müssen, dann sollten wir uns auch mit der Landschaft beschäftigen, wie diese entstanden ist. Entstanden ist unsere Landschaft – ich möchte nicht bei Adam und Eva anfangen, das wäre viel zu weitgehend – in den letzten 10.000 Jahren durch die Eiszeit, durch das Abschmelzen der Gletscher. Dieses Abschmelzen der Gletscher hat letztlich unsere

Landschaft und hier Wasserwege geformt, unser Gewässernetz und unser Wasserangebot, das wir heute nutzen, das uns so viel gibt, das so wichtig ist. Entlang dieser Täler hat sich auch die Besiedelung entwickelt und im Zusammenhang mit der Besiedelung auch die Infrastruktur. In dem Fall ist mit Infrastruktur nicht das gemeint, was einer meiner Vorredner, der Luca Burgstaller, gemeint hat mit der Technologie, Internet und vieles mehr, sondern die Straßen, die Wege und letztlich auch die Eisenbahnen. In diesem Rahmen bewegen wir uns, wenn wir uns mit dem Wasser und mit der Infrastruktur beschäftigen. Das Gewässernetz und die Straßen kreuzen sich, laufen oft parallel – wie wir bemerken, ist das zwar nicht täglich der Fall, aber es ist durchaus öfter im Jahr der Fall und momentan in der Innerkrems – das macht Probleme. Bei extremen Wetter-Ereignissen beziehungsweise nach langen Niederschlagsperioden gibt es hier Probleme, um diese wiederherstellen zu können, um hier alles so aufrechtzuerhalten, dass unser Land erreichbar bleibt, dass unsere Siedlungen erreichbar bleiben, dass unsere Wirtschaft aufrechtbleibt.

Zunächst zur Infrastruktur: Wir wissen, dass unsere Straßen, unsere Wege nicht überall im allerbesten Zustand sind, lassen Sie es mich so formulieren, sondern hier einiges aufzuholen ist, sehr viel zu investieren ist. Das gilt nicht nur für die Landesstraßen, das gilt auch als Herausforderung – die Gemeinderäte und Bürgermeister unter uns werden das selbstverständlich bestätigen – jedes Jahr bei der Erstellung der Gemeinde-Budgets und bei der Umsetzung dieser Vorhaben und es schneidet sich dort auch im Bereich zur Raumordnung. Was ist daher in dem Zusammenhang wichtig? Wichtig ist, dass wir uns verständigen, das was an Infrastruktur vorhanden ist, zu erhalten, zu erhalten auf einem Stand der Technik. Dieser Stand der Technik ist einer, der für uns Techniker auch immer herausfordernder ist, weil er sich immer weiterentwickelt, weil dadurch die Sicherheitsmaßnahmen, die Standards in der Umsetzung, im Bau immer höher werden und das meistens mit zusätzlichen Planungs- und auch zusätzlichen Umsetzungskosten begleitet ist. Wir sollten uns außerdem weiters kritisch überlegen, welche Straßenverbindungen wir tatsächlich noch neu bauen müssen und ob wir nicht mit den bestehenden und unter Aufrechterhaltung der bestehenden das

Seymann

Auslangen finden. Insbesondere in den Zentralräumen ist es wichtig, den öffentlichen Verkehr – und das wurde auch schon genannt – zu stärken und auch ein Bewusstsein dafür zu schaffen. In Kärnten mag das vielleicht nicht so spürbar sein, aber wenn man nach Wien fährt oder in die norditalienischen Ballungsräume, dann sieht man das ganz deutlich, dass die KFZ-Mobilität eindeutig ihre Grenzen erreicht hat. Das heißt, ein Ausbau der KFZ-Mobilität in den Zentralräumen wird kaum sinnvoll und auch nicht möglich sein. Es ist auch ein Bewusstsein zu schaffen, dass das Fahrrad, das in unserer wunderbaren Landschaft von uns allen oft als Freizeitgerät verwendet wird und das auch gerne gemacht wird, dass das auch ein Verkehrsmittel sein kann, das täglich gebraucht wird. Letztlich ist es auch wichtig, dass Flächen, die fernab von vorhandenen Anbindungen sind, nicht mehr als Bauland oder als Industrieland und als Gewerbegebiet gewidmet werden, denn das erfordert den Bau von zusätzlichen Straßen, von zusätzlichen Infrastrukturen, die dann wieder Kosten in der Instandhaltung, in der Instandsetzung erfordern.

Zum Thema Wasser und Nachhaltigkeit: Nachhaltigkeit ist ja ein Begriff, der in der österreichischen Forstwirtschaft in den 50er-Jahren geprägt wurde. Heute ist die Sustainability weltweit in aller Munde. Auf diesen Begriff, der in Österreich in den 50er-Jahren geprägt wurde, können wir stolz sein! Damals hat es Diskussionen gegeben, ob die österreichische Forstwirtschaft nicht mehr nutzt als im Wald nachwächst. Es wurde damals nachgewiesen, dass es nicht so ist und es ist auch heute nicht so. Ein gesunder Wald hat natürlich mit dem Wasserangebot in unserer Landschaft, in unserem Bundesland sehr viel zu tun. Es mag absurd klingen, in einer Gegend, wo es viel regnet – ich bin zwar aus Salzburg, wo es noch viel mehr regnet als in Kärnten – dass hier Wasser knapp sein könnte, knapp werden könnte. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel kann das aber so sein, ein Klimawandel, der sicherlich stattfindet, wo wir uns nicht ganz im Klaren darüber sind, ob er natürlich ist oder vom Menschen gemacht wurde, aber der Mensch hat sicher seinen Teil dazu beigetragen. Das heißt, hier die Resilienz aufrechtzuerhalten in unseren Wasserversorgungssystemen, ist eine besondere Aufgabe, auf die wir unser Augenmerk legen müssen! Mein Vor-

redner hat das auch angesprochen im Zusammenhang mit der Wasserversorgung im gesamten Landesgebiet. Es ist eine besondere Herausforderung, diese Wasserversorgung aufrechtzuerhalten in der erforderlichen Qualität, das auch die Techniker fordert und hier dann nicht der Versuchung nachgegeben werden darf, dass das Wasserangebot privatisiert wird, sondern es ist ein öffentlicher Auftrag im eigentlichen Sinn, das ist unsere Überzeugung.

Zum Abschluss, Schutz vor Naturgefahren – Katastrophenschutz war schon etwas angesprochen – aber Schutz vor Naturgefahren ist natürlich eine ganz besondere Herausforderung im Zusammenhang mit Wasser nach Extremereignissen. Das heißt, ein wesentlicher Punkt ist die Erhaltung des Schutzniveaus, des Schutzniveaus, wie wir es jetzt haben. Schutzwasserbau wird ja seit vielen Jahrhunderten gemacht, intensiv seit 1884 beziehungsweise nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die Sache so richtig in Gang gekommen ist. Man muss sich vorstellen, dass nur für das Bundesland Kärnten Schutzmaßnahmen im Bereich Wildbachverbauung und Wasserbau in der Höhe von jährlich circa 30 Millionen Euro umgesetzt werden. Diese Baumaßnahmen, wir wissen das, müssen irgendwann einmal, wenn sie 60, 70, 80 Jahre alt sind, sie ihren Lebenszyklus erreichen, saniert, ersetzt und auch auf den Stand der Technik gebracht werden. Allein die Erhaltung des Schutzniveaus kostet uns ausreichend Geld. Dafür die Finanzierung sicherzustellen, nicht nur im Baubereich, sondern auch im Planungsbereich ist eine große Aufgabe. Zusätzlicher Ausbau dort, wo er erforderlich ist und Anpassung der alten Verbauungen an den Stand der Technik. Was wir auch machen müssen, ist auf jeden Fall, die Eigenverantwortung in diesem Bereich zu stärken. Es gibt viele Bereiche, wo man schon in der Planung von Gebäuden ansetzen muss, dass diese so gebaut werden, dass sie Katastrophen-Ereignissen möglichst gut standhalten. Sie müssen intelligent geplant werden. Alle Bürgermeister, die Bauverhandlungen abhandeln, wissen, wie oft der Kampf hier zu führen ist. Es wäre wünschenswert, bereits im Vorfeld die nötigen Diskussionen zu führen. Nicht zuletzt ist auch das Raumordnungsgesetz, das Gemeindeplanungsgesetz auf der Tagesordnung der nächsten fünf Jahre. Eigentlich sollte es, ich glaube, bis Herbst fertig sein. Das wäre ein großes Ziel, hier die Raum-

Seymann

ordnung und Naturgefahren unter einen Hut zu bringen beziehungsweise abzustimmen. Das ist sicher eine der größten Herausforderungen. Wie wird dieser Schutz vor Naturgefahren in Österreich finanziert? Über den Katastrophenfonds, ein geniales Instrument, das es in Österreich gibt, um das uns viele europaweit beneiden. Es ist ein Teil der Einkommenssteuer, der unter anderem auch dafür verwendet wird, dafür verwendet werden darf, Präventiv-Maßnahmen zu setzen. Ich habe es schon gesagt, 30 Millionen Euro im Jahr werden allein in unserem Bundesland umgesetzt, davon 60 Prozent Bundesmittel, 20 Prozent Landesmittel und circa 20 Prozent Gemeinde-Mittel, wobei besonders die Gemeinden in dem Zusammenhang oft kämpfen und gestärkt werden müssen.

Zum Schluss noch einmal zu meiner Einleitung über die sachliche Diskussion: Als Naturwissenschaftler bin ich es gewohnt, harte Diskussionen in der Sache zu führen, einfach deswegen, weil wir viel beobachten und viel messen, aber diese Messungen und Beobachtungen natürlich einer Evaluierung standhalten müssen und letztlich diese Diskussionen zu besseren Ergebnissen führen. Davon bin ich überzeugt. Nicht überzeugt bin ich davon, dass uns Diskussionen nützen, die davon ausgehen, dass wir intellektuell und moralisch – lassen Sie es mich leger sagen – auf der Nudelsuppe dahergeschwommen sind. Ich glaube, das bringt uns nicht weiter. Nicht weiter bringt uns auch – ich habe das so in den Schwingungen teilweise mitgenommen – dass es hier einen Wunsch gibt, dass diese Koalition, so wie sie jetzt gebildet ist und die, wie ich glaube, in den nächsten fünf Jahren eine konstruktive Arbeit leisten wird, möglichst bald scheitern möge. Ich bin überzeugt, dass sie gute Arbeit leisten wird. In diesem Sinne freue ich mich auf die nächsten fünf Jahre! Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächster ist der Abgeordnete Bürgermeister Rauter am Wort. Ich darf ihn bitten, zum Rednerpult zu kommen! Für ihn ist es ebenfalls die erste Rede hier im Parlament.

Abgeordneter **Rauter** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Auch ich habe natürlich das letzte Mal bei der ersten Sitzung genau zugehört, was unser Landeshauptmann zum Regierungsprogramm gesagt hat. Mir sind da zwei Sätze besonders in Erinnerung geblieben, und zwar, „es geht nicht um möglichst schnell und hell“ und dass es „eine Politik der vielen kleinen Schritte geben werde“. Die Frage ist nur, ob wir in Kärnten bei gewissen so wichtigen Themenstellungen – von einer haben wir jetzt ja schon gehört – so viel Zeit haben, um diese in kleinen und langsamen Schritten umzusetzen. Wenn man das Regierungsprogramm 2018 bis 2023 liest, dann muss ich eines feststellen, dass es sich nett lesen lässt, aber wenn man in die Tiefe geht, dann kriegt man eben keine Antwort. Weil die Kollegen von der SPÖ heute gesagt haben, dass wir da darauf herumreiten, dass wir da nichts sagen können, da hat eigentlich Ihr Klubobmann heute schon die Antwort gegeben. Er hat gesagt, dieses Regierungsprogramm ist ein Einführungsplan und es folgt danach der Ausführungsplan. Als Bürgermeister breche ich das jetzt herunter. Wenn jetzt zum Beispiel bei mir einer in die Bauabteilung hereinkommt, dann bringt er mir einen Plan. Dann kann man das gesetzlich nicht gescheit abarbeiten, weil gewisse Dinge fehlen, nicht beurteilt werden können, dann muss ich einen Verbesserungsauftrag geben. Deswegen geben wir euch heute einen Verbesserungsauftrag mit, weil wir gewisse Sachen nicht beurteilen können! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Zum Nachbar-Bürgermeister Klaus Köchl möchte ich auch eines sagen: Es ist für mich auch Neuland. Zuerst poltern, beschimpfen und dann in zwei Minuten sind wir wieder Freunde und dann gehen wir gemeinsam nach Wien! Ich weiß nicht, ob das so „klass“ ist, weil auf der einen Seite wird immer gesprochen, gemeinsam, gemeinsam, gemeinsam, Gesprächskultur, aber man muss es halt von der eigenen Seite her auch leben! *(3. Präs. Lobnig: Sehr gut! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ich darf euch von meiner Seite auch gewisse Sachen sagen beziehungsweise gewisse Bereiche ansprechen. Der erste Bereich, den ich ansprechen möchte, ist der Bereich Tourismus. Da liest man einiges im Regierungsprogramm von einer

Rauter

Betten- und Verkaufsoffensive, von neuen Förderprogrammen bei Investitionen, von einer Digitalisierungsoffensive et cetera, et cetera. Grundsätzlich sind natürlich neue Förderprogramme bei Investitionen zu begrüßen. Die offene Frage ist ja nur, welchen Förder-Dschungel der Unternehmer wieder durchlaufen muss, damit das Geld transparent und schnell dort ankommt, wo es verwendet und gebraucht wird. Es ist im Regierungsprogramm auch zu lesen, dass sich die Kärntner Landesregierung zu einer einheitlichen Landes-Tourismus-Strategie bekennt. Unter Landes-Tourismus-Strategie ist sicherlich auch ein einheitlicher Slogan nach außen gemeint. Deshalb kann ich unseren Kärntner Landeshauptmann sehr gut verstehen, der anlässlich der Eröffnung der Freizeitmesse festgestellt hat, dass er den Slogan „Urlaub bei Freunden“, welcher von der ÖVP und von der „Kärnten Werbung“ eingestampft wurde, wiederbeleben möchte. Die FPÖ ist immer vehement dagegen aufgetreten, dass dieser jahrzehntelang aufgebaute, gute Slogan „Urlaub bei Freunden“ eliminiert wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Bei den Anteilen der „Kärnten Werbung“ muss es unbedingt eine Veränderung der Anteile zugunsten der Unternehmer und Tourismus-Organisationen geben, damit wirklich jene Menschen, die sich tagtäglich mit dem Tourismus auseinandersetzen und die auch vorleben, wie es funktioniert, eingebunden sind. Kärntens Tourismus-Betriebe haben eine so wichtige Funktion als Wirtschaftsmotor in unserem Bundesland – geben wir ihnen doch auch die Wertschätzung und ein Mitspracherecht, das ja seit dem Jahr 2014 in Aussicht gestellt und bis heute eben nicht umgesetzt wurde!

Zum Thema Digitalisierung und Ausbau des 5G-Netzes hätte ich auch gern noch etwas gesagt: Im Regierungsprogramm ist auch von der Digitalisierung und einem neuen Mobilfunkstandard 5G zu lesen. Für einen Ausbau des 5G-Netzes braucht man einen Hand in Hand gehenden Glasfaser-Ausbau. Das schnelle Internet ist nicht nur in der Stadt, sondern auch am Land ein wesentlicher Faktor für die Weiterentwicklung, der ohne Verzögerung und nicht nur in kleinen Schritten umgesetzt gehört. Der Anteil von Glasfaser-Anschlüssen, wenn man Kärnten und Slowenien vergleicht, so ist er bei uns bei 1,5 Prozent und in Slowenien bei 20 Prozent. Da muss

man leider anmerken, dass wir nicht voraus sind, sondern hinterher hinken.

Zum Thema Wirtschaft hätte ich auch noch gern eines gesagt: Im Regierungsprogramm steht da ja auch einiges Nettes drinnen, vor allem der Passus, „eine unternehmerfreundliche Grundstimmung in der Landespolitik zur Sicherung von Wertschöpfung, Wohlstand und Beschäftigung, um weitere Schritte zu setzen und so Kärnten zum unternehmerfreundlichsten Bundesland zu machen“. Mit einer unternehmerfreundlichen Grundstimmung alleine werden wir die so wichtige und notwendige Stärkung unserer heimischen Wirtschaft aus meiner Sicht nicht umsetzen können. Gemäß Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten 2016/2017 liegt Kärnten in allen Wirtschaftsbereichen unter dem Bundesschnitt. Ausnahme ist die öffentliche Verwaltung. Wichtig wird es sein, Doppelgleisigkeiten und den bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Es muss uns vor allem klar sein, welche Leistungen von unseren Unternehmern erbracht werden und auch, welches Risiko ein Unternehmer zu tragen hat. Hier müssen die politisch Verantwortlichen dafür Sorge tragen, dass den Unternehmern der bestmögliche Service geboten wird und die dementsprechende Wertschätzung entgegengebracht wird. Ich erwarte mir deshalb, wenn Förder-Millionen in Millionenhöhe – so wie in den letzten Jahren im Bereich der Wirtschaftsförderung oder im Bereich der Wohnbauförderung – nicht an die Unternehmen ausgezahlt werden können, eine sofortige Anpassung der Förderrichtlinien. Es kann ja nicht sein, dass vorhandene Förder-Millionen nicht an die Unternehmer ausbezahlt werden können, nur weil die Richtlinien nicht dem Bedarf angepasst sind. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Ein Beispiel: Die Wirtschaftsförderung zahlte im Jahr 2017 anstatt der geplanten 41 Millionen Euro nur 28,6 Millionen aus. Ebenso wurden im Jahr 2017 Mittel in Höhe von 4 Millionen Euro, die für Betriebsansiedlungen und Umstrukturierungen vorgesehen waren, nicht ausbezahlt. Wir müssen aber auch im Bereich der Unternehmensgründungen dringend flexibler und service-orientierter werden. Auch in diesem Bereich ist viel zu tun. Faktum ist daher, dass wir in der Wirtschafts- und Standortpolitik großen Aufholbedarf haben. Gemäß Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten 2016/2017 schrumpfte in den letzten Jahren die Bevölkerung in Kärnten. Derzeit schrumpft sie

Rauter

in Kärnten um 0,4 Prozent, währenddessen sie in Gesamtösterreich um circa 4,4 Prozent wächst. Dies ist sehr oft auf die mangelnden beruflichen Perspektiven zurückzuführen, wie dies auch das Institut für Höhere Studien und die Alpen-Adria-Universität Klagenfurt im aktuellen Wirtschaftsbericht feststellen.

Eines ist heute auch schon angesprochen worden, und zwar ist das die Kaufkraft. Weiters ist leider laut RegioData 2017 auch anzumerken, dass Kärnten im Bereich der Kaufkraft den letzten Platz im Bundesländer-Vergleich einnimmt. Dass dies ein gewaltiges zukünftiges Problem zum Beispiel für den Handel darstellt, steht wohl außer Streit. Im Regierungsprogramm konnte ich zu den Sachen, die ich jetzt erklärt habe, leider nichts Konkretes finden, wie man die erwähnten Probleme umsetzen möchte. Eines möchte ich natürlich auch erwähnen und außer Streit stellen: Die rund 34.000 Kärntner Betriebe haben einen wesentlichen Anteil am Erfolg unseres Bundeslandes und nehmen daher eine lebenswichtige Rolle in Kärnten ein. Sie schaffen Arbeit und Einkommen für rund 190.000 Kärntner. Deshalb haben es unsere fleißigen Unternehmer und Mitarbeiter verdient, unbürokratische und gerechte Rahmenbedingungen vorzufinden. Dafür ist die Politik zuständig. Die Kärntner FPÖ wird sich natürlich so wie in der Vergangenheit um unsere Kärntner Unternehmen kümmern und diese tatkräftig im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Als Bürgermeister der Gemeinde St. Urban ist mir aber auch noch wichtig, hier ein Anliegen vorzubringen, und zwar die notwendige Entflechtung der Finanzströme zwischen den Gemeinden und dem Land. Da mit Herrn Landesrat Gruber ein ehemaliger Bürgermeister-Kollege und Vizepräsident des Kärntner Gemeindebundes in der Regierungsmannschaft vertreten ist, gehe ich davon aus – er ist leider nicht mehr da – dass der geschätzte Herr Landesrat Gruber sein Wissen bezüglich der Problemstellungen der Gemeinden in die Regierungsarbeit einbringen wird. Wie von mir vorher erwähnt, ist die Finanzierung der Gemeinden ein wesentlicher Bestandteil für eine positive Entwicklung jeder einzelnen Gemeinde. In einem Interview von Landesrat Daniel Fellner war auch zu lesen, dass er das Vertrauen aller Bürgermeister gewinnen möchte. Ich gehe davon aus, dass damit nicht nur die SPÖ- und ÖVP-Bürgermeister gemeint

sind, sondern auch wir Freiheitliche Bürgermeister. Herr Landesrat Fellner spricht in dem Interview aber auch von einer Entflechtung der Transferleistungen und dass dies auch im Regierungsprogramm steht. Im Regierungsprogramm jedoch sind nur Schlagworte zu lesen, deshalb kann man diesbezüglich keine seriöse Bewertung abgeben. Aber eines wiederholt sich auch immer wieder in diesem Interview, nämlich auf die Frage, dass sich die Gemeinden bezüglich der Transferzahlungen beklagen, antwortet Herr Fellner, dass ihn kleine Schritte der Anpassungen weiterbringen werden. Deshalb ersuche ich die Regierungsmitglieder, nicht eine Politik der kleinen Schritte zu setzen, sondern die so wichtigen Themen für unsere Kärntner Bevölkerung und Gemeinden sofort in Angriff zu nehmen! Dankeschön! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Werter Abgeordneter, Ihre Redezeit war 7 Minuten 41. Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Alfred Tiefnig. Ich darf ihn bitten, zum Rednerpult zu kommen, das Mikrofon ist eingeschaltet!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Im Sinne der Zeitökonomie werde ich mich relativ kurz halten. Ein Sport-Sprecher, der Sportler war und Lizenz-Trainer ist, ein Ausschuss-Obmann, der für den Ausschuss für Naturschutz, Energie und Umwelt zuständig ist, er kommt aus dem Natur- und Kräuterdorf Irschen und ist Vorsitzender einer Energiegesellschaft – also ich glaube, die optimalen Voraussetzungen für eine positive zukünftige Arbeit hier in den nächsten fünf Jahren! Ich bin stolz, dass ich in der Vergangenheit beim Verhandlungsteam dabei sein durfte! Ich bedanke mich auch bei der ÖVP für diese Bereiche, die ich mitverhandeln habe dürfen, für die konstruktive Zusammenarbeit, und ich bin guter Dinge, dass wir in Zukunft, also in den nächsten fünf Jahren, eine perfekte Arbeit abgeben werden! Und ich schließe mit einem Satz, und ich habe mir gedacht, vielleicht bringe ich es zusammen, dass das in einem Satz funktioniert, und zwar ist meine These für uns alle hier

Tiefnig

im Kärntner Landtag: Sport in einer intakten Umwelt, in der Naturarena Kärnten und das Ganze mit voller Energie! Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, von 3. Präs. Lobnig, Abg. Prasch und Abg. Klocker.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Alfred Tiefnig – 1 Minute 37! Ich darf dem Ersten Präsidenten wieder den Vorsitz übergeben!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Ingo Appé. Ich erteile ihm das Wort!

Bundesrat **Appé** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Der Alfred Tiefnig hat mir die Latte jetzt sehr hoch gelegt, und ich werde mich bemühen, mich aus Zeitgründen auch so kurz zu fassen. Darunter werde ich es nicht schaffen! Meine Bundesratskollegen haben ja, glaube ich, schon alles, was die Funktion des Bundesrates in der Vergangenheit und in der Zukunft betrifft, angeführt. Wenn ich nunmehr auf den Punkt Ehrenamt im Zuge der Regierungserklärung von Herrn Landeshauptmann Peter Kaiser näher Bezug nehmen darf: Ehrenamtliche Tätigkeit sowie aktive Vereinsarbeit müssen den Beteiligten erleichtert werden. Das Ehrenamt ist als zentrale Säule in der Gesellschaft zu verankern, so steht es in der Regierungserklärung. Ich glaube, dass gerade für uns als Mandatare – und hier werden mir besonders die anwesenden Bürgermeister recht geben – das Ehrenamt im Land Kärnten und besonders in den Gemeinden einen fundamentalen Pfeiler einer funktionierenden Gesellschaft auf kommunaler Ebene darstellt. Gerade die Bürgermeister sind ja fast täglich mit den Funktionären und Aktiven in den Vereinen in Kontakt und über die Aktivitäten bestens informiert beziehungsweise wir sind ja selbst in vielen ehrenamtlichen Funktionen tätig. Ehrenamtlichkeit ist so breit gefächert, dass es schwierig wäre, hier taxativ alle aufzuzählen, betrifft das Ehrenamt doch so viele Be-

reiche in unserem gesamten gesellschaftlichen Leben, vom Sozialen über Gesundheit, Sicherheit, Kultur, Wirtschaft, Sport hin bis zum Tierschutz. Aber es zeigt auch die Praxis, dass es in der heutigen Gesellschaft immer schwieriger wird, Menschen zu finden, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Es ist auf der einen Seite der immer komplizierter werdende Vorschriften-Dschungel oder die täglich größer werdende rechtliche Verantwortung, die auf den Schultern der Ehrenamtlichen abgeladen werden oder einfach der gesellschaftliche Wandel der sinkenden Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. All dies macht es in den einzelnen Vereinen und Institutionen immer schwerer, Personen für diese Tätigkeiten zu finden. Daher ist es dringend notwendig, hier von Seiten des Landes regulativ einzugreifen und Erleichterungen und die entsprechende Anerkennung für die Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten zu schaffen. Die nunmehr geplanten Maßnahmen sind der erste Schritt in die richtige Richtung. Dies sind die sozialrechtliche Absicherung, Freistellung im Einsatzfall, Berücksichtigung des Ehrenamtes bei der Stellenbeschreibung und die Rechtsschutzversicherung für die Ehrenamtlichen. Danke der Regierung, dass dies hier in Angriff genommen wird, und ich hoffe auf eine rasche Umsetzung der geplanten Maßnahmen!

Abschließend mein großes und herzliches Dankeschön allen Menschen, die sich in den vielen Vereinen und Institutionen des Landes Kärnten in den Dienst der Sache stellen! Und ich hoffe, dass dies auch zukünftig in diesem bewundernswerten Ausmaß geschehen wird! Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und Abg. Prasch.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Christina Patterer. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Patterer** (SPÖ):

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Werte Regierungsmitglieder und Bundesräte! Lieber Landtagspräsident! Als in der Praxis stehende Volks- und Sonderschullehrerin liegt mir natür-

Patterer

lich der Bereich Bildung sehr am Herzen. Ein Ziel des Regierungsprogramms wird es sein, ein besonderes Augenmerk auf die Basis der Bildungslaufbahn, auf den Kindergarten und auf die Volksschule zu legen. Fängt man hier schon mit einer optimalen, individuellen Förderung an, ist eigentlich der Grundstein für eine weitere erfolgreiche schulische Laufbahn gelegt.

Gehen wir auf den Kindergarten: Hier müssen wir schon ansetzen mit einer neuen Förderstruktur. Hier ist es wichtig, schon die Kinder spielerisch an das Lernen heranzuführen und Basis-Kompetenzen zu fördern, so, dass dann der Übergang in die Volksschule optimal gestaltet wird. In der Volksschule ist es natürlich wichtig, die Basis-Kompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen zu vermitteln. Aber wir dürfen eines nicht vergessen, die Digitalisierung betrifft uns alle und es ist die Bezugswelt von den Kindern. Deshalb ist es wichtig, sie im Umgang mit digitalen Medien zu schulen und sie auch auf die Gefahren aufmerksam zu machen.

Grundsätzlich findet man im Regierungsprogramm ein klares Ja zu Integration, wichtig ist aber, dass die Rahmenbedingungen hier gegeben sind. Wichtig wird es auch sein, ein flächendeckendes Bildungsangebot zu schaffen. Besonders im ländlichen Raum ist es wichtig, auch Bildungsangebote zu bieten, um da die Wurzeln der Kinder nicht zu entfernen und einen Nährboden für junge Familien zu bieten. Und für diese ganzen Maßnahmen benötigen wir die finanziellen Mittel und die Unterstützung der Bundesregierung. Und da ist auch die FPÖ gefragt, dass sie das unterstützt, weil ich glaube, wir sind uns alle einig, dass Bildung wichtig ist. Deshalb bitte ich Sie alle, da wirklich mitzuwirken! Bildung darf keine Sparmaßnahme sein. Machen wir Kärnten zum kinderfreundlichsten Land und garantieren wir jedem Kind einen Schulabschluss! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stefan Sandrieser. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kärnten ist ein Bildungsland. Es ist reich an kulturellen, historischen Schätzen, reich an vielfältiger Natur, vor allem aber reich an jungen Menschen, die vom ersten Augenblick ihres Lebens an neugierig sind, die Welt zu erfahren und kennenlernen zu wollen. Politische Verantwortung wahrnehmen heißt, diesem Wissensdurst, dieser Neugier, dieser Lust, unbeschwert Antworten auf die oft sehr individuellen Fragen zu finden, zu begegnen. Das kann uns nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen, die personellen, die infrastrukturellen gegeben sind, wenn wir gut ausgebildete und gut fortgebildete, engagierte und am aktuellen Stand der Forschung sich befindliche PädagogInnen von Anfang an, von den vorschulischen Bildungseinrichtungen bis zu den tertiären Institutionen haben und wenn die baulichen Voraussetzungen gegeben sind, mit einer Lernumgebung, die anregt, neugierig zu sein und ermöglicht, diese Neugier zu stillen, manchmal in größeren Runden, wenn die gemeinsame Information im Mittelpunkt steht, manchmal in kleineren Gruppen, wenn es darum geht, zu fördern, wenn es manchmal schwierig ist oder zu fordern, wenn der Wissensdurst allzu groß ist und unbedingt gestillt werden will. Es muss für alle Bildungseinrichtungen gesichert sein, dass die notwendigen Ressourcen da sind, dass den sich völlig geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den sich daraus ergebenden schulischen Herausforderungen Rechnung getragen werden kann. Es muss uns gelingen, den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, oft bedingt durch familiäre, soziale Benachteiligungen, gerecht zu werden, Chancengerechtigkeit zu schaffen, Talente von jungen Menschen zu erkennen und zu fördern, Interessen auszuloten und den Bildungsweg jeder und jedes Einzelnen so optimal zu begleiten, dass jeder junge Mensch eine Chance bekommt, seine Bildungsvoraussetzungen optimal zu entfalten. Ziel muss es sein, jeden jungen Menschen bildungsmäßig zu erreichen und zu fördern und für ihn, sie individuell den besten Abschluss möglich zu machen. Das kann nur gelingen, wenn alle Verantwortlichen – ich betone, alle! – egal, ob in Opposition oder Regierungsverantwortung, diesen Weg konstruktiv und in die Zukunft orientiert mitgestalten! Das beginnt mit dem Bekenntnis zu den Standor-

Sandrieser

ten. Jede Gemeinde muss zumindest eine Volksschule haben und in zumutbarer Entfernung muss es ein Bildungszentrum geben, das qualitativ voll personell und infrastrukturell ausgestattet ist. Unter dem Motto, „Jeder Schule ihre Bühne“, muss den Kindern und Jugendlichen jederzeit im schulischen Alltag die Möglichkeit gegeben werden, die eigenen Talente auszuloten, zu zeigen, was man draufhat. Die Bühne muss als Ort der Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung genutzt werden können und das Schulgebäude von einem reinen Lernraum zu einem Lebensraum werden, in dem sich Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen treffen und gemeinsam die Lernerfolge und die Weiterentwicklung der SchülerInnen bestaunen und in einem konstruktiven Dialog und unter gegenseitiger Wertschätzung miteinander gestalten. Dazu gehört auch, die bestehenden gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten auszugleichen, auch durch ganztägige Bildungsangebote, die die Möglichkeit eröffnen, jene Kinder, die nicht das Glück haben, dass ihnen eine Nachhilfe bezahlt wird oder deren Eltern nicht helfen können, wenn für eine Schularbeit zu lernen ist, zu unterstützen. Und neben diesen personellen, infrastrukturellen und schulparterschaftlichen Rahmenbedingungen muss es auch Inhalte geben, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden: Digitalisierung, die Forcierung naturwissenschaftlicher Schwerpunkte mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit und Ressourcen-Schonung sowie und vor allem die Stärkung sozialer Kompetenzen, elternbeitragsfreie Kinderbetreuung, eine Gesellschaft, die durch vorhandene Rahmenbedingungen kinder- und familienfreundlich sein kann, vermehrt den Fokus darauf zu legen, Neues zu lernen, statt vorhandenes Wissen zu reproduzieren, also lebenslanges Lernen zu fördern und auch die weiterführenden, die tertiären Bildungseinrichtungen zu stärken und attraktiv zu machen. Das alles muss im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, wenn politische Entscheidungsträger Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft schaffen. Das alles findet sich verkürzt und komprimiert im Regierungsprogramm der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP wieder.

Ich ersuche alle im Kärntner Landtag vertretenen Parteien und alle im engeren und auch weiteren Bereich für Bildung zuständigen Institutionen und Personen, alle Schulpartner - eigentlich ersuche ich nicht darum, ich erwarte es mir für

unsere Jugend, für den einzigen Rohstoff, den Kärnten wirklich hat, diesen Weg abseits von Polemik und irgendwelchen Einzelinteressen zu unterstützen und gemeinsam zu gestalten!

Erlauben Sie mir, nachdem ich auch Vorsitzender der GÖD bin, einen weiteren Bereich anzusprechen: Ich wurde in den vergangenen Monaten bei Dienststellen-Versammlungen und Betriebsbesuchen in den unterschiedlichsten Bereichen des Öffentlichen Dienstes mit einem sehr besorgniserregenden Umstand konfrontiert. Mir haben Straßenbauarbeiter erzählt, dass sie, wenn sie Reparaturarbeiten oder Räumarbeiten durchführen und ein Teil der Fahrbahn gesperrt ist, angepöbelt und beschimpft werden, sie mögen gefälligst weiterrufen! Polizisten erzählen, dass vor allem die jungen Menschen gar nicht mehr stehen bleiben, wenn sie auf der Straße aufgehalten werden oder die Vertreter der Exekutive anpöbeln und attackieren bei Amtshandlungen. Lehrer werden von den Kindern verbal beschimpft und auch körperlich attackiert, oft sogar von Eltern. Es muss gemeinsam gelingen, diesen Respektverlust in unserer Gesellschaft rückgängig zu machen durch die Vorbildwirkung der politischen Repräsentanten, durch einen öffentlichen Diskurs, durch das Bewusstmachen, was der Öffentliche Dienst für uns alle leistet. Es sind die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, die LehrerInnen, die Polizei, die Straßenbauarbeiter, das Bundesheer und viele andere Berufsgruppen im Öffentlichen Dienst, die maßgeblich am Funktionieren unserer Gesellschaft Anteil haben. Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern näherbringen, abseits von Neid-Debatten und Vorurteilen. Der Öffentliche Dienst ist bereit, sich den Veränderungsprozessen unserer Gesellschaft zu stellen, rasch, effizient, transparent und qualitativ hochwertig die Aufgaben und Anfragen zu bearbeiten und zu erledigen, durch die konstruktive Mitarbeit an der Schaffung eines Kärnten-Modells im Bereich des Dienst- und Besoldungsrechtes eine attraktive und akzeptable Voraussetzung für die öffentliche Verwaltung zu schaffen. Auch das ist Teil der Regierungserklärung. Das sind nicht nur Worte, das sind ernst gemeinte Absichten einer „Zukunftscoalition“, die Kärnten auf die Überholspur bringen will, mit einem Turbo unter der Haube! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Christoph Staudacher. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Kurze Reden verlängern die Freundschaft. Nachdem ja offensichtlich „Freundschaft“ das neue Zauberwort da herinnen ist in dieser Koalition und die ÖVP wahrscheinlich nicht mehr „Grüß Gott“ sagt, werde ich mich bemühen, kurz zu sein. Aber gestatten Sie mir doch, einige Themenbereiche explizit zu beleuchten!

Geschätzte Damen und Herren! Ich sehe einen großen Bedarf und vor allem eine große Chance im Bereich Umwelt und Energie. Ich stehe auch nicht an, das habe ich auch in der vorigen Legislaturperiode getan, Projekte durchaus positiv zu bewerten und das auch zu kommunizieren, die ich in meiner Art und Weise nach außen hin auch vertreten kann, und das ist der Energiemasterplan. Der Energiemasterplan war eine gute Ansage, wo es darum gegangen wäre, diese wichtige Energiewende endlich in die Umsetzung zu bringen. Da haben viele in Kärnten ehrenamtlich mitgearbeitet. Da hat es tolle Initiativen gegeben, vor allem draußen in den Talschaften. Da muss es auch das Gebot der Stunde sein, diese Kraft, die hier entwickelt worden ist und diese Ideen, die hier gefasst worden sind, dementsprechend auch in eine praktikable Umsetzung zu bringen! Da, geschätzte Damen und Herren, sind wir weit hintennach! Weil die einzig wahren Träger, die diese Energiewende im großen Stil auch in die Umsetzung bringen können, das sind die Gemeinden. Und die Gemeinden sind in diesem Bereich aber nicht informiert und werden auch dementsprechend hier nicht berücksichtigt. Ich würde meinen, dass wir ein großes Potential haben und schauen sollten, dass wir in diesem Bereich auch dementsprechend in die Umsetzung kommen. Das geht mir hier massiv ab! Erster Kritikpunkt.

Zweiter Kritikpunkt, Natura 2000: Ein riesen-großer Streitpunkt speziell bei uns in den ländlichen Regionen. Ich muss eines sagen, wenn ich

so in diesen Schwarzen Flügel hineinschaue, wobei ich ja nicht mehr weiß, ob der schwarz ist: Die ÖVP Kärnten ist jene Partei, die sich immer als der große Retter der Bauernschaft hinstellt. Die ÖVP Kärnten ist jene Partei, die keinen Deut in der öffentlichen Auseinandersetzung ausgelassen hat, um sich als große Vertreter der Grundeigentümer hinzustellen. Faktum ist – und da bin ich selber in der Regierungssitzung am Tisch gesessen – wenn es darum gegangen ist, für diese Grundeigentümer einzustehen, dann war es die ÖVP Kärnten, die diese Grundeigentümer schändlich verkauft hat, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) und das in allen Bereichen, wo es darum gegangen ist, Natura 2000-Gebiete auszuweisen! Für die Kärntner FPÖ ist immer klar gewesen und wird auch für die Zukunft klar sein: Ausweisungen im Natura 2000-Bereich nur im konsensualen Weg mit den Grundeigentümern, nur dann, wenn ganz klar geregelt ist, wie die Entschädigungen ausschauen und nur dann, wenn ganz klar geregelt ist, wie die Abstandsflächen dementsprechend zu bewerten sein werden. Beim Enteignen war die ÖVP immer ein braver Erfüllungsgehilfe der Grünen. Draußen haben sie es anders verkauft, da haben sie sogar noch die Frechheit besessen – und ich sage es heute noch einmal hier im Landtag, speziell für die neuen Abgeordneten – bei der Enquete-Veranstaltung mit dem Bauernbund demonstrieren zu gehen! Was das für ein Wahnsinn war, wo die Grundeigentümer dementsprechend verraten und verkauft worden sind! Geschätzte Damen und Herren der ÖVP, ich würde bitten, in Zukunft hier ehrlicher zu agieren! Wir werden nicht müde werden, diesen Verrat auch dementsprechend aufzuzeigen!

Die nächste Katastrophe, die dringend repariert gehört, ist das Naturschutzgesetz. Das Naturschutzgesetz ist in Wirklichkeit ein Rot-Schwarz-Grüner Bauchfleck, der tagtäglich draußen im realen Bereich der Tätigkeiten die Wirtschaft hemmt und den Naturschutz in keinsten Art und Weise zu einer Besserstellung bringt! Wir sind uns herinnen alle einig, so wie wir da sitzen, dass die Natur das größte Gut ist, dass es wichtig sein wird, diese Natur zu schützen und dass wir letztendlich dafür Sorge zu tragen haben, dass diese tolle Natur, die wir in Kärnten Gott sei Dank haben, den nächsten Generationen übertragen werden wird können. Nur, Faktum ist halt auch eines: Die Natur allein wird zu wenig

Staudacher

sein, weil es muss schon noch möglich sein, dass im konsensualen Weg mit dem Naturschutz auch eine Wirtschaft stattfinden kann! Und Kollege Malle, ich will nicht unhöflich sein, aber wenn die ÖVP heute das Wort „ländlicher Raum“ und „Stärkung der ländlichen Regionen“ in den Mund nimmt, dann kriegen die Leute draußen Schüttelfrost – das sage ich dir – aus Angst! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Ihr seid nicht diejenigen, die den ländlichen Raum stärken, ihr seid diejenigen, die den ländlichen Raum zu Grabe getragen haben. Wir haben etliche Thematiken aus der Vergangenheit. Ich nehme nur das Mölltal-Projekt her – heute habt ihr die Chance, das dementsprechend zu reparieren – wo es darum gegangen ist, das auch unter Beweis zu stellen! Aber jetzt noch einmal zurück zum Naturschutzgesetz. Ich appelliere hier wirklich an die Vernunft! Schauen wir, dass wir das reparieren, schauen wir, dass wir Ökologie und Ökonomie im Gleichklang auf den Weg bringen! Das ist möglich! Der Weißensee, eine Parade-Gemeinde, die zeigt tagtäglich, wie das funktioniert. Das wäre doch eine gute Sache, um hier der positiven Entwicklung entgegenzutreten zu können. *(Zwischenruf von KO Seiser.)* Eine große Chance, Kollege Seiser, eine große Chance! Ich will ja nicht nur schimpfen. *(KO Seiser: Worüber reden wir jetzt? Ich möchte wissen, was wir novellieren sollen!)* Über das Naturschutzgesetz reden wir. *(KO Seiser: Wo? Was?)* - Im Bereich des Naturschutzbeirates zum Beispiel. Der Naturschutzbeirat war bis dato ein beratendes Gremium. Mittlerweile, dank Ihrer tollen Abstimmung und dank Ihrer tollen Gesetzesnovellierung, ist der Naturschutzbeirat kein beratendes Gremium, sondern hat Parteienstellung. Was ein Naturschutzbeirat draußen dementsprechend auf den Weg bringt, brauche ich nur anhand des Mölltalprojektes vor Augen zu führen, Kollege Hueter! Wir waren ja gemeinsam diejenigen, die oben dementsprechend dagegen aufgetreten sind. Was habt ihr denn oben im Mölltal gesagt? Ein Wahnsinn, der Naturschutzbeirat verhindert das! Ein Wahnsinn, wir bringen nichts mehr auf den Boden! *(Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.)* Ihr seid letztendlich diejenigen gewesen, die da herinnen zugestimmt und das ermöglicht haben. Das kritisiere ich an euch, weil das ist die Wahrheit, und die Wahrheit ist den Menschen zumutbar! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-*

Fraktion.) Habt ihr für den Naturschutzbeirat gestimmt? Ich glaube, ich spinne jetzt! Selbstverständlich habt ihr herinnen im Zuge der Novellierung des Naturschutzgesetzes für die Aufwertung des Naturschutzbeirates gestimmt! Das ist ja wirklich abenteuerlich! Offensichtlich kennt ihr nicht einmal die Materien, über die ihr abstimmt, das ist ja wirklich ein Wahnsinn! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Ich würde schon bitten, wenn ihr die Diskussion führt, dass ihr zumindest die Inhalte kennt, geschätzte Damen und Herren!

Aber ich möchte nicht nur schimpfen, ich sehe auch großes Potential für uns in Oberkärnten, das ist der Nationalpark. Der Nationalpark ist eine große Ressource für uns. Der Nationalpark ist eine riesengroße Chance. Es wird wichtig sein, dass wir diesen Nationalpark weiterentwickeln, dass wir diesen Nationalpark zum „Yellowstone“ der Alpen konzipieren und schauen, dass wir im Bereich des Tourismus in einer Region, die ohnehin gebeutelt ist – weil da werden wir uns ja wohl einig sein, dass die Wirtschaft in Oberkärnten nicht unbedingt floriert – dort dementsprechend weiterkommen. Der Nationalpark wäre eine große Chance, um hier auch dementsprechend etwas auf den Boden zu bringen. Ferdi, weil du jetzt schon wieder so böse wirst: Ich verstehe natürlich, dass du ein bisschen frustriert bist! Vom großen Oberkärntner Revolutionär, der mit breiter Brust angetreten ist, den ländlichen Raum zu retten, von den eigenen – und das ist wirklich nicht nett, was sie mit dir aufgeführt haben, das muss ich echt sagen – zum „Hosentaschen-Revolutionär“ herabqualifiziert worden zu sein, das tut weh, und ich verstehe, dass du verbittert bist. Aber ich würde meinen, bitte, geschätzter Kollege Hueter, dass wir auch in Zukunft, wenn es um Themen der Oberkärntner Thematik geht, schon auch hier im Landtag Schulter an Schulter in die Umsetzung zu kommen und dass du endlich zu deinem Wort stehst, das du oben predigst, dass du das herunter endlich einmal haltest! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Das hätte sich die Oberkärntner Bevölkerung verdient, geschätzte Damen und Herren! *(KO Malle: Aber nur, wenn du die Wahrheit sagst!)* - Kollege Malle! *(KO Malle: Ja, du musst nur die Wahrheit sagen!)* - Nein, da sage ich jetzt gar nichts dazu, weil das ist eh beschämend genug, was wir da in den letzten Wochen so mitbekommen haben! Aber gut!

Staudacher

Gehen wir jetzt zu den Feiern: Das ist mir ein wichtiges Thema und da muss ich sagen, da haben im Landtag alle Parteien versucht, im konsensualen Weg zu schauen, dass wir im Bereich des Ehrenamts Besserstellungen herbeiführen haben können. Das ist auch geglückt – Gott sei Dank! Und ich glaube auch, jeder, der hier im Landtag sitzt, ist sich seiner Verantwortung dessen bewusst. Ich muss halt feststellen, dass speziell dort, wo es um die Umstellung analog auf Digitalfunk geht, wo es ja in der vorigen Legislaturperiode einen breiten Konsens aller Parteien hier gegeben hat, das im Regierungsprogramm nicht dementsprechend abgebildet ist. Und ich würde meinen, dass es dringendst auf der Agenda stehen muss, nämlich ganz oben und nicht ganz hinten, dass wir da etwas weiterbringen! Wir haben draußen bei den Einsatzorganisationen die Problematik, dass wir teilweise keine Kommunikation zusammenbringen. Und jeder, der heute draußen tätig ist, weiß, was das heißt! Deswegen müssen wir dementsprechend agieren, damit wir das positiv weiterentwickeln, geschätzte Damen und Herren! *(KO Darmann: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Ferdl, du als alter Feuerwehrfreund, gleich wie ich, bei jedem Feuerwehrfest dabei – das rechne ich dir auch hoch an, weil du einer bist, der nicht nur bei den Wahlen, sondern auch unter der Zeit da ist *(Abg. Hueter: Echt?)* – weißt ganz genau, dass wir draußen im Bereich des Funkwesens die Problematik haben, dass wir teilweise für die Funkgeräte keine Ersatzteile mehr kriegen. Und das kann ja wohl bitteschön nicht in unserer Gunst *(Zwischenruf von Abg. Hueter.)* – nein, eh nicht, aber du bist in der Regierung! So wie in der Legislaturperiode davor auch! *(Abg. Hueter: Nein!)* Ah, bist du nicht mehr bei der ÖVP? Willst du jetzt zu uns kommen oder wie willst du es haben, brauchst du nur zu sagen! Auf jeden Fall müssen wir schauen, dass wir hier ein Geld aufstellen *(Abg. Scherwitzl: Braucht nur der Kickl in gescheiter Art ...)* und dass wir den Bereich Funkwesen endlich umsetzen.

Und Kollege Köchl, weil du das zuerst „hingespuckt“ hast, wir hätten oben in Oberkärnten erzählt, die SPÖ will eine Feuerwehr zusperren: Das habe ich nicht getan, das ist nicht meine Art und Weise! Das ist vielleicht eure Gangart, wie ihr politische Mitbewerber schlecht macht. Das machen wir nicht! Aber was wir getan haben, Kollege Köchl – und das tut dir ein bisschen

weh, ich weiß, du hast direkt einen roten Kopf bekommen und hast dich lautstark echauffiert – wir haben euch das abgedreht, dass ihr hinterücks die Bezirksalarm- und Warnzentralen abdrehen wolltet! Und das ärgert euch! Und dann ist die Debatte losgegangen, weil der Landesrat Darmann, der er damals noch war, das hochgezogen hat in der Regierungssitzung! Gott sei Dank, haben wir es geschafft, durch diese kontroversielle Diskussion, die natürlich emotional geführt worden ist, dass die Bezirksalarm- und Warnzentralen in das Schema aufgenommen werden bei der Umstellung von Analog- auf Digitalfunk und diese wichtigen kommunikativen Leuchttürme in den ländlichen Regionen bestehen bleiben! Und das ist ja wichtig! Da werden wir auch in Zukunft darauf schauen, dass das auch in der Umsetzung so passieren wird.

Geschätzte Damen und Herren, heute waren ja viele, viele Zitate hier zu hören, welche die Abgeordneten zum Besten gegeben haben. Und weil ich jetzt auf den Kollegen Burgstaller schaue: Ich werde heute nicht antworten auf deine Rede, das war deine Jungferrede, aber ich werde bei der nächsten Möglichkeit zum Thema Digitalisierung mit dir in eine vielleicht fachliche Auseinandersetzung gehen, weil das, was du zum Besten gegeben hast, das war maximal ein Traum. Die Realität draußen schaut ganz, ganz anders aus! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Und vielleicht schaust du dir einmal den Atlas der Jungen Wirtschaft an, wo es darum geht, wie weit der Breitband-Ausbau in Kärnten ist und dann wirst auch du nüchtern erwachen! Kollege Burgstaller, wie gesagt, wir werden diese Diskussion dann führen, wenn die Zeit dafür reif ist.

Das Regierungsprogramm möchte ich als Spittaller, der die Komödienspiele Porcia bei sich beheimatet hat, mit einem Stück von William Shakespeare vergleichen, das treffend lautet: „Viel Lärm um nichts.“ Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Elisabeth Dieringer-Granza. Ich erteile ihr dieses!

Abgeordnete **Dieringer-Granza** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bereiche, in denen ich das Regierungsprogramm besonders genau gelesen habe, das sind der Bereich Familie, der Bereich der Bildung und natürlich auch der Bereich der Frauen, der Generationen und Kultur. Vieles ist schon diskutiert worden und aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werde ich zu ein paar Punkten wieder etwas spontan auch jetzt meine Stellungnahme abgeben und werde anders als in dem vorliegenden Papier nicht – schade, dass der Herr Landeshauptmann nicht mehr da ist! – den Konjunktiv verwenden und auch nicht das viel und arm geplagte Modalverb „soll“. Es ist nämlich ein Unterschied, ob man etwas macht, ob man etwas will und auf Worten wirklich auch Taten folgen lässt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Wir Freiheitliche haben schon ein klares Ja zum Ausdruck gebracht für den beitragsfreien Kindergarten, und ich habe gehört und bin darüber jetzt sehr erstaunt, dass das bereits im Jahr 2018 und 2019 für die Kärntner Eltern umgesetzt sein sollte – bekanntlich beginnt ein Kindergartenjahr wie ein Schuljahr. Und in diesem ganzen vorliegenden Regierungsprogramm beziehungsweise auch in Wahldiskussionen, die wir hatten, fehlte: Eine Lösung für die unterschiedlichen Beiträge in unserem Land, für die unterschiedlichen Gruppengrößen und die Betreuungsschlüssel, wie werden Zusatz-Angebote finanziert, wie wird unter anderem ein Werkmittel-Beitrag und ein Kopiergeld eingehoben oder fällt das auch alles in Ihr Modell hinein? Wir werden es sehen. Und weil Sie so oft auch die Bundesregierung kritisiert haben – reden wir hier herinnen in 100 Tagen, wie viele von Ihren Plänen konkret beschlossen, divertiert und umgesetzt sind!

Es geht weiter: Man will vielleicht, eventuell, um unter anderem ein kinder- und jugendfreundliches Land zu sein – das „eventuell“ ist heute dazugekommen, das steht nicht im Regierungsprogramm – gratis Kärntner-Öffi-Tickets einführen. Grundsätzlich eine gute Idee, aber mit welchen Bussen, Zügen werden unsere Jugendlichen fahren? Wer von Ihnen hat in der letzten Zeit einmal den Versuch unternommen, in Kärnten am Samstag am Abend oder in den Schulferien von A nach B zu kommen? Wer von Ihnen hat in der letzten Zeit auf das eigene Auto beziehungsweise auf das Dienstfahrzeug verzichtet?

Ich habe den Versuch unternommen, und aus meinem Heimatdorf ist es zum Beispiel am Samstag nicht möglich, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel in die Villacher Innenstadt zu kommen. Das ist nur ein kleines Beispiel, aber aus der Praxis. Also nett, wenn wir unseren Jugendlichen etwas anbieten, das gratis ist, aber keiner kommt dann damit irgendwohin.

Es sind schon starke Worte von einer Partei, dass sie Familienfreundlichkeit jetzt für sich entdeckt hat – eigentlich von zwei Parteien, von zwei Parteien, die in der letzten Regierungsperiode klare und bestehende und von den Kärntnern auch gut angenommene familienfreundliche Maßnahmen abgeschafft haben. Sie haben den Teuerungsausgleich abgeschafft, das Schulstartgeld, das Babygeld. Die Armut in Kärnten wird immer größer, das haben wir heute schon gehört und speziell auch im Bereich der Frauen. Ein Beispiel dafür, dass wir sehr genau lesen und Sie vielleicht nicht, ist, dass unter dem Kapitel „Frauen“ der Frauenbericht zitiert wird. Allerdings frage ich mich, wie kann ein Frauenbericht, den Sie zitieren, im Herbst „2018“ erschienen sein? Ist nur eine Kleinigkeit, aber so viel zu den Vorwürfen, wir lesen das Papier nicht! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Er ist im Herbst „2017“ erschienen und die Zahlen haben mich persönlich sehr tief getroffen. Die Armut ist sehr groß, es gibt viel zu tun. Und auch hier mein Appell: Es geht nicht immer darum, das x-te Papier zu verfassen, die x-te Veranstaltung zum Internationalen Frauentag zu machen, zum Equal Pay Day – es geht darum, dass endlich Taten folgen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, und wer ist es, der seit Jahrzehnten die Gewerkschaft dominiert? Zwei Beispiele sind heute genannt worden. Die Lohnverhandlungen haben nicht wir Freiheitliche geführt und auch nicht die jetzige Regierung. Sie teilen immer aus, nur einstecken können Sie äußerst selten! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Wenn man die letzte Regierungsperiode anschaut, das Thema Frauen – wie oft wurde hier herinnen darüber diskutiert und wie viele konkrete Amtsvorträge, Beschlüsse sind gefallen? – Schweigen im Walde.

Nun aber zum großen Bereich der Bildung: Es ist immer wieder faszinierend zuzuhören, wenn junge, engagierte Kollegen aus der SPÖ vom Thema Chancengleichheit, Wahlfreiheit sprechen. Es wäre nur schön, wenn es wirklich so wäre! Die SPÖ war es und ist es, die versucht

Dieringer-Granza

hat, das gute, bewährte, differenzierte Schulsystem in Österreich zu zerschlagen. Die SPÖ war es, und der ländliche Bereich wurde heute schon sehr oft genannt, in den letzten Jahren, die die Bildungsverantwortlichkeit nicht nur in Kärnten getragen hat, sondern auch im Bund. Und da nehme ich nur ein Beispiel heraus, das ist die AHS-Unterstufen-Form in Hermagor – bis heute ist nichts passiert. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie das Regierungsprogramm der Wiener Koalition gelesen? Scheinbar nicht, denn dort steht drinnen: Wir Freiheitliche geben immer wieder ein klares Bekenntnis zu einer Chancengleichheit ab, die darin besteht, dass Kinder unterschiedlich sein dürfen – und das ist gut so! Dass Eltern unterschiedliche Entscheidungen treffen können – und das ist gut so! Das kann aber nur sein, solange es in Österreich verschiedene Schultypen gibt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Das Regierungsprogramm ist Ihnen auch im Bereich der Elementarpädagogik voraus, auch darin finden sich viele, viele Abschnitte, viele Sätze und es sind auch Taten schon gefolgt. Kern hat immer groß davon geredet, dass die Digitalisierung in Österreichs Schulen einziehen wird. Ich kenne kein einziges Kind, das bis jetzt mit dem Gratis-Laptop arbeitet, ich kenne keine einzige Schule, die mittlerweile so aufgebaut ist in Kärnten, dass wirklich alle Schüler mit dem WLAN arbeiten könnten. Auch da gibt es immer wieder großen Widerstand, auch aus Ihren Reihen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ. Parteipolitik raus aus der Schule – auch das hat Kern immer wieder wiederholt, Parteipolitik raus aus der Schule, Parteipolitik raus aus den Ämtern. In Kärnten hat man es geschafft, dass wir mittlerweile einen führungslosen, fast führungslosen - den Präsidenten haben wir immer, aber einen fast führungslosen Kärntner Landesschulrat haben. Wir haben weder einen amtsführenden Präsidenten, das kann nicht sein, noch haben wir einen betrauten Bildungsdirektor. Zwei Ausschreibungen haben stattgefunden für andere Funktionen, auch noch nicht erledigt, kann ja nicht sein – hat man den Zeitpunkt doch vielleicht übersehen, dass mit der konstituierenden Landtagssitzung auch der Bildungsdirektor nicht mehr im Amt sein kann?

Kinder haben unterschiedliche Talente, und unterschiedliche Talente müssen gefördert werden. Kein Wort im Regierungsprogramm zur Begabungsförderung, im Gegenteil, es wird noch von

der Nachhilfe geredet. Ein Ziel der Freiheitlichen ist es, dass es eine Nachhilfe-freie Schule gibt. Bildungseinrichtungen brauchen eine moderne und effiziente Infrastruktur. Das sind aber nicht nur die Außenhüllen, lieber Herr Kollege, sondern den größten Respekt vor meinen Kollegen und Kolleginnen, den Lehrerinnen und Lehrern, die in diesem Land werken und unsere Kinder ausbilden! Und das machen sie gut, und das machen sie auch in kleinen Schulen! Es ist schön, dass Sie darüber reden, dass Sie noch ein paar Schulen vielleicht in Kärnten erhalten wollen, denn zur Erinnerung: Seit 2010 sind in Kärnten 50 Standorte geschlossen worden!

„Lehre mit Matura“ oder überhaupt der Bereich der Lehre: Auch dafür sind viele nette Sätze drinnen. Wenn man aber dann hört, wie zum Beispiel ein betrauter Bildungsdirektor a. D. das schlechte Abschneiden der Kärntner Schülerinnen und Schüler beim letzten Standardtest im Bereich Deutsch erklärt, dann weiß man, wie ihr eigentlich wirklich denkt. Ich zitiere die einzige Erklärung: „In Kärnten gibt es viele Eltern, die eine Lehre abgeschlossen haben, mehr als in anderen Bundesländern.“ Für diesen Satz hat sich Rudolf Altersberger bis heute übrigens noch nicht bei den Kärntner Eltern entschuldigt. *(KO Darmann: Ein Skandal ist das! – Abg. Scherwitzl: Keine Zwischenrufe, das ist die Jungfernrede!)* - Nein, ich bin Stier, Herr Kollege, keine Problem! Es gibt viel zu tun, und es gibt viel, was wir hier herinnen noch diskutieren werden. Jeder von uns liest, jeder von uns kennt unterschiedliche Zitate.

Nachdem meine Redezeit doch schon sehr lang ist, gebe ich der Regierung dennoch eines mit: Ich schließe meine Rede hier im Kärntner Landtag mit einem Zitat einer großartigen Frau, Marie von Ebner-Eschenbach, und das ist ein klarer Auftrag an die selbsternannte ach so zukunftsweisende Koalition: „Müde macht uns die Arbeit, die wir liegenlassen, nicht die, die wir tun.“ *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Günter Leikam. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Kärntner Landtag! Landeshauptmann Peter Kaiser hat in seiner Regierungserklärung am 12. April von einem historischen Tag für Kärnten gesprochen. Es war tatsächlich ein historischer Tag. Erstmals fußt die Zusammenarbeit in der Kärntner Landesregierung nicht auf dem alten Proporzsystem, es regiert eine echte Koalition mit einer Opposition im Kärntner Landtag. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird aber auch der Landtag aufgewertet. Es wird der Landtag zum Zentrum politisch-inhaltlicher Auseinandersetzungen. Diese „Kärnten-Koalition“ hat für Kärnten ein zukunftsweisendes Programm vorgelegt. Das gemeinsame Tun, das gemeinsame Engagement und die gemeinsame Arbeit für die Zukunft unseres Landes brauchen aber auch klare Werte. Es sind dies die Werte der Gerechtigkeit, des Miteinanders und der sozialen Sicherheit, aber auch der Würde eines jeden Menschen. Die Grundlage für all diese unsere Ziele bildet ein solider, bildet ein gesunder Landeshaushalt. Ich sage aber gleich dazu, das wird nicht ganz einfach werden, dass wir einen soliden, einen gesunden Landeshaushalt erreichen werden können. Alleine in den Jahren 2019 und 2020 werden wir aus steuerlichen Maßnahmen des Bundes circa 33 Millionen Euro weniger bekommen, 33 Millionen Euro Verlust einfahren. Dazu kommen noch circa 13,5 Millionen Euro weniger an Ertragsanteilen, insgesamt also über 46 Millionen Euro weniger an Einnahmen. Es sind in diesen Bereichen aber die Kosten des Pflegeregresses, die Kompensation der Leistungen der AUVA oder auch die kalte Progression noch nicht berücksichtigt. Sollte die Abschaffung der Notstandshilfe tatsächlich kommen und in die Mindestsicherung eingegliedert werden, so explodieren diese Kosten alleine in Kärnten von derzeit 17 Millionen Euro in der Mindestsicherung auf 73 Millionen Euro, zu bezahlen vom Land und von den Kärntner Gemeinden. Es werden uns also hier seitens der Bundesregierung Prügel vor die Füße geworfen. Wir werden dieses Ziel eines soliden Landeshaushaltes nur sehr, sehr schwer meistern können, das ist leider die Realität! Ein Drittel der Ermessensausgaben sind weg, wenn alle diese Maßnahmen so kommen! Was da natürlich in diesem Bereich noch er-

schwerend hinzukommt, das ist diese zyklische Budgetkomponente. Das ist das Herausrechnen von konjunkturbedingten Schwankungen aufgrund der guten Wirtschaftslage. Dadurch ist also auch nur ein geringeres Defizit erlaubt. Diese Bundesregierung macht es uns wahrlich nicht leicht, nicht einfacher, dass wir diesen gesunden Landeshaushalt bilden können!

Wir haben es in den vergangenen fünf Jahren ein bisschen besser gemacht. Es ist uns in der abgelaufenen Legislaturperiode – natürlich unter großer Anstrengung und mit großer Kraft – gelungen, Kärnten aus dieser Hypo/HETA-Haftungszwangsjacke zu befreien. Wir haben also die Sünden der Vergangenheit abgeschüttelt, hinter uns gelassen. Kärnten steht aber mit diesem Schritt international wirtschaftlich wieder positiv da. Wir gelten als kreditwürdig. Und erst vor zwei Wochen stufte die Rating-Agentur Moody's Kärnten auf AA3, um drei Stufen besser als in der Vergangenheit – das muss aber auch dazugesagt werden – nachdem wir im Jahr 2016 schon eine Verbesserung um sieben Stufen erreichen konnten. Dieses Rating, durch welches nahezu alle Kreditrisiken verschwunden sind, ist aber auch klar der Beweis dafür, dass wir hier richtig gehandelt haben, dass dieser eingeschlagene Weg der Hypo/HETA-Haftungen und unser eingeschlagener Budgetkurs richtig gewesen sind, eine äußerst positive Entwicklung für Kärnten, die uns doch auch ein bisschen mehr Bewegungsraum, finanziellen Spielraum gibt. In Zukunft gilt es, den Landeshaushalt langfristig zu stabilisieren. Diese „Kärnten-Koalition“ bekennt sich zu einem stabilen Landesbudget. Sie bekennt sich zum Schuldenabbau, soweit es möglich ist. Sie bekennt sich zu einer Haushaltsreform, die wir in der vergangenen Landtagsperiode noch beschlossen haben. Wir werden diese Haushaltsreform umsetzen mit ganz klaren Zielen, mit ganz klaren Zahlen und mit einer Wirkungsorientierung. Es werden aber auch Bereichs- und Globalbudgets eingerichtet. Damit wird in Zukunft den notwendigen Anforderungen für ein modernes und transparentes Rechnungswesen entsprochen. Es gibt in diesem Bereich eine längerfristige Planbarkeit für die Festlegung von Finanzrahmen, auch mit einer Bindungswirkung über mehrere Jahre und damit verbunden natürlich mit größerer Eigenverantwortung der einzelnen Regierungsreferate. Eines muss uns klar sein – und das muss das Ziel aller

Leikam

hier in diesem Haus vertretenen Parteien und Mandatare sein – aus jedem Euro Steuergeld soll das Maximum für die Kärntnerinnen und Kärntner, für die Kärntner Bevölkerung herausgeholt werden. Wir werden aber auch in den nächsten fünf Jahren die strategische Ausrichtung der Landesgesellschaften evaluieren, um hier Synergie-Potentiale bestmöglichst zu nutzen. Wir wollen im Rahmen der Landesverwaltung auch ein strategisches Beteiligungsmanagement etablieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich festhalten, dass unsere Arbeit weiterhin durch einen behutsamen und verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern geprägt sein wird. Die Jahre der Vergangenheitsbewältigung haben wir hinter uns gelassen, die liegen also hinter uns. Bringen wir Kärnten gemeinsam auf die Überholspur! Geben wir den Kärntnerinnen und Kärntnern neue Chancen! Arbeiten wir gemeinsam für eine gute Zukunft Kärntens! Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Josef Lobnig. Ich erteile ihm dieses!

Dritter Präsident **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! In aller Kürze. Viel ist schon gesagt worden, aber eine Kritik möchte ich schon hier offen anbringen. Wir diskutieren heute den gesamten Nachmittag über die Regierungserklärung des Landeshauptmannes. Die Regierungserklärung und das Regierungsprogramm stammen von einer Regierungskoalition. Die Koalitionspartner der ÖVP, beide Regierungsmitglieder, glänzen den gesamten Nachmittag durch Abwesenheit und das ist nicht die Wertschätzung, die man den Abgeordneten dieses Hauses entgegenbringen sollte! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe gedacht, ich bin jetzt der letzte Redner, aber es ist noch einer hinter mir, der auch noch zu Wort

kommen wird. Aber das nährt bei mir natürlich den Verdacht, dass gerade dieses Brautwerben nicht lange gedauert hat. Es kann sein, dass das die Demütigung war, warum sie heute den ganzen Nachmittag fehlen. Aber mir kommt das so vor wie im Märchen Aschenputtel. Die SPÖ hat gar nicht lange werben müssen, sondern die ÖVP hat sich angebietert, hat dort wie im Märchen Aschenputtel die Schuhe liegen gelassen, aber nicht nur die Schuhe, sondern auch Hemd und Hose, damit sie der Prinz findet. In diesem Fall war es der Landeshauptmann Kaiser. Soviel auch zu Ihrem Verhalten hier in diesem Hohen Hause!

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte ganz kurz, weil wir ja schon vieles gehört haben, auch auf das Regierungsprogramm eingehen und einige Punkte anschneiden, wo sich der Herr Kollege Leikam jetzt gerade widersprochen hat. Zum einen hat er gesagt, „versuchen wir alle gemeinsam, dass wir Kärnten auf die Überholspur bringen“. In den letzten Jahren haben wir immer gehört, Kärnten befindet sich auf der Überholspur. Da wissen wir jetzt nicht, wo wir gerade sind. Und das Zweite: Wenn hier in diesem Regierungsprogramm – und das habe ich angesehen – dem Bereich Budget nicht einmal eine ganze Seite gewidmet wird, dann lässt das tief blicken, wie diese Zukunft dann eventuell gestaltet wird. Denn der Kollege Leikam sagt, wir haben in der Vergangenheit Hypo/HETA loswerden müssen, und das war ein Riesentrucksack. Alles recht und schön, dafür musste aber auch der Zukunftsfonds erhalten! Aber trotzdem sind die Schulden des Landes in diesen Jahren um 500 Millionen Euro gestiegen, das darf man ja nicht vergessen, bitte! Das ist ja auch etwas, was wir festhalten, wo wir fragen müssen, wie wird es in der Zukunft weitergehen?

Geschätzte Damen und Herren, ich nehme auch die ausgegliederten Rechtsträger mit hinein. Wenn wir von Struktur- und Organisationsreformen und überhaupt von Reformen in der Verwaltung reden, dann möchte ich auch diese ausgegliederten Rechtsträger nicht ausnehmen. Wir haben zum Beispiel den KWF, den Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds, dem ich grundsätzlich Positives abgewinne, weil ich seit vielen Jahren weiß, welche Arbeit dort mit rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet wird, aber die finanzieren dort auch die BABEG.

Lobnig

Ich denke, dass man hier nicht Gelder im Kreis schicken sollte, dass auch alleine die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KWF in der Lage wären, diesen Bereich mit zu erledigen. Wenn Sparen in der Verwaltung angesprochen wird, dann nehme ich hier die Aussage vom Landesrat Gruber fast als gefährliche Drohung, wenn er sagt, er möchte eine eigene Abteilung „Entbürokratisierung“ aufbauen. Geschätzte Damen und Herren, ich denke, das widerspricht sich ja überhaupt! Oder wie passt das zusammen, wenn man sagt, weniger Bürokratie, aber andererseits wieder mehr Beamte, wenn man eine eigene Abteilung aufbauen möchte? (*KO Darmann: Unfassbar! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Hier, meine Damen und Herren, möchte ich schon auch auf den Bericht des Landesrechnungshofes aus dem Jahr 2017 verweisen, insbesondere im Zusammenhang mit der Reorganisation und Reform der Beteiligungen. Ich zitiere: „... dass trotz örtlicher Konzentration der Landesbeteiligungen im Kärntner Wirtschaftsservice, welches im Jahr 2013 um rund 6,2 Millionen Euro erneuert und feierlich eröffnet wurde, Synergien nicht genutzt, notwendige Neustrukturierungen nicht umgesetzt und Kostenoptimierungen, insbesondere in den Bereichen Rechnungswesen, Fuhrpark, Rechtsberatung nicht umgesetzt wurden.“ Mit dieser Empfehlung des Rechnungshofes kann ich ja viel anfangen, nur wird mit keinem Wort in diesem Regierungsprogramm darauf Bezug genommen.

Des Weiteren auch, wenn es um die Wiedereingliederung des Landesmuseums geht: Heute ist kurz einmal vom Kollegen Scherwitzl angesprochen worden, man ist dabei, dass man das einmal durchgeht oder diese Schritte langsam setzen wird. Was ist mit der Beseitigung von Doppelgleisigkeiten? Der Rechnungshof hat weiters auch die Zusammenlegung oder das Integrieren des Landwirtschaftlichen Schulwesens in eine Bildungsabteilung angeschnitten. Das ist jetzt anscheinend aufgrund dieser Koalitionsverhandlungen außer Streit gestellt. Man lässt das wieder ruhen. Man geht nicht auf die Empfehlungen des Landesrechnungshofes ein oder man lässt sie überhaupt weg. Es gibt auch weiterhin im Bereich der Landesbeteiligungen über 50 Empfehlungen des Rechnungshofes, die sich im Regierungsprogramm nicht wiederfinden oder nur ansatzweise erwähnt werden.

Ich gehe nur kurz auf den Bereich der Arbeitslosenquote ein, wo Kärnten mit elf Prozent fast Vorletzter im Bundesländer-Vergleich ist. Also kein Ruhmesblatt, wo wir uns jetzt rühmen können, wie der Arbeitsmarkt aussieht. Und insbesondere für mich ist es enttäuschend, dass gerade der Bezirk Völkermarkt Schlusslicht in Österreich ist, meine Damen und Herren. Das ist etwas, was wir uns einmal verinnerlichen sollten. Ich kann mich erinnern, als ich im Jahre 1999, vor fast 20 Jahren hier dieses Haus das erste Mal als Abgeordneter betreten habe, war unser großes Ziel, dass man den Bezirk Völkermarkt, weil er damals schon, in den 70er- und 80er-Jahren Schlusslicht in Kärnten war mit der geringsten Wirtschaftskraft, höchsten Arbeitslosigkeit, der schlechtesten Infrastruktur, dass man diese Maßnahmen ergreift, um diesen Bezirk auf Vordermann zu bringen. Und letzten Endes ist es gelungen, innerhalb von zehn Jahren mit Investitionen von gesamt über 500 Millionen Euro diesen Bezirk wieder aufzubauen, aufzurichten. Heute gehen wir genau wieder dorthin und wir sagen, wir lassen den Bezirk Völkermarkt aushungern. Und ich muss ehrlich sagen, das ist eine Schande, dass wir diese Zahlen vorweisen müssen oder mit denen diskutieren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Meine geschätzten Damen und Herren, das zeigt auch das Verhalten, wenn ich in den letzten Wochen, Monaten und Jahren gesehen habe, wie die einzelnen Bauabschnitte Spatenstiche gefeiert haben, Tunneldurchschlag oder Tunnelfeier bei der Koralmbahn, da waren immer SPÖ-Mitglieder in der ersten Reihe und es wurde hochgejubelt, wie toll die Bauwirtschaft ist. Meine Damen und Herren, vergessen Sie aber nicht, dass das noch immer ein Projekt der Freiheitlichen Regierungsarbeit ist! Gott sei Dank, dass wir diese Bauabschnitte haben, weil damit Beschäftigung ausgelöst wird, die Firmen in dieser Region haben Arbeit bis hinunter ins Lavanttal, und ich wünschte, wir hätten noch mehr solche Abschnitte, weil wir sonst in Kärnten keine einzige Großbaustelle hätten! Soviel zur Bauwirtschaft.

Wenn wir die Arbeitslosigkeit im Bereich der Jugend hernehmen, dann haben wir in Kärnten 10,4 Prozent und es hat sich auch in diesem Fall keine Verbesserung gezeigt, geschätzte Damen und Herren. Daher meine ich, dass gerade auch das Image bei den Lehrlingen zu verbessern ist. Und ich habe jetzt einige Firmen besucht, weil

Lobnig

sie in unserer Region insbesondere mit dem Nachwuchs bei der Tischler-Lehre zu kämpfen haben. Hier sind der große Wunsch und der große Bedarf da, diesen Beruf des Tischler-Lehrlings neu zu definieren. Wenn man heute von Holztechnik spricht, wenn man weiß, wie viel dort mit CNC-Maschinen, mit Speziallackierungen, mit Metall, mit Glas, mit Kunststoffen gearbeitet wird und Möbel und allerlei Dinge produziert werden, dann haben wir hier nicht von einem Berufsbild des Tischlers, sondern von einem Techniker zu reden. Ich glaube, die Werbung und die Maßnahmen müssen in diese Richtung gehen, um damit Jugendliche für einen neuen, für diesen herausfordernden Beruf zu begeistern, um auch den Markt abdecken zu können, den die Wirtschaft braucht. Das ist, glaube ich, auch eine Herausforderung, der wir uns stellen und wo wir hinarbeiten müssen.

Geschätzte Damen und Herren, daher sage ich abschließend noch einmal, es ist nicht einfach in Stein gemeißelt, dass alles so eintreten wird, wie es vielleicht im Programm drinnen steht, viel steht ja nicht drinnen. Was ich gesehen habe, das sind reine Absichtserklärungen und 25-mal steht drinnen, „es ist geplant“. Planungsrechnung! Es ist geplant! Ich hoffe, dass diesen Wünschen, die hier artikuliert werden im Regierungsprogramm, auch Taten folgen werden, damit Kärnten dann wirklich besser dastehen wird! In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Abgeordneten Ferdinand Hueter. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag oder noch verbleibende Abgeordnete! Zuhörer haben wir eh keine mehr, aber drei Bundesräte sind ja noch da! Wenn man zuletzt reden darf, tut man sich etwas leichter, weil man alles zusammenfassen darf und kann. Eigentlich war gar nicht geplant, etwas zu reden, aber mich hat *(Der Redner mit Blick auf Abg. Staudacher:)* der Kollege Christoph einfach ein bisschen motiviert, da noch etwas zu sagen. *(Abg. Staudacher, einen Zettel*

hochhaltend: Ferdi, ich habe alles schon hergerichtet!) Ich möchte einmal grundsätzlich zu dieser Regierungserklärung was sagen. Ich bin jetzt zum vierten Mal dabei bei einer Regierungserklärung und ich habe da alles schon erlebt, von Hochjubeln bis was weiß ich, was da alles kommt, diese Leuchtturm-Projekte und keine Ahnung, was noch alles. Ich glaube, diesmal kann ich behaupten, ist es eine Regierungserklärung der Vernunft, des Ermöglichen, mit Wünschen behaftet, so wie es der Präsident richtig gesagt hat, und es ist etwas, wo man sich wiederfindet, dass man auch der arbeitenden Bevölkerung in Kärnten wieder eine Wertschätzung und eine Wertung entgegenbringt, weil die eigentlich die Wertschöpfung erarbeitet, damit wir, die Politiker, gewisse Dinge wieder verteilen können. Ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ohne Grundbesitzer, ohne Unternehmer läuft das „Radl“ nicht! Und ich glaube, diese allumfassende Geschichte müssen wir auch als politische Mandatare erkennen und nur dann läuft das „Werkl“. Ich glaube, man kann die Regierungserklärung jetzt zu Tode jammern und schlechtreden auf allen Ebenen. Ja, das kann man auch. Man kann sie hochjubeln, das tue ich aber nicht, weil so viel Realist bin ich. Fünf Jahre sind eine relativ bescheidene, kurze Zeit und jeder, der in diesem politischen Geschäft schon ein bisschen länger drinnen ist, weiß, man trägt immer etwas höher an und am Ende des Tages, nach den fünf Jahren, kommt man darauf, dass man halt nicht alles erreicht hat. Dazwischen kommen oft einmal ein paar unvorhergesehene Dinge auch dazu, so wie bei der letzten Regierungserklärung die HETA-Lösung. Die war nicht geplant, hat man auch machen müssen, hat sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Wir haben noch diese Görttschitztal-Geschichte gehabt, die war auch nicht geplant und die haben wir auch irgendwie machen müssen. In Summe kann man alles schlecht- und gutreden und dazwischen gibt es auch noch was. Also, ich bin auch schon so lange in dem Geschäft, dass ich weiß, dass man gewisse Dinge ganz realistisch angehen muss und einfach beide Füße auf dem Boden lässt, dann tut man sich auch hintennach beim Bewerten immer leichter.

Aber jetzt zum Thema – und da sind wir beim Christoph – Naturschutz. Ich glaube, auch dort ist hoffentlich ein Sinneswandel eingeleitet, und zwar der Sinneswandel von nur Verhindern hof-

Hueter

fentlich auch hin zur Richtung Ermöglichen. Die Fraktion, die nur das eine im Kopf gehabt hat, gegen alles zu sein, hat auch ihren Preis bezahlen müssen, weil sie nicht mehr da ist! Und ich denke, alle anderen oder die, die jetzt da sind und glauben, auch diese Agenden des Naturschutzes mit übernehmen zu können, sollten eines ins Lehrbuch geschrieben bekommen: Naturschutz ist etwas, das uns alle angeht! Aber der Naturschutz muss auch für den, dem der Grund gehört, einen Mehrwert erzeugen. Sonst, glaube ich, sind wir in einer falschen Demokratie und was da herauskommt, das ist da Richtung Osten. Dort kann man das machen, wo der Grund dem Staat gehört und wenn der Staat sagt, ich stelle was weiß ich wie viele tausend Hektar unter Schutz oder so wie in Amerika drüben, wo man immer von diesen „klassen“ Naturschutzgebieten hört – das ist eine grundsätzliche politische Entscheidung! Wenn der Grund dem Staat gehört und der Staat sagt, jawohl, mir ist es das wert, da darf sonst nichts mehr passieren, in Ordnung! Gott sei Dank haben wir in Österreich noch sehr viel privaten Grund. Und für mich ist es immer der gleiche Ansatz gewesen: Wenn wir diese Dinge angehen und privaten Grund betreten, gibt es nur eines – einen Vertragsnaturschutz im Einklang mit Grund und Boden. Es sei denn, und auch das ist immer mein Ansatz gewesen, die österreichischen Bundesforste gehören uns allen, achteinhalb Millionstel jedem – dann stellen wir die zuerst einmal unter Schutz. Das ist eine politische Ansage! Aber natürlich ist der Bund hergegangen, hat die Bundesforste ausgelagert auf den Kapitalmarkt, jetzt müssen sie Gewinne erwirtschaften, echt super, und die Privaten gehen wir an und sagen, das stellen wir unter Schutz, da fragen wir nicht einmal, ob dem das passt oder nicht passt, die Auflagen hat er und fertig! Das ist nicht der Naturschutz im dritten Jahrtausend! Für mich halt auf keinen Fall! Und ich glaube, dass man hier mit Entgelten arbeitet, das ist für mich etwas, wenn es gar nicht mehr geht, ja. Unter Schutz zu stellen ist für mich etwas, das schützenswert ist. Und schützenswert ist etwas, das in der Natur über die Jahre gewachsen ist, und zwar durch Bauernhand und Menschenhand gepflegt worden ist, damit es überhaupt schützenswert ist. Denn was nicht zu schützen ist, das brauche ich nicht unter Schutz zu stellen. Und deshalb glaube ich, sollte man auch immer im Hinterkopf haben, dass das, was man unter Schutz stellt, auch von Menschen

erzeugt worden ist, damit diese jetzige Kulturlandschaft so ist, wie sie ist und schützenswert ist. Dann kann die Politik eingreifen, dass wir diese Dinge gemeinsam weiterentwickeln und einen Mehrwert für alle erzeugen, auch für den Grundbesitzer. Das, glaube ich, ist einmal eine Grundgeschichte, die passt.

Und jetzt, Christoph, zu dir, zu den Themen. Ihr könnt mir glauben, ich bin selber ein praktizierender Bauer und habe zu diesen Dingen einen sehr einfachen Zugang. Ich kann mir alles, ob das jetzt der Nationalpark ist, ob das der Biosphärenpark ist, ob das die Kleinfragant ist, vorstellen, aber eines habe ich immer eingehalten: Ich habe einen hohen Respekt vor Grund und Boden, und ich werde niemals etwas gegen den Grundbesitz unter Schutz stellen. Den Nationalpark Hohe Tauern haben FPÖ, SPÖ damals gegen den Willen der Bauern unter Schutz gestellt. In der Kleinfragant, Mölltaler Gletscher, detto, das Gleiche. Die Bauern waren nicht dafür. Und das letzte Beispiel, für mich das negative und das ist noch nicht so lange her, 18. Dezember 2012, da hat der Naturschutzreferent Kurt Scheuch – kennst du wahrscheinlich auch noch, (*Abg. Staudacher: Mein Freund!*) dein Freund, super! – und dein Freund hat das eingebracht, dass der Biosphärenpark Nockberge gegen den Willen der 245 Grundbesitzer mit Freiheitlichen, Roten und Grünen unter Schutz gestellt worden ist. Das ist nicht mein Zugang! Und das habe ich auch immer hier gesagt, die ÖVP war da nie dabei!

Und jetzt zu deinen Sachen, Natura 2000, wo die ÖVP immer umgefallen ist. Persönlich, sage ich dir ehrlich, habe ich mit der Interessenvertretung – und da sind nicht nur der Bauernbund und die Schwarzen drin, da sitzen Freiheitliche drin, da sitzen Rote drin, alle – nicht immer die größte Gaude, weil eine Interessenvertretung schaut für mich ein bisschen anders aus. Die muss die Interessen derer vertreten, die sie glaubt, vertreten zu müssen. Und das ist bei der Einheitswerterhöhung auf Bundesebene eine Katastrophe gewesen, dass man sogar ein Drittel der Ausgleichszahlungen – und vor allem, das sind Ausgleichszahlungen! – mit in den Einheitswert hineingerechnet hat, wo auf Bundesebene scheinbar alle, auch die Interessenvertreter umgefallen sind. Eine Riesensauerei! Bei niedrigen Einkommen, bei reduzierten Einkommen kommt es jetzt bis zu einer Verdoppelung der Einheitswerte und die

Hueter

Interessenvertretung schaut zu und sagt, ja, können wir nichts machen, geht so. Eine Sauerei! Und das habe ich auch dem Präsidenten x-mal gesagt! Und beim Natura 2000 war detto, das Gleiche, dass ich gesagt habe, sei froh, dass ich nicht da vorne bin, weil sonst würden wir etwas anders reden! Über den Präsidenten der Landwirtschaftskammer kann sich jeder sein Bild machen. Ob der jetzt gut, schwach oder sonst was ist, weiß ich nicht, aber – ich weiß nicht, wie soll ich das jetzt ausdrücken, dass ich den nicht – er könnte besser sein, sagen wir so. Er könnte viel besser sein und wenn er nur eines weiß, dass er eigentlich für die Bäuerinnen und Bauern da sein muss oder sollte, dann sollte er in Zukunft wissen, wie stark oder wie schwach er in Zukunft auftritt, um hier die Bauern-Interessen zu vertreten. Gewerkschafter, (*der Redner mit Blick auf die SPÖ-Fraktion*) da muss ich jetzt auf eure Seite schauen, machen das ein bisschen besser. Die fordern sogar, wenn alles relativ gut geht, die Inflationsrate muss her. In der Landwirtschaft geht es, wenn es gut geht, noch einmal beim Einkommen hinunter und verlieren tun wir auf allen Seiten, also da haben wir eigentlich einen großen Aufholbedarf. Aber das ist bitte Richtung Landwirtschaftskammer zu deponieren und dort gibt es ganz klare Verhältnisse. Dort sitzt auch die SPÖ drinnen, da sitzen auch die Freiheitlichen drinnen, unsere auch. Bei unseren könnten ein paar Bessere dabeisitzen, ich sage das auch ganz offen. Ja, ich sage das ganz offen! (*Abg. Scherwitzl: Der Hermann hat eine Beitrittserklärung für dich!*) Ja, wunderbar! Du kannst ja beraten – vielleicht einmal den Mössler beraten, könnte helfen, „Letzer“ kann er nicht mehr werden!

Zum Mölltaler Gletscher, Christoph, sage ich dir auch geschwind, meine Meinung kennst du. (*Zwischenruf von Abg. Staudacher.*) Ja, ich bin dabei, und ich bin auch beim Dringlichkeitsantrag dabei, da brauchst du keine Angst zu haben, denn ich habe das auch jetzt wieder beim Wahlkampf zum Thema gemacht. Und weißt du, warum? Damit nicht diese Phrasen, die auch im Regierungsprogramm drinstehen, Stärkung ländlicher Raum, nur hingeschrieben sind, sondern, damit man etwas tut! Und das weiß ich auch, wir können nicht überall expandieren und besser werden, aber wenn wir dort, wo wir schon etwas haben und wo wir das einzige Gletscher-Schigebiet südlich der Alpen haben und ein In-

vestor da ist, der 60 Millionen Euro investieren will, hergehen und zu dem sagen, nein, wir haben ein Gesetz, da können wir nichts machen, dann bleiben zwei Dinge für mich übrig, entweder es geht uns sehr gut, was ich nicht glaube, oder wir sind alle zusammen zu „teppat“. In Tirol, in Salzburg, in Südtirol und überall auf der ganzen Welt wird gebaut und investiert und was weiß ich noch alles, nur bei uns in Kärnten sagen wir, nein, da gibt es ein Naturschutzgesetz und das ist aus dem Jahr 1986 und da können wir nichts tun. Herr Schultz, investiere in Tirol, in Südtirol und in Salzburg, aber bitteschön nur nicht bei uns! Ich als Drautaler bin leider Gottes ein Geprüfter. Jedes Jahr – und der Alfred wird mir das bestätigen – das fängt an Ende November, Anfang Dezember, kommt die Lawine von den Oststaaten, das sind die Slowaken, die Ungarn, die Polen, die Kroaten, die Slowenen, da fahren jeden Samstag zweieinhalb bis dreitausend Autos Richtung Westen, ein Drittel geht dann nach Kals und ins Defreggental und zwei Drittel gehen hinein nach Südtirol. Kärnten hat den Dreck und den Krawall und die Wertschöpfung passiert 100 Kilometer westlich! Super, gell? Und wenn wir in Zukunft nicht so gescheit sein werden, dass wir von den 3.000 Autos vielleicht wenigstens 1.000 ins Drautal und ein paar auch noch ins Mölltal bringen, dann sind wir ehrlich gesagt alle zu – blöd darf ich nicht mehr sagen, aber zumindest fehlt es dann bei uns. Da bitte ich euch wirklich, beim Mölltaler Gletscher geht es um eine Verordnung von 4,6 Hektar Pistenabfahrt! Keiner von uns oben will die ganze Kleinfragant außer Schutz stellen oder das aufheben! Kein Mensch will das! Aber der, der schon einmal oben war und sich das angeschaut hat, dass die KELAG alles kreuz und quer gebaggert hat, dass oben ein Speicherteich ist, dass alles drunter und drüber ist und dann bringen wir eine Pistenabfahrt nicht mehr zusammen, Freunde, dann sind wir rücktrittsreif! (*KO Darmann: Das ist doch eure Regierung!*) Dann sind wir rücktrittsreif und sonst keiner! Deswegen die Forderung: Bitte, wir müssen den Mölltaler Gletscher angehen! Bitte, unterstützen wir alle diesen Dringlichkeitsantrag! Weißt du, warum? Als Signal! Die Verordnung werden wir dann zusammenbringen, wenn wir wollen, aber wir müssen endlich ein Signal für regionale Dinge setzen, (*Abg. Staudacher: Heute werde ich für dich klatschen! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) damit wir auch in wirtschaftlich schwachen Re-

Hueter

gionen etwas zusammenbringen! Dafür sind wir da, sonst können wir uns selber abmelden! Es ist sehr nett, dass du dich meiner so erbarmst, so quasi, dass ich mich so schlecht gefühlt habe. *(gemünzt auf Abg. Staudacher)* Ich kann dir eines sagen, das habe ich unseren Männern auch schon gesagt, unseren zwei Landesräten: Ich werde sehr lästig werden bei den Themen des Bezirkes – B 100 Drautal Straße, Mölltaler Gletscher und Psychosomatik – vielleicht lästiger, als ihr glaubt! Diese Dinge werden umgesetzt, zumindest wird da so lange getrieben und auf die Zehen getreten, bis die blau werden! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Liebe Freunde, über Naturschutz, Feuerwehr und ländlicher Raum könnte ich noch eine halbe Stunde reden. Das will ich nicht mehr. *(KO Darmann: Das gefällt der SPÖ nicht, wenn man in das Gesicht der Landeshauptmann-Stellvertreterin schaut!)* - Ich kann nur immer auf eine Seite schauen, auf zwei Seiten kann ich nicht schauen und hinten habe ich noch keine Augen! Aber ich werde euch eines sagen: Wir sind alle – und das sage ich jetzt zu euch allen und zu mir auch – angetreten, Kärnten weiterzuentwickeln! Alles geht eh nicht, aber wir müssen schauen, dass wir das, was möglich ist – und im Naturschutz ist einiges möglich – das können wir nur gemeinsam angehen! Ich kann nur sagen, bitte, schauen wir, dass wir 100 Arbeitsplätze auf den Mölltaler Gletscher hinaufbringen! Dafür sind wir da, und das sind wir auch den Oberkärntnern schuldig! Alles Gute! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nach 34 Wortmeldungen zur Regierungserklärung ist die Debatte nun erschöpft. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 4-2/32:**Wahl eines Ersatzmitgliedes eines Mitgliedes der Landesregierung gemäß Art. 52 Abs. 4 K-LVG**

Mit Schreiben vom 02. Mai 2018 hat Frau Ing. Karin Schabus ihren freiwilligen Verzicht auf ihre Funktion als Ersatzmitglied eines Mit-

gliedes der Kärntner Landesregierung, nämlich als Ersatzmitglied des Herrn Landesrates Mag. Ulrich Zafoschnig, bekanntgegeben. Es ist demzufolge eine Nachwahl des Ersatzmitgliedes erforderlich. Das Recht, einen Wahlvorschlag einzubringen, hat jede Partei, auf deren Wahlvorschlag hin die Landesregierung gewählt wurde. Es muss von mehr als der Hälfte der Mitglieder jener Parteien unterschrieben werden. Es liegt auch ein entsprechender Wahlvorschlag von SPÖ und ÖVP als Koalitionspartner im Land Kärnten vor, der lautet:

Zum Ersatzmitglied des Regierungsgliedes von Herrn Landesrat Mag. Ulrich Zafosching – *(Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause.)* - Dann fahre ich mit den Verlesungen fort, wenn es sich wieder beruhigt hat! Zum Ersatzmitglied von Herrn Mag. Ulrich Zafoschnig wird Herr Armin Egger MSc vorgeschlagen. Ich stelle fest, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtages anwesend sind. Es liegen ein amtlicher Stimmzettel und neutrale Kuverts auf. Die Wahl erfolgt durch Ankreuzen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Nach § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind die jüngsten Abgeordneten von jedem Klub zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Wahlergebnisses berufen. Es sind dies der Abgeordnete Luca Burgstaller – *(Unruhe und Lärm im Hause.)* - Vielleicht kann man die Gespräche bitte zumindest soweit einstellen, dass man dem folgt, was jetzt da im Hause noch vonstattengeht, bitte! *(Abg. Trettenbrein: Das sind die eigenen!)* Also, der Abgeordnete Luca Burgstaller ist Stimmzähler, dann der Herr Abgeordnete Christoph Staudacher und für die ÖVP die Frau Abgeordnete Silvia Häusl-Benz. Ich ersuche die Wahlhelfer, ihres Amtes zu walten und den Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge nach der Stärke der Fraktionen zur Stimmabgabe aufzurufen! Herr Landtagsdirektor, ich bitte dich um Verlesung der Namen der Abgeordneten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Frau Abgeordnete Mag. Claudia Arpa, Frau Abgeordnete Ana Blatnik, Herr Abgeordneter Luca Burgstaller, Frau Abgeordnete Gabriele Dörflinger, Frau Abgeordnete Ruth Feistritz, Herr Abgeordneter Klaus Köchl, Herr Abgeordneter Günter Leikam, Herr Abgeordneter Hermann

Mag. Weiß

Lipitsch, Frau Abgeordnete Christina Patterer, Herr Abgeordneter David Redecsy, Herr Erster Präsident Ing. Reinhart Rohr, (*Während der Stimmabgabe des 1. Präs. Ing. Rohr übernimmt 2. Präs. Strauß den Vorsitz.*), Frau Abgeordnete Waltraud Rohrer – nicht da, Herr Abgeordneter Stefan Sandrieser, Herr Abgeordneter Andreas Scherwitzl, Herr Abgeordneter Herwig Seiser, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Christof Seymann, Herr Zweiter Präsident Jakob Strauß, Herr Abgeordneter Alfred Tiefnig; Herr Abgeordneter Mag. Gernot Darmann, Frau Abgeordnete Mag. Elisabeth Dieringer-Granza, Herr Abgeordneter Hermann Jantschgi, Herr Abgeordneter Mag. Christian Leyroutz, Herr Dritter Präsident Josef Lobnig, Herr Abgeordneter Franz Pirold, Herr Abgeordneter Dietmar Rauter, Herr Abgeordneter Christoph Staudacher, Herr Abgeordneter Harald Trettenbrein; Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Christian Bengler, Herr Abgeordneter Herbert Gaggl, Frau Abgeordnete Mag. Silvia Häusl-Benz, Herr Abgeordneter Ing. Ferdinand Hueter, Herr Abgeordneter Mag. Markus Malle, Herr Abgeordneter Ing. Johann Weber; Herr Abgeordneter Gerhard Klocker, Herr Abgeordneter Gerhard Köfer, Herr Abgeordneter Dr. Hartmut Prasch.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

(*Nach Zählung der abgegebenen Stimmen durch die Stimmzähler gibt der Vorsitzende das Ergebnis bekannt.*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen! Das Wahlergebnis für das Stellvertretende Regierungsmitglied Armin Egger für Herrn Landesrat Mag. Ulrich Zafoschnig liegt vor. 31 Stimmen wurden abgegeben, eine Stimme war ungültig, 30 Stimmen gültig. Mit 22 Stimmen wurde Herr Armin Egger zum Stellvertretenden Regierungsmitglied gewählt. Ich darf sehr, sehr herzlich gratulieren (*Beifall im Hause.*) und wünsche Ihnen, wenn Sie ent-

sprechend diese Tätigkeit zu verrichten haben, viel Geschick und Erfolg!

Ich darf Sie bitten, vor das Rednerpult zu treten! (*Ersatzmitglied Egger nimmt vor dem Rednerpult Aufstellung.*) Die Damen und Herren Abgeordneten und die anwesenden Regierungsmitglieder darf ich bitten, sich zur Gelöbnisleistung von den Sitzen zu erheben und den Landtagsdirektor darf ich ersuchen, die Gelöbnisformel zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Die Gelöbnisformel lautet:

Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Landes und des Bundes getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen!

Ersatzmitglied **Egger** (ÖVP):

Ich gelobe!

(*Beifall von der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion. – Unter Teilnahme von Presse und ORF erfolgen Gratulationen von 1. Präs. Ing. Rohr und LR Mag. Zafoschnig.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Natürlich hätten wir es in der Tagesordnung vielleicht auch anders gestalten können, um die Wahl so vorzunehmen, dass sie bei einem der vorderen Tagesordnungspunkte möglich gewesen wäre. Das neue Stellvertretende Regierungsmitglied hat viel Geduld gebraucht, bis es letztlich zum feststehenden Wahlergebnis gekommen ist, aber was lange dauert, das bewährt sich und hält dann auch entsprechend gut. Alles Gute und viel Erfolg! Dankeschön!

Wir kommen nun zur Mitteilung des Einlaufes.

Mitteilung des Einlaufes

Es sind zwei Dringlichkeitsanträge zu verhandeln, die vom Landtagsdirektor verlesen werden und von den Antragstellern zu begründen sind. Betreffend die Dringlichkeitsanfrage darf ich

bekanntgeben, dass der Herr Landeshauptmann die Vertretung an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner übertragen hat und sie in seiner Vertretung diese Dringlichkeitsan-

frage auch entsprechend beantworten wird. Bitte, Herr Landtagsdirektor, um die Verlesung des ersten Dringlichkeitsantrages!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

A) Dringlichkeitsanträge:

**Ldtgs.Zl. 124-4/32:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Umsetzung eines Wirtschafts- und Tourismus-Projektes in der Region Mölltaler Gletscher** mit folgendem Wortlaut

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, alle rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Realisierung geplanter Wirtschafts- und Tourismus-Projekte in der Region Mölltaler Gletscher rasch umgesetzt werden kann. Dies im Einklang mit der Natur und unter Berücksichtigung der Interessen der Grundeigentümer sowie der Wirtschaft. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass bestehende Förderzusagen von Seiten des Landes Kärnten zumindest aufrecht bleiben und insbesondere zwecks Projekt-Realisierung auf die Schultz-Gruppe aktiv zugegangen wird, um unter anderem gemeinsam einen Projekt-Zeitplan zwecks rascher Umsetzung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region zu erarbeiten.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Staudacher. Ich erteile ihm das Wort und verweise auf die Redezeit von drei Minuten!

Abgeordneter **Staudacher** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtags! Geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Hohes Haus! Im Dringlichkeitsantrag der FPÖ geht es um die

Umsetzung eines Wirtschafts- und Tourismus-Projektes in der Region Mölltaler Gletscher. Dieses essentiell wichtige Projekt für den Bereich Oberkärnten wurde in der vergangenen Legislaturperiode ausführlich diskutiert. Die Situation hat sich bei uns in Oberkärnten dementsprechend nicht gebessert, die Arbeitsmarktsituation ist eine sehr, sehr schwierige. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir brauchen bei uns Investoren in Wirklichkeit wie die Augen im Kopf. Die Schultz-Gruppe wäre ein Investor, der bereit ist, in einer strukturschwachen Region zu investieren. Das Mölltal ist eine strukturschwache Region und wird wahrscheinlich nur im Tourismus seine Chance haben, sich dementsprechend auch weiterentwickeln zu können. Es ist im März eine Studie von der Pöchhacker Innovation Consulting GmbH veröffentlicht worden, die ganz dramatisch und plakativ die Situation des Bezirkes vor Augen geführt hat. Wir sind nämlich Letzter in Österreich. Geschätzte Damen und Herren, bei aller Wertschätzung für alle unterschiedlichen Zugänge, die es zu diesem Projekt gibt, appelliere ich an die Vernunft, im Sinne dessen, auch zu wissen, wie die Situation in Oberkärnten ist, hier dementsprechend in die Gänge zu kommen und dementsprechend auch die Rahmenbedingungen dafür sicherzustellen, damit dieses wichtige Projekt für uns in Oberkärnten endlich in eine Umsetzung kommen kann. Es kann doch nicht sein, geschätzte Damen und Herren, dass wir als Repräsentanten der Bevölkerung und als Politiker immer nur darüber debattieren, wie es nicht geht! Wir müssen endlich einmal ein Signal setzen und zeigen, dass es in Kärnten geht! Geschätzte Damen und Herren, heute wäre ein guter Zeitpunkt, dieses Signal zu setzen. Im Regierungsprogramm ist gestanden, wir wollen unternehmerfreundlich sein. Das ist auch mein Zugang. Wir müssen unternehmerfreundlich sein, wir müssen servicerend agieren, wir müssen endlich in die Umsetzung und Lage kommen, Unternehmer abzuholen und mit ihnen gemeinsam diesen Prozess einzuleiten, damit Projekte dementsprechend auch endlich umsetzbar sind. Und ich sage es noch einmal: Wir haben eine dramatische Situation in Oberkärnten. Es sind Abgeordnete aus Oberkärnten da, ihr alle kennt die Situation. Und ich stehe auch nicht an, dem Ferdinand Hueter dementsprechend zu seinen Ausführungen (*Vorsitzender: Halbe Minute noch!*) zu gratulieren, und ich hoffe, dass das auch hält

Staudacher

und dass der Dringlichkeit dementsprechend die Zustimmung gegeben wird! Im Sinne Oberkärntens, im Sinne einer wirtschaftlichen Entwicklung und im Sinne dessen, dass auch vor Ort bei uns in der Region, die strukturschwach ist, Projekte passieren können. Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Annahme der wichtigen Dringlichkeit als positives Signal, als wirtschaftsfreundliches Land Kärnten! Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann Herwig Seiser. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage im Sinne der Weiterentwicklung und der Verbesserung der Situation in Oberkärnten Ja zu einem Projekt am Mölltaler Gletscher, wie auch immer das gehen kann, aber es muss machbar sein! Es muss machbar sein! Ich halte einen Dringlichkeitsantrag im Zusammenhang mit einem Investitionsvorhaben, das laut Aussage vom Kollegen Staudacher und laut anderen Aussagen zumindest 60 Millionen Euro für sich in Anspruch nimmt, für so ernstzunehmend, dass ein Dringlichkeitsantrag hier nichts anderes bewirkt, als dass morgen in der Zeitung steht, *(der Redner mit ironischem Unterton)* „die FPÖ und die ÖVP waren für den Dringlichkeitsantrag und die SPÖ war dagegen“. Ich sage Ihnen, ich halte einen Dringlichkeitsantrag für unseriös, und ich hielte es für seriös, dieses hochwichtige Thema für den Bezirk Spittal für eine Investition im Ausmaß von 60 Millionen Euro hier im Kärntner Landtag im Schoße des Ausschusses entsprechend zu diskutieren! Ich möchte wissen, ob der Herr Schultz und der Herr Haselsteiner nach wie vor Interesse an diesem Projekt haben. *(2. Präs. Strauß übernimmt den Vorsitz.)* Ich möchte wissen, inwieweit das Projekt des Ankogels mit eingebaut wird und daher ist es höchst sinnvoll, daher ist es wirklich höchst sinnvoll, hier von einer Vorgehensweise abzugehen, die einem Investor gegenüber unseriös ist. Ich hänge ihm

quasi die Knackwurst der sicheren Umsetzung seines Projektes per Dringlichkeitsantrag vor die Nase, und ich tunke die andere Partei ein, die dem Dringlichkeitsantrag nicht zugestimmt hat. Und ich sage Ihnen eines ganz ehrlich, Herr Kollege Staudacher, es ist zu überlegen, ob wir dieses Instrument des Dringlichkeitsantrages im Kärntner Landtag, wenn wir schon die Verfassung noch einmal ändern oder verbessern müssen, nicht überhaupt abschaffen. Denn aus meiner Sicht, insbesondere wenn es um Geld geht, wenn es um Investitionen geht, *(Vorsitzender: Noch 60 Sekunden Redezeit)* halte ich es für unseriös, von der zuständigen Politik solche Signale zu setzen! *(Abg. Staudacher: Seit fünf Jahren!)* Noch einmal, Herr Kollege Staudacher: Wir als SPÖ-Fraktion sind für die Stärkung des Oberkärntner Raums, wir sind für die Umsetzung eines touristischen Projektes, aber auf seriöse Art und Weise! *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Es gibt noch eine Wortmeldung zur Dringlichkeit, der Abgeordnete Hueter hat sich zu Wort gemeldet. Drei Minuten ist die Redezeit! Bitte sehr!

Abgeordneter **Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Vieles ist gesagt worden, ich wiederhole jetzt nur. Die Wortwahl Dringlichkeitsantrag oder normaler Antrag – es gibt eh noch den normalen Antrag von uns, ähnlich lautend. Ich bin überzeugt, dass dieser Dringlichkeitsantrag eigentlich nur eine „Willenskundgebung“ des Landtages ist, dieses Thema proaktiv anzugehen, damit wir dann im Ausschuss – und deswegen haben wir auch parallel dazu einen Antrag der ÖVP gemacht – dieses Thema bis in die tiefen Wurzeln diskutieren, mit Schultz und Haselsteiner und wie sie alle heißen, no na net, aber ich glaube schon, dass der Landtag die Finanzhoheit hat und dass der Landtag auch das Naturschutzgesetz und die Novellierung beschließen kann. Ich glaube, diese Instrumente werden wir machen müssen, denn – und das haben wir auch schon gesagt – hier oben geht es um eine wirtschaftlich schwache Region.

Hueter

Der Spittaler Bezirk ist leider Gottes aufgrund der letzten Studie Schlusslicht und da geht es mir um jeden Arbeitsplatz. Und wenn wir uns das leisten können, dass wir hier auf 100 Arbeitsplätze verzichten können, wo schon etwas ist – wir sprengen dort oben nicht etwas neu heraus oder sonst was – das weiterentwickeln und als touristisches Leitprojekt das einzige Gletscher-Schigebiet südlich der Alpen haben, dann kann ich nur sagen, bitte, der Dringlichkeit zustimmen, damit wir dieses Projekt weiterentwickeln können! Die nächsten Schritte über die Regierung, über die Ausschuss-Tätigkeit, das folgt ja sowieso, aber ich glaube, es macht einmal Hoffnung, und darum geht es, Hoffnung, dass wir dieses Projekt zusammenbringen! Ich kann nur sagen, bitte um Zustimmung, die ÖVP steht zu einhundert Prozent dazu! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages, der dementsprechend eingebracht worden ist. Es ist die Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Wer dem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein dementsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen, der IG und der ÖVP nicht die erforderliche Mehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus zu.

Ich darf um den nächsten Einlauf bitten, Herr Landtagsdirektor!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 14-4/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Verringerung der Anzahl der Mitglieder in der Kärntner Landesregierung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, gemäß den Grundsätzen der Sparsamkeit,

Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit den Spielraum, den ihr der Artikel 46 der Kärntner Landesverfassung einräumt, zu nutzen und Maßnahmen zu setzen, damit die Anzahl der Mitglieder der Regierung auf fünf reduziert wird. In Artikel 49 Abs. 6 der Kärntner Landesverfassung und § 74 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages wird die Möglichkeit einer Veränderung der Zahl der Mitglieder der Landesregierung während der Funktionsperiode ausdrücklich erwähnt. Die beiden Regierungsparteien werden aufgefordert, von ihr Gebrauch zu machen.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Klubobmann Abgeordneter Mag. Darmann gemeldet. Ich darf ihn bitten, zu sprechen!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Hohes Haus! Ja, wie der Herr Landtagsdirektor bereits einleitend festgehalten hat, geht es in diesem Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Partei darum, von unseren Möglichkeiten durch die Landesverfassung und durch die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages Gebrauch zu machen, in laufender Gesetzgebungsperiode die Anzahl der Mitglieder von sieben Regierungsmitgliedern auf fünf zu verringern. Das insbesondere deswegen, da es auch ein Versprechen von SPÖ, ÖVP und Grünen im Zuge der Verfassungsreform im Jahre 2017 gegeben hat, nämlich in der Präsentation des Demokratie-Paketes durch SPÖ, ÖVP und Grüne, die hier ganz frech, aber doch schwarz auf weiß festgehalten haben, dass es zu einem Systemwechsel in der neuen Kärntner Landesverfassung kommen soll und wenn es ein Abgehen von der Allparteien-Regierung gibt hin zu einer Koalitionsregierung, die zwei unnötigen Regierungsmitglieder gestrichen und in Zukunft fünf Landesräte der neuen Landesregierung vorstehen und in dieser Landesregierung aktiv sein werden. Mit diesem Versprechen sind SPÖ, ÖVP und Grüne in die Landtagswahl gegangen und wir haben das heute auch vom Kollegen Scherwitzl gehört, dass die Landtagswahl für ihn eine Abstimmung über diese Landesverfassung war und die Bevölkerung diese auch goutiert hat. Wenn

Darmann

man das so deuten will, dann hat sie das inklusive Reduzierung auf fünf Regierungsmitglieder goutiert (*KO Seiser: Das ist deine Interpretation!*) und nicht die Beibehaltung von sieben Regierungsmitgliedern. Darüber hinaus darf ich auch in meiner Begründung anführen – und das gibt der heutige Tag sehr locker her – dass auch die ÖVP sich selbst abgeschafft hat, in der Regierung alle Macht der SPÖ überantwortet hat. Das heißt, ohnehin braucht es die zwei weiteren Mitglieder schon allein aus diesem Grund nicht. Die Regierung würde im Sinne von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit auch mit fünf Regierungsmitgliedern das umsetzen können, was sie nunmehr mit sieben macht, um entsprechende Posten für alle Parteien, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) die nunmehr in der Regierung verfangen sind, verhabert sind, auch entsprechend zur Verfügung stellen zu können. Deswegen darf ich Sie darum ersuchen, Ihrem Versprechen nachzukommen – (*KO Malle niest lautstark.*) Gesundheit, Herr Klubobmann! – gegenüber der Kärntner Landesbevölkerung, hier mit fünf Regierungsmitgliedern weiter Ihre Arbeit zu versehen! Das wäre der Auftrag gewesen, den Sie sich selber vor einem Jahr gegeben haben, welchen Sie entsprechend auch der Bevölkerung gegenüber kommuniziert haben. Nunmehr haben Sie Ihr Versprechen gebrochen. Dieser Dringlichkeitsantrag gibt Ihnen die Chance, zu Ihrem gebrochenen Versprechen zurückzukehren und im Sinne Ihrer Versprechen zu agieren! Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Es ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer dem zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist mit Stimmen der Freiheitlichen und der IG nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Der Antrag wird dem Ausschuss für Recht, Verfassung zugewiesen.

Ich darf in der Tagesordnung weitergehen.

B) Dringlichkeitsanfrage:

Ldtgs.Zl. 74-1/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landeshauptmann Kaiser betreffend rechtliche Probleme beim Ankauf des Vorlasses des Schriftstellers Josef Winkler durch das Land Kärnten

Die Dringlichkeitsanfrage wurde bereits begründet. Ich darf Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettnner in Vertretung für den Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser ersuchen, die Dringlichkeitsanfrage vom Platz aus zu beantworten! Ich schalte jetzt das Mikrofon ein.

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettnner** (SPÖ):

Hoher Landtag! Ich darf im Namen des Herrn Landeshauptmannes die dringliche Anfrage von Seiten der FPÖ bezüglich des Schriftstellers Josef Winkler, an ihn gerichtet, beantworten.

1. Wurde der Vertrag mit Josef Winkler über den Ankauf seines Vorlasses bereits von den Vertragspartnern unterzeichnet? - Nein!

b) Wenn nein, warum noch nicht? - Es bedurfte noch der Klärung rechtlicher Detailfragen. Herr Winkler hat dem Vertragsentwurf derzeit noch nicht zugestimmt.

2. Hat das Land Kärnten bereits Steuergelder für den Vorlass des Schriftstellers Josef Winkler gezahlt? - Antwort: Nein.

Wenn nein, wann soll diese Transaktion durchgeführt werden und welche Gründe haben zu der Verzögerung geführt? - Nach Klärung der rechtlichen Detailfragen. Es ist keine Verzögerung eingetreten, da kein konkreter Termin avisiert war. Es handelt sich um nicht unübliche Vertragsverhandlungen zu Detailfragen.

3. Welche rechtlichen Probleme hat es mit welchen Vertragsparteien beim Ankauf des Winkler-Vorlasses gegeben? - Antwort: Es hat keine rechtlichen Probleme gegeben. Es handelt sich um nicht unübliche Vertragsverhandlungen zu rechtlichen Detailfragen über die Veröffentlichung der Texte des Herrn Winkler.

4. Musste das Land Kärnten aufgrund der kolportierten rechtlichen Probleme externe Gutachter und/oder Rechtsanwälte beschäftigen? Wenn ja, wie hoch sind bis dato die Kosten für diese

Prettner

Gutachter und/oder Rechtsanwälte? - Antwort: Nein, es wurden weder ein externer Gutachter noch Rechtsanwälte beschäftigt.

5. Gibt es beim Ankauf des Winkler-Vorlasses urheberrechtliche Probleme? Wenn ja, welche? - Antwort: Im Wesentlichen geht es um die übertragbaren Werk-Nutzungsrechte nach dem Urheberrechtsgesetz, die für die Erhaltung, Konservierung, wissenschaftliche Erfassung, Bearbeitung, Auswertung sowie Präsentation und Veröffentlichung des Vorlasses beziehungsweise der Forschungsergebnisse benötigt werden. Noch nicht abschließend geklärt waren zuletzt die konkreten Bedingungen der Veröffentlichung. Einerseits soll dem Robert-Musil-Institut als künftigem Leihnehmer die Möglichkeit gegeben werden, den Vorlass wissenschaftlich erfassen und bearbeiten sowie die Forschungsergebnisse veröffentlichen zu können, andererseits sind Persönlichkeitsrechte auch Dritter zu beachten.

6. Musste das Land Kärnten bezüglich des Ankaufes des Winkler-Vorlasses Verhandlungen mit dem Surkamp-Verlag oder mit einem anderen Verlag führen? Wenn ja, welches Ergebnis brachten die Verhandlungen? - Antwort: Der Chefredakteur des Verlages berät und vertritt Herrn Josef Winkler. Betreffend die künftige Nutzung des Vorlasses gab es schriftlichen Kontakt sowie ein Informationsgespräch zwischen ihm und der Leiterin des Robert-Musil-Institutes, an dem auch Vertreter der Kulturabteilung von der Stadt und vom Land teilgenommen haben. In diesem Gespräch konnte hinsichtlich der rechtlichen Detailfragen gemeinsam ein gangbarer Lösungsweg skizziert werden, der in der Folge noch einer konkreten Ausformulierung bedurfte.

7. Gibt es mit dem Surkamp-Verlag oder einem anderen Verlag Diskussionsbedarf hinsichtlich der Urheberrechte über die Winkler-Werke, die im Vorlass enthalten sind? Wenn ja, um welche Art von Problemen handelt es sich? - Die Antwort dazu ist in der Frage 6 bereits beantwortet gewesen. Es gibt in diesem Sinn keine Probleme.

8. War bereits zum Zeitpunkt der Regierungssitzung am 13.12.2016 bekannt, dass urheberrechtliche Probleme im Raum stehen?

a) Wenn ja, warum wurde die Öffentlichkeit nicht darüber informiert?

b) Wenn nein und diese Probleme erst danach ans Licht gekommen sind, ist es geplant, dass

sich das Land Kärnten die Kosten für die angefallenen Rechtsstreitigkeiten bei Josef Winkler zurückholt? - Antwort: Es handelt sich bei diesem Regierungssitzungsakt um den Beschluss der Finanzierung des Ankaufes. Der Kulturreferent, damals war es Christian Benger, wurde ermächtigt, die Vertragsverhandlungen zu führen und den Vertrag abzuschließen. Rechtliche Detailfragen sind im Rahmen dieser Verhandlungen abzuklären. Es sind keine Rechtsstreitigkeiten angefallen.

c) Sollten urheberrechtliche Probleme mit einem Verlag dazu führen, dass das Land Kärnten nicht über die volle Nutzung des Vorlasses verfügen kann, würde dies eine Wertminderung des Vorlasses bedeuten. Ist in diesem Fall geplant, ein neues Schätzgutachten zu erstellen und Nachverhandlungen zu führen? - Antwort: Dies ist aktuell kein Thema und muss gegebenenfalls genau geprüft werden.

Vorsitzender Zweite Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin für diese Beantwortung zur Dringlichkeitsanfrage.

Ich darf den Herrn Direktor um die Verlesung des weiteren Einlaufes bitten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

C) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 17-1/32:

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Verfassungsgesetz, mit dem die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages geändert wird
./ mit Gesetzentwurf**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

2. Ldtgs.Zl. 14-6/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Entziehung des Vertrauens gegenüber Landeshauptmann

Mag. Weiß

Dr. Peter Kaiser durch den Kärntner Landtag gem. Art. 55 der Kärntner Landesverfassung (Misstrauensvotum)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

**3. Ldtgs.Zl. 29-2/32:
Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend 100 Jahr-Feier Volksabstimmung**

Zuweisung: Ausschuss für Kultur, Sport und Europa

**4. Ldtgs.Zl. 75-4/32:
Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend regelmäßige Evaluierung und Reorganisation von Landesbeteiligungen**

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

**5. Ldtgs.Zl. 69-3/32:
Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend landesgesetzliche Fixierung des Schadensfonds für ganzjährig geschonte Wildarten**

Zuweisung: Ausschuss für Ländlicher Raum und Infrastruktur

**6. Ldtgs.Zl. 75-5/32:
Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Optimierung Landesbeteiligungen**

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

**7. Ldtgs.Zl. 46-1/32:
Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Doppelförderungen abstellen – rasche Umsetzung einer Transparenzdatenbank**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

**8. Ldtgs.Zl. 65-2/32:
Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Prüfung der Wiedereingliederung des Landesmuseums**

Zuweisung: Ausschuss für Kultur, Sport und Europa

**9. Ldtgs.Zl. 69-4/32:
Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Anpassung des Schutzstatus des Wolfes aus Anhang IV in Anhang V**

Zuweisung: Ausschuss für Ländlicher Raum und Infrastruktur

**10. Ldtgs.Zl. 35-4/32:
Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

**11. Ldtgs.Zl. 43-10/32:
Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Steigerung der Datenkompetenz von Kindern und Jugendlichen in Kärnten**

Zuweisung: Ausschuss für Frauen, Generationen und Integration

**12. Ldtgs.Zl. 112-1/32:
Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Schluss mit Armut in Kärnten**

Zuweisung: Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Soziales

Mag. Weiß

13. Ldtgs.Zl. 14-9/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Schulden- und Aus-
gabenbremse in der Kärntner Lan-
desverfassung**

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Betei-
ligungsmanagement

14. Ldtgs.Zl. 21-1/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Nulllohnrunde für
Politiker auf zehn Jahre festschreiben**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung,
Immunität, Volksgruppen und Bildung

15. Ldtgs.Zl. 43-11/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Unterrichtsfach
Wirtschaft an allen Schultypen**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung,
Immunität, Volksgruppen und Bildung

16. Ldtgs.Zl. 101-12/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Ansiedelung von
Bundesbehörden in Kärnten**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung,
Immunität, Volksgruppen und Bildung

17. Ldtgs.Zl. 43-9/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend pro Wahlfreiheit
zwischen Sonderschulen und integra-
tiven Maßnahmen**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung,
Immunität, Volksgruppen und Bildung

18. Ldtgs.Zl. 84-2/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Einführung der Pfl-
gelehre**

Zuweisung: Ausschuss für Gesundheit, Pflege
und Soziales

19. Ldtgs.Zl. 14-5/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Bürgerbeteiligung
stärken – Einbeziehung der Gesell-
schaft in politische Prozesse**

Zuweisung: Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
direkte Demokratie und Petitionen

20. Ldtgs.Zl. 84-3/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Liberalisierung der
Laden-Öffnungszeiten**

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Touris-
mus und Mobilität

21. Ldtgs.Zl. 177-2/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Einrichtung eines
Schuldenmonitors für Kärnten per
Gesetz**

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung,
Immunität, Volksgruppen und Bildung

22. Ldtgs.Zl. 101-11/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend radikale Entrümpe-
lung der Gewerbeordnung – Freiheit
für die Wirtschaft**

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Touris-
mus und Mobilität

23. Ldtgs.Zl. 82-2/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Abschaffung der
Landesumlage**

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Betei-
ligungsmanagement

24. Ldtgs.Zl. 117-2/32:

**Antrag von Abgeordneten der IG
TKK betreffend Stopp für Super-
Sonder-Privilegien/Sofortige Abschaf-
fung der „Fürstengabe“**

Mag. Weiß

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

25. Ldtgs.Zl. 33-2/32:

Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Sicherstellung einer sozialen und zukunftsorientierten Wohn- und Mietpolitik

Zuweisung: Ausschuss für Wohnbau, Arbeit und Technologie

26. Ldtgs.Zl. 15-2/32:

Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Abschaffung der Vergnügungssteuer in und für Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Mobilität

27. Ldtgs.Zl. 14-7/32:

Antrag von Abgeordneten der IG TKK betreffend Aufnahme der Staatszielbestimmung Breitband-Ausbau in die Landesverfassung

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

28. Ldtgs.Zl. 124-7/32:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend klares Bekenntnis zur Wirtschafts- und Tourismusregion Mölltaler Gletscher

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Mobilität

29. Ldtgs.Zl. 14-8/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend keine Änderung der Kärntner Landeshymne

Zuweisung: Ausschuss für Kultur, Sport und Europa

30. Ldtgs.Zl. 86-1/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Blaublicht für First Responder

Zuweisung: Ausschuss für Ländlicher Raum und Infrastruktur

31. Ldtgs.Zl. 30-1/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend neue Pflegeheime für die Bezirke Wolfsberg und Völkermarkt

Zuweisung: Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Soziales

D) Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 64-1/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Rauter an Landesrat Gruber betreffend Kärnten Werbung sowie LKBG/Kärntner Beteiligungsverwaltung; Kärnten Delegation bei den Olympischen Winterspielen an Pyoengchang in Südkorea

2. Ldtgs.Zl. 117-1/32:

Schriftliche Anfrage des Klubobmanns Darmann an Landeshauptmann Kaiser betreffend Diversionen im Landesdienst seit 2013

3. Ldtgs.Zl. 14-3/32:

Schriftliche Anfrage des Klubobmanns Darmann an Landeshauptmann Kaiser betreffend Änderung der Kärntner Landeshymne

4. Ldtgs.Zl. 54-3/32:

Schriftliche Anfrage des Klubobmanns Darmann an Landesrätin

Mag. Weiß

- Schaar betreffend Novelle Naturschutzgesetz im Rahmen der Angelfischerei
5. Ldtgs.Zl. 124-5/32:
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landesrätin Schaar betreffend Umsetzung Projekt „Mölltaler Gletscher“
6. Ldtgs.Zl. 75-2/32:
Schriftliche Anfrage des Klubobmanns Darmann an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schanig-Kandut betreffend Diversionen, insbesondere jene der Geschäftsführer der Landesimmobiliengesellschaft (LIG)
7. Ldtgs.Zl. 75-3/32:
Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Schanig-Kandut betreffend Entgelte und Tätigkeiten von Geschäftsführern und Mitarbeitern in den Gesellschaften: Kärntner Beteiligungsverwaltung, Kärntner Landesholding bzw. Gesamtrechtsnachfolgerin Sondervermögen „Kärnten Fonds“, Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds und BABEG sowie Lakeside Park – Geschäftsjahre 2013 – 2018
8. Ldtgs.Zl. 101-3/32:
Schriftliche Anfrage des Klubobmanns Darmann an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landeshauptstadt sowie in den Bezirken Klagenfurt und Klagenfurt-Land
9. Ldtgs.Zl. 101-4/32:
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen im Bezirk Wolfsberg
10. Ldtgs.Zl. 101-5/32:
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Rauter an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen im Bezirk Feldkirchen
11. Ldtgs.Zl. 101-6/32:
Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dieringer-Granza an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Bezirken Villach und Villach-Land
12. Ldtgs.Zl. 101-7/32:
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Pirolt an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen im Bezirk St. Veit
13. Ldtgs.Zl. 101-8/32:
Schriftliche Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen im Bezirk Völkermarkt

Mag. Weiß

14. Ldtgs.Zl. 101-9/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen im Bezirk Spittal

15. Ldtgs.Zl. 101-10/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Jantschi an Landesrat Zafoschnig betreffend geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen im Bezirk Hermagor

16. Ldtgs.Zl. 116-2/32:

Schriftliche Anfrage des Klubobmanns Darmann an Landesrat Gruber betreffend Schutz vor der Gefährdung von Mensch und Tier durch eine unkontrollierte Ausbreitung von Großraubtieren

17. Ldtgs.Zl. 124-6/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landesrat Gruber betreffend Umsetzung Projekt „Radweg Spittal–Millstätter See“

18. Ldtgs.Zl. 104-1/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Köfer an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner betreffend Causa Hüttenberg

19. Ldtgs.Zl. 104-2/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Pirolt an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner betreffend Gutachten zu verendeten Rindern in Hüttenberg

20. Ldtgs.Zl. 43-8/32:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Staudacher an Landeshauptmann Kaiser betreffend Montessori-Zweig der VS West in Spittal/Drau

E) Resolution:

Ldtgs.Zl. 79-1/32:

Resolution der Stadtgemeinde Villach betreffend Verhinderung weiterer Bordelle

Zuweisung: Ausschuss für BürgerInnenbeteiligung, direkte Demokratie und Petitionen

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Herr Direktor, für das Vorbringen der Anträge und Anfragen. Geschätzte Damen und Herren Mitglieder des Kärntner Landtages, geschätzte Herren Bundesräte, es ist 20 Uhr 49 und wenn ich auf die andere Seite schaue, 10 Stunden 3 Minuten und 28 Sekunden waren heute die Debattenbeiträge zur insgesamt vorbereiteten Landtagssitzung. Ich darf mich recht herzlich bedanken für jeden Beitrag, der heute eingebracht worden ist, aber auch für die Vorarbeit seitens des Landtagsamtes und auch bei den Schriftführerinnen und all jenen, die das, was wir heute gesprochen haben, dann auch zu Protokoll bringen dürfen! Es ist 20 Uhr 50, und ich darf die Sitzung beenden und schließen!

Ende der Sitzung: 20.50 Uhr